

Gerd Atzenhofer

DIE ARBEIT VON RESOZIALISIERUNGSGRUPPEN IM STRAFVOLLZUG
IN THEORETISCHER UND RECHTLICHER HINSICHT
UND IN TATSÄCHLICHER HINSICHT
AM BEISPIEL DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT SIEGBURG
UND ANDERER VOLLZUGSANSTALTEN NORDRHEIN-WESTFALENS

Duss. Bremen 1984



Die Arbeit von Resozialisierungsgruppen im Strafvollzug
in theoretischer und rechtlicher Hinsicht
und in tatsächlicher Hinsicht
am Beispiel der Justizvollzugsanstalt Siegburg
und anderer Vollzugsanstalten Nordrhein-Westfalens



Diese Arbeit hat dem Promotionsausschuß Dr. jur. der Universität Bremen als Dissertation vorgelegen. An dem Promotionsverfahren haben Herr Prof. Dr. J. Feest und Herr Prof. Dr. P. Thoss als Gutachter mitgewirkt. Das Kolloquium fand am 10.2.1984 statt.

Gliederung	Seite
ALLGEMEINE EINLEITUNG	11
A THEORETISCHE GRUNDLAGEN DER RESOZIALISIERUNGSARBEIT	14
Einleitung	
I Begriffliche Abgrenzung	15
II Geschichte und Träger der freien Straffälligenhilfe	17
III Resozialisierungsanspruch und Vollzugspraxis	25
1. Die Strafanstalt als "totale Institution"	
2. Die Rolle des Vollzugspersonals	31
a) Der allgemeine Vollzugsdienst	
b) Sozialarbeit im Strafvollzug	34
3. Das Problem der Entlassung	37
Zusammenfassung	39
IV Die Tätigkeit von Resozialisierungs- gruppen - Möglichkeiten und Grenzen	40
1. Vollzugsziel und Gesellschaft	
a) Der freie Helfer als "Repräsentant" der Gesellschaft im Vollzug	42
b) Der freie Helfer als "Anwalt" des Straffälligen gegenüber der Öffent- lichkeit	46
Zusammenfassung	49



2.	Probleme und Grenzen freier Straffälligenhilfe	50
a)	Probleme freier Mitarbeiter im Verhältnis zum Straffälligen	
b)	Probleme im Verhältnis freier und hauptamtlicher Helfer	56
c)	Probleme im Verhältnis innerhalb der Gruppen und der Gruppen untereinander	57
	Ergebnis	60
V	Konzeptionen ehrenamtlicher Vollzugs- hilfe	62
1.	"Karitativ-reformerische" Ansätze	63
2.	Politische Gefangenearbeit	70
a)	Der "antireformistische" Ansatz	
b)	Der "abolistische" Ansatz	73
B	RECHTLICHE GRUNDLAGEN DER RESOZIALISIERUNGSARBEIT	78
I	Strafvollzugsgesetz vom 1.1.1977	
	Einleitung	
1.	Rechtliche Situation bis zum 1.1.1977	80
2.	Grundlagen des Strafvollzugsgesetzes	83
a)	Kommissionsentwurf, Regierungsentwurf, Bericht und Antrag des Sonderausschusses	
b)	Zusammenstellung der gesetzgeberischen Motive	86
c)	Die Rechtsprechung des Bundesverfassungs- gerichts	87

II	§ 154 Abs. 2 Satz 2 StVollzG	90
1.	Auslegung anhand des Wortlauts und des Regierungsentwurfs	
2.	Grundsatzkonforme Auslegung	94
III	Allgemeine Verfügungen der Justizminister bzw.-senatoren der Länder betreffend ehrenamtliche Betreuer im Strafvollzug	96
1.	Zielsetzung	98
2.	Objektive Zulassungsvoraussetzungen	99
a)	Alter	
b)	Vorstrafen, Führungs- oder Bewährungsaufsicht, Anhängigkeit eines Ermittlungs- oder Strafverfahrens	100
3.	Subjektive, im Ermessen der Vollzugsbehörde stehende, Zulassungsvoraussetzungen	102
4.	Pflichten	106
5.	Rechte	110
	Zusammenfassung	112
C	DIE ALLGEMEINVERFÜGUNG DES JUSTIZ-MINISTERIUMS DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN IN DER PARLAMENTARISCHEN UND AUSSERPARLAMENTARISCHEN DISKUSSION	117
	zur "Eignung" des Helfers (1)	122
	zur "Zulassung von Personen", d.h. zu den Zulassungskriterien als freiwilliger Helfer (2)	126

(a) Alter		126
(b) Keine freiheitsentziehende Vorstrafe während der letzten 5 Jahre		128
(c) Nicht-Vorliegen von Bewährungs- oder Führungsaufsicht		132
(d) Nicht-Vorliegen eines Ermittlungs- oder Strafverfahrens		133
Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs der Zulassung als ehrenamtlicher Betreuer durch den Anstaltsleiter	(3)	134
Auswahl der zu betreuenden Gefangenen durch den Anstaltsleiter im Einvernehmen mit dem Betreuer	(4)	135
Überwachung von Gesprächen	(5)	137
Verpflichtung des Betreuers, Straftatbestände oder die Sicherheit und Ordnung gefährdende Tatsachen zu melden	(6)	138
Zusammenfassung		143
D	EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG ÜBER DIE TÄTIGKEIT VON RESOZIALISIERUNGSGRUPPEN	147
	Vorbemerkung	
I	Untersuchungsinhalt	149
II	Untersuchungsmethode	153

III	Kurzbeschreibung der betroffenen Justizvollzugsanstalten	157
IV	Auswertungsmethode	159
V	Untersuchungsergebnis	162
1.	Typische Einstellungs- und Verhaltensmuster (Dimensionen)	
2.	Zusammenfassung der einzelnen (35) Gruppen zu "Typen"	164
3.	Beschreibung der 5 "Typen" von Resozialisierungsgruppen	166
a)	Typ 4	
b)	Typ 1	170
c)	Typ 3	175
d)	Typ 2 und 5	179
	Ergebnis	187
E	GESAMTERGEBNIS	189

- ANHANG I : Fragebogen
- ANHANG II : Anschreiben
- ANHANG III : Erste Mahnung
- ANHANG IV : Zweite Mahnung
- ANHANG V : Randauszählung
- ANHANG VI : Liste der ausgewählten Fragen zu
Einstellungen und Verhalten
- ANHANG VII : Beschreibungsdimensionen (Faktoren)
- ANHANG VIII : Faktorwerte der einzelnen Gruppen
- ANHANG IX : Position der 5 Gruppentypen anhand
der ersten drei Faktoren
(Grafik)
- ANHANG X : Auszählung weiterer Merkmale zur
näheren Bestimmung der 5 Gruppentypen

LITERATURVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ALLGEMEINE EINLEITUNG

Die Tätigkeit von Resozialisierungsgruppen ist Gegenstand der Arbeit:

In Teil A sollen die theoretischen Grundlagen, d.h. die Ursprünge/Geschichte, Anspruch und Praxis der freien Straffälligenhilfe, ihre Möglichkeiten und Grenzen sowie Konzeptionen derselben dargestellt werden.

Teil B beschreibt den juristischen Rahmen, den die Gruppen vorfinden: das Strafvollzugsgesetz (StVollzG) vom 1.1.1977 (interpretiert in seiner Entwicklung und Gesamtkonzeption und anhand der gesetzgeberischen Motive), hier insbesondere § 154 Abs. 2 Satz 2 StVollzG

"Die Vollzugsbehörden sollen mit Personen und Vereinen, deren Einfluß die Eingliederung des Gefangenen fördern kann, zusammenarbeiten."

und die Verwaltungsvorschriften der Justizminister bzw. -senatoren der Länder betreffend die ehrenamtliche Betreuung im Strafvollzug. Es kommt darauf an, das Vollzugsziel und damit den Anspruch des Gesetzgebers

"Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen" (§ 2 Satz 1 StVollzG)

näher zu bestimmen und darüber hinaus die gesetzlichen und behördlichen Regelungen zu untersuchen, denen sich Resozialisierungsgruppen gegenübersehen.

Weil der Gefangene in einem besonderen Gewaltverhältnis steht - im tatsächlichen Sinn: er wird dem Strafanspruch des Staates unterworfen; im rechtlichen Sinn: spezielle Gesetze, Verordnungen, Verfügungen regeln sein Dasein - ist Resozialisierungsarbeit immer auch Auseinandersetzung mit

- dem Straf- bzw. Vollzugsziel des Gesetzgebers und

- der konkreten Ausgestaltung des Strafvollzugs durch die Behörden (Justizministerien, Vollzugsämter und Vollzugsanstalten).

Auch Teil C hat rechtliche Gesichtspunkte zum Gegenstand, nämlich die Allgemeine Verfügung (AV) des Justizministeriums Nordrhein-Westfalens betreffend "Ehrenamtliche Betreuer in den Justizvollzugsanstalten". Hier geht es aber weniger um die Frage, mit welcher Verwaltungsvorschrift die Gruppen konfrontiert sind, als vielmehr darum, aufzuzeigen, welche Konflikte zwischen Vollzugsbehörden und Resozialisierungsgruppen auftreten (können).

Es bot sich an, dies anhand der parlamentarischen und außerparlamentarischen Diskussion um die Neugestaltung der AV Nordrhein-Westfalens zu tun.

Teil D enthält den Verlauf und das Ergebnis einer empirischen Untersuchung durch schriftliche Befragung von in Nordrhein-Westfalen (Schwerpunkt ist die Justizvollzugsanstalt Siegburg/Köln) tätigen Resozialisierungsgruppen.

Die Darstellung des Gesamtergebnisses (Teil E) und die Materialien der empirischen Untersuchung schließen die Arbeit.

Grafisch lassen sich die Untersuchungsgegenstände so darstellen:

Theoretische Grundlagen der
Resozialisierungsarbeit:
Begriff, Geschichte
Anspruch und Praxis
Möglichkeiten und Grenzen
Konzeptionen

Anspruch

Strafvollzugs-
gesetz
Entwicklung,
Konzeption,
Motive

insbesondere:

§ 154 Abs.2 Satz 2
StVollzG

Wirklichkeit

Allgemeinverfügungen der Länder
zur freien Straffälligenhilfe
insbesondere:
Allgemeinverfügung des Landes
Nordrhein-Westfalen

Arbeit von Reso-
gruppen in tatsäch-
licher Hinsicht anhand
einer Befragung in Vollzugs-
anstalten Nordrhein-West-
falens

A THEORETISCHE GRUNDLAGEN DER RESOZIALISIERUNGSARBEIT

Einleitung

Während über die Praxis von Resozialisierungsgruppen nur wenig bekannt ist, gibt es mittlerweile eine Fülle von Literatur, die sich theoretisch mit Zwecken, Möglichkeiten und Problemen ehrenamtlicher Resozialisierungsarbeit auseinandersetzt.

Die folgenden Ausführungen sind der Versuch einer allgemeinen Bestimmung dessen, was freie Resozialisierungsarbeit ist, was man, in der einschlägigen Literatur, von dieser Arbeit erwartet, welche Probleme und Gefahren die Tätigkeit von Reso-Gruppen birgt und schließlich, welche Konzeptionen für diese Tätigkeit bestimmen sind. Auszugehen ist dabei - nach einer kurzen Begriffsbestimmung und einer historischen Bestandsaufnahme der Aktivitäten im Bereich ehrenamtlicher Straffälligenhilfe - von der Problematik des Schlüsselbegriffs "Resozialisierung" im Strafvollzug, da diese a) der Ausgangspunkt für Reso-Arbeit überhaupt ist, b) die Widersprüchlichkeiten einer Resozialisierung in Unfreiheit sich in den durchaus unterschiedlichen Konzeptionen der Reso-Initiativen widerspiegeln und damit auch deren Praxis wesentlich determinieren.

Sofern bereits Berichte aus der Praxis der Reso-Gruppen vorliegen, werden diese in der allgemeinen Erörterung berücksichtigt.

I Begriffliche Abgrenzung

Die Arbeit von Resozialisierungsgruppen ist Bestandteil des Gesamtkomplexes "ehrenamtliche Straffälligenhilfe". Angesichts der Vielzahl von Konzeptionen auf diesem Tätigkeitsfeld, der Vielschichtigkeit der Tätigkeitsbereiche wie der Begriffe, die, häufig synonym, in der Literatur gebräuchlich sind, erscheint eine kurze Vorabklärung der Begrifflichkeit sinnvoll:

Straffälligenhilfe i.w.S. umfaßt die Bereiche der sozialen Gerichtshilfe (Ermittlungshilfe), der Insassenhilfe (früher Gefangenenfürsorge) und der Entlassenenhilfe (früher Entlassenenfürsorge).¹ Straffälligenhilfe i.e.S., d.h. ehrenamtlich betrieben, beschränkt sich in der Regel auf die Insassen- und Entlassenenhilfe.

Straffälligenhilfe ist also der weiteste Begriff (ohne Angabe des spezifischen Schwerpunkts bzw. Ziels der Hilfsmaßnahmen). Gleichwohl wird häufig synonym der Begriff "Vollzugshilfe" gebraucht, der scheinbar nur die "Insassenhilfe" umfaßt. "Vollzugshilfe" bezeichnet jedoch eine Tätigkeit, die sich am Vollzugsziel orientiert und sich deshalb auch auf den Bereich der Entlassenenbetreuung erstreckt.

Andererseits findet sich häufig die Gleichsetzung von Straffälligen- und Entlassenenhilfe. Dies erklärt sich daraus, daß gewöhnlich Entlassenenhilfe bereits im Vollzug (als Entlassungsvorbereitung) einsetzt.²

1 Unterscheidung nach Keck, K., Gegenwartsfragen des Strafvollzugs in Deutschland, Jur.Diss., Freiburg 1957, S. 262

2 Pundmann, F., Begriffsbestimmung der Entlassenenhilfe, in: Schwind/Blau, Strafvollzug in der Praxis, Berlin/New York 1976, S. 368 ff. und in: Schwind (Hrsg.), Referate zur Entlassenenhilfe, Bochum 1977, S. 4 ff., unterscheidet innerhalb der Entlassenenhilfe: kurzfristige/langfristige Entlassungsvorbereitung sowie kurzfristige/langfristige Entlassenenbetreuung, wobei die Hilfe jeweils individuell oder gruppenbezogen sein kann.

Wenn im folgenden von ehrenamtlicher Vollzugs- oder Straffälligenhilfe die Rede ist, so ist jeweils die Arbeit freier Helfer mit inhaftierten wie entlassenen Straftätern gemeint. Von Entlassenenhilfe wird nur gesprochen, soweit es sich um Betreuung von Straffälligen außerhalb des Strafvollzugs handelt.

II Geschichte und Träger der freien Straffälligenhilfe

Ehrenamtliche Vollzugs- bzw. Entlassenenhilfe ist - schon ihrem Begriff nach - in größerem Maßstab erst denkbar und praktisch möglich seit zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Freiheitsstrafe die bis dahin praktizierten diversen Formen der Körperstrafe ablöste.¹

Das mit der allgemeinen Durchsetzung der Freiheitsstrafe neu entstandene Problem der Wiedereingliederung der Gefangenen nach Verbüßung der Haft trat ins Bewußtsein der Öffentlichkeit über das Interesse an der Frage, in welchem Zustand die Entlassenen wieder in die Freiheit zurückkehrten. Aus der Tatsache, daß weder staatliche Sozialarbeit noch öffentliche Erziehung (zumindest im Bereich des Strafvollzugs) existent waren, erklärt sich, daß die Initiative zur Gefangenenbetreuung zunächst von nicht-staatlichen Gruppen und Individuen ausging:

Der erste und entscheidende Anstoß dazu kam von dem Engländer John Howard, der in seiner Schrift "The state of prisons in England and Wales"² eine umfassende Bestandsaufnahme des britischen Gefängniswesens vorlegte, darin die beobachteten Mißstände anprangerte und eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen erarbeitete.

Nach und nach wurden - zumindest im europäischen Ausland - Vereinigungen ins Leben gerufen, die sich die Verbesserung der Lage von Strafgefangenen und -Entlassenen zum Ziel setzten, so etwa in Dänemark

1 s. dazu u.a. Schmidt, E., Einführung in die Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, Göttingen 1947, S. 236 ff. u. auch Paulsen, P., Gefangenen- u. Entlassenenfürsorge in Schleswig-Holstein, Diss. Jur., Kiel 1964, S. 6 ff.

2 "The state of prisons in England and Wales with preliminary observations and an account of some foreign prisons and hospitals"

"Fürsorgeverein für Entlassene auf der Insel Fünen", 1797), in England (Gefängnisgesellschaft für Frauen "Association for the female prisoners" durch Elisabeth Fry, 1813/17), in Rußland ("Petersburger Gefängnisverein", 1819), in der Schweiz ("Kommission für Beratung und Versorgung entlassener Sträflinge und Zwangsarbeiter zu Basel", 1820) sowie in Holland (Niederländische Genossenschaft für Besserung der Gefangenen, 1823).¹

Unter dem Einfluß vor allem anglo-amerikanischer Vorbilder entstanden bald auch in Deutschland Initiativen zur Hilfe für Strafgefangene und deren gesellschaftliche Wiedereingliederung: führend waren dabei zunächst Vertreter protestantischer Kreise, namentlich Th. Fliedner und J.H. Wichern.²

Th. Fliedner gründete im Jahre 1826 die "Rheinisch-Westfälische Gefängnisgesellschaft (RhWGG)"³, deren selbstgestellte Aufgabe die "mit den Staatsgesetzen übereinstimmende Beförderung der sittlichen Besserung der Gefangenen, durch Beseitigung nachhaltiger und Vermehrung wohlthätiger Einwirkungen auf dieselben, sowohl während der Haft als auch nach der Entlassung" war.⁴ Ausgehend von einer "latenten Verbrechenstheorie"

1 vgl. Muntau, J. Strafvollzug und Gefangenenfürsorge im Wandel der Zeit, Celle 1961, S. 86 f.

2 zur Geisteshaltung Wicherns ausführlich: Busch, M., Ansätze zu einer Sozial- und Straffälligenpädagogik im 19. Jahrh., in: Deimling, G., Häußling, M., Aktuelle und historische Aspekte der Strafvollzugsreform, Wuppertal 1977, S. 103 ff.

3 vgl. von Rhoden, 100 Jahre Geschichte der Rheinisch-Westfälischen Gefängnisgesellschaft - 1826-1926, Düsseldorf 1926

4 erster Bericht des in der Generalversammlung am 12. Mai 1828 gewählten Ausschusses der Gesellschaft, zit. bei Deimling, Die Rheinisch-Westfälische Gefängnisgesellschaft ..., in: Deimling/Häußling, a.a.O., S. 49

und einer daraus entwickelten "latenten Straftheorie"¹ stellte die RhWGG vier Hauptprobleme in den Mittelpunkt ihrer Reformbestrebungen:

1. Das Verbrechen als Sünde gegen Gott und die Menschen mußte durch Buße und Umkehr des reuigen Sünders gesühnt werden (Seelsorge)
2. Voraussetzung für die Teilnahme an Gottesdiensten etc. war Unterricht in Lesen und Schreiben
3. Um die negativen Einflüsse der Gemeinschaftshaft auszuschließen, sollten die Gefangenen nach Grad der Verwahrlosung, der Art ihres Delikts, ihrer Strafdauer und der Zahl der Vorstrafen "klassifiziert" werden
4. Die Strafgefangenen sollten zu "sinnvoller" Beschäftigung während der Haft angehalten werden.²

Man sah also, neben konkreter Hilfe, den Zweck der Gefangenenfürsorge in der "inneren Mission" (Wichern) als missionarischen Auftrag gegenüber dem "Gefallenen", darüber hinaus aber auch die pädagogische Einwirkung durch Erziehung und Bildung aus den Kräften des Glaubens.

Die RhWGG zählte im Jahre 1928 570 Mitglieder. Sie gliederte sich schon nach kurzer Zeit in 100 örtliche Hilfsvereine in drei Oberlandesgerichtsbezirken,³ die ihrerseits Vorbild für die Gründung weiterer Hilfsorganisationen waren.⁴

1 Deimling, a.a.O., S. 51 f.

2 ebenda, S. 54

3 vgl. von Rhoden, a.a.O.

4 so entstanden die "Schlesische Gefängnisgesellschaft" (1828), der "Naussauische Privatverein" (1829), der "Württembergische Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene" (1830) und der "Verein zur Besserung der Strafgefangenen und für Verbesserung des Schicksals entlassener Sträflinge im Großherzogtum Baden" (1831/32), vgl. Muntau, a.a.O., S. 88

Die Neugründungen erfolgten zunehmend auch durch private Initiatoren.

Hinsichtlich der Mitgliederstruktur charakteristisch war für diese Initiativen wie für die RhWGG die Mitwirkung ausschließlich bürgerlicher Kreise.¹

Lag der Schwerpunkt der Tätigkeit all dieser Vereinigungen zunächst in der Gefangenenhilfe, so zogen sie sich in dem Maße auf das Feld der bloßen Entlassenenbetreuung zurück, wie die Regierungen, "wachgerüttelt" durch die private und kirchliche Aktivität, die Gefängnispflege als besonderes Arbeitsgebiet selbst übernahmen. Nach dem Grundsatz: "Strafe erkennen und Strafe vollziehen ist Sache der Staatsgewalt und ihrer Organe. Den Bestraften zu einem geordneten sozialen Leben zurückzuführen, ist Aufgabe der Gesellschaft"² setzte sich eine 'Arbeitsteilung' durch, die sich allerdings durch weitgehende faktische Inaktivität in dem Bereich auszeichnete, für den der Staat sich zuständig fühlte.³

Einen Grund für den raschen Rückzug der Vereine aus dem Strafvollzug sieht Künkel in der spezifischen Mitgliederstruktur der Gefängnisgesellschaften, genauer "ihre(r) durch Herkunft und gesellschaftliche Stellung bedingte(n) besondere(n) Staatstreue".⁴

1 s. Deimling, a.a.O., S. 55; zur Stellung des Bürgers zum Komplex "Straffälligenhilfe" allgemein Häußling, Der Bürger als Straffälligenhelfer, in: Bundeszusammenschluß für Straffälligenhilfe (BZS) (Hrsg.), Gemeinsam den Rückfall verhindern, Bonn 1975, S. 35 ff.

2 Krohne, K., Lehrbuch der Gefängniskunde, Stuttgart 1889, S. 276

3 vgl. Paulsen, a.a.O., S. 17 f.

4 Künkel, K., Private Straffälligenhilfe, Bonn 1979, S. 24

Die Zahl der Hilfsvereine stieg vor dem Ersten Weltkrieg immerhin auf etwa 600 an. Gleichwohl blieb die Laienbewegung auf dem Feld der Straffälligen- bzw. Entlassenenhilfe in Deutschland relativ unbedeutend. Mit der wirtschaftlichen Depression nach dem Ersten Weltkrieg erfolgte ein sozialer Umbruch auch in der Straffälligenhilfe. Viele der vom gehobenen bürgerlichen Mittelstand getragenen privaten Vereine verarmten.¹

Zugleich zeichnete sich eine gewisse Entkonfessionalisierung in den Konzeptionen der ehrenamtlichen Entlassenenhilfe ab: "Die von dem Gedanken der Vergeltung und Generalprävention überlagerte Vollzugsideologie des 19. Jahrhunderts wich zunehmend der auch von staatlichen Stellen getragenen Erkenntnis, daß es nötig sei, den Verurteilten schon während der Strafverbüßung, aber auch nach dem Strafvollzug erzieherisch zu beeinflussen und rechtzeitig alles zu tun, um ihn wieder zu einem möglichst nützlichen Glied der menschlichen Gesellschaft zu machen."²

Dieser Erziehungs- und Fürsorgegedanke ging schließlich auch in den Entwurf eines StVollzG des Jahres 1927 ein, der in § 240 die Entlassenenfürsorge zu "eine(r) gemeinsame(n) Angelegenheit des Staates und der Gesellschaft 'erklärte' und ihr Ziel darin sah, 'den Bestraften einem gesetzmäßigen und geordneten Leben in der Freiheit zurückzuführen'." ³

1 Künkel, a.a.O., S. 25

2 ebenda

3 s. rechtlichen Teil der Arbeit B I

Nach einer Stagnation der Gefangenen- und Entlassenenhilfe während der nationalsozialistischen Zeit¹ wurde 1953 der "Bundeszusammenschluß für Straffälligenhilfe" gegründet, dem im einzelnen angehören die Landesverbände der Straffälligenhilfe, die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, berufsbezogene Vereinigungen der im Strafvollzug tätigen Ärzte, Sozialarbeiter und Vollzugsbediensteten und die konfessionellen Organisationen wie die Sozialdienste katholischer Männer und Frauen, die Evangelische Konferenz für Straffälligenhilfe u.a.m.²

Während die Straffälligenhilfe von seiten der großen Verbände sich zunehmend durch ein hohes Maß an Professionalisierung³ und, möglicherweise damit zusammenhängend, offenbar auch durch eine gewisse organisatorische und konzeptionelle "Erstarrung"⁴ auszeichnete, begann Ende der 60er Jahre neben der verbandorientierten Straffälligen- und Entlassenenhilfe "ein Aufbruch zu neuen Ufern, ein Aufbruch zu neuen Vorstellungen und auch einer neuen Praxis"⁵: im Zuge der Studentenrevolte formierten sich eine Reihe freier Resozialisierungsgruppen, die sich von den bis dahin vorherrschenden rein fürsorglichen Zielsetzungen abwandten und die Straffälligenhilfe eher als eine "Abteilung" der mehr oder minder politisch motivierten "Randgruppenarbeit" betrachteten.⁶

1 die "Gleichschaltung" führte dazu, daß die Vereine in der "NS-Volkswohlfahrt" zusammengefaßt wurden

2 s. u.a. BZS (Hrsg.), Der Bundeszusammenschluß für Straffälligenhilfe, Eine Selbstdarstellung, Bonn 1973

3 dies geht u.a. aus der bei Künkel, a.a.O., S. 27 ausgewerteten Teilnehmerliste der 10. Bundestagung des BZS, hervor

4 auch heute scheint die eher caritativ ausgerichtete Einzelfallhilfe zu überwiegen; s. Veröffentlichung des BZS

5 Müller-Dietz, Zur Problematik ehrenamtlicher Hilfe im Strafvollzug, in: Burisch, W./Weil, P. (Hrsg.), Prozesse der Befreiung, Konstanz 1976, S. 144

6 s. u.a. Schalt, Th., Mitarbeit von studentischen Gruppen im Strafvollzug und in der Straftlassenenhilfe, in: Caritas, 5/1970, S. 34 f.

Beispielhaft für die Motive der fast ausschließlich aus studentischen Kreisen sich rekrutierende Reso-Gruppen erscheint folgender "Erfahrungsbericht":

"Die durch die Situation an der Universität als auch in den Wohnverhältnissen begründete Isolation wollten wir Studenten durch die Gründung einer Wohngemeinschaft überwinden. Wir sahen darin eine Chance, uns aus den Zwängen der eigenen Lebensgeschichte zu befreien. Einem praxisfernen Studium wollten wir in eigener Regie eine Alternative entgegensetzen, ein Studium, in das die eigene Lebenspraxis maßgebend miteingeht. In der Konfrontation mit Gruppen, in denen gesellschaftliche Widersprüche unmittelbar sichtbar waren, hofften wir, den Sprung über den universitären Bereich hinaus zu schaffen, zu einer erweiterten Basis und Perspektive zu gelangen."¹

Über die Zahl solcher als "Basisgruppen"² im Bereich Straffälligenhilfe tätigen Initiativen geben die von der "Aktion - junge Menschen in Not e.V." seit 1973 herausgegebenen Adressenverzeichnisse eine gewisse Übersicht. So sind in der dritten Auflage 1978 168 Anschriften aufgeführt, welche als Kontaktadressen für Resozialisierungsgruppen, Fürsorgevereine und, mit der Straffälligenhilfe befaßte einzelne Personen, stehen.

1 Küpper, J./Still, G., Kriminelle Reproduktion und Sozialarbeit, Frankfurt a.Main 1979, S. 9

2 Gruppen, welche im Bereich der Resozialisierung, der Obdachlosenhilfe, in Heil- und Pflegeanstalten sowie in Jugendzentren arbeiten

In einer Fragebogenaktion der AG SPAK zur politischen und ökonomischen Situation von sozialpolitischen Basisgruppen¹ aus dem Jahre 1977 waren ca. 500 solcher Basisgruppen bekannt, wobei, nach dem Rücklauf zu urteilen, Resozialisierungsgruppen am stärksten vertreten waren.

¹ vgl. "Sozialpolitische Basisgruppen - eine Untersuchung ihrer politischen und ökonomischen Situation", Fragebogenaktion der AG SPAK 1977, S. 6

III Resozialisierungsanspruch und Vollzugspraxis

Der mit Inkrafttreten des StVollzG¹ vollzogene rechtliche Übergang vom Straf- zum "Behandlungsvollzug" hat sich bislang auf die herrschende Vollzugspraxis nur sehr geringfügig modifizierend ausgewirkt:² nach wie vor trägt die bundesdeutsche Strafanstalt den Charakter einer "totalen Institution", wobei allerdings zu fragen ist, ob hier lediglich ein Widerspruch zwischen Anspruch und Realität vorliegt, oder ob die im StVollzG formulierten Zielbestimmungen (Resozialisierung/Sicherung) nicht selbst widersprüchlich und daher gar nicht geeignet sind, den Resozialisierungsanspruch zu realisieren.³

Auszugehen ist in jedem Fall von der derzeitigen Vollzugspraxis und ihren Wirkungen auf den Gefangenen, soweit sie den offiziellen Zielvorstellungen zuwiderlaufen.

1. Die Strafanstalt als "totale Institution"

Die "totale Institution" wird von E. Goffman⁴ wie folgt definiert: "In der modernen Gesellschaft besteht eine grundlegende soziale Ordnung, nach der der einzelne an verschiedenen Orten schläft, spielt, arbeitet - und dies mit wechselnden Partnern, unter verschiedenen Autoritäten und ohne einen umfassenden rationalen Plan.

1 s. rechtlichen Teil der Arbeit B I

2 s. z.B. Ortner, H., Normalvollzug. Die geplante Zerstörung der Mitmenschlichkeit. Berichte und Dokumente aus westdeutschen Gefängnissen, Tübingen 1978

3 vgl. etwa Feest, J., in: Feest u.a. (Hrsg.), Kommentar zum StVollzG, Neuwied/Darmstadt 1982, S. 13

4 Goffman, E., Asyle. Über die soziale Situation ..., Frankfurt 1972, S. 17

Das zentrale Merkmal totaler Institutionen besteht darin, daß die Schranken, die normalerweise diese drei Lebensbereiche voneinander trennen, aufgehoben sind:

1. Alle Angelegenheiten des Lebens finden an ein und derselben Stelle, unter ein und derselben Autorität statt.
2. Die Mitglieder der Institution führen alle Phasen ihrer täglichen Arbeit in unmittelbarer Gesellschaft einer großen Gruppe von Schicksalsgenossen aus, wobei allen die gleiche Behandlung zuteil wird und alle die gleiche Tätigkeit gemeinsam verrichten müssen.
3. Alle Phasen des Arbeitstages sind exakt geplant, eine geht zu einem vorher bestimmten Zeitpunkt in die nächste über, und die ganze Folge der Tätigkeit wird von oben durch ein System expliziter formaler Regeln und durch einen Stab von Funktionären vorgeschrieben.
4. Die verschiedenen erzwungenen Tätigkeiten werden in einem einzigen rationalen Plan vereinigt, der angeblich dazu dient, die offiziellen Ziele der Institution zu erreichen.

Diese Charakteristik gilt (neben Waisenhäusern, Krankenhäusern, Kasernen) insbesondere für die Institution Strafanstalt ebenso wie die Bestimmung der "totalen Institution" als Teilsystem, das zu anderen Teilsystemen der Gesellschaft nicht nur geringe Kontakte und Verbindungen hat, sondern darüber hinaus dazu tendiert, sich immer mehr zu verselbständigen und von anderen Subsystemen "wegzudriften".¹

1 Quensel, St., Einige subjektive Aspekte konservativer Gesetzgebung. Das Beispiel Strafvollzug, in: Recht und Politik (hrsg. vom Institut für Gesellschaftspolitik), Wien 1975, S. 58

Für die Insassen des "Subsystems" Strafanstalt bedeutet dies:

- (1) Verlust der Freiheit und, als direkte Folge davon, nachhaltige Unterbrechung des Kontakts zu Familie und Freundeskreis¹, totale Einschnürung der sozialen Rolle (Identitätsverlust);
- (2) Verlust von materiellen Gütern und Dienstleistungen;
- (3) Verlust heterosexueller Beziehungen²;
- (4) Verlust der Selbstbestimmung, d.h. Beschneidung der Möglichkeiten selbständiger Zielorientierung, radikale Einengung jeglicher Eigeninitiative und Wahlfreiheit;
- (5) und nicht zuletzt auch Verlust der eigenen Sicherheit: zwar schützen Zellen und Gefängnismauern die Gesellschaft vor dem Straffälligen, diesen aber nicht vor seinesgleichen und/oder Übergriffen des Gefängnispersonals.

Die Abschließung des Sträflings von der Gesellschaft setzt somit Prozesse der Entdifferenzierung und Entpersönlichung in Gang und erzeugt, parallel dazu, Verhaltensänderungen beim Insassen, die, im Anschluß an Clemmer³, unter dem Begriff der "Prisonierung" zusammengefaßt werden: die Anpassung des Gefangenen an verschiedene Aspekte der Gefängniskultur und die mehr oder minder vollständige Übernahme ihrer Normen, Gebräuche, Gewohnheiten.

1 s. dazu insbesondere: Ortner/Wetter, Gefängnis und Familie, Berlin 1975

2 s. ebd., S. 50 ff.

3 Clemmer, D., The prison community, New York 1958

Dieser Prozeß ist auch als Herausbildung einer eigenständigen "Insassen-Subkultur" beschrieben und untersucht worden.¹ Die Bildung der "Subkultur" ist gewissermaßen als Gegenreaktion der von den Deprivationen der totalen Institution Betroffenen zu verstehen.² Der Begriff faßt, allgemein definiert, "die überindividuellen Wertvorstellungen und Verhaltensvorschriften der Gefängnisinsassen, ihre Ansichten über ihre Umwelt, ihre Bräuche, Gewohnheiten und sonstigen tatsächlichen Verhaltensweisen, ferner ihre Kniffe, ihre Sprache"³ zusammen. Die Subkultur bietet dem Insassen Orientierungshilfe und Kompensationsmöglichkeiten an, da sie ihm Rollen bzw. "Quasi-Rollen" zur Verfügung stellt, die sein Selbstwertgefühl heben bzw. wiederherstellen. Unter "Quasi-Rollen" sind in diesem Zusammenhang standardisierte Verhaltensmuster zu verstehen, die "an der Stelle des Zusammenpralls zwischen den sozialen Bedürfnissen des Individuums und den Forderungen der Anstalt als totaler Institution entstehen."⁴

1 s. Hohmeyer, J., Die soziale Situation des Strafgefangenen: Deprivationen der Haft und ihre Folgen, in: MSchrKrim, 1969, S. 292 ff. sowie Harbordt, St., Die Subkultur des Gefängnisses ..., Stuttgart²1972

2 vgl. Hohmeyer, a.a.O., S. 299: "Konstruktiv für die Insassenkultur sind die Reaktionen der Insassen auf die vielfältigen Deprivationen der Institution; sie rankt sich gewissermaßen um die verschiedenen Frustrationen der Haft."

3 Harbordt, a.a.O., S. 21

4 Hohmeyer, Soziale Verhaltenstypen bei Insassen von Strafanstalten, in: MschrKrim, 1971, S. 3

So sehr die Anpassung an die "Subkultur" psychischen Bedürfnissen des Gefangenen entgegenkommt, so sehr entfernt sich der Insasse mit seiner gesamten Persönlichkeit von dem in Freiheit zu erwartenden bzw. gewünschten Sozialverhalten. Nach Wheeler¹ erfolgt dieser Prozeß in einer U-Kurve, nach der zu Beginn und Ende der Haftdauer die größte Konformität, in der Mittelphase jedoch die größte Abweichung der Einstellung der Häftlinge und der offiziellen Normen der Anstalt von der freien Gesellschaft festzustellen ist.

Während die Brauchbarkeit des Begriffs der Gefangenen-Subkultur wie die Deutung der mit ihm bezeichneten Phänomene umstritten ist², so herrscht zumindest Einigkeit darüber, daß "über diese Vermittlungsinstanz ("Subkultur" d.Verf.) häufig gerade jene psychischen Dispositionen und Verhaltensmuster verstärkt bzw. überhaupt erst erzeugt werden" können, "die den offiziellen Zielen der Strafanstalt zufolge eigentlich modifiziert bzw. aufgelöst werden sollten".³ Die Gefangenen-Subkultur wäre demnach noch mehr als ein "in den Strafvollzug eingebauter Bumerang zur Verhinderung des Vollzugsziels."⁴

1 Wheeler, S., Socialisation in Correctinal Communities, ASR 1961, S. 697 ff.

2 s. die Zusammenfassung der konträren Positionen bei Eidt, H.-H., System und Organisation des Strafvollzugs, in: Kaiser u.a. (Hrsg.), Strafvollzug, a.a.O., S. 149 f. und Weis, K., Zur Subkultur der Strafanstalt, in: Schwind, H.-D./Blau, G. (Hrsg.), Strafvollzug in der Praxis, Berlin/New York 1976, S. 243 ff.

3 Jordan, I.u.E., Gefängnis-Subkultur und Verfestigung abweichenden Verhaltens, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 4/75, S. 134

4 Weis, a.a.O., S. 258

Der Gegensatz von Resozialisierungsanspruch und herrschender Vollzugspraxis wird augenscheinlich, legt man der Betrachtung etwa Kaisers Konkretisierung des Vollzugsziels zugrunde wie es in § 2 des StVollzG formuliert ist: "Wichtig erscheint zunächst die Entwicklung eines Maßes an Selbstsicherheit, das den Rechtsbrecher davor bewahrt, sich seines Selbstwertgefühls mit Hilfe von kriminellen Handlungen versichern zu müssen. Weiter ist erforderlich die Ausbildung eines Gewissens, das spontane Bedürfnisse kontrollieren und die Notwendigkeit, wenn nicht die Berechtigung, von allgemein anerkannten Normen - etwa des Strafrechts - zu verinnerlichen hilft. Sozialisation soll ferner intellektuelle Fähigkeiten entwickeln und damit verbunden Leistungsmotivation vermitteln, um dem Probanden eine ihn befriedigende und ausfüllende Stellung in der Berufswelt zu ermöglichen. Im mitmenschlichen Bereich hat Sozialisation das Ziel, Solidarität und Fähigkeit zur Konfliktbewältigung zu erlernen."¹

In einem Wort: primärer Inhalt eines auf Resozialisierung bzw. Sozialisation zielenden Vollzugs müßte das "soziale Lernen" des Straffälligen sein. Gerade dies aber wird nicht gefördert, sondern eher behindert.

¹ Kaiser, G., Begriff, Ortsbestimmung, Entwicklung und System des Strafvollzugs, in: Kaiser u.a. (Hrsg.), a.a.O., S. 22 f. (Hervorhebung im Original)

2. Die Rolle des Vollzugspersonals

Obgleich der traditionelle Zielkonflikt zwischen Sicherung und Resozialisierung durch die Erhebung letzterer zur ranghöchsten Aufgabe des Vollzugs der Freiheitsstrafe im StVollzG auf normativer Ebene zugunsten des Resozialisierungsziels aufgehoben wurde¹, besteht der Konflikt - wie oben ausgeführt - aufgrund der Organisationsstruktur der Strafanstalten in der Praxis weiter und muß weiter bestehen, solange die Freiheitsstrafe nicht auf ein gesellschaftlich mögliches und erträgliches Minimum reduziert wird² und damit "die Aporien einer Erziehung zur Freiheit in der Situation der Unfreiheit³ aufgelöst sind.

Daß dieser Zielkonflikt auch das Handeln des Vollzugspersonals wesentlich bestimmt, steht außer Frage. Wie sich dies im Bewußtsein und Verhalten des Anstaltspersonals niederschlägt soll im folgenden kurz erörtert werden. Leitfrage ist dabei nach wie vor, welche Faktoren der Realisierung des Resozialisationsanspruchs entgegenstehen.

a) Der allgemeine Vollzugsdienst

Bereits die Änderung der Berufsbezeichnung der ehemaligen Aufsichtsbeamten im StVollzG weist darauf hin, daß auch sie nunmehr offiziell Resozialisierungsaufgaben wahrzunehmen haben.⁴

1 vgl. Feest, in: Kommentar ..., a.a.O., S. 15

2 s. ebd., S. 13

3 Schüler-Springorum, H., Strafvollzug im Übergang ..., Göttingen 1969, S. 170

4 vgl. Feest u.a. (Hrsg.), Kommentar, a.a.O., S. 361 f.: vom "Aufsichtsdienst -bediensteten" zum "Vollzugsdienst, Vollzugsbediensteten"

Doch handelt es sich hier naturgemäß nur um eine Funktionserweiterung, welche die Zuständigkeit gerade des Vollzugsdienstes für Sicherheit und Ordnung in keiner Weise aufhebt und allenfalls modifiziert. Der Beamte hat also einerseits seine traditionelle "Schließer"-Tätigkeit auszuüben und zugleich an der Realisierung des nunmehr offiziellen Vollzugsziels der Resozialisierung mitzuwirken.¹

Daraus ergibt sich der immer wieder in wissenschaftlichen Untersuchungen erörterte Rollenkonflikt des Vollzugsbeamten²: die doppelte Aufgabe, sowohl kustodial wie erzieherisch zu wirken, ist notwendig mit widersprüchlichen Erwartungen und Forderungen verknüpft. Verlangt die Aufrechterhaltung von "Sicherheit und Ordnung"³ der Anstalt generelles Mißtrauen gegenüber den Insassen, unpersönliches Verhalten, Gleichbehandlung aller Insassen, Strenge und u.U. auch Rigorosität, so ist die Behandlungsaufgabe des Vollzugsbeamten mit völlig entgegengesetzten Verhaltensweisen verknüpft wie: Rücksichtnahme, Zuwendung zur je besonderen Einzelpersönlichkeit des Gefangenen, überzeugendes Gespräch statt Zwang, gegebenenfalls auch Großzügigkeit bei der Kontrolle. Dieser Rollenkonflikt, der nichts anderes darstellt als die "Verlängerung" des Zielkonflikts im Strafvollzug überhaupt in die Person des Beamten hinein, wird nun in der Regel zugunsten der kustodialen Funktion "gelöst".

1 vgl. ebd.

2 erstmals ausführlich nachgewiesen und erörtert durch Hohmeyer, J., Aufsicht und Resozialisierung, Stuttgart 1973; s.a. Hoffmann, M., Die Rollenproblematik des Strafvollzugsbediensteten, in: ZfStrVo, 1979, S. 9 ff.

3 : s. rechtlichen Teil der Arbeit B III 3 (Allgemeine Verfügungen der Länder betreffend die ehrenamtliche Hilfe im Strafvollzug)

Der Grund dafür liegt offenbar weniger in der Einstellung der Beamten gegenüber den offiziellen Vollzugszielen¹, als vielmehr in der auch heute noch völlig unzureichenden personellen Besetzung des allgemeinen Vollzugsdienstes und der daraus resultierenden Überlastung der Beamten², der generell mangelhaften pädagogisch/psychologischen, also behandlungsorientierten Ausbildung der Beamten und schließlich in der Tatsache, daß der Beamte selbst den untersten Rang der Anstalts-hierarchie einnimmt und daher in der Auslegung der seine Tätigkeit determinierenden Vorschriften nur geringen Spielraum besitzt.³

Entsprechend der äußerst zwiespältigen Stellung des Vollzugsdienstes und der daraus begründeten Neigung, die Tätigkeit weitgehend auf die kustodialen Aufgaben zu beschränken, ist das Bild des Vollzugsbeamten bei den Gefangenen fast zwangsläufig überwiegend negativ, zumal die ablehnende Einstellung des Gefangenen gegenüber der Institution Strafanstalt, die er ja in erster Linie als Beschränkung seiner Freiheit i.w.S. erlebt, sich zunächst auf den konzentriert, der die Strafmaßnahmen unmittelbar an ihm exekutiert⁴.

-
- 1 immerhin scheint die Mehrzahl der Beamten das Ziel der gesellschaftlichen Wiedereingliederung für das höherrangige zu halten, s. Hohmeyer, Aufsicht ..., a.a.O., S. 70
 - 2 so kamen z.B. 1979 (nach erheblicher Stellenvermehrung) in NRW auf 17.000 Haftplätze 5046 Beamte des allgemeinen Vollzugsdienstes, vgl. Strafvollzug in NRW, hrsg. von Justizminister des Landes, Düsseldorf⁴ 1980, S. 10 f.
 - 3 vgl. Hoffmann, a.a.O., S. 12: "Er (der Vollzugsbeamte/G.A.) muß sich auf seine Amtsgewalt beziehen, weil ihm für die Führung der Gefangenen päd. Kenntnisse fehlen und weil er aufgrund seiner niedrigen Dienststellung nur eine geringe Entscheidungsbefugnis hat."
 - 4 vgl. Hohmeyer, Aufsicht ..., a.a.O., S. 77 ff.

Zusammenfassend ist also festzuhalten, daß - auch heute, wo das Resozialisierungsziel über dem Strafziel stehen soll - in der Praxis des Strafvollzugs der Vollzugsdienst nur äußerst begrenzt in der Lage bzw. willens ist, aktiv an der Verwirklichung des Vollzugsziels mitzuwirken.

Hinzu kommt, daß - auch bei gutem Willen des Beamten, am ranghöchsten Vollzugsziel mitzuwirken - durch den Alleinvertretungsanspruch der ausschließlich mit der Aufgabe der Resozialisierung (Erziehung/Behandlung) betrauten Kräfte (Lehrer, Psychologen, Sozialarbeiter) der Vollzugsdienst zusätzlich in die "repressive Ecke" gedrängt wird.¹

b) Sozialarbeit im Strafvollzug

Die institutionelle Problematik, d.h. die Widersprüchlichkeit von behandlungsorientierten und sozial kontrollierenden Funktionen des Vollzuges spiegelt sich - in ähnlicher Weise wie beim allgemeinen Vollzugsdienst - auch in der Rolle des Sozialarbeiters wider,² wobei sich die Rollenproblematik hier gewissermaßen umgekehrt entwickelt:

Schreibt man dem Sozialarbeiter normalerweise Funktionen zu, die sich kurz als "Fürsorge" oder "Hilfe zur Selbsthilfe" kennzeichnen lassen und kommt auch und gerade im Strafvollzug dem Sozialarbeiter die zentrale Aufgabe zu, die Resozialisierung des Straffälligen zu fördern, so steht dieser Funktion die Tatsache entgegen, daß auch der Sozialarbeiter im Strafvollzug "Agent" der "totalen Institution" ist und bleibt, solange dort den Prinzipien von Sicherheit und Ordnung der Vorrang gegenüber den Grundsätzen der Behandlung eingeräumt wird.

1 Kommentar, a.a.O., S. 361 f.

2 zu dieser Problematik vgl. u.a.: Walter, M., Rollenkonflikt des Sozialarbeiters, in: MSchrKrim 1975, S. 99 ff. sowie Hohmeyer, Probleme der Sozialarbeit im Strafvollzug.

Der Sozialarbeiter gehört also einerseits zum Stab der Anstalt, hat dadurch Zugang zu allen die Gefangenen betreffenden Informationen, ist beteiligt an Entscheidungen über die Gefangenen bzw. an deren verwaltungsmäßiger Erfassung. Dieser faktischen Machtstellung steht andererseits der Anspruch gegenüber, Vertrauensperson und Helfer des Häftlings zu sein.¹

Zu dieser grundsätzlichen Problematik tritt, wie beim Vollzugspersonal überhaupt, die gerade im Bereich der sozialen Hilfe völlig unzureichende personelle Ausstattung des Strafvollzugs.²

Unter diesen Umständen liegt die Vermutung nahe, daß der Sozialarbeiter "seinen" Rollenkonflikt ebenso (resignativ) "löst" wie der Aufsichtsbeamte. Ortner/Wetter beschreiben das Resultat wie folgt: "Überangepaßtheit, Überidentifikation mit Zielen und Methoden der Gefängnisverwaltung, vorurteilshaft gegenüber den Gefangenen, die zur Erleichterung der sozialpädagogischen Routine als hoffnungslos psychopathisch, gefährlich usw. klassifiziert werden (...)."³

Dieses Bild mag unter dem Gesichtspunkt der Allgemeingültigkeit überzeichnet sein, gibt aber sicherlich eine Tendenz an, die sich aus der prekären Stellung des Sozialarbeiters ableiten läßt.

-
- 1 zur prinzipiellen Problematik von Sozialarbeit vgl. Hollstein, W./Meinhold, M., Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, Frankfurt 1976
 - 2 nach: Strafvollzug in NRW, a.a.O., S. 10 f. Kamen 1979 in NRW 330 Sozialarbeiter, Pädagogen und Psychologen auf 17.000 Haftplätze; wie in dieser Situation die tägliche Arbeit des Sozialarbeiters/-pädagogen aussieht, wird bei Spittler, E., Sozialarbeit im Strafvollzug, in: MSchrKrim, 1977, S. 32 ff. eindrucksvoll geschildert
 - 3 Ortner/Wetter, Sozialarbeit ohne Mauern, Stuttgart 1980, S. 10

Die Autoren, die hier ihre Erfahrungen mit der Sozialarbeit im Knast wiedergeben, sehen allerdings im Rollenkonflikt des Sozialarbeiters nicht ein notwendiges Übel, sondern eine Widersprüchlichkeit, die "gerade dessen (des Sozialarbeiters d.Verf.) Funktion und Aufgabe ist": "seine 'Rolle' ist gerade sein Rollenkonflikt".¹ Die wesentliche Aufgabe des Sozialarbeiters besteht nach dieser Auffassung also gerade darin, die objektiven Zielkonflikte in seiner Person "aufzufangen".²

Wie dem auch sei, effektive Resozialisierungsarbeit wird dem Sozialarbeiter massiv erschwert. Folgerichtig sehen sich auch die Gefangenen in ihren zunächst hohen Erwartungen gegenüber dem Sozialarbeiter bald enttäuscht, versuchen, sich seiner "Zuwendung" zu entziehen und machen so womöglich den letzten Rest möglicher "sozialer Hilfe" zunichte.³

1 a.a.O., S. 23

2 vgl. ebd.: "Die Schaltbox, dieses Traföhäuschen ist und soll sein gerade der Sozialarbeiter, der den objektiven Konflikt, der notwendig entstehen muß, aufnehmen und aushalten soll. Der Sozialarbeiter ist gerade der Filter für dieses Konfliktpotential. Denn das, was er als persönlichen Zwiespalt erlebt, soll gerade nicht weiter vordringen in die ihm übergeordneten Verwaltungsprozesse." (Hervorh. im Orig.)

3 vgl. Ortner/Wetter, Plädoyer für eine "befreiende Sozialarbeit", in: dies. (Hrsg.), Freiheit statt Strafe, Frankfurt 1981, S. 111

3. Das Problem der Entlassung

Läßt sich hinsichtlich der Wirkungen der immer noch vorherrschenden Vollzugspraxis auf den Straffälligen insgesamt feststellen, daß "deviantes" Verhalten in vielen Fällen nicht "korrigiert", ja häufig sogar noch verstärkt wird, daß also weder Sozialisation noch Resozialisation auch nur annähernd im Sinne des ranghöchsten Vollzugsziels erreicht werden, so bedeutet dies, daß auch die Situation des entlassenen Straftäters sich kaum geändert haben dürfte.

Hat der Gefangene nicht schon während der Haft Techniken der Konfliktbewältigung, soziales Verhalten etc. gelernt, so wird es ihm um so schwerer fallen, mit den Schwierigkeiten der Wohnungs- und Arbeitssuche (und allen damit verbundenen "Rand"problemen fertigzuwerden¹, geschweige sich in einer Umgebung zurechtzufinden, in der er in aller Regel auf große Ablehnung und Feindseligkeit stößt.²

1 zur Situation nach der Entlassung ausführlich Maelicke, Entlassung und Resozialisierung, Heidelberg/Karlsruhe 1977, S. 64 ff.; s.a. Baumann, H. Die Entlassenenhilfe in der BRD, Bochum 1980, S. 50 ff.

2 die negative Haltung der Bevölkerungsmehrheit gegenüber der "Randgruppe" der Straffälligen wird allgemein mit dem Begriff der sozialen Ächtung und "Stigmatisierung" gekennzeichnet; zum Begriff "Stigmatisierung" vgl. Albrecht, G., Stichwort: Stigmatisierung, in: Kaiser u.a. (Hrsg.), Kleines kriminologisches Wörterbuch, Freiburg 1974, S. 318 ff.; s.a. Schäfer, H.-C., Stigmatisierung von Vorbestraften und Rückfallkriminalität, in: Brusten, M./Hohmeyer, Stigmatisierung, Zur Produktion gesellschaftlicher Randgruppen, Bd. 2, Darmstadt 1975, S. 129 ff.

Gerade hier wird dem Straffälligen staatlicherseits nur unzureichende Unterstützung zuteil. Entlassenenhilfe durch einen Bewährungshelfer wird allenfalls - und auch dies, aufgrund der schlechten personellen Lage¹, nur mangelhaft - im Rahmen der bedingten Entlassung geleistet.² Eine gewisse Erweiterung des Hilfsangebots stellt die neuerdings für bestimmte Probanden vorgesehene Führungsaufsicht dar³, bei der der Kontrollaspekt allerdings noch stärker als bei der Bewährungshilfe im Vordergrund steht.

In wenigen Einzelfällen werden Strafantlassene gelegentlich noch von den Jugend- und Sozialämtern unterstützt.

1 nach Schwind/Best, Alte und neue Wege in der Entlassenenhilfe, in: ZfStrVo 1/1981, S. 4, betreute im Jahre 1980 ein Bewährungshelfer (im Bundesdurchschnitt) 56 Probanden

2 vgl. Kaiser u.a. (Hrsg.), Strafvollzug, a.a.O., S. 326

3 vgl. ebd.

Zusammenfassung

Wie der Blick auf die herrschende Vollzugspraxis zeigt, ist (auch heute noch) davon auszugehen, "daß der Strafvollzug auch in seiner denkbar aufgeklärtesten Form, die nirgends realisiert ist, mit einer Reihe unauflösbarer Widersprüche und Dilemmas behaftet ist, z.B.: die Isolierung einzelner 'Schuldiger' reißt diese zugleich aus dem sozialen Kontext, auf den eingewirkt werden müßte; Freiwilligkeit des sozialen Lernens ist unter den Bedingungen der Unfreiheit kaum durchzuhalten oder auch nur festzustellen; die Gleichzeitigkeit von Hilfe und Kontrolle führt notwendig zu Rollenkonflikten beim Anstaltspersonal"¹, die in der Regel zugunsten von "Sicherheit und Ordnung" "gelöst" werden. Resozialisierung kann unter diesen Umständen nur mangelhaft oder gar nicht erzielt werden. Für die Situation nach der Entlassung gilt, daß auch sie eher zur Rückfälligkeit des Entlassenen als zu seiner Wiedereingliederung beiträgt. Die hohe Rückfallquote von ca. 80% spricht hier eine deutliche Sprache.

1 Feest, in: Kommentar ..., a.a.O., S. 13

IV Die Tätigkeit von Resozialisierungsgruppen - Möglichkeiten und Grenzen

1. Vollzugsziel und Gesellschaft

Angesichts eines Vollzugs, dessen vorrangiges Ziel die Resozialisierung des Straffälligen sein soll, der jedoch strukturell nicht oder nur bedingt in der Lage ist, dieses Ziel von sich aus zu realisieren, wird heute mehr denn je die Mitarbeit freiwilliger Helfer bzw. Resozialisierungsinitiativen für eine unbedingt Notwendigkeit gehalten.

M. Busch drückt dies wie folgt aus: "Auch bei einer relativen Auflockerung des Vollzugs (halboffene und offene Anstalten) bleibt eine mehr oder minder umfassende Trennung des Gefangenen von der Außenwelt bestehen. Wenn es nicht möglich ist, daß der Gefangene in Kommunikation mit gesellschaftlichen Gruppen, Organisationen und Institutionen stehen kann, wird gesellschaftsadäquate Sozialisationshilfe nur dann möglich sein, wenn die Gesellschaft durch eigene Initiativen in den Vollzug kommt, d.h. soziales Lernen und soziale Substanzerhaltung realisiert."¹

Die Aktivität freier Resozialisierungsgruppen wird demnach als ein Versuch verstanden, die Institution Strafvollzug "wieder in die 'Gesellschaft' zurückzuholen, sie offener zu machen".²

1 Busch, M., Ehren- und nebenamtliche Mitarbeiter im Strafvollzug, in: Schwind/Blau, a.a.O., S. 374 f.

2 Trapp, H.-J., Dimensionen der ehrenamtlichen Straffälligenhilfe, in: Bewährungshilfe (Bewhi), 1977, S. 191 ff.; die Möglichkeiten der Anstaltsbeiräte, die nach § 163, S. 1 StVollzG "als Vertreter der Öffentlichkeit bei der Gestaltung des Vollzugs und bei der Betreuung der Insassen" aktiv mitarbeiten sollen, in dieser Richtung tätig zu werden, werden allgemein als sehr gering eingeschätzt; s. dazu insbesondere Münchbach, H.-J., Strafvollzug und Öffentlichkeit unter besonderer Berücksichtigung der Anstaltsbeiräte, Stuttgart 1973

Hinsichtlich der Stellung des Bürgers zum Strafvollzug und zum Straffälligen wird geradezu von einer "Bürgerpflicht" zur Straffälligenhilfe gesprochen.¹ Dem liegt die immer mehr sich durchsetzende Erkenntnis zugrunde, daß die "kriminogenen Faktoren" nicht in der Individualität des Straftäters, sondern vielmehr im gesellschaftlichen Umfeld des Rechtsbrechers zu suchen sind und folglich gesellschaftliche "Mitverantwortung" für das "Schicksal" des Straftäters besteht. Dazu Trapp: "Gehen wir vom Straffälligen aus, so ist die 'Gesellschaft' jedoch die Familie, die ihm Liebe versagt oder gegeben hat, ist die 'Gesellschaft' der Lehrer, der ihn behindert oder gefördert hat, ist die 'Gesellschaft' der Ausbilder oder der Arbeitgeber, der ungeduldig war oder geduldig, ist die 'Gesellschaft' der Freund, der Arbeitskollege, der Behördenvertreter. Die 'Gesellschaft' erfährt er (der Straffällige d.Verf.) in einer Vielzahl von Handlungen konkreter Personen ihm gegenüber, wie diese Handlungen auch immer begründet sein mögen."²

Die Bedeutung von Resozialisierungsgruppen wird also in ihrer Rolle als "Mittler" zwischen Strafvollzug und "Gesellschaft" gesehen. Dies in zweifacher Hinsicht:

1. in der Herstellung von Kontakten des Gefangenen zur "Außenwelt" einschließlich der Betreuung nach der Entlassung,
2. in der Einwirkung auf die Einstellung der Öffentlichkeit zum Strafgefangenen bzw. -entlassenen.

1 vgl. Müller-Dietz, H., Straffälligenhilfe als gesellschaftliche Aufgabe, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 1976, S. 23; zum Verhältnis Bürger - Strafvollzug grundlegend Häußling, J., Der Bürger als Straffälligenhelfer, in: Gemeinsam den Rückfall verhindern, a.a.O., S. 34 ff.

2 Trapp, a.a.O., S. 192

a) Der freie Helfer als "Repräsentant" der
Gesellschaft im Vollzug

Soweit dem freien Helfer Resozialisierungsfunktionen während des Strafvollzugs zugewiesen werden, ist zu fragen, wodurch der freie sich gegenüber dem eigentlich mit dieser Aufgabe betrauten hauptamtlichen Helfer (also in erster Linie Sozialarbeiter, Bewährungshelfer) auszeichnet, soll der ehrenamtliche "Vollzugshelfer" nicht lediglich "Lückenbüßer" sein.

Formell ist die freie Mitarbeit dadurch gekennzeichnet, daß sie "ohne geregelte Entlohnung, ohne (fixierte) Verpflichtung etwa gegenüber der Vollzugsbehörde, immer wieder nur aus eigener Spontaneität"¹ erfolgt. Mit diesen äußeren Merkmalen der freien Vollzugshilfe sind zugleich die spezifischen Möglichkeiten des freien Helfers angedeutet.²

Gegenüber dem hauptamtlichen Helfer (dessen zwiespaltige Haltung, einerseits kustodial-punitive, andererseits erzieherische Funktionen, oben angesprochen wurde) hat der freie Mitarbeiter den Vorzug, daß er - unabhängig von Kontroll- und Sanktionsfunktionen - vom Gefangenen nicht mit der überwiegend repressiv erlebten Institution identifiziert wird, sondern als "neutraler", "nicht amtlicher", "exterritorialer" Partner³ betrachtet werden kann.

¹ Orlowsky, W., Aufgaben und Stellung der freiwilligen Betreuer im Jugendstrafvollzug, in: ZfStrVo 1979, S. 26

² Zur Charakteristik des freien Helfers allgemein s. Aves, G.M., Freie Mitarbeiter in sozialen Diensten, Freiburg 1973; zum Verhältnis von hauptamtlicher und ehrenamtlicher Hilfe s. insbesondere: Niedrig, H., Ehrenamtliche Mitarbeit in der freien Wohlfahrts-pflege, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 1977, S. 328 A.

³ Busch, in: Schwind/Blau, a.a.O., S. 378

Er dürfte damit eher in der Lage sein, beim Probanden Mißtrauen zu durchbrechen und damit auch anstaltsspezifische Anpassungsstrategien beim Ansprechpartner zu vermeiden.

"Die Beziehung zum Probanden beruht auf Freiwilligkeit und ist ungeteilt. Die geringere Identifikation mit der 'Behörde' gestaltet das persönliche Verhältnis zwischen Helfer und Probanden von vornherein anders."¹ "Der Proband kann sich relativ angstfrei verhalten und ausdrücken, was sich partiell auch auf den Umgang der Insassen untereinander und mit den Bediensteten auswirkt."²

Diese Annahmen werden bestätigt durch die Ergebnisse einer von Maelicke³ durchgeführten Befragung von Strafentlassenen. Auf die Frage, ob private oder staatliche Hilfe bevorzugt werde, entschied sich die Mehrzahl für private Hilfe, von der man "mehr Verständnis", individuellere Hilfe, zwanglosere und vertrauensvollere Zuwendung erwartete.⁴

Ermöglicht der Kontakt zum freien Helfer dem Gefangenen also einerseits persönliche und angstfreie Kommunikation, so kommt ihm andererseits die wesentliche Funktion eines Vertreters der gesellschaftlichen "Normalität" zu.

1 Trapp, a.a.O., S. 194

2 Isermann, E./Wilke, H.-H., Gruppenarbeit freier Helfer im Strafvollzug, in: KrimJ, 1974, S. 294; vgl. dazu auch Baumann, J., in: Staiber, J. (Hrsg.), Kriminalpolitik und Strafvollzug, Berlin 1978, S. 91

3 Maelicke, a.a.O.

4 ebd., S. 142 f.

Angesichts des Problems, "daß Einüben sozialen Verhaltens 'in der Retorte'", die Resozialisierung im Strafvollzug immer darstellt, "oft in Gefahr gerät, gesellschaftliche Gegebenheiten zu vernachlässigen"¹, erscheint es außerordentlich wichtig, daß der Strafgefangene mit Menschen in Kontakt kommt, die "der Realität des Lebens (entsprechen), die den Gefangenen nach der Entlassung empfängt".²

"Darüber hinaus bietet gerade die Arbeit in Gruppen die Chance, daß der Gefangene (auch) mit altersmäßig wie bildungs- und milieumäßig ihm entsprechenden Personen in Kontakt kommt, daß ihm nicht nur ein Stück irgendeiner, sondern seiner Normalität in die Anstalt gebracht werden kann."³

Es dürfte deutlich geworden sein, daß privater Straffälligenhilfe - richtig verstanden - im Vollzug nicht kompensatorische, sondern komplementäre Funktion zukommt, daß freie Straffälligenhilfe sich ihrerseits nicht auf den Tätigkeitsbereich der Wiedereingliederung des Entlassenen beschränken sollte, sondern nur dann wirkungsvoll sein dürfte, wenn sie versucht, den Probanden bereits im Vollzug soweit zu stabilisieren, "daß er nach der Entlassung die für die Wiedereingliederung in die Gesellschaft notwendige Ich-Stärke zeigt".⁴

-
- 1 Busch, M., Sozialarbeit im Strafvollzug?, in: Schmidtbreick, B. (Hrsg.), Kriminalität und Sozialarbeit, Freiburg 1972, S. 30
 - 2 ders., Straffälligenhilfe durch die freien Verbände, in: Caritas, 5/1970, S. 22
 - 3 Orlowsky, a.a.O., S. 26 (Hervorh. im Orig.)
 - 4 Niggemann, W., Vorwort zu: Kosubek, S., Praxis der Straffälligenhilfe, Stuttgart 1978, S. 5

Wirksame Straffälligenhilfe setzt also eine Konzeption der "durchgehenden" Betreuung voraus. Die oben genannten spezifischen Möglichkeiten des ehrenamtlichen Mitarbeiters können sich zudem erst dann voll entfalten, wenn die Betreuung des Straffälligen in personeller Kontinuität erfolgt.¹ Damit ist eine Schwerpunktverlagerung der traditionellen, auf bloße soziale und karitative Maßnahmen nach der Entlassung ausgerichtete Straffälligenhilfe in den Vollzug hinein postuliert. Dies bedeutet allerdings nicht, daß die Entlassenenhilfe vernachlässigt werden könnte. Im Gegenteil: sollten die Resozialisierungsbemühungen während der Haftzeit (im Idealfall) auch erfolgreich sein, sie werden sehr schnell zunichte gemacht, wenn dem Entlassenen in einer ihm mehr oder weniger feindlich gegenüberstehenden Umwelt der nötige materielle und psychologische Beistand fehlt.²

"Daß der Staat die Aufgaben der (Re-)Sozialisierung oder (Wieder-)Eingliederung (...) aus eigener Kraft nicht in vollem Umfange erfüllen kann"³, gilt insbesondere für diesen Abschnitt der Straffälligenhilfe. Selbst da, wo Bewährungshilfe geleistet wird, bleibt diese, zumindest im subjektiven Empfinden des "Klienten", ein Gewaltverhältnis:

"Der Proband weiß, daß über ihn Berichte geschrieben werden, er weiß, daß der Bewährungshelfer für ihn zuständig ist, weil er in einem bestimmten Bezirk wohnt oder welche Kriterien bei der Zuteilung immer eine Rolle spielen mögen."⁴

1 vgl. Wiesendanger, W., Die durchgehende Sozialhilfe bei Straffälligen, in: Bewhi, 1973, S. 126 ff.

2 vgl. Kap. 3

3 Müller-Dietz, H., Zur Problematik ehrenamtlicher Hilfe im Strafvollzug, in: Burisch, W./Weil, P. (Hrsg.), Prozess der Befreiung, Konstanz 1976, S. 145

4 Trapp, a.a.O., S. 194

Auch hier gilt prinzipiell, daß ehrenamtliche Hilfe auf eine größere Vertrauensbasis rechnen kann, der Kontakt persönlicher und individueller ist.

Praktisch könnte hier die Wiedereingliederungshilfe von seiten der Resozialisierungsinitiativen - neben materieller Hilfe wie Wohnungsbeschaffung, Jobvermittlung etc. - etwa im Angebot von Wohngemeinschaften, Kontaktzentren u.a. bestehen, also für den Entlassenen, zumindest für eine Übergangszeit, ein Milieu schaffen, welches zugleich "Schonraum" (hinsichtlich dessen, was an Problemen auf ihn zukommt) und "Freiraum" (im Verhältnis zur staatlichen Überwachung) böte.¹

b) Der freie Helfer als "Anwalt" des Straffälligen gegenüber der Öffentlichkeit

"Solange es nicht gelingt, die gesellschaftliche Ablehnung des straffällig Gewordenen zu reduzieren oder gar aufzuheben, ist es zumindest nicht verwunderlich, daß sich sowohl die objektive als auch die subjektive Situation des Entlassenen immer wieder so gestaltet, daß eine erfolgreiche 'Resozialisierung' oder 'Reintegration' fast unmöglich, die Abdrängung in Formen der Devianz hingegen immer wahrscheinlicher wird. In diesem Sinne ist die Stigmatisierung² der Straftentlassenen eine der häufigsten und nachhaltigsten Ursachen ihrer Rückfälligkeit, sie ist damit in erster Linie ein Problem der Gesellschaft und erst in zweiter Linie ein Problem bestimmter Institutionen oder gar der entlassenen Normbrecher selbst."³

1 über Möglichkeiten in diesem Bereich allgemein Maelicke, a.a.O., sowie neuerdings Baumann, H., Entlassenenhilfe, a.a.O.

2 vgl. oben Kap. 3

3 Brusten, M., Resozialisierung als Problem der Öffentlichkeit, in: Schmidtbreick, a.a.O., S. 18

Die tendenzielle Lösung dieses gesellschaftlichen Problems erfordert eine breit und intensiv betriebene Öffentlichkeitsarbeit¹, an der Reso-Gruppen sich nicht nur beteiligen könnten, sondern für die, wie Orlowsky betont, freie Helfer geradezu prädestiniert wären: "ohne dem Verdacht ausgesetzt zu sein, berufsständische oder sonstige fachferne Interessen zu vertreten, können sie am ehesten als Mittler und Multiplikatoren für die Einsicht wirken, daß die Probleme des Strafvollzugs (...) von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung sind und der steten Aktivierung des allgemeinen Interesses bedürfen."²

Wenn, wie Trapp bemerkt, freie Straffälligenhilfe per se bedeutet, "durch das eigene Modell an der Veränderung der Einstellung der 'Gesellschaft' (...) gegenüber der Straffälligkeit zu arbeiten"³, so dürfte, langfristig gesehen, diese Einstellungsänderung nur durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit herbeizuführen sein; und selbst diese darf bei der bloßen Informationsvermittlung nicht stehen bleiben, da "einzelne Bürger und die Gesellschaft insgesamt des 'Kriminellen' und seiner Bestrafung als eine Art 'Sündenbockfunktion' noch allzuoft bedürfen".⁴

1 beispielhaft dafür etwa die Kampagne "Resozialisierung von Straffälligen" der Aktion Gemeinsinn im Jahre 1971, s. dazu: Aktion Gemeinsinn (Hrsg.), Bürgerinitiativen, Kampagne zur Resozialisierung Straffälliger, Bonn 1972

2 Orlowsky, a.a.O., S. 27

3 Trapp, a.a.O., S. 192 f.

4 Baumann, H., Die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Straffälligenhilfe, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 4/1981, S. 141

Als erfolgversprechende Strategie schlagen Kirschner/Rogers vor, an bereits existierende gesellschaftliche Gruppen heranzutreten (z.B. Sportvereine, Kirchengemeinden, Schulklassen, Arbeiterorganisationen)¹, um darüber die Straffälligenhilfe "gesellschaftsfähig" zu machen.

Trotz solchen weitreichenden Perspektiven ist allerdings davon auszugehen, daß die Chancen der Einstellungs- und Verhaltensänderung auf der Ebene der "Kontaktöffentlich"², d.h. im Kreis der Angehörigen, Freunde und Mitgefangenen am größten und für den "Probanden" unmittelbar am wichtigsten sind.

1 vgl. Kirschner, J./Rogers, T., Wechselwirkung zwischen Öffentlichkeit und Sozialarbeit, in: Kury, H. (Hrsg.), Strafvollzug und Öffentlichkeit, Freiburg 1980, S. 259 ff.; dazu insbesondere S. 273

2 ebd., S. 259

Zusammenfassung

Faßt man die in der wissenschaftlichen Literatur an die Tätigkeit freier Resozialisierungsinitiativen geknüpften Erwartungen zusammen, so wäre die Funktion privater Straffälligenhilfe:

- (1) strukturelle Defizite staatlicher Vollzugs- und Entlassenenhilfepolitik aufzuzeigen und auszugleichen,
- (2) die Reintegration Straffälliger in psychischer und materieller Hinsicht zu fördern,
- (3) "innovatorische Prozesse in der Strafvollzugs- und Sozialpolitik in Gang zu setzen und dadurch neben der Hilfe für den einzelnen an der Eindämmung kriminogener Faktoren mitzuarbeiten"¹,
- (4) "sozialintegrative Maßnahmen der Gesellschaft gegenüber dem Straffälligen durch Kommunikation, Abbau von Vorurteilen, Stärkung des Personenwertgefühls und Bereitstellung von Gemeinschaften als Übungsfelder für späteres eigenständiges Leben"² zu initiieren.

1 Künkel, Private Straffälligenhilfe, a.a.O., S. 4

2 Niggemann, in: Kosubek, a.a.O., S. 5

2. Probleme und Grenzen freier Straffälligenhilfe

Im folgenden sollen einige wesentliche strukturelle Probleme der Tätigkeit ehrenamtlicher Resozialisierungsinitiativen erörtert werden, soweit sie sich theoretisch aus dem Charakter dieser Tätigkeit ableiten lassen und/oder in der Praxis der Straffälligenhilfe (sofern Erfahrungsberichte vorliegen) sich ergeben.

Die generelle Problematik ehrenamtlicher Vollzugs-
hilfe bzw. der Arbeit von Resozialisierungsgruppen
wird unter drei Aspekten betrachtet:

- (1) Welche Schwierigkeiten birgt das Verhältnis
des freien Helfers zum "Probanden"?
- (2) Welche Konflikte können/müssen gegenüber dem
hauptamtlichen Personal auftreten?
- (3) Welche Probleme ergeben sich im inneren Bezug
bzw. dem der Gruppen untereinander?

a) Probleme freier Mitarbeiter im Verhältnis zum Straffälligen

Wurde oben als besonderer Vorzug des freien
Straffälligenhilfe gegenüber der hauptamtlichen
hervorgehoben, daß sie, zumindest potentiell,
intensivere, persönlichere, angstfreiere etc.
Beziehungen zum Probanden herzustellen vermag,
so ist dabei vom Inhalt dieser Beziehungen
zunächst abgesehen worden. Gerade darin liegen
aber zugleich wesentliche Schwierigkeiten begrün-
det.

Erstens: Die Motivation für die Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben im Bereich der Straffälligenhilfe sind offenbar äußerst verschieden, vielschichtig und - so muß angenommen werden - in vielen Fällen wohl nur wenig reflektiert.¹ Künkel hat in seiner Untersuchung² als vorrangige Motive "Neugier, Isolation, Kontaktwünsche sowie Frustration und Kompensation" ermittelt, während nur eine Minderzahl als Beweggrund angab, in einem in Hinsicht auf die Notwendigkeit sozialen Engagements erreichten Bewußtseinsstand ein praktisches Aktionsfeld zu suchen".³ Ob es sinnvoll ist, die so charakterisierten Motivationslagen als "ich-bezogen" bzw. "altruistisch" zu qualifizieren⁴, sei dahingestellt. Immerhin scheinen dieses Ergebnis aber die häufig geäußerte Vermutung (Befürchtung) zu bestätigen, daß nicht-professionelle Straffälligenhilfe die Gefahr einer gewissen Ziellosigkeit in sich birgt. So Busch: "Die Freiheitsstrafe darf nicht dazu mißbraucht werden, den Gefangenen zum Objekt unqualifizierter, ungezielter und nicht koordinierter Resozialisierungsexperimente zu machen."⁵

1 Bisher sind zu diesem Problembereich nur hypothetische Aussagen möglich, da naturgemäß gerade die mehr oder weniger unreflektierte Randgruppenarbeit nicht dokumentiert ist; die erste empirische Untersuchung dazu hat Künkel, Private Straffälligenhilfe, a.a.O., vorgelegt; diese beruht auf einer schriftlichen Befragung von Reso-Gruppen in den Ländern Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein; zur Untersuchungsmethode s. insbesondere S. 77 ff.; Künkels Ergebnisse hinsichtlich Motivationen und Konzeptionen ehrenamtlicher Straffälligenhilfe sind zusammengefaßt in: ZfStrVo, 1978, S. 133 ff.

2 Künkel, Private Straffälligenhilfe, a.a.O.

3 Künkel, in: ZfStrVo, 1978, S. 134

4 ebd.

5 Busch, in: Caritas, a.a.O., S. 22

Im gleichen Sinne Trapp: "Die Freiheit des ehrenamtlichen Helfers muß ihre Bindung in den Bedürfnissen und Interessen des Straffälligen finden. Die Verantwortung ihm gegenüber gebietet, sich nicht auf das 'Helfen-Wollen' zu beschränken, sondern auch das 'Helfen-Können' zu überprüfen."¹

Gerade als "Helfen-Können" ist aber notwendig einer der schwächsten Punkte nicht-professioneller Hilfsaktionen. Soviel die spontane, "naive" Herangehensweise freier Helfer für sich hat (s.o.), so wichtig erscheint andererseits ein Mindestmaß an pädagogischer, psychologischer etc. Qualifikation und nicht zuletzt auch ein gewisses Maß an "Vertrautheit mit der 'Szene'".²

Wo solche Qualifikationen fehlen, hat dies auch entsprechende Konsequenzen für die Praxis der privaten Hilfe: "der nicht-professionelle Helfer (...) läuft leichter Gefahr, sein Gegenüber falsch einzuschätzen. Bestimmte therapeutische Möglichkeiten sind ihm verschlossen und auch die Gestaltung der sozialen Hilfen, wie Ämterkontakt, Arbeitssuche etc., muß er erst erlernen."³

Die von Trapp hinsichtlich des Probanden angesprochene mögliche Fehleinschätzung kann beim freien Helfer durchaus das gesamte Tätigkeitsfeld betreffen und dazu führen, daß entweder mit schlichter Unkenntnis oder mit falschen Idealen an die Aufgabe herangegangen, also der Wirkungsgrad freier Resozialisierungshilfe überschätzt wird.

1 Trapp, a.a.O., S. 200

2 Müller-Dietz, Straffälligenhilfe ..., a.a.O., S. 35

3 Trapp, a.a.O., S. 197

Die Folgen: "nach kurzer Zeit der idealistischen Begeisterung tritt Ernüchterung ein; infolge der ungenügenden Schulung in Techniken der Krisenbewältigung und Problemverarbeitung bleibt kaum mehr als Resignation; die sich verstärkenden Spannungen innerhalb der Gruppen, sei es zwischen den Betreuern selbst, sei es zwischen Betreuern und Entlassenen, werden nicht fachgerecht entschärft, so daß es schließlich entweder zum offenen Konflikt kommt, der die Gruppen zerbrechen läßt, oder zum Abwandern der Mitglieder, was im Ergebnis den gleichen Effekt hat."¹

Tritt dies ein, so verschärft sich eigentlich nur ein Problem, welches ohnehin in der mehr oder minder spontan initiierten Straffälligenhilfe liegt, das Problem mangelnder Kontinuität: "Sämtliche bisherigen Erfahrungen münden in die Erkenntnis, daß häufiger Wechsel von Personen und Zuständigkeiten der Entstehung eines Vertrauensverhältnisses zwischen dem 'Betreuer' und dem Probanden entgegenwirkt. Nicht selten werden Straffällige, die in besonderem Maße beziehungs-gestört und kontaktschwach sind, durch eine solche Praxis überfordert."²

Diese Gefahr scheint insbesondere mit dem hohen studentischen Anteil an den privaten Resozialisierungsinitiativen gegeben (Unterbrechungen oder kurzfristige Beendigung der Tätigkeit durch Semesterferien, Ortswechsel, Studienabschluß etc.)³, während gerade - wie oben ausgeführt - in der durchgehenden Betreuung bei personaler Kontinuität die spezifischen Chancen freier Mitarbeit lägen.

1 Kerner, H.-J., Strafvollzug als Prozeß, in: Kaiser u.a. (Hrsg.), Strafvollzug, a.a.O., S. 252

2 Müller-Dietz, Straffälligenhilfe, a.a.O.

3 vgl. Schalt, Th., Mitarbeit von studentischen Gruppen im Strafvollzug und in der Straftlassenenhilfe, in: Caritas 5/1970, S. 35

Neben bzw. im Zusammenhang mit der unzureichenden Professionalität freier Helfer wird häufig auf das Problem der unterschiedlichen Schichtzugehörigkeit von freiem Helfer und Straffälligem hingewiesen. Die überwiegend aus der bürgerlichen "Mittelschicht" sich rekrutierenden Gruppenmitglieder treffen auf Inhaftierte, die in der Regel der "Unterschicht" angehören¹ und dieser nach der Entlassung auch "wieder" angehören werden. "Infolge ihrer eigenen Sozialisation fehlt es ihnen meist an Erfahrungen und Kenntnissen aus der sozialen Umwelt der Mehrzahl der Inhaftierten."² Daraus können zum einen Kommunikationsprobleme entstehen, zum anderen besteht die Gefahr, daß der "Proband" durch seinen mittelschichtorientierten "Betreuer" auf ein "Milieu" vorbereitet wird, das den tatsächlich zu erwartenden Lebensbedingungen nicht entspricht.³ Angesichts dieser durchaus möglichen Divergenz das "Zentralproblem ehrenamtlicher Mitarbeit" darin zu sehen, "Betreuer aus dem 'richtigen' sozialen Milieu zu gewinnen" ("es sollte, was das Bildungsniveau und die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse angeht, etwa dem entsprechen, was

1 Zum Zusammenhang von Straffälligkeit und gesellschaftlicher Schichtung s. etwa Peters, D., Die soziale Herkunft der von der Polizei aufgegriffenen Täter, in: Feest, J./Lautmann, R., Die Polizei, Opladen 1971, S. 93 ff.

2 Isermann/Wilke, S. 294

3 Über die praktischen Schwierigkeiten, die sich aus dem (unreflektierten) Zusammentreffen von "Kopfarbeitern" und "Handarbeitern" in der Entlassenenhilfe ergeben können, berichten Ortner/Wetter, Linke Caritas oder neue Praxis?, in: Päd. Extra Sozialarbeit, 4/1977, S. 28 ff. sehr eindringlich am Beispiel einer aus Studenten und strafentlassenen Arbeitern bestehenden Wohngruppe

unsere Klienten unter günstigen Voraussetzungen nach der Entlassung erreichen können.")¹, erscheint allerdings etwas unverständlich, wenn zugleich - zu Recht - die Bedeutung ausreichender Qualifikationen des Helfers betont wird.

Um die Gefahren unreflektierten bzw. idealistischen Bezugs zum Straffälligen: Überforderung, falsche Solidarisierung, mangelnde "soziale Distanz" etc. zu vermeiden, sollte der ehrenamtliche Helfer seine Motivation zur Gefangenenarbeit überprüfen.

Vor allem aber sollte er "sich seine Beziehungen zu den Gefangenen, mit denen er sich in der Anstalt beschäftigt, bewußt machen. Er muß wissen, welche Rollen (z.B. Therapeut, Kumpel, Lehrer, Freund, Berater, Vermittler, Betreuer, Gruppenleiter) ihm zugeschrieben werden, welche er spielt und welche er ausführen und durchhalten will und kann."²

Schließlich sollte der Helfer, um Enttäuschungen vorzubeugen, prüfen, "ob er sein Angebot seiner zeitlichen Belastbarkeit, seiner Zeitplanung auf längere Sicht und seiner eigenen Leistungsmöglichkeit entsprechend begrenzt hat".³

1 Rotthaus., K.P., Partner im sozialen Umfeld des Vollzuges - Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit, in: Kury, H. (Hrsg.), Strafvollzug und Öffentlichkeit, a.a.O., S. 160

2 Krebs, A., Zum Zusammenwirken von Strafvollzug und ehrenamtlicher Hilfe, in: ZfStrVo, 1976, S. 45

3 ebd.

Fehlende Qualifikation in praktischer und theoretischer Hinsicht könnte, zumindest teilweise, durch ständige praxisbegleitende fachliche Beratung ausgeglichen werden.¹ Längerfristig wäre jedoch eine zunehmende fachliche Qualifikation der Helfer denkbar bzw. wünschenswert.²

b) Probleme im Verhältnis freier und hauptamtlicher Helfer

Während seiner Tätigkeit im Vollzug hat der freiwillige Helfer es nicht nur mit dem von ihm zu betreuenden Inhaftierten zu tun. Er ist zugleich mit dem für Sicherheit und Ordnung, aber auch für erzieherische Aufgaben zuständigen hauptamtlichen Anstaltspersonal konfrontiert. Wurde die Tätigkeit freier Helfer oben als potentiell komplementäre bestimmt, so stellen sich in der praktischen Zusammenarbeit fast zwangsläufig eine Reihe von Problemen, "die sich unter anderem aus der Tatsache ergeben, daß beide Seiten nicht genügend über die Struktur, die Motive, die Zielsetzungen und Methoden des jeweiligen Partners informiert sind".³

1 auf die Notwendigkeit der "Supervision" im Bereich der freien Straffälligenhilfe wird in der Literatur immer wieder hingewiesen; s. u.a. Müller-Dietz, Straffälligenhilfe, a.a.O., S. 47 und Kerner, in: Kaiser u.a., Strafvollzug, a.a.O., S. 252

2 ein mögliches Ausbildungsprogramm hat Kästner, O., Gedanken zum Ausbau ehrenamtlicher Bewährungshilfe und freiwilliger Mitarbeit in der Strafrechtspflege, in: Bewhi, 1978, S. 36 ff.; s. auch das umfangreiche Qualifikationsangebot des Zürcher "Neustart"-Projekts, in:

3 Busch, Ehren- und nebenamtlicher Mitarbeiter, in: Schwind/Blau, Strafvollzug, a.a.O., S. 380

Dieses Informationsdefizit muß notwendig zu gegenseitigem Mißtrauen führen.¹ Der freie Helfer sieht seine Möglichkeiten durch die mehr kustodiale Tätigkeit des hauptamtlichen Mitarbeiters beschränkt, während der hauptamtliche Mitarbeiter einerseits den ehrenamtlichen Helfer als "Fremdkörper" im eigenen Tätigkeitsbereich betrachtet. Hinzu kommt, daß der hauptamtlich Tätige sehr leicht die kritische Funktion des ehrenamtlichen Helfers auf sich selbst bezieht: "Die Erinnerung an seine faktische Ohnmacht, die Bedingungen des Straffälligen zu verändern und die Bedingungen zu schaffen, die Straffälligkeit zu reduzieren, muß ihn beunruhigen."²

Derartige Konflikte werden sich, wenn überhaupt, nur vermeiden lassen, wenn beide Seiten sich zu konstruktiver Zusammenarbeit entschließen können, wobei von seiten des hauptamtlichen Mitarbeiters die Eigenständigkeit ehrenamtlicher Hilfe zu beachten ist.³

c) Probleme im Verhältnis innerhalb der Gruppen und der Gruppen untereinander

Obgleich die Arbeit im Rahmen von Resozialisierungsgruppen gegenüber Einzelhelfern prinzipiell spezifische Vorteile hat: "Die Gruppe verfügt über größere personelle und damit auch zeitliche und finanzielle Möglichkeiten. Sie kann eher

1 s. u.a. Dargel, H., Hilfe von "draußen" im Strafvollzug - gemieden - geduldet - erwünscht?, in: ZfStrVo, 25/1976, S. 164 f.; vgl. auch Künkel, Private Straffälligenhilfe, a.a.O., S. 80 ff. (Verhältnis der freien Helfer zu den Institutionen des Strafvollzugs)

2 Trapp, a.a.O., S. 196

3 vgl. u.a. Krebs, Zum Zusammenwirken ..., a.a.O., S. 46, Trapp, a.a.O., S. 200; Dargel, Hilfe von "draußen"..., a.a.O., S. 165 f.

Kontakte zu Behörden und Beratungsstellen herstellen und einen Erfahrungsaustausch unter den ehrenamtlichen Mitarbeitern organisieren"¹ etc., scheinen auch hier in der Praxis hinsichtlich Kooperation und finanzieller Basis erhebliche Defizite zu bestehen. Wie die gesamte freie und staatliche Resozialisierungsarbeit unter einer extremen Zersplitterung des Hilfsangebots (mit der negativen Wirkung von Überschneidungen und Mehrfachbetreuungen) leidet², so findet auch und insbesondere im Bereich der außer-institutionellen und nicht-verbandsorientierten Resozialisierungsinitiativen keine nennenswerte Zusammenarbeit oder gar Zentralisierung statt.³

Was einerseits wiederum als Vorzug der freien Resozialisierungsgruppen angesehen werden kann (geringere Gefahr institutioneller Verkrustung etc.), hat andererseits zur Folge, daß das, zumindest materielle, Hilfsangebot der Resozialisierungsgruppen äußerst begrenzt bleiben muß (von mangelnder Kontinuität der Arbeit war bereits oben die Rede).

In den meisten Untersuchungen zum Thema wird den Resozialisierungsgruppen daher nahegelegt, mit staatlichen bzw. verbandsorientierten Hilfsorganisationen zusammenzuarbeiten.⁴

1 Müller-Dietz, Straffälligenhilfe, a.a.O., S. 37

2 vgl. Maelicke, a.a.O., S. 88

3 vgl. Müller-Dietz, Straffälligenhilfe, a.a.O., S. 41

4 vgl. u.a. Dargel, a.a.O., Krebs, a.a.O., S. 46; Busch, in: Schwind/Blau, a.a.O., S. 382 f.

Modelle der Zusammenarbeit verschiedener Träger der Straffälligenhilfe, an denen ehrenamtliche Mitarbeiter (bisher) allerdings nur im geringen Maße beteiligt sind, werden offenbar immer zahlreicher. Genannt seien hier nur: Resohelp in Hannover¹, Münchner Zentralstelle für Straff-entlassenenhilfe² und Uni-Help in Berlin^{3,4}. Es handelt sich in den meisten Fällen um Versuche, auf Basis der Konzeption einer durchgehenden Straffälligenhilfe, die jeweils vorhandenen Hilfsangebote zusammenzufassen, um so den "Probanden" zentrale Beratungs-, Anlauf-, Kontaktstellen und zum Teil auch Wohnmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.

-
- 1 s. Penzler, W., Reso-Help in Hannover, in: Schmidtbreick, a.a.O., S. 101 ff.
 - 2 s. Mirus, W., Münchner Zentralstelle für Straff-entlassenenhilfe, in: Schmidtbreick, a.a.O., S. 92 ff.
 - 3 s. Aktion Gemeinsinn, Bonn 1972, o.S.
 - 4 einen Überblick über sämtliche Modellversuche geben Maelicke, a.a.O., S. 88 ff. und Baumann, H., Entlassenenhilfe, a.a.O., S. 121 ff.; s. auch Klee, E., Resozialisierung, München 1973, S. 76 ff.

Ergebnis

Theoretische Überlegungen und bisherige Erfahrungen zeigen, daß freie Straffälligenhilfe, insbesondere die Tätigkeit von Resozialisierungsgruppen spezifische Wirkungsmöglichkeiten besitzt, die hauptamtlicher Vollzugs- bzw. Entlassenenhilfe nicht gegeben sind, daß sie andererseits aber auch spezifische Probleme und Gefahren in sich birgt.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Ein Strafvollzug, dessen primäres Ziel (Re-)Sozialisation des Straffälligen sein soll (was immer darunter im einzelnen zu verstehen sein mag), kann auf die Mitarbeit freier Resozialisierungsinitiativen nicht verzichten. Ebenso wenig dürfte aber ehrenamtliche Straffälligenhilfe in der Lage sein, Defizite staatlicher Vollzugs- und Entlassenenhilfepolitik vollständig auszugleichen oder etwa einen weiteren Abbau der Institution Strafvollzug obsolet zu machen.

Das Paradoxon einer Erziehung zur Freiheit in Unfreiheit, welches sich in der Stellung der hauptamtlichen Vollzugshilfe als Rollenkonflikt niederschlägt, determiniert letztendlich auch die Tätigkeit freier Resozialisierungsgruppen: "Die Mitarbeit von freiwilligen Helfern im Strafvollzug steht immer in dem Widerspruch, einerseits Resozialisierungsaufgaben und -ansprüche durchsetzen zu wollen, dies aber andererseits in dem Apparat einer totalen Institution durchführen zu müssen, und damit tendenziell gegen die Institution zu arbeiten."¹

¹ Staiber, J., in: ders. (Hrsg.), Kriminalpolitik ..., a.a.O., S. 90

Hinsichtlich des Straffälligen, um den es ja geht, gilt letztlich auch für freie Gefangenearbeit, was Trapp in bezug auf die Institution Strafvollzug feststellt: "sie kann nur ihn 'behandeln', sie kann weder seine Biographie zurückdrehen noch so in seine Wirklichkeit eingreifen, daß deren Einflüsse in ihrem Sinn beeinflußbar wären."¹

So stehen auch private Resozialisierungsgruppen vor dem Dilemma, "die Anpassung des Straftäters an eine Gesellschaft (zu fördern), deren Mechanismen für seine Straffälligkeit ursächlich wären. (...) Die gesellschaftlichen Widersprüche und die dadurch bedingten kriminogenen Faktoren bestehen aber fort. Sie beeinträchtigen die Wirkungen (re-)sozialisierender Maßnahmen oder machen sie gar zunichte."²

Die hier aufgezeigten Grenzen ihrer Tätigkeit sich bewußt zu machen, ist (sollte sein) die Sache der an freien Resozialisierungsprojekten Beteiligten, sie zu überwinden, liegt nicht in ihrer Kompetenz, sondern ist eine bleibende Aufgabe der politisch Verantwortlichen.

1 Trapp, a.a.O., S. 192

2 Isermann/Wilke, a.a.O., S. 293

V Konzeptionen ehrenamtlicher Vollzugshilfe

Im Tätigkeitsfeld der freien Straffälligenhilfe sind im wesentlichen zwei unterschiedliche Richtungen erkennbar, denen sich wiederum entsprechende, in sich aber noch einmal unterschiedliche Konzeptionen und dadurch bestimmte Methoden zuordnen lassen:

Auf der einen Seite steht ein vornehmlich karitativ orientierter Ansatz, der sich von traditionellen Hilfsmaßnahmen jedoch dadurch unterscheidet, daß er strukturverändernde Zielsetzungen mitbeinhaltet.

Auf der anderen Seite stehen Konzeptionen, die Straffälligenhilfe lediglich als Teilbereich globaler gesellschaftsverändernder Strategien begreifen bzw. politischen Charakter darin haben, daß ihr Zweck nicht Reform, sondern Abschaffung der Institution Strafvollzug ist.

Jeder bestimmten Konzeption liegt eine je bestimmte Kriminalitätstheorie zugrunde, aus unterschiedlichen Konzeptionen leiten sich auch verschiedenartige praktische Ansätze und Methoden ab.

Zusatz: Ausschließlich karitativ ausgerichtete Konzeptionen dürften der Vergangenheit angehören (vgl. historische Darstellung). Die Auffassung, daß es bei der "Zuwendung" zum Gefangenen/Entlassenen um Resozialisierung gehe und diese auch Initiativen zur Reform des Strafvollzugs notwendig miteinschließe, hat sich mittlerweile auch in den großen, überwiegend konfessionellen Verbänden durchgesetzt (s. vor allem die Veröffentlichungen des BZS).

In der Praxis stehen jedoch etwa die im Bundeszusammenschluß für Straffälligenhilfe organisierten Vereinigungen noch mehrheitlich in der Tradition der frühen Gefangenenhilfe. Ihre Tätigkeit konzentriert sich weitgehend auf die reine Entlassenbetreuung, bei der das Schwergewicht wiederum die materielle Unterstützung des Straftentlassenen darstellt (s. z.B. Müller-Dietz, Zur Problematik ..., und ders., Straffälligenhilfe ..., S. 33 f.): Übernahme von Heimreisekosten, Mietkautionen; Einleitung von Entschuldungsverfahren, Erstausrüstung mit Kleidung, Hilfe bei der Regelung von Behördengängen oder bei der Arbeitssuche etc.

Methodisch überwiegt hier also die Einzelfallhilfe. Soweit Gefangene im Vollzug betreut werden, beschränkt diese Hilfe sich entsprechend auf Einzelgespräche.

1. "Karitativ-reformerische" Ansätze

Der ausschließlich karitativ orientierte Ansatz geht davon aus, "daß durch individuelle Hilfen die Probleme des Klienten beseitigt, zumindest aber abgeschwächt werden können. Als Mittel hierzu wird die Einzelarbeit einschließlich Supervision in ihren verschiedenen methodischen Ausprägungen im Sinne von Therapie eingesetzt."¹ Wie immer diese Einzelfallhilfe konkret durchgeführt werden mag, sie entspricht - bewußt oder unbewußt - der Individualisierung von Kriminalität, wie sie das Strafrecht normativ und die Strafanstalt praktisch vollziehen. Damit übernimmt der Sozialhelfer, so Ortner/Wetter, "bereits einen durch die Justiz auf das Zerrbild 'Gefangener'

1 Kleinöder, A., Sozialarbeit im Spannungsfeld zwischen Vollzug und Öffentlichkeit, in: Kury, H., Strafvollzug und Öffentlichkeit, a.a.O., S. 233

reduzierten Menschen und knüpft mit seiner Arbeit an diese Reduktion an. Die Behandlung durch die Polizei, sowie die strafrechtliche Be- und Verurteilung hat bereits aus einem komplexen Lebensschicksal und einem sozialen und gesellschaftlichen Ereignis einen handlichen Akten-Einzelfall gemacht, in dem sich nun alle Fäden gesellschaftlichen Seins im Gordischen Knoten, dem Täter, verknüpfen. Es geht um sein Problem, seine Schuld, seine Behandlung, seine Zukunft."¹

Demgegenüber hat sich mit der seit Ende der 60er Jahre verstärkt erfolgten Konstituierung von Resozialisierungsgruppen eine Konzeption der "kollektiven" Straffälligenhilfe durchgesetzt², die bereits während des Vollzugs einsetzen und nach der Entlassung bei personaler Kontinuität fortgeführt werden soll.³

Als beispielhaft für das Konzept durchgehender Hilfe sei hier das "Bottroper Modell" erwähnt, welches, von einer Gruppe ausschließlich ehrenamtlicher Mitarbeiter getragen, seit 1972 praktiziert wird.⁴ Dieses "Drei-Phasen-Modell" versteht sich selbst als "alternative zu den bisherigen Maßnahmen der Straftentlassenenhilfe unter sozialpädagogischem Aspekt".⁵ Die Betreuung der Straffälligen setzt in der Haftanstalt zunächst mit losem Briefkontakt ein, wird, soweit dies vom "Klienten" gewünscht wird, durch persönliche Kontakte intensiviert, in denen Haftprobleme aufgearbeitet und auf die Entlassung psychisch und

-
- 1 Ortner/Wetter, Plädoyer für eine "befreiende Sozialarbeit", in: dies., Freiheit statt Strafe, a.a.O., S. 114 (Hervorh. im Orig.)
 - 2 über ein Beispiel für die ersten Versuche kollektiver Straffälligenhilfe berichtet Ossowski, L., Zur Bewährung ausgesetzt, München 1972
 - 3 zur Konzeption durchgehender Hilfe s. Wiesendanger, Die durchgehende Sozialhilfe, a.a.O.
 - 4 vgl. Kosubek, S., Das Bottroper Modell - Straffälligenhilfe in drei Phasen, in: ZfStrVo, 1978, S. 95 ff.
 - 5 ebd., S. 95

materiell vorbereitet wird, um schließlich nach der Entlassung fortgeführt zu werden bis zu dem Zeitpunkt, wo die soziale Reintegration erfolgreich abgeschlossen erscheint. Wesentliches Element der Entlassenenhilfe ist der Versuch, den "Probanden" an gesellschaftliche Gruppen heranzuführen und so die subjektiven Wünsche des Entlassenen hinsichtlich der eigenen Zukunft mit den ihm gegenüberstehenden gesellschaftlichen Erwartungen zu vermitteln:

"Wenn (...) durch die Interaktionen des Straffentlassenen mit den Mitgliedern gesellschaftlicher Gruppen (Sportvereinen, Hobby-Gruppen, Diskussionskreisen, Nachbarn, Mitarbeit in der Straffälligenhilfe etc.) die Kommunikation gelingt, dann ist ein wesentlicher Schritt getan in bezug auf die Gewinnung von Selbstwertgefühl, Selbstvertrauen und Ich-Identität. Durch die Identifikation mit den Normen besagter Gruppen kann allmählich Distanz zum ursprünglichen Verhalten gewonnen und ein neues Wertsystem aufgebaut werden."¹ Soweit die Entlassenen nicht in die Familie zurückkehren können und alleine nicht zurechtkommen, haben sie die Möglichkeit, sich einer Wohngemeinschaft anzuschließen, in der, je nach Bedarf bzw. objektiver Notwendigkeit, zusammen mit den Helfern, interne und externe Konflikte aufgearbeitet werden können.²

Grundlegend für dieses und ähnliche Modelle ist die Auffassung, daß "die Kriminalität keine Unabänderlichkeit ist, sondern sehr stark auf die Entwicklung des Menschen im Sozialisierungsprozeß angewiesen ist. Naturgemäß ist die Schwierigkeit, einen länger andauernden defizitären Sozialisierungsvorgang zu beeinflussen, sehr groß. Es ist

1 ebd., S. 98

2 vgl. ebd., S. 99 f.

aber schon viel gewonnen, wenn die bislang negativ wirkenden Umweltfaktoren so verändert werden können, daß sich der in diesem Beziehungsfeld handelnde Mensch eigenverantwortlich zu verhalten lernt und nicht mehr so krisenanfällig ist".¹

Diesem "gesellschaftlichen" Ansatz adäquat erscheint die in zunehmendem Maße sich durchsetzende Methode der Gruppenarbeit, da diese nicht nur individuelle Schwierigkeiten in persönlichem Bereich des einzelnen Straffälligen angeht, sondern vorrangig gestörte und zerstörte Beziehungen von Personen untereinander bearbeitet: "Gruppenarbeit als vorbereitendes Training für die Situation 'danach' muß darauf angelegt sein, das Leben außerhalb der Anstalt schon während des Freiheitsentzuges vorwegzunehmen."²

Im einzelnen ermöglicht, so Isermann/Wilke, die Gruppenarbeit mit Inhaftierten die Erreichung folgender Lernziele: "Erweiterung der Selbstkontrolle durch Ein- bzw. Unterordnung unter die 'Spielregeln' der Gruppe; zeitweise Zurückstellen von Eigen- und Einzelinteressen sowie aktuellen Bedürfnissen und damit Erhöhung der Frustrationstoleranz; Eingehen auf die Interessen anderer Gruppenteilnehmer; Akzeptieren von und Auseinandersetzen mit Kritik sowohl am einzelnen als auch an der ganzen Gruppe; Unterstützen von Eigenständigkeit; Hebung des Selbstwertgefühls; gemeinsames Lösen persönlicher Probleme; Ansätze solidarischen Handelns; Aushalten unangenehmer Situationen; Stärkung der angepaßten Durchsetzungsfähigkeit;

1 Kosubek, Straffälligenhilfe, a.a.O., S. 49

2 Isermann/Wilke, a.a.O., S. 295

Abbau von Dominanzstreben und Reduktion der Versuche, sich durch Gewaltanwendung Geltung zu verschaffen."¹

Der Schwerpunkt solcher Konzeptionen liegt also weniger im materiellen als vielmehr im "sozialtherapeutischen" Bereich. Neben der auf soziales Lernen ausgerichteten Gefangenenbetreuung spielt hier auch die Öffentlichkeitsarbeit eine wesentliche Rolle, die (etwa durch Presseveröffentlichung, Vortragsveranstaltungen, Werbung von Mitarbeitern etc.), längerfristig Einstellungsänderungen der Bevölkerung gegenüber den straffälligen "Außenseibern" zum Ziel hat.²

Über das Konzept der Gruppenarbeit mit Gefangenen und Entlassenen hinaus geht ein Modell der "Gemeinwesenarbeit" in der Straffälligenhilfe, das Ortner/Wetter entwickelt und ansatzweise realisiert haben.³ Das Modell beruht auf einer Untersuchung der "entsozialisierenden" Wirkungen des Strafvollzugs, deren Ergebnisse sich darin zusammenfassen lassen, daß die Isolierung einzelner (überwiegend männlicher) Personen nicht nur auf diese selbst, sondern auch und insbesondere auf die familiäre Situation der Inhaftierten destruktiv einwirkt⁴: Zerstörung der "internen" Familienorganisation, entweder dadurch, daß der Familie der Ernährer entzogen ist, so daß die Restfamilie sich auf die dürftigen Mittel der Sozialhilfe beschränken oder die Ehefrau ins Berufsleben (wieder-)eintreten muß, oder aber die Frau inhaftiert ist, was für den Mann ebenfalls

1 ebd., S. 298

2 vgl. etwa Penzler, Resohelp ..., a.a.O.

3 Ortner/Wetter, Sozialarbeit ohne Mauern, a.a.O.

4 s. Ortner/Wetter, Gefängnis und Familie, a.a.O.; eine Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse geben die Autoren in ihrem Aufsatz: Strafvollzug und Familie, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 1976, S. 454

"Doppelbelastung" bedeutet; in beiden Fällen sexuelle Probleme und Zerstörung des sozialen Bezugsrahmens der Familie (Stigmatisierung etc.).

Ausgehend von folgender Bestandsaufnahme bisheriger Aktivitäten in der Straffälligenhilfe ("Sowohl die etablierte Strafvollzugsforschung als auch die betreuende und politische Gefangenearbeit vollzieht in gleicher Weise die Isolation des Gefangenen durch die Strafhaft nach: sie beschränken sich in der Regel auf den Gefangenen und seine spezielle Situation im Gefängnis. Seine früheren wirtschaftlichen und sozialen Bezüge bleiben weitgehend unberücksichtigt oder dienen bestenfalls als Material für die Ätiologie seiner 'Delinquenz'." "Hierfür ist kennzeichnend, daß die Gruppen, die sich mit Gefangenbetreuung befassen, kaum horizontale Verknüpfung zu anderen politischen Arbeitsbereichen und Selbstorganisationsformen finden (Stadtteilarbeit, Betriebsarbeit, Elterninitiativen etc.). Die durch die Justiz ja nicht ausgelöschten Qualifikationen und Sozialbezüge bilden selten die Grundlage für den Aufbau von 'Arbeitskontakten' zwischen 'drinnen' und 'draußen' ")¹, versuchen die Autoren, am familialen Lebenszusammenhang der Inhaftierten praktisch anzusetzen.² Dabei wird im wesentlichen angestrebt, die Isolation sowohl des Inhaftierten wie auch der "zurückgebliebenen" Restfamilie zu durchbrechen durch Herstellung von Kontakten zwischen den Gefangenen, zwischen deren Familien und durch Zusammenführung der "Gesamtfamilien" zu Gruppengesprächen in und, soweit möglich (Beurlaubung), auch außerhalb der Haftanstalt. Zweck der von qualifizierten "Helfern" betreuten Zusammenkünfte ist die Aufarbeitung

1 Ortner/Wetter, Strafvollzug und Familie, a.a.O., S. 454

2 s. die Beschreibung des Projekts in: Sozialarbeit ohne Mauern, a.a.O., S. 56 ff.

gemeinsamer Probleme sowie die Entwicklung möglicher Lösungsstrategien.

Es geht dabei vor allem um "Hilfe zur Selbsthilfe", bei der den "Helfern" möglichst "nur" die Funktion von "Sozialmaklern", "Agentur, Planungsbüro, Informationszentrale usw."¹ zukommen soll:

"Wir haben nicht damit angefangen, die Familienangehörigen in eine Gefangenearbeit miteinzubeziehen, weil diese eine so nützliche Funktion bei der Resozialisierung spielen können oder weil wir neugierig waren, alle kriminogenen Faktoren einmal persönlich kennenzulernen, sondern weil es galt, das Selbstverständliche gegenüber dem isolierenden und abstrahierenden Gefängnisssystem durchzusetzen: daß es das legitime Recht eines jeden Gefangenen ist, auf der Erhaltung seiner sozialen Beziehungen, seiner gesellschaftlichen Umwelt zu bestehen und sich selbst mit dieser auseinanderzusetzen, und daß es das Problem der Justizverwaltung sein wird, sich denjenigen als Subjekten gegenüberzusehen, die sie bisher nur als Aktenvermerke oder kriminologischen Untersuchungsgegenstand kannte."²

Für alle genannten Konzeptionen gilt, daß ihnen einerseits Kriminalitätstheorien zugrunde liegen, die Straffälligkeit aus gesellschaftlichen Ursachen erklären und deshalb die Isolation der "kriminellen" Individuen kritisieren, daß andererseits sowohl die theoretischen wie auch die praktischen Konsequenzen darauf hinauslaufen, die Fortexistenz der "totalen Institution" Strafvollzug zunächst hinzunehmen und auf dieser Basis konkrete Gefangenens- bzw. Entlassenenarbeit zu leisten.

1 ebd., S. 135

2 ebd., S. 135 f.

Des Dilemmas, die (Re-)Sozialisierung Straffälliger als Anpassung derselben an eben die gesellschaftlichen Strukturen, die Straffälligkeit "produzieren", sind sich die Vertreter dieser Konzeptionen durchaus bewußt, doch werden daraus keine weiterreichenden Konsequenzen gezogen. Anders sieht dies bei einigen Ansätzen politischer Gefangenearbeit aus, die im folgenden vorgestellt werden.

2. Politische Gefangenearbeit

a) Der "antireformistische" Ansatz

Daß die Konstituierung vieler Reso-Gruppen zur Zeit der "Studentenrevolte" Ende der 60er Jahre sich vollzog, ist kein Zufall. Die Resozialisierungsgruppen waren Bestandteil einer breiten Bewegung von Bürgerinitiativen, deren Zweck, ganz allgemein, darin bestand, "eine stärkere Beteiligung des Bürgers an öffentlichen Angelegenheiten zu erreichen"¹, d.h., ausgehend von demokratischen Grundwerten, einen Prozeß der gesellschaftlichen Demokratisierung zu initiieren, der auch und insbesondere dort anzusetzen hatte, wo Bevölkerungsgruppen offensichtlich aus der "Wohlstandsgesellschaft" herausfielen. Da man gerade hier ein Versagen institutioneller "Sozialpolitik" konstatierte, bildeten sich Gruppen und Organisationen eben "außerhalb" der traditionell zuständigen Verwaltungen und Verbände (z.B. Kinderläden, Lehrlingskollektive, Rechtshilfe, Gefangenearbeit).

1 Müller-Dietz, Zur Problematik ..., a.a.O., S. 144

In diesem Rahmen entstanden Initiativen, die, ausgehend von antikapitalistischen Konzeptionen, Gefangenearbeit aufnahmen, da sie entweder den "deklassierten" Adressaten dieser Arbeit eine Initiativfunktion im Kampf gegen politische und ökonomische Unterdrückung zusprachen¹, oder aber es für notwendig hielten, "deklassierte Elemente" zunächst in die Arbeiterbewegung zu reintegrieren. Beispielhaft für letztere Zielsetzung ist die Konzeption der "Initiative Strafvollzug Bremen"², auf die hier kurz eingegangen werden soll.

Ausgangspunkt der "Initiative" ist die Zurechnung der Strafgefangenen zum "deklassierten Proletariat". " 'Deklassiert' deshalb, weil diese Gefangenen aus dem wirtschaftlichen, kulturellen und moralischen Kontext ihrer Klasse berausgefallen sind".³ Da "aufgrund des fehlenden Klassenzusammenhangs (...) dem Lumpenproletariat die Erkenntnis eines Klasseninteresses und der Notwendigkeit von solidarischem Handeln im Klassenkampf erschwert oder ganz unmöglich gemacht" werde⁴, müsse die Zielsetzung von Gefangenearbeit sein, durch "praktische und erzieherische Arbeit (...) die Betroffenen zu einer Integrierung in die Arbeiterklasse (...) zu veranlassen"⁵. Langfristig gehe es dabei darum, "eine weitere Schwächung der Arbeiterklasse durch die Deklassierung von Teilen des Proletariats zu bekämpfen. Die Reform des Strafvollzugs ist also nicht - wie bei den Reformisten - Selbstzweck, sondern in ihrer Funktion nur aus dem Zusammenhang mit dem Kampf der Arbeiterklasse zu

1 s. etwa das Papier des Gefangenenerates Frankfurt (GR) "Die drei Schritte der Gefangenenerbewegung", in Auszügen abgedruckt in: Ortner/Wetter, Gefängnis und Familie, a.a.O., Anhang

2 Perspektiven einer politischen Gefangenenerarbeit, in: Kritische Justiz, 3/1972, S. 254 ff.

3 ebd., S. 254

4 ebd.

5 ebd., S. 256

bestimmen."¹

Abgesehen von ihrer mehr als fragwürdigen theoretischen Basis², sind derartige Initiativen in der Praxis der Gefangenearbeit insgesamt relativ bedeutungslos geblieben.

Zu den Gruppen, die auf Basis oben referierter oder ähnlicher Konzeptionen die Arbeit tatsächlich aufgenommen haben, stellen zwei Kenner der "Szene" allgemein fest: "Wirft man einen Blick auf die zahlreichen Papiere und Infos der verschiedenen Gefangenengruppen, so fällt immer wieder auf: das Scheitern in der praktischen Arbeit ist u.a. auch aus einer ideologischen Verbiesterung abzuleiten, wie sie sich in der starrsinnigen Alternative "Reformismus oder Revolution" zeigt. Diese starre Alternative basiert nicht selten auf einem 'einfachen Weltbild', (...) das an klassische Proletariatsdefinitionen und damit an der quasi naturgesetzlichen Notwendigkeit revolutionärer Veränderungen festhält. Dieser theoretische Interpretationsrahmen, der als Handlungsanleitung dient, schreibt nun die meisten Entwicklungen des Systems, seine Differenzierungen von Herrschaft und auch dem gleichzeitig stattfindenden Abbau von klassischen Zwängen, dem Begriff 'Reformismus' zu, von dem man sich dann eiligst distanziert. Was (von) der Revolution übrigbleibt, sind dann leider nur noch sehr abstrakte Proklamationen des Revolutionären an sich, das Herbeten von

1 ebd., S. 257

2 nicht haltbar erscheint vor allem die Bestimmung des Proletariats als klassenbewußtes revolutionäres Subjekt, zu dessen Bewußtsein die "deklassierten Elemente" sich nur "emporzuarbeiten" brauchten, um ebenfalls am (nicht existenten) "Kampf der Arbeiterklasse" teilzunehmen; im übrigen war der Adressat der Marx'schen Schriften (auf die man sich hier beruft) nie das "Lumpenproletariat".

Haupt-, Neben- und Grundwidersprüchen."¹

Dem ursprünglich "heren" politischen Anspruch steht demnach eine Praxis gegenüber, die nicht mehr darstellt als "linke Caritas", wobei selbst die konkreten Hilfsangebote weit hinter dem zurückbleiben, was "bürgerliche" Vereine den Gefangenen zu bieten haben.²

b) Der "abolistische" Ansatz

Einen Versuch, reformerische und "revolutionäre" Konzeptionen in der Gefangenenarbeit miteinander zu kombinieren, stellt die skandinavische "Gefangenenbewegung" dar, deren norwegischer "Ableger" KROM Th. Mathiesen in seinem aufsehen-erregenden Buch "Überwindet die Mauern" in Theorie und Praxis vorgestellt hat.³

KROM (Norwegischer Verein für Kriminalreform) wurde im Frühjahr 1968 gegründet und hatte 1979 etwa 1000 Mitglieder, darunter ca. 500 Gefangene.⁴ Der Vorstand des Vereins besteht aus ehemaligen Gefangenen und einer Gruppe rechtlich bzw. sozialpädagogisch qualifizierter Mitarbeiter.⁵ Der Mitarbeiterstab des Vereins arbeitet in fünf autonomen Gruppen in verschiedenen Bereichen staatlicher Sozialkontrolle (Knast, Polizei, Justiz, etc.)

1 Ortner/Wetter, Linke Caritas oder neue Praxis? in: Pad. Extra Sozialarbeit, 4/1977, S. 29

2 vgl. ebd.

3 Mathiesen, Th., Überwindet die Mauern, Neuwied/Darmstadt, 1979

4 vgl. ebd., S. 27

5 vgl. ebd., S. 121

Das norwegische Modell verfolgt eine Strategie globaler "anti-repressiver" Gesellschaftsveränderung, in der Randgruppen- bzw. Gefangenenarbeit eine "Initiativfunktion" zukommt:

"Die kapitalistische, bürgerlich-demokratische Gesellschaft ist mit ihrem Netz von Institutionen so dominierend und machtvoll, daß sich eine echte Opposition leicht als hoffnungslos darstellt."¹

"(Randgruppen) sind mit am stärksten von repressiv sozialer Kontrolle gekennzeichnet, und wenn mit ihnen gegen die ihr Leben reglementierenden staatlichen Instanzen kurzfristige Erfolge erzielt und langfristige Perspektiven verfolgt werden können, muß dies um so mehr auch für Personengruppen in weniger repressiv gestalteten sozialen Lagen gelten."²

Die Funktion der Gefängnisstrafe bestimmt Mathiesen wie folgt:

1. "Säuberungsfunktion" (Aussonderung unproduktiver "Elemente"),
2. "Widerstandslähmende Funktion" ("Protest wird abgefangen, Widerspruch zum Schweigen gebracht"),
3. "Verschleiernde Funktion" (Bestrafung "kleiner" Krimineller lenkt von großen "Vergehen" ab: z.B. Umweltzerstörung, Ausbeutung der Arbeitskraft),
4. "Symbolische Funktion" (Stigmatisierung der Gefangenen gibt dem "unbescholtenen" Bürger Gelegenheit, sich, über alle eigenen Probleme hinweg, seiner "weißen Weste" zu rühmen).³

1 Schumann, K.-F., Einführung ..., in: Mathiesen, a.a.O., S. 28

2 ders., S. 1 f.

3 vgl. Mathiesen, a.a.O., S. 157 ff.

Vor dem Hintergrund dieser Funktionsbestimmung besteht die langfristige Zielsetzung der sich selbst als "Gefangenenselbstorganisation" verstehenden Bewegung darin, den Strafvollzug schrittweise, aber ersatzlos abzuschaffen (abolistischer Ansatz).¹ Wesentliches Mittel dazu soll eine konsequente Öffentlichkeitsarbeit sein, die sich nicht auf "linke" Publikationen beschränkt, die dem Publikum ein möglichst umfassendes und enthüllendes Bild vom Zwangscharakter des Strafvollzugs vermittelt und damit legitimatorische Parteinahme für den Vollzug destruiert.² Kurzfristig werden "kleinere Reformen" angestrebt wie Aufhebung der Besuchskontrolle, der Briefzensur, der kollektiven Bestrafung, Erhöhung der Entlohnung, Anwendung des Arbeitsschutzgesetzes usw.³

"KROM muß mit der Zweideutigkeit leben, die eine solche Vorgehensweise implizieren kann; unter anderem müssen wir unseren Ausgangspunkt in den Bedürfnissen der Gefangenen nehmen, wenn wir mit ihnen zusammenarbeiten wollen; allein die Gefängnisbehörden sind daran interessiert, KROM als uninteressant an den Bedürfnissen der Gefangenen darzustellen, um damit die Gefangenen von KROM zu trennen. Es ist indessen entscheidend, daß diese Doppeldeutigkeit ständig von uns durch kontinuierliche Analysen überdacht und überarbeitet wird und daß wir auch bei der kurzfristigen Arbeit danach streben, die Unfreiheit aufzuheben."⁴

1 Mathiesen spricht von "'negativen' Reformen" als "Veränderungen, die größere oder kleinere Teile abschaffen, von denen das Gesamtsystem mehr oder weniger abhängig ist" (a.a.O., S. 184)

2 vgl. ebd., S. 93 ff.

3 vgl. ebd., S. 100 f.; zu diesem Zweck wird eng mit einer 1972 gegründeten Gefangenengewerkschaft zusammengearbeitet (s. S. 135 ff.)

4 ebd., S. 101

Mathiesens Buch vermittelt insgesamt den Eindruck, daß die *contradictio in adjecto*, die eine "abolistische Reform" zunächst einmal darstellt, nicht aufgehoben wird. Vielmehr ist in den theoretischen Ausführungen zwar sehr viel von "Revolution", "systemüberwindender Praxis" etc. die Rede, spätestens die Praxisbeschreibung läßt jedoch erkennen, daß KROM sich weitgehend auf Forderungen beschränkt, die relativ "harmlose" Reformen zum Inhalt haben. Bei alledem kommt konkrete Gefangenenarbeit - vom Standpunkt des an unmittelbarer Hilfe Interessierten - offensichtlich zu kurz.

So stellt sich hier, wie bei allen Ansätzen einer "politischen" Gefangenenarbeit die Frage, inwieweit die Verknüpfung der Straffälligenhilfe mit globalen gesellschaftsverändernden Strategien sinnvoll sein kann bzw. ob die Unterstützung hilfebedürftiger "Randgruppen" nicht einen prinzipiell anderen Charakter besitzt als "systemüberwindende" politische Aktivität.

Zusatz: In diesem Zusammenhang gehören u.U. die neuerlichen Bemühungen gewerkschaftlicher Kreise, Strafgefangene in die gewerkschaftliche Arbeit stärker (bzw. überhaupt) miteinzubeziehen.¹ Schumann begründet die Notwendigkeit, den Strafgefangenen seitens der Gewerkschaften mehr Aufmerksamkeit zu schenken, wie folgt:

"Festzustehen scheint, daß Strafgefangene sich gut als Demonstrationsobjekt für das Prinzip des Leistungswettbewerbs eignen. In struktureller

1 Grundlegend: Lüderssen, K. u.a., Gewerkschaften und Strafvollzug, Frankfurt 1978

Argumentation heißt dies: indem die Arbeitsunwilligkeit der untersten Schicht des Proletariats zum Anlaß von Kriminalisierung genommen wird, werden die übrigen Arbeiter symbolisch diszipliniert, sich mit den ihnen angebotenen Lebensmöglichkeiten abzufinden. Diese Strategie geht auf, solange die Arbeiter im kriminalisierten Lumpenproletarier nicht ihresgleichen mehr erkennen, sondern sich an der Stigmatisierung beteiligen."¹

¹ Schumann, K.-F., Das Interesse der Gewerkschaften am Strafvollzug, in: Lüderssen u.a., a.a.O., S. 7 ff.

B RECHTLICHE GRUNDLAGEN DER
RESOZIALISIERUNGSARBEIT

I Strafvollzugsgesetz vom 1.1.1977

Einleitung

Im Vordergrund der Betrachtung rechtlicher Grundlagen der Resozialisierungsarbeit steht das Strafvollzugsgesetz, welches

"den Vollzug der Freiheitsstrafe in Justizvollzugsanstalten und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung" regelt (§ 1 StVollzG).

Vorab sei der Hinweis erlaubt, daß das StVollzG damit zwar auf den sog. Erwachsenen-Vollzug zugeschnitten ist, für den Vollzug der Jugendstrafe mangels einer gesetzlichen Regelung aber entsprechende Anwendung findet.¹

Es existieren auf dem Stand 30. Juni 1980 ein "Arbeitsentwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Jugendstrafvollzuges und zur Eingliederung junger Straffälliger" sowie ein "Arbeitsentwurf einer Verordnung über den Vollzug der Jugendstrafe und die Eingliederung junger Straffälliger" nebst jeweiliger amtlicher Begründung.²

1 Callies/Müller-Dietz, 3. Aufl. 1983, § 1, Rdnr. 8

2 Zu beziehen über den Bundesminister der Justiz

Als am 16.3.1976 das "Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung" verkündet wurde, war erstmals eine gesetzliche Regelung des Strafvollzugs geschaffen. Und dies, obwohl die Freiheitsentziehung das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit und Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 und 2 GG) sowie regelmäßig das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Art. 10 Abs. 1 GG) einschränkt, was nach Art. 19 Abs. 2 GG nur durch Gesetz geschehen darf. Allein dieser Umstand zeigt, daß der Strafvollzug bis in unsere Zeit ein Stiefkind der Gesellschaft geblieben ist.

Daß es, wenn auch spät, zu der erforderlichen gesetzlichen Regelung gekommen ist, mag am gestiegenen öffentlichen Interesse für den Strafvollzug, aber auch daran liegen, daß während der letzten zwei Jahrzehnte auch in anderen Rechtsordnungen Strafvollzugsgesetze geschaffen worden sind (Jugoslawien 1961/1964, Schweden 1964, CSSR 1965, DDR 1968, Österreich 1969, UdSSR 1969).¹

¹ vgl. Jung "Der Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes", JuS 1972, 482

1. Rechtliche Situation bis zum 1.1.1977

Neben dem bis 1977 bestehenden verfassungswidrigen Zustand wird die Misere des Strafvollzugs weiter durch die Tatsache verdeutlicht, daß es mehr als 100 Jahre Entwicklung bis zum Inkrafttreten eines StVollzG gedauert hat:

Das Strafgesetzbuch von 1871 behandelt den Vollzug der Strafe nur am Rande. So können die zur Zuchthausstrafe Verurteilten

"auch zu Arbeiten außerhalb der Anstalt, insbesondere zu öffentlichen oder von einer Staatsbehörde beaufsichtigten Arbeiten verwendet werden"
(§ 15 Abs. 2 Reichsstrafgesetzbuch).

Zu Gefängnisstrafe Verurteilte

"können in einer Gefangenenanstalt auf eine ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessene Weise beschäftigt werden ..."
(§ 16 Abs. 2 Reichsstrafgesetzbuch).

Bereits 1879 wurde von der Reichsregierung ein "Entwurf eines Gesetzes über die Vollstreckung von Freiheitsstrafen" vorgelegt, welcher jedoch an den unterschiedlichen Auffassungen im Bund und an der Frage der Kosten scheiterte.¹

¹ vgl. Krebs "Soziale Hilfe im Freiheitsentzug", Zeitschrift für Sozialhilfe 1972, 229 (230)

Ein entscheidender Schritt schien 1927 getan, als von der Reichsregierung der Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes vorgelegt wurde, der bemerkenswert fortschrittlich war.

Dies zeigt sich am Vollzugsziel

"Durch den Vollzug der Freiheitsstrafe sollen die Gefangenen, soweit es erforderlich ist, an Ordnung und Arbeit gewöhnt und sittlich so gefestigt werden, daß sie nicht rückfällig werden."
(§ 64 des Entwurfs)

und am Ziel der Entlassenenfürsorge:

"Die Fürsorge für Entlassene ist eine gemeinsame Angelegenheit des Staates und der Gesellschaft. Ihr Ziel ist, den Bestraften einem gesetzmäßigen und geordneten Leben in der Freiheit zuzuführen."
(§ 240 des Entwurfs)

In der amtlichen Begründung heißt es:

"Mit diesem Grundsatz wird das allgemeine Ziel des Vollzugs der Freiheitsstrafen bezeichnet, das bei der weitaus größten Zahl der Gefangenen anzustreben ist: Sie aus Ordnungslosigkeit und Trägheit, die so oft die Quellen ihrer Straftaten sind, zu Ordnung und Fleiß emporzuführen und sie für ein späteres redliches Leben in der Freiheit brauchbar und tüchtig zu machen.

Die Mittel, die dazu dienen sollen, dieses Ziel zu erreichen, zeigt der Entwurf in den weiteren Vorschriften des Titel über die Bekleidung, Beköstigung und Beschäftigung der Gefangenen, über die Fürsorge für ihre Gesundheit und die geistige und seelische Hebung und über ihren Verkehr mit der Außenwelt. Ergänzend treten daneben, dem gleichen Ziele dienend, die Vorschriften über die Sonderung der Gefangenen nach der Art ihrer Persönlichkeit, über den Strafvollzug in Stufen und insbesondere über die Entlassenenfürsorge".

Inhalt und Formulierung befremden heutzutage. Angesichts der Zustände in den Zuchthäusern und Gefängnissen damaliger Zeit² war dies jedoch ein immenser Fortschritt.

1 Materialien zur Strafrechtsreform, 6. Band:
"Amtlicher Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes
nebst Begründung vom 13. Januar 1927",
Nachdruck, Bonn 1954, Seite 58.

2 Vgl. Thilo Eisenhardt, Strafvollzug, Stuttgart
1978, Seite 45 ff.

Indes, der Entwurf von 1927 scheiterte ebenfalls und zwar daran, daß Strafrechts- und Strafvollzugsreform einander verknüpft waren mit der Folge, daß das Scheitern der Strafrechtsreform das Scheitern der Strafvollzugsreform bedeutete.¹

Daher wurde der Strafvollzug weiterhin durch Verordnungen geregelt:

Ab 14.5.1934: "Verordnung über den Vollzug von Freiheitsstrafen und von Maßregeln der Sicherung und Besserung, die mit Freiheitsentzug verbunden sind"

Ab 22.7.1940: "Strafvollzugsordnung" über die Vereinheitlichung der Dienst- und Vollzugsvorschriften für den Strafvollzug im Bereich der Reichsjustizverwaltung"

Ab 1.12.1961: "Dienst- und Vollzugsordnung" der Justizminister und -senatoren"²

¹ vgl. Callies/Müller-Dietz, Strafvollzugsgesetz, 3. Aufl. München 1983, Einleitung Rdnr. 6

² vgl. im einzelnen: Quedenfeld "Der Strafvollzug in der Gesetzgebung des Reiches, des Bundes und der Länder", Tübingen 1971, Seite 23 ff. sowie Krebs a.a.O.

2. Grundlagen des Strafvollzugsgesetzes

a) Kommissionsentwurf, Regierungsentwurf, Bericht und Antrag des Sonderausschusses

Grundlage des geltenden Strafvollzugsgesetzes waren der Kommissionsentwurf der Strafvollzugskommission beim Bundesjustizministerium (November 1967 - Januar 1971) - welcher im wesentlichen mit den Beschlüssen übereinstimmte, die von der Strafrechtlichen Abteilung des 48. deutschen Juristentages (1970) verfaßt worden waren -, der Regierungsentwurf vom 23.7.1973¹ und der Bericht und Antrag des Sonderausschusses für die Strafrechtsreform vom 29.8.1975.²

Zu den Grundzügen des Regierungsentwurfs wird u.a. ausgeführt:

"Die Aufgaben des Strafvollzuges und die Richtung der künftigen Entwicklung gibt der Entwurf aus diesem Grunde deutlich an: Die Behandlung des Gefangenen wird auf das Ziel seiner künftigen straffreien Lebensführung in sozialer Verantwortung ausgerichtet; er erhält Hilfe, sich wieder in das Leben in Freiheit einzugliedern; die Gesellschaft soll vor Rückfall wirkungsvoll geschützt werden. Diesen Aufgaben soll die Strafe als Freiheitsentzug nicht entgegenstehen und auch die Angehörigen und Dritte nicht mehr als notwendig belasten: Der Entwurf sieht deshalb eine möglichst weitgehende Annäherung der Lebensverhältnisse im Vollzuge an diejenigen außerhalb der Anstalt vor."

Ziel des Strafvollzugs ist mithin Rückfallverhütung durch Hilfestellung bei der Wiedereingliederung, wobei die Lebensverhältnisse in der Anstalt weitgehend an diejenigen "draußen" angenähert werden sollen. Anders ausgedrückt: der Verwahrvollzug, dem es in erster Linie auf "störungsfreien Ablauf, auf reibungsloses Funktionieren ankam"⁴ ist zu ersetzen durch den sogenannten Behandlungsvollzug.

1 Bundestags-Drucksache 7/918

2 Bundestags-Drucksache 7/3998

3 Bundestags-Drucksache 7/918, Seite 41

4 Müller-Dietz, "Probleme des modernen Strafvollzuges Möglichkeiten und Schranken eines behandlungsorientierten Vollzuges" in: Schriftenreihe der juristischen Gesellschaft e.V. Berlin, Heft 45, Seite 11

Dem entspricht der Wortlaut des Gesetzes, wonach der Gefangene im Vollzug der Freiheitsstrafe fähig werden soll

"künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen (Vollzugsziel)" (§ 2 Satz 1 StVollzG)

und § 3 StVollzG, wo es heißt:

"(1) Das Leben im Vollzug soll den allgemeinen Lebensverhältnissen soweit als möglich angeglichen werden.

(2) ...

(3) Der Vollzug ist darauf auszurichten, daß er den Gefangenen hilft, sich in das Leben in Freiheit einzugliedern".

Allerdings war § 3 Abs. 1 des Regierungsentwurfs als Muß-Vorschrift ausgestaltet.

Im einzelnen wird in der amtlichen Begründung zu §§ 2 und 3 StVollzG ausgeführt:¹

"Der Entwurf geht von der Aufgabe des Staates aus, die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen, namentlich durch Behandlung des Straffälligen und Hilfe zu seiner Wiedereingliederung dazu beizutragen, daß er in Zukunft keine Straftaten mehr begehen wird...

Von dem Gefangenen wird daher erwartet, daß er sich einer Behandlung unterzieht, die ihn befähigt, von weiteren Straftaten Abstand zu nehmen...

Der Entwurf geht weiter davon aus, daß es nicht nur Aufgabe des Staates, sondern der gesamten Gesellschaft ist, an der Eingliederung des Gefangenen mitzuwirken...

Der Entwurf will zur Lösung der hiermit zusammenhängenden Probleme dadurch beitragen, daß er die Verbindung der einzelnen Anstalt zur Öffentlichkeit zu stärken sucht. Die Anstalt ist verpflichtet, mit der Bewährungshilfe, den Sozialhilfeeinrichtungen anderer Behörden und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege zusammenzuarbeiten (§ 141 Abs. 2). Durch ihren Beirat soll jede Anstalt über einen eigenen institutionalisierten Kontakt zur Öffentlichkeit verfügen (§§ 149 ff.). Außerdem geht der Entwurf davon aus, daß die amtliche und freie Sozialhilfe auch im Hinblick auf die Hilfe zur Eingliederung Straftatlassener fortentwickelt wird. Die dem Entwurf zugrunde

1 wegen der grundsätzlichen Bedeutung ist die Begründung ausführlich zitiert

liegende Konzeption wird sich nur dann verwirklichen lassen, wenn es noch mehr als bisher gelingt, die Bevölkerung an den Aufgaben des Strafvollzuges und der Straffälligenhilfe zu beteiligen. Der Entwurf berücksichtigt die Erfahrung, daß ein strafender Freiheitsentzug allein regelmäßig nicht genügt, die künftige straffreie Lebensführung des Verurteilten sicherzustellen. Während des Freiheitsentzuges soll der Gefangene deshalb eine Behandlung erfahren, die ihn befähigt, künftig ein Leben in sozialer Verantwortung ohne Straftaten zu führen ...

Der Begriff der Behandlung umfaßt sowohl die besonderen therapeutischen Maßnahmen als auch die Maßnahmen allgemeiner Art, die den Gefangenen durch Ausbildung und Unterricht, Beratung bei der Lösung persönlicher und wirtschaftlicher Probleme und Beteiligung an gemeinschaftlichen Aufgaben der Anstalt in das Sozial- und Wirtschaftsleben einbeziehen und der Behebung krimineller Neigungen dienen. Damit öffnet der Entwurf den verschiedenen Behandlungsmethoden den Weg, ohne im einzelnen in methodische Fragen einzugreifen, die der weiteren Entwicklung in Praxis und Wissenschaft überlassen bleiben müssen..."

"Die Entwurfsvorschrift begründet deshalb die Verpflichtung der Vollzugsbehörden, Besonderheiten des Anstaltslebens, die den Gefangenen lebensuntüchtig machen können, möglichst zurückzudrängen, so daß der Unterschied zwischen dem Leben in der Anstalt und dem Leben draußen nicht stärker als unvermeidbar ist. Dieser Grundsatz wirkt sich auf das gesamte System des Vollzuges aus, ist bei allen einzelnen Maßnahmen gebührend zu berücksichtigen, denn eine möglichst weitgehende Angleichung ermöglicht auch das "Einüben" des eigenverantwortlichen Lebens in Freiheit. Soweit der Angleichung Grenzen gesetzt sind, soll es darauf ankommen, den schädlichen Folgen entgegenzuwirken.

Die auf das Ziel des § 2 ausgerichtete Behandlung des Gefangenen wird regelmäßig auch die Hilfe für die Eingliederung nach der Entlassung umfassen. Gleichwohl decken sich beide Bereiche nicht völlig. Nicht immer bedeuten Schwierigkeiten bei dem Übergang von der Anstalt in die Freiheit zugleich auch eine kriminelle Gefährdung. Der Entwurf will die Vollzugsbehörde auch ohne Begrenzung auf die Beseitigung einer kriminellen Gefährdung zur Hilfe bei der Wiedereingliederung verpflichten, um allgemein bei dem Übergang von der Anstalt in die Freiheit zu erwartende Schwierigkeiten auszugleichen.

Beim Vollzug jeder Strafe soll daher die Vollzugsbehörde von Beginn an die Entlassung im Auge behalten und die einzelnen Maßnahmen des Vollzuges so ausgestalten, daß sie den Übergang vom Vollzug in die Freiheit erleichtern können. Dies kann nicht zuletzt durch die berufliche Ausbildung und Förderung, durch Lockerungen des Vollzuges gegen das Ende der Strafzeit und durch die Entlassungsvorbereitung im eigentlichen Sinne geschehen..."

-
- 1 Bundestags-Drucksache 7/918, Seite 44
 - 2 a.a.O., Seite 45
 - 3 a.a.O., Seite 46

b) Zusammenstellung der gesetzgeberischen Motive

Was den Bereich der Resozialisierung angeht, kann der Wille des Gesetzgebers in folgende Thesen gefaßt werden:

- Der Strafvollzug dient nicht der Sühne für begangenes Unrecht, sondern ist auf die Zukunft gerichtet mit dem Ziel, einen Rückfall dadurch zu verhindern, daß der Gefangene befähigt wird, in sozialer Verantwortung ein straffreies Leben zu führen.
- In der Anstalt soll der Gefangene nicht bestraft, sondern vielmehr einer Behandlung mit dem vorgenannten Ziel unterzogen werden (Behandlungsvollzug).
- Die Frage der Behandlungsmethoden läßt der Gesetzgeber bewußt offen, weil diese nur in der Praxis einer Anstalt entworfen, angewendet und auf ihre Brauchbarkeit hin überprüft werden können. Desungeachtet werden als mögliche Maßnahmen Psychotherapie, Ausbildung, Unterricht, Beratung bei persönlichen und wirtschaftlichen Problemen und die Beteiligung an Gemeinschaftsaufgaben genannt.
- Wiedereingliederung bedeutet auch, den Gefangenen in das Sozial- und Wirtschaftsleben einzubeziehen.
- Kriminelle Neigungen sollen im Strafvollzug behoben werden.
- Der Gefangene soll in der Anstalt "einüben", ein eigenverantwortliches Leben zu führen, daher sollen, soweit möglich, die Lebensverhältnisse in der Anstalt den Lebensverhältnissen in Freiheit angenähert werden.

- Vollzugsämter und Anstalten sind eingriffsbefugt, wenn und solange bis zur Realisierung der Reformgedanken dies zum Vollzug der Freiheitsstrafe erforderlich ist.
- Besonderheiten des Anstaltslebens, die lebensuntüchtig machen, sind "zurückzudrängen".
- Um das Verzugsziel Wiedereingliederung erreichen zu können, sind die Behörden gehalten, auch nach der Entlassung dem Gefangenen zu helfen und zwar nicht nur zur Verhinderung neuer Straftaten, sondern bei der Lösung allgemeiner, aus der Entlassung resultierender, Probleme.
- Durch die Zusammenarbeit mit der Bewährungshilfe den Sozialhilfeeinrichtungen anderer Behörden und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege soll die Anstalt Verbindung zur Öffentlichkeit halten.
- Die Wiedereingliederung ist nur dann möglich, wenn die Bevölkerung an den Aufgaben des Strafvollzuges und der Straffälligenhilfe mitarbeitet.

c) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

Der vom Gesetzgeber festgeschriebene Grundsatz der Resozialisierung geht auch zurück auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts:

Im Urteil des 1. Senats vom 5.6.1973¹ wird darauf hingewiesen, daß die Zielsetzung des Strafvollzuges die Wiedereingliederung in die Gesellschaft ist:

¹ B VerfG E 35, 202 ff.

"Die Erkenntnis von der Bedeutung dieser Zielsetzung hat sich in den letzten Jahren im Strafrecht zunehmend durchgesetzt; nach allgemeiner Auffassung wird die Resozialisierung oder Sozialisation als das herausragende Ziel namentlich des Vollzuges von Freiheitsstrafen angesehen (vgl. auch B VerfG E 33, 1, 7 ff.) Dem Gefangenen sollen Fähigkeit und Willen zu verantwortlicher Lebensführung vermittelt werden, er soll es lernen, sich unter den Bedingungen einer freien Gesellschaft ohne Rechtsbruch zu behaupten, ihre Chancen wahrzunehmen und ihre Risiken zu bestehen..."

1

Dabei hat der Grundsatz der Resozialisierung nach Meinung des Gerichts zwei verfassungsrechtliche Aspekte:

Einmal hat der Gefangene bzw. Entlassene einen Anspruch auf Wiedereingliederung, was aus dem Freiheitsrecht des Art. 2 Abs. 1 GG und dem Grundsatz der Menschenwürde gem. Art. 1 GG hergeleitet wird.² Zum anderen verpflichtet das Sozialstaatsprinzip³ die Gemeinschaft zur "Vor- und Fürsorge für Gruppen der Gesellschaft, die aufgrund persönlicher Schwäche oder Schuld, Unfähigkeit oder gesellschaftlicher Benachteiligung in ihrer persönlichen und sozialen Entfaltung behindert sind; dazu gehören auch die Gefangenen und Entlassenen."⁴ Anspruch bzw. "Interesse"⁵ des Gefangenen oder Entlassenen entspricht also die Verpflichtung des

1 a.a.O. Seite 235

2 B Verf G E a.a.O. Seite 236

3 B Verf G E a.a.O.; vorkonstitutionell führte die Sozialstaatsidee im 20. Jahrhundert zu der Auffassung, "daß in einem sozialen Rechtsstaat auch die Strafrechtsordnung mehr als bisher vom Gedanken des Sozialen beherrscht sein muß.."und dies vor allem für den Strafvollzug gilt, "dessen Hauptziel die Eingliederung des Gefangenen in die Gesellschaft ist". (Würtenberger "Freiheit und Zwang im Strafvollzug", NJW 1969, 1747 (1748) m.w.N.

4 B Verf G E a.a.O.

5 Callies "Ausbildung und Therapie - Zur Konkretisierung eines Anspruchs auf Resozialisierung" in "Die Reform des Strafvollzuges" (Herausgeber: Baumann), München 1974, Seite 57

Staates, Maßnahmen zu ergreifen, welche zur Realisierung dieses Anspruchs erforderlich sind, denn das "Interesse" läuft leer, wenn der Staat nicht institutionelle Möglichkeiten der Verwirklichung bereitstellt.¹

Zur Verpflichtung des Staates "kommt es namentlich... auf die Mitwirkung der Gesellschaft an... Nach den Erfahrungen der Praxis scheitert die Resozialisierung... in vielen Fällen an der Mißachtung und Ablehnung, mit denen die Umwelt den Entlassenen begegnet."²

Die Wiedereingliederung des Strafgefangenen und der damit verbundene Behandlungsvollzug sind danach oberstes Gebot des Strafvollzuges, was sich sowohl unmittelbar aus dem Strafvollzugsgesetz als auch mittelbar aus den Materialien und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ergibt. Weil dies - so auch der Regierungsentwurf - nicht ohne tatkräftige Unterstützung der Bevölkerung, in die der Gefangene integriert werden soll, möglich ist, kommt nach dem Anspruch des Gesetzgebers den Resozialisierungsgruppen eine besondere Bedeutung zu. Anhand der Untersuchung der Verwaltungsvorschriften (Teile B III und C) wird sich zeigen, ob und inwieweit Resozialisierungsgruppen zur Erreichung des Vollzugsziels beitragen (können) und hierbei von den Vollzugsbehörden unterstützt werden.

1 Callies a.a.O.

2 B Verf G E a.a.O.

II § 154 Abs. 2 Satz 2 StVollzG

1. Auslegung anhand des Wortlauts und des
Regierungsentwurfs

Nach § 154 Abs. 2 Satz 2 StVollzG sollen die

"Vollzugsbehörden ... mit Personen und Vereinen, deren Einfluß die Eingliederung des Gefangenen fördern kann, zusammenarbeiten".

Diese Vorschrift ist erste und einzige gesetzliche Grundlage der Arbeit freier Helfer, mithin auch der Resozialisierungsgruppen, wenn man einmal von der grundsätzlichen Regelung des § 23 StVollzG absieht, wonach der Gefangene das Recht hat,

"mit Personen außerhalb der Anstalt... zu verkehren"

Angesprochen sind "alle jene Gruppen und Privatpersonen, die sich auf freiwilliger Grundlage in Form von Einzelfallhilfe oder Gruppenarbeit um Gefangene und Entlassene kümmern."¹

Bemerkenswert ist, daß nach § 154 Abs. 2 Satz 1 StVollzG mit Behörden, Verbänden der freien Wohlfahrtspflege usw. eng zusammenzuarbeiten i s t , dies bei "freien" Personen und Vereinen hingegen nur als Soll-Vorschrift formuliert wurde. Grund dafür war die Ansicht des Gesetzgebers, "daß die Eignung der Gruppen bezüglich der Hilfsmöglichkeiten zur Eingliederung des Gefangenen von der Vollzugsbehörde zu überprüfen ist".²

1 Müller-Dietz, Strafvollzugsrecht 2. Aufl., Berlin 1978, Seite 276

2 Callies/Müller-Dietz a.a.O., § 154 Rdnr. 4

Dieses Argument ist deshalb nicht einleuchtend, weil sich bereits aus dem übrigen Gesetzeswortlaut ergibt, daß nur die Personen und Vereine in Frage kommen, welche das Vollzugsziel fördern können, mithin geeignet sein müssen. Demgegenüber meint Grunau¹: "Die dem RE (Regierungsentwurf) fremde Sollvorschrift des Abs. 2 Satz 2 zur Einschleusung von Personen und Vereinen in die ehrenamtliche Betreuung von Strafgefangenen ist erst von dem Sonderausschuß für die Strafrechtsreform in das Gesetz eingeführt worden (BT-Drucks 7/3998 Seite 45). Sie sollte gleichwohl behut- und wachsam gehandhabt werden, weil es privaten Betreuern, die sich z.T. schon als gerade Volljährige zu dieser Kontaktpflege drängen, schwerfällt, zwischen echter Betreuung des Gefangenen und schädlicher Solidarisierung mit ihm zu unterscheiden".

Dies führt im Ergebnis dazu, eine der tragenden Säulen der Reform, nämlich die Mitarbeit der Bevölkerung, auszuschließen.

In dem vorerwähnten Regierungsentwurf wird nämlich festgestellt, daß der Gefangene "häufig der Mithilfe von Behörden, Verbänden und Personen außerhalb des Strafvollzuges" bedarf² und diese Hilfe müsse bereits "während der Haft organisiert und koordiniert werden"³. Der Sonderausschuß hat die Erweiterung des Regierungsentwurfs folgendermaßen begründet:

1 Grunau, StVollzG, Köln 1977 § 154 Rdnr. 3

2 a.a.O., Seite 44

3 a.a.O.

"Bei dieser von Regierungsentwurf vorgeschlagenen Abgrenzung sind jedoch die zahlreichen privaten Verbände und Vereinigungen, die sich - teilweise wie etwa die Sportverbände, oder ausschließlich - ebenfalls um die Betreuung von Gefangenen und Entlassenen bemühen, nicht erfaßt. Darauf hat insbesondere der Sportausschuß hingewiesen. Die Mithilfe dieser gesellschaftlichen Kräfte ist bereits heute nicht mehr aus der Resozialisierungsarbeit wegzudenken; sie künftig zu intensivieren, ist ein entscheidendes Anliegen bei der Reform des Strafvollzuges. Allerdings wird sich die Zusammenarbeit der Vollzugsbehörden mit freien Gruppierungen häufig nicht selbstverständlich und reibungslos entwickeln. Vielmehr muß damit gerechnet werden, daß Vollzugsbehörden diesen Gruppen, deren Zuverlässigkeit und Sachkunde ihnen nicht in jedem Fall von vornherein bekannt sind, unter Umständen mit Vorbehalt begegnen und gelegentlich den Kontakt mit ihnen ablehnen. Dem Ausschuß liegt daran, die Vollzugsbehörden grundsätzlich zur Zusammenarbeit auch mit solchen Gruppierungen und Personen zu verpflichten und deren positiven Einfluß im Interesse des Gefangenen nutzbar zu machen. Dabei müssen selbstverständlich die ebenfalls vorhandenen oder sich bildenden Gruppen ausgeschaltet werden, die zwar Resozialisierungsbemühungen vortäuschen, in Wirklichkeit aber die Gefangenen negativ beeinflussen.

Aus diesem Grunde kann bei der Umschreibung der zu akzeptierenden Gruppen nicht auf deren erklärte Absicht abgestellt werden, sondern nur darauf, ob ihre Mitwirkung objektiv dem Vollzugsziel dienen kann. Diese Feststellung ist von der Vollzugsbehörde zu treffen. Die Vollzugsbehörde ist verpflichtet, im entsprechenden Fall eine Prüfung vorzunehmen und, wenn der Einfluß der betreffenden Personen und Vereine die Eingliederung von Gefangenen fördern kann - eine abschließende Feststellung wird sich am Anfang häufig nicht treffen lassen -, diesen in einem organisatorisch und unter Sicherheitsgesichtspunkten vertretbaren Rahmen für den Gefangenen nutzbar zu machen. Einen Rechtsanspruch für die betreffenden Personen oder Vereine oder auch für Gefangene gewährt die Vorschrift allerdings nicht."

Es ist unverständlich, daß der Gesetzgeber den freiwilligen Helfern keine stärkere Rechtsposition eingeräumt hat. Wie zitiert besteht kein Rechtsanspruch auf Tätigkeit in der Vollzugsanstalt, allenfalls ein "Anspruch auf fehlerfreien Ermessensentscheid".²

Müller-Dietz weist in einem Beitrag "Zur Problematik ehrenamtlicher Hilfe im Strafvollzug"³ auf die Fragwürdigkeit der Feststellungen des Strafrechtssonderausschusses hin: Wenn auch zunächst davon ausgegangen werde, die Zusammenarbeit mit Personen und Vereinen solle ohne Vorbehalt geschehen - mit Ausnahme solcher, die der Erreichung des Vollzugsziels entgegenwirken - und dies, weil die Vollzugs-

1 BT-Drucksache 7/3998, Seite 45

2 Callies/Müller-Dietz, a.a.O.

3 in: "Prozeß der Befreiung", herausgegeben von Wolfram Burisch und Peter Weil, Konstanz 1976, Seite 143 ff.

behörden nicht selten solche Initiativen verhindert hätten, wird sodann der Vollzugsbehörde anheimgegeben zu entscheiden, ob Personen oder Vereine die Eingliederung des Gefangenen fördern können. Damit werde "auf eine Praxis zurückverwiesen, wie sie bereits existierte" und es erhebe sich die Frage, "ob sich hier nicht ein verhängnisvoller Kreislauf schließt, der darin besteht, daß der Vollzug zwar auf der einen Seite solche Bemühungen im eigenen Interesse wie dem der Insassen akzeptieren und mit derartigen Gruppen kooperieren muß, daß er es aber auf der anderen Seite in der Hand hat, jede ihm unerwünschte Gruppe abzulehnen".¹ Es stelle sich weiterhin die Frage "ob der Vollzug dadurch nicht in Gefahr gerät, Bemühungen zu beschneiden, auf die er im Grunde selbst angewiesen ist, und ob er dadurch nicht jene verhängnisvolle Isolierung der Insassen wie des Vollzugs als Institution fördert, wie sie aus der Vergangenheit bekannt ist".²

1 Müller-Dietz, a.a.O., Seite 147

2 Müller-Dietz, a.a.O.

2. Grundsatzkonforme Auslegung

Es wird jedoch auch die Ansicht vertreten, § 154 Abs. 2 Satz 2 StVollzG gewähre einen Rechtsanspruch auf Zulassung als freiwilliger Vollzugshelfer, und zwar einerseits für den Insassen, der um die Betreuung durch einen bestimmten Vollzugshelfer bittet, andererseits für den Betreuer selbst.¹ Einzige Voraussetzung ist, daß die Anstalt nach einer Prüfung zu dem Ergebnis kommt, wonach die Mitwirkung objektiv dem Vollzug dient. Ist dies der Fall, dann hat sie sich der angebotenen Mitarbeit zu bedienen und kann nicht bloß nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden, ob sie die betreffende Person oder den betreffenden Verein als freiwillige Mitarbeiter zuläßt oder nicht.

Eine solche Auslegung entspricht am ehesten dem Zweck des § 154 Abs. 1 Satz 2 StVollzG, wonach der Strafvollzug aus der Isolation herausgeführt werden soll und "es nicht nur Aufgabe des Staates, sondern der gesamten Gesellschaft ist, an der Eingliederung des Gefangenen mitzuwirken ...".² Da nach allen Ansichten § 154 Abs. 2 Satz 2 StVollzG mindestens einen Anspruch auf fehlerfreien Ermessensentscheid gewährt, stellt die Ablehnung der Zulassung als freiwilliger Vollzugshelfer eine Maßnahme dar, welche nach § 109 Abs. 1 Satz 2 StVollzG im Wege der Verpflichtungsklage von der Strafvollstreckungskammer auf ihre Rechtmäßigkeit

1 So: Feest u.a. (Hrsg.), Kommentar, a.a.O., S. 593

2 Bundestags-Drucksache 7/918, S. 44

überprüft werden kann.¹ Hierbei unterliegt die "Eignung, die Eingliederung des Insassen zu fördern" als unbestimmter Rechtsbegriff der vollen gerichtlichen Überprüfung.² Antragsteller im Sinne des § 111 Abs. 1 Ziff. 1 StVollzG sei bei dem Verfahren nach § 109 StVollzG auch der freiwillige Betreuer als Außenstehender, weil er die Verletzung eines eigenen Rechts, nämlich seines Rechts aus § 154 Abs. 2 Satz 2 StVollzG geltend machen könne.

Folgt man der Ansicht von Hoffmann, so stellen die nachfolgend untersuchten "Allgemeinen Verfügungen der Justizminister bzw. -senatoren der Länder betreffend ehrenamtliche Betreuer im Strafvollzug" Verwaltungsrichtlinien dar, welche dem Rechtsanspruch des "geeigneten Bürgers" nicht entgegengesetzt werden können, weil der Anspruch aus § 154 Abs. 2 Satz 2 StVollzG Gesetzescharakter hat. Vertritt man die Meinung, es bestehe nur ein Anspruch auf fehlerfreien Ermessensentscheid, so beschreiben die Allgemeinverfügungen den Ermessensspielraum.

Im nächsten Teil ist zu prüfen, ob und gegebenenfalls auf welche Weise die Justizminister bzw. -senatoren der Länder als oberste Vollzugsbehörden durch Verwaltungsvorschriften die Tätigkeit freiwilliger Helfer bestimmt haben und ob die getroffenen Regelungen geeignet sind, diese Tätigkeit im Sinne des Vollzugsziels (§ 2 Satz 1 StVollzG) zu fördern.

1 vgl. Feest u.a. (Hrsg.), Kommentar, S. 452

2 vgl. Feest u.a. (Hrsg.), a.a.O., S. 593

III Allgemeine Verfügungen der Justizminister bzw. -senatoren der Länder betreffend ehrenamtliche Betreuer im Strafvollzug

Nach § 151 Abs. 1 StVollzG führen die Landesjustizverwaltungen die Aufsicht über die Justizvollzugsanstalten.

Hieraus folgt: Der Vollzug ist Sache der Justiz der einzelnen Länder, unterliegt also deren Rechts- und Fachaufsicht.¹

Nr. 2 der Verwaltungsvorschriften zum StVollzG bestimmt:

"Die Landesjustizvollzugsanstalten regeln den Besuch von Anstalten durch anstaltsfremde Personen sowie den Verkehr von Gefangenen mit Vertretern von Publikationsorganen (Presse, Rundfunk, Film, Fernsehen)."

Dies entspricht der Rechtslage vor Inkrafttreten des StVollzG (1.1.1977), wonach der Strafvollzug in der Bundesrepublik immer schon den Ländern oblag.²

Während in Hamburg über die Zulassung und den Einsatz von freiwilligen Helfern - also auch Resozialisierungsgruppen - der Anstaltsleiter frei entscheidet, er also an keine Verwaltungsvorschrift gebunden ist, haben die übrigen Bundesländer sog. Allgemeinverfügungen (AV'en) bzw. Verwaltungsvorschriften oder -richtlinien erlassen³:

1 Callies/Müller-Dietz § 151 Rdnr. 1

2 Quedenfeld a.a.O., S. 113 ff.

3 Rechtstechnisch besteht kein Unterschied, doch handelt es sich nicht um Rechtsverordnungen, sondern eben um Verwaltungsvorschriften. Berlin verfügt über eine AV vom 9.11.1976. Die AV-en sind in ihrer aktuellen Form berücksichtigt. Interessant, daß sich während der letzten Jahre keine Veränderungen ergaben.

<u>Baden- Württemberg:</u>	AV vom 22.3.1979 über ehren- amtliche Betreuer und ehren- amtliche Mitarbeiter
<u>Bayern:</u>	Bayerische Verwaltungsvorschrift zu § 154 StVollzG vom 8.2.1979
<u>Bremen:</u>	AV vom 23.12.1974
<u>Hessen:</u>	Verwaltungsrichtlinien vom 1.1.1979
<u>Niedersachsen:</u>	AV vom 16.12.1976
<u>Nordrhein- Westfalen:</u>	AV vom 2.12.1977
<u>Rheinland- Pfalz:</u>	AV vom 8.3.1976
<u>Saarland:</u>	AV vom 15.7.1981
<u>Schleswig- Holstein:</u>	Erlaß vom 24.5.1974

Eine Inhaltsanalyse dieser Verwaltungsvorschriften soll Aufschluß darüber geben, ob und ggf. wie die freiwillige Mitarbeit im Strafvollzug von den Vollzugsbehörden im Sinne des gesetzgeberischen Anspruchs (Wiedereingliederung in die Gesellschaft ist ohne Unterstützung derselben nicht denkbar) zum Bestandteil der "Behandlung" des Gefangenen gemacht worden ist. Auch wird es darauf ankommen, evtl. Vorbehalte der Verwaltung gegenüber ehrenamtlichen Helfern und die Gründe dafür aufzudecken.

Als Kriterien für eine Beurteilung der Vorschriften bieten sich an:

1. Zielsetzung der Betreuung (aus deren Sicht)
2. objektive Zulassungsvoraussetzungen
3. subjektive Zulassungsvoraussetzungen
4. Pflichten der freiwilligen Helfer
5. Rechte der freiwilligen Helfer

1. Zielsetzung

Während die Verwaltungsverfügung des Landes Bayern eine Zielsetzung der ehrenamtlichen Betreuung nicht enthält (es ist lediglich davon die Rede, daß eine "geeignete Person" zur Betreuung oder zur Mithilfe bei der Betreuung und Behandlung der Gefangenen zugelassen werden kann), enthalten die übrigen Regelungen programmatische Einleitungen, welche z.T. das Vollzugsziel gemäß § 2 StVollzG wiedergeben (AV'en der Länder Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz) und darüber hinaus differenzieren.

So soll nach den AV'en Baden-Württembergs, Hessens, Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes die Betreuung "dazu beitragen, persönliche Schwierigkeiten des Gefangenen zu lösen oder zu mildern, Bildung und berufliche Fähigkeiten zu fördern, die Entlassung vorzubereiten und die Eingliederung in das Leben in Freiheit zu unterstützen".

Unterstützung für die Zeit auch nach der Entlassung soll unter Hinweis auf § 74 StVollzG gemäß den AV'en Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens gegeben werden. Bemerkenswert ist insoweit die AV des Landes Schleswig-Holstein, welche im Jahre 1974, also vor Inkrafttreten des Strafvollzugsgesetzes, erlassen wurde. Danach ist es "wünschenswert, daß die persönliche Betreuung der Gefangenen durch freiwillige Helfer gefördert wird, die auch nach der Entlassung des Gefangenen dessen Betreuung fortsetzen können. Private Initiativen, den Gefangenen durch Einzelbetreuung bei der Bewältigung ihrer Schwierigkeiten zu helfen und ihre Eingliederung in die Gesellschaft zu erleichtern, sollen deshalb grundsätzlich unterstützt werden".

Die Zielsetzung der vorliegenden AV'en entspricht demnach, soweit die Verfügungen nach dem Erlaß des StVollzG ergangen sind (z.T. differenzierend), dem Vollzugsziel des § 2 StVollzG. Differenzierungen betreffen

- persönliche Schwierigkeiten,
- Bildung,
- berufliche Fortbildung,
- sinnvolle Gestaltung der Freizeit der Gefangenen (Hessen) und
- die sog. Nachbetreuung.

2. Objektive Zulassungsvoraussetzungen

a) Alter

Mit Ausnahme Schleswig-Holsteins regeln sämtliche AV'en das Mindestalter des Betreuers: In Bremen, Hessen und Niedersachsen muß er 18, in Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen 21, Im Saarland und in Rheinland-Pfalz gar 23 Jahre alt sein. Man orientiert sich also an der Volljährigkeit bürgerlichen Rechts (18 Jahre), an der Altersgrenze für die zwingende Anwendung des Erwachsenen-Strafrechts (21 Jahre) oder am Mindestalter für den Vollzugsdienst im Strafvollzug (23 Jahre).

Allerdings sind teilweise Ausnahmemöglichkeiten vorgesehen: Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz; die Regelung Baden-Württembergs ist insoweit nicht eindeutig.

Insbesondere für den, von den Regelungen ebenfalls betroffenen, Jugendstrafvollzug sind die gesetzten Altersgrenzen ungeeignet. Dies gilt auch für die Altersgrenze 18 Jahre, denn dem jugendlichen Strafgefangenen, der bereits im Alter von 14 Jahren eine freiheitsentziehende Jugendstrafe verbüßen kann, muß die Möglichkeit gegeben sein, mit Gleichaltrigen außerhalb der Anstalt Kontakt aufzunehmen. Sinnvoller wäre gewesen, keine Altersgrenze zu bestimmen. Auch dann hätten die Anstalten - wie noch zu zeigen sein wird - immer noch die Möglichkeit, nach ihrer Meinung "ungeeignete Personen" von der Betreuung auszuschließen.

b) Vorstrafen, Führungs- oder Bewährungsaufsicht, Anhängigkeit eines Ermittlungs- oder Strafverfahrens

In den AV'en Baden-Württembergs, Bayerns und Hessens dürfen solche Betreuer nicht zugelassen werden, die innerhalb der letzten 5 Jahre eine Freiheits- oder Jugendstrafe verbüßt haben oder zum Vollzug einer mit Freiheitsentziehung verbundenen Maßregel der Besserung und Sicherung untergebracht gewesen sind, unter Bewährungs- oder Führungsaufsicht stehen oder gegen die ein Ermittlungs- oder Strafverfahren anhängig ist. In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gilt das gleiche mit der Maßgabe, daß innerhalb der letzten 3 Jahre (Niedersachsen) bzw. 2 Jahre (Nordrhein-Westfalen) eine Freiheitsentziehung nicht vorgelegen haben darf.

In Bremen wird die Negativvoraussetzung des Freiheitsentzugs auf 3 Jahre und darauf beschränkt, daß der freiwillige Helfer nicht unter Bewährung stehen darf. Dem entspricht die Regelung in Rheinland-Pfalz mit der Bestimmung, daß ein Ermittlungs- oder Strafverfahren nicht gegeben sein darf.

Im Saarland schließlich sollen solche Personen nicht zugelassen werden "gegen die in den letzten Jahren eine gerichtliche Strafe verhängt wurde".

§ 151 Abs. 1 StVollzG führen die Landesjustizverwaltungen die Aufsicht über die Justizvollzugsanstalten.

Hieraus folgt: der Vollzug ist Sache der Justiz der einzelnen Länder, unterliegt also deren Rechts- und Fachaufsicht.

Hinsichtlich der objektiven Zulassungsvoraussetzungen ist in Baden-Württemberg eine Ausnahmeregelung "mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde zulässig" betreffend die Bewährungsaufsicht und die Anhängigkeit eines Ermittlungs- oder Strafverfahrens. In Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind überall Ausnahmen möglich, in ersteren beiden mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde (Präsident des Justizvollzugsamts), in Rheinland-Pfalz mit Zustimmung des Ministeriums.

Auch hier spricht die unterschiedliche Ausgestaltung dafür, daß die vorgenannten Kriterien mehr oder weniger willkürlich eingefügt worden sind. Wie sich an der später darzustellenden Diskussion um die AV Nordrhein-Westfalens zeigen wird, verhindert diese Einschränkung weitgehend die Mitarbeit ehemaliger Strafgefangener, die deshalb so wichtig ist, weil diese die während der Haft und anläßlich der Entlassung zu bewältigenden Schwierigkeiten am besten kennen und von daher einen wertvollen Beitrag zur Resozialisierung leisten können. Wenn bei einem entlassenen Strafgefangenen die Haft zwei oder mehr Jahre zurückliegt, ist er meist weder willens, noch in der Lage, bei der Unterstützung von "Schicksalsgefährten" mitzuwirken.

3. Subjektive, im Ermessen der Vollzugsbehörde stehende, Zulassungsvoraussetzungen

In sämtlichen AV'en taucht der Begriff der "Eignung" auf. Dabei wird zum einen auf die Person des Helfers und zum anderen auf die Aufrechterhaltung von "Sicherheit und Ordnung" in der Anstalt abgestellt. Zur Person finden sich allgemeine Formulierungen, wonach der Helfer "bereit und in der Lage" sein muß, "dem Gefangenen zu helfen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen" (AV des Landes Baden-Württemberg), er "zur Mithilfe bei der Erreichung des Vollzugszieles bereit und in der Lage ist" (AV des Landes Bayern), "nur Personen zugelassen werden, die für eine Tätigkeit im Strafvollzug geeignet erscheinen" (AV des Landes Bremen) und der Helfer "für eine ehrenamtliche Mitarbeit in Justizvollzugsanstalten geeignet" sein muß (AV des Landes Nordrhein-Westfalen).

Einige der AV'en gehen bis ins Detail: Zur Frage der Eignung einer Person ist Stellung zu nehmen "über die persönlichen Verhältnisse und den Anlaß seiner Bereitschaft, im Vollzug mitzuarbeiten" (Bremen) oder es sind nur solche "Personen zu gewinnen, deren Verhalten, Persönlichkeit und Beweggründe einer Tätigkeit im Justizvollzug nicht entgegenstehen und die nach ihren Fähigkeiten und Neigungen für die vorgesehene Aufgabe geeignet sind" (Hessen).

Nach der AV Niedersachsens sind

"insbesondere zu berücksichtigen:

- a) die persönlichen Verhältnisse (u.a. Alter, wohnort, Beruf, Tätigkeit, frühere Bestrafungen);

- b) die Beweggründe für die ehrenamtliche Mitarbeit und die Vorstellungen des Bewerbers über Zweck und Inhalt des Strafvollzuges;
- c) die Befähigung für die vom Bewerber beabsichtigte Form der Mitarbeit;
- d) die Zugehörigkeit zu einer in der Anstalt bereits tätigen Betreuungsgruppe;
- e) die Bereitschaft, die Vollzugsbestimmungen und die Richtlinien dieser AV zu befolgen".

Daß nur solche Personen zugelassen werden bzw. bleiben dürfen, die der Aufrechterhaltung von "Sicherheit und Ordnung" nicht entgegenstehen, wird z.T. ausdrücklich erwähnt (Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen), mit Ausnahme der AV Schleswig-Holsteins folgt dies bei sämtlichen anderen AV'en daraus, daß die Zulassung jederzeit widerrufen werden kann (zum Widerruf weiter unten). Die AV Bayerns läßt es nicht bei der "Gefährdung der Sicherheit und Ordnung der Anstalt" bewenden, sondern setzt weiterhin voraus, daß "ein sonstiger Mißbrauch nicht zu befürchten ist".

Bei der Zulassung bevorzugt werden sollen Personen aufgrund beruflicher oder sonstiger Erfahrung in der Sozialarbeit nach den AV'en Baden-Württembergs, Bayerns, Bremens, Nordrhein-Westfalens und des Landes Rheinland-Pfalz.

Nach der AV des Saarlandes werden solche Personen zugelassen, "die durch berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeiten Erfahrungen besitzen, die sie für die Aufgaben eines Vollzugshelfers besonders befähigen."

Darüber hinaus gibt es noch andere Zulassungskriterien wie: keine persönliche Beziehung des Betreuers zum Gefangenen im Sinne des § 52 Abs. 1 StPO¹ (Baden-Württemberg und Saarland), Negativ-Attest einer vorangegangenen Sicherheitsüberprüfung (Bayern, Bremen und Nordrhein-Westfalen), die Vorlage eines polizeilichen Führungszeugnisses (Hessen) sowie Anerkennung sog. Merkblätter (Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland), die Gegenstand der Zulassung sind. Eine Analyse der Merkblätter würde zu weit führen, nur soviel sei gesagt, daß im wesentlichen die Art der Betreuung und Sicherheitsbelange der Anstalt angesprochen werden.

Neben der Normierung objektiver Kriterien haben demnach die obersten Vollzugsbehörden in mannigfaltiger Weise den unbestimmten Rechtsbegriff der "Eignung" mit anderen unbestimmten Begriffen wie "persönliche Verhältnisse", "Anlaß der Bereitschaft", "Verhalten", "Persönlichkeit", "Beweggründe", "Bereitschaft" usw. umschrieben. Hierdurch und infolge des Hinweises auf die Belange der "Sicherheit und Ordnung" in der Anstalt ist mit Müller-Dietz² zu befürchten, daß für die Vollzugsbehörden jedenfalls die Möglichkeit besteht, nicht genehme Initiativen abzublocken. Sie könnte für die Fälle ausgeschlossen oder erschwert sein, wo es sich darum handelt, die einmal erfolgte Zulassung zu widerrufen. In Baden-Württemberg findet der Vollzugshelfer insoweit die günstigste Regelung vor:

1 Diese Vorschrift betrifft das Zeugnisverweigerungsrecht aus persönlichen Gründen (Verlobte, Ehegatten, Verwandte und Verschwägte)

2 "Prozesse der Befreiung", a.a.O.

Nicht nur die Ablehnung der erstmaligen Zulassung, sondern auch der Widerruf müssen mit einer schriftlichen Begründung versehen sein. Gegen die Entscheidung kann der Betroffene das Justizministerium anrufen.

In Bremen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Schleswig-Holstein ist lediglich ausgeführt, daß die Zulassung unter dem "Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs" steht, eine - schriftliche oder mündliche - Begründung ist nicht erforderlich, geschweige denn ein Rechtsbehelf möglich. In Bayern kann die Zulassung widerrufen werden, falls die Voraussetzungen dafür nicht vorgelegen haben oder entfallen sind. Begründungszwang oder Rechtsbehelf sind nicht gegeben. In Hessen und Nordrhein-Westfalen steht die Zulassung ebenfalls unter dem "Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs", allerdings ist dieser mit einer schriftlichen Begründung zu versehen. Einen Rechtsbehelf gegen die Entscheidung gibt es nicht.

Nach der AV Niedersachsens sind vom Anstaltsleiter "die ihm geeignet erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen und erforderlichenfalls die Mitarbeit zu untersagen", wenn Gründe bekannt werden, die der Zulassung entgegenstehen, der Helfer gegen die ihm nach der AV auferlegten Pflichten verstößt oder "es durch seine Tätigkeit zu einer Störung der Sicherheit oder Ordnung des Vollzuges in der Anstalt" kommt. Begründungszwang und Rechtsmittel fehlen.

Der Erlaß des Landes Schleswig-Holstein enthält keine Regelung des Widerrufs.

Sieht man einmal von der einzigen rechtsstaatlichen Lösung Baden-Württembergs und davon ab, daß in Hessen und Nordrhein-Westfalen der Ausschluß begründet sein muß, sind durch die Ausgestaltung des Widerrufs in den anderen AV'en behördlicher Willkür kaum Grenzen gesetzt.

Festzustellen bleibt, daß mit Ausnahme Baden-Württembergs Ablehnung und Widerruf so ausgestaltet sind, daß Initiativen ohne weiteres und je nach Bedarf verhindert werden könnten.

4. Pflichten

Die Pflichten der Betreuer nehmen in den vorliegenden AV'en durchweg großen Raum ein. Sie können in die Bereiche "Sicherheit und Ordnung in der Anstalt", "Zusammenarbeit mit den Bediensteten der Anstalt", "Verschwiegenheit", "Art der Betreuung" und "Anleitung und Fortbildung der Betreuer" unterteilt werden.

Die "Sicherheit und Ordnung in der Anstalt" soll auf mannigfaltige Weise gewährleistet werden: So soll nach der AV Baden-Württembergs der Betreuer den Anstaltsleiter "unverzüglich über außerordentliche Vorkommnisse oder Wahrnehmungen, die ihm in Ausübung seiner Betreuertätigkeit bekannt geworden sind" unterrichten. Die Verfügung Bayerns bestimmt, daß sich der ehrenamtliche Mitarbeiter schriftlich zu verpflichten hat, "Kenntnisse, die er im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit erlangt und aus denen sich der Verdacht einer erheblichen Straftat, eine Gefährdung der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt ... ergeben, unverzüglich dem Anstaltsleiter oder dem von ihm beauftragten Bediensteten mitzuteilen".

Inhaltlich gleiche Formulierungen enthalten die Verfügungen der Länder Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Die AV'en Bayerns und Niedersachsens differenzieren dies weiter dahin, daß sich der Betreuer verpflichtet

"ohne ausdrückliche Erlaubnis des Anstaltsleiters mit dem Gefangenen keine Geschäfte einzugehen, von ihm nichts anzunehmen, ihm nichts zu übergeben und für ihn keine Nachrichten oder Aufträge zu vermitteln"

oder

"keine Geschenke oder sonstigen Vorteile von Gefangenen oder deren Angehörigen anzunehmen oder diesen Geschenke zu machen oder sonstige Vorteile zu verschaffen";

"den Gefangenen kein Geld, keine Waren oder sonstigen Gegenstände zu übergeben";

"von den Gefangenen keine Gegenstände, Schriftstücke oder Botschaften entgegenzunehmen und an Dritte zu übermitteln oder selbst zu verwahren";
(AV Niedersachsens).

Eine Belehrung über einschlägige Vorschriften (wie: Straf- und Strafvollzugsbestimmungen, das Rechtsberatungsgesetz und § 115 Ordnungswidrigkeitengesetz¹) hat nach sämtlichen Verfügungen zu erfolgen. Regelmäßig hat der Betreuer dies schriftlich zu bestätigen und sich zur Einhaltung der Vorschriften zu verpflichten (Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz). Gegenstand der Verpflichtungserklärung sind auch "in der Anstalt geltende Vorschriften" (Bayern), "Rechte und Pflichten" des

1 "Ordnungswidrig handelt, wer unbefugt ... einem Gefangenen Sachen oder Nachrichten übermittelt oder sich von ihm übermitteln läßt oder ... sich mit einem Gefangenen, der sich innerhalb einer Vollzugsanstalt befindet, von außen durch Worte oder Zeichen verständigt" (Abs. 1)

Betreuers (Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein), welche regelmäßig durch beigegefügte Merkblätter näher umschrieben werden (z.B. Erläuterung des Vollzugsziels, von Sicherheitsbelangen, Möglichkeiten der Betreuung, Zusammenarbeit, Vorkommnisse etc.).

Auf die Zusammenarbeit mit den Bediensteten der Anstalt wird ebenfalls besonderer Wert gelegt: Dies geschieht z.T. dadurch, daß der Betreuer zur Zusammenarbeit verpflichtet wird (Baden-Württemberg, Bayer, Bremen, Hessen, Niedersachsen - "enges Einvernehmen" -, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland), z.T. auch auf die Weise, daß aus den Bediensteten der Anstalt sog. Kontaktpersonen oder Verbindungsmänner bestimmt werden mit der Aufgabe, den Betreuer "anzuleiten" (Bayern), zu "beraten" (Hessen, ihn in seine "Tätigkeit einzuweisen" (Niedersachsen), ihn "während einer etwa erforderlichen Einführungszeit ..." zu "betreuen" (Rheinland-Pfalz) oder ihn in die "Aufgaben und die besonderen Verhältnisse der Vollzugsanstalten" ... "einzuleiten" (Schleswig-Holstein).

In Baden-Württemberg hat der Betreuer "dem Anstaltsleiter jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit und Erfahrungen" vorzulegen, in Bayern hat er "dem Anstaltsleiter mindestens einmal im Jahr über seine ehrenamtliche Tätigkeit zu berichten". Die bremische AV sieht regelmäßige Besprechungen zwischen Vollzugshelfern und Kontaktpersonen vor, an denen der Helfer verpflichtet ist teilzunehmen, "regelmäßige Versammlungen bzw. Besprechungen" sollen nach den Verfügungen Hessens und Niedersachsens stattfinden.

Mit Ausnahme der AV Niedersachsens wird der freiwillige Helfer verpflichtet, über "die ihm anvertrauten oder sonst in Ausübung der Betreuertätigkeit bekanntgewordenen Angelegenheiten, insbesondere über die persönlichen Verhältnisse des Gefangenen ... gegenüber Privatpersonen Verschwiegenheit zu wahren" (AV Baden-Württemberg; die entsprechende Regelung in den übrigen Verfügungen ist inhaltlich gleich). Darüber hinaus ist dem Betreuer nach der AV Baden-Württembergs die "Weitergabe oder Veröffentlichung von Mitteilungen eines Gefangenen ... nur mit Zustimmung des Anstaltsleiters und nur insoweit gestattet, als sie dem Gefangenen selbst nach den geltenden Vollzugsbestimmungen erlaubt ist".

Pflichten bzw. Soll-Vorschriften hinsichtlich der Art der Betreuung enthalten die AV Bremens, in der bestimmt ist, daß die Vollzugshelfer "Gruppenarbeit mit Gefangenen durchführen" sollen. Soweit den AV'en ein Merkblatt beigelegt ist, enthalten diese z.T. Vorschläge bzw. Empfehlungen zur Betreuungsart.

Zu den Pflichten des freiwilligen Helfers sei schließlich noch darauf hingewiesen, daß der Betreuer in Angelegenheiten des Vollzuges den Anordnungen der Bediensteten Folge zu leisten hat (Bayer, Hessen, Niedersachsen und Saarland) und "von Fortbildungsangeboten Gebrauch zu machen" hat (Niedersachsen).

5. Rechte

Gegenüber den Pflichten der Betreuer sind deren Rechte bei der Resozialisierungsarbeit wie folgt geregelt:

Vorab können diese eingeteilt werden in Rechte betreffend "Mitsprache bei der Auswahl der Gefangenen", "unüberwachter Schriftverkehr", sonstige "Kontaktüberwachung", "Einblick in die Personalakte des Gefangenen", "Betreuungsart" und "Bestimmung der Besuchsmodalitäten" (Ort, Zeit und Häufigkeit). Zur Vervollständigung wird bei den einzelnen Punkten auch vermerkt werden, daß eines dieser Rechte nicht besteht.

Ein Mitspracherecht bei der Auswahl der zu betreuenden Gefangenen steht den Helfern nach den AV'en in den Vollzugsanstalten Hessens ("die Auswahl der zu betreuenden Gefangenen trifft der Anstaltsleiter im Einvernehmen mit dem ehrenamtlichen Mitarbeiter"), Nordrhein-Westfalens ("die Auswahl der zu betreuenden Gefangenen trifft der Anstaltsleiter im Einvernehmen mit dem Betreuer") und Rheinland-Pfalz ("die Auswahl der zu betreuenden Straf- und Untersuchungsgefangenen trifft der Anstaltsleiter im Einvernehmen mit dem Vollzugshelfer") zu. Aus den übrigen Vorschriften ist hierzu nichts ersichtlich.

Der Schriftverkehr zwischen Betreuer und Gefangenen wird in Baden-Württemberg nicht überwacht, in Bayern obliegt die Entscheidung hierüber dem Anstaltsleiter, Bremen und Rheinland-Pfalz lassen die Vorschriften betreffend die Überwachung des Briefverkehrs unberührt, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben zu dieser Frage keine Regelung getroffen.

Das unbedingte Recht, den Gefangenen auch ohne Gegenwart von Bediensteten der Anstalt zu besuchen, ist lediglich in Baden-Württemberg gegeben. In Bayern entscheidet hierüber der Anstaltsleiter, in Bremen ist die "Einwilligung" erforderlich, in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz kann der Anstaltsleiter dies "gestatten". In Hessen ist grundsätzlich keine Betreuung ohne Überwachung vorgesehen. Sie darf nur "aus Gründen der Behandlung oder der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt überwacht werden". Ähnliches bestimmt die AV Niedersachsens, wonach die Überwachung der Besucher und Gespräche vom zuständigen Abteilungsleiter nur angeordnet wird, "wenn die Sicherheit oder Ordnung des Vollzuges dies erfordert". Schleswig-Holstein trifft diesbezüglich keine Regelung.

Einblick in die Personalakte des Gefangenen hat der Betreuer nach der AV Bremens, in der Verfügung von Rheinland-Pfalz ist hinsichtlich der Rechte des Betreuers bestimmt, daß dieser Einzelbetreuung übernehmen, Gruppenarbeit durchführen oder bei der Freizeitgestaltung der Gefangenen mitwirken kann.

Dies sind die Rechte der Betreuer, soweit sie sich aus den vorliegenden AV'en ergeben. Damit ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß die Praxis einzelner Vollzugsanstalten weitergeht. Dies zu erfahren, wäre von Interesse, jedoch kaum zu erreichen, weil die Vollzugsbehörden erfahrungsgemäß gegenüber der Öffentlichkeit verschwiegen sind und davon ausgegangen werden muß, daß ein etwa weitergehendes "Anstaltsrecht" jederzeit revisibel, eine Aussage hierüber höchst zweifelhaft wäre.

Zusammenfassung

Die beschriebenen AV'en sind in zweierlei Hinsicht von hervorragender Bedeutung:

1. Weil der gesetzgeberische (theoretische) Anspruch einer Resozialisierung des Gefangenen seinen Sinn erst dann erhält, wenn er auch in den Vollzugsanstalten praktiziert wird, sind die AV'en daran zu messen, ob die jeweiligen Justizverwaltungen dem zumindest expressis verbis Rechnung tragen. Diese Verwaltungsvorschriften sollten also wenigstens dem Wortlaut nach eine Umsetzung des Anspruchs (der Motive, Intentionen) des Gesetzgebers in die Wirklichkeit ermöglichen.
2. Von dem rechtlichen Rahmen, in dem die Resozialisierungsgruppen gestellt sind (Strafvollzugsgesetz, insbesondere § 154 Abs. 2 Satz 2, AV'en), sind sie der Tätigkeit der Gruppen am nächsten, weil die Tätigkeit hierdurch geregelt, d.h. gefördert oder eingeschränkt, wird, sie jedenfalls den Strafvollzugsbehörden (Justizministerium, Vollzugsämtern und Vollzugsanstalten) das Spektrum von einer extensiven bis restriktiven Ausgestaltung von Resozialisierungsarbeit bieten.

Soweit Zielsetzungen enthalten sind, geben diese wenig her, denn sie widerspiegeln den im Strafvollzugsgesetz enthaltenen Resozialisierungsgedanken.

"Hautnah" sind aber sämtliche anderen Beurteilungskriterien:

Wie in dem theoretischen Teil der Arbeit zu A III 1 dargelegt, ist ein Merkmal der Strafanstalt als "totale Institution" die Abschließung des Gefangenen

von der Gesellschaft, von dem für ihn wichtigen Personenkreis, wozu (neben der Familie und Freunden) auch Gleichaltrige zählen. Wenn also der freiwillige Helfer 18, 21 oder 23 Jahre alt sein muß, so werden hiervon die jüngeren Strafgefangenen betroffen. Etwa ein 16 Jahre alter Jugendlicher wird es schwer haben, zu einem 18 Jahre alten oder noch älteren Gruppenmitglied Kontakt aufzunehmen, d.h. der Entwicklung entsprechend gemeinsame Interessen und/oder Probleme zu finden. Erfahrungsgemäß machen nämlich gerade bei unter Achtzehnjährigen ein bis zwei Jahre Altersunterschied sehr viel aus. Andererseits ist insbesondere der jugendliche, d.h. unter 18 Jahre alte, Gefangene auf gesellschaftliche Kontakte dringend angewiesen, weil er noch in der Entwicklung steht und von daher besonders empfänglich für soziales Lernen (siehe oben A IV 1) ist.

Der Möglichkeit sozialen Lernens zuwider läuft auch (ohne altersmäßige Beschränkung) die Nichtzulassung von Helfern, welche vorbestraft sind, unter Führungs- oder Bewährungsaufsicht stehen oder gegen die ein Ermittlungs- oder Strafverfahren eingeleitet ist. Insbesondere der "ehemalige Gefangene" kann zur Erreichung des Vollzugsziels dienlich sein. Er kennt die Lage des Gefangenen aus eigener Erfahrung, kann möglicherweise Ratschläge zur Entlassungsvorbereitung (z.B. Wohnungs- und Arbeitssuche), zur beruflichen Weiterbildung in der Anstalt (Lehrgänge, Fernstudium), zum Umgang mit Personen und Behörden (Anstaltsleiter, Vollzugsleiter, Vollzugsbedienstete, Sozialarbeiter, Bewährungshelfer, Gnadenstellé, Sozialamt) geben. Der Grund für die Beschränkung der Mitarbeit dieser Personengruppe ist offensichtlich: Sicherheit und Ordnung des Anstaltsbetriebs sollen bereits von der theoretischen Möglichkeit her nicht betroffen werden,

obwohl auch unter diesem Aspekt die Einschränkung wenig sinnvoll erscheint. Zum einen ist nicht erkennbar, warum der bereits "Gestrauchelte" eine größere Gefahr für die Sicherheit und Ordnung der Anstalt bedeutet als der "noch nicht Gestrauchelte". Andererseits hat die Anstalt in begründeten Fällen jederzeit die Möglichkeit, einen freiwilligen Helfer von der weiteren Tätigkeit auszuschließen.

Sicherheit und Ordnung sind wie erwähnt aus der Sicht der Vollzugsbehörden ein wesentlicher Gesichtspunkt. Bestimmt wird dieser Rechtsbegriff durch im Ermessen der Vollzugsbehörde stehende Zulassungsvoraussetzungen. Solche weitgehenden, allgemeine, unbestimmte Begriffe fördern geradezu eine restriktive Handhabung freier Straffälligenhilfe heraus. Im weitesten Sinne "unbequeme" Helfer - z.B. solche, welche unhaltbare Zustände in einer Strafanstalt an die Öffentlichkeit bringen - können unter dem Aspekt der Gefährdung der Sicherheit und Ordnung der Anstalt ausgeschlossen werden. Verstärkt wird das Unbehagen über diese Möglichkeit noch durch die Tatsache, daß nur die AV Baden-Württemberg eine Überprüfung des Widerrufs der Zulassung vorsieht.

Die unter dem Beurteilungskriterium "Pflichten" zusammengetragenen Fakten zeigen, daß nicht nur der Anstaltsbedienstete (vgl. oben A III 2a) und der Sozialarbeiter (vgl. oben A III 2b), sondern auch der freie Helfer in die Widersprüchlichkeit von behandlungsorientierten und sozial kontrollierenden Funktionen des Vollzugs verwickelt ist bzw. wird: durch die AV'en wird mannigfaltig versucht, die oben (A IV 1a) gepriesene Unabhängigkeit der Mitglieder von Resozialisierungsgruppen gegenüber Kontroll- und

Sanktionsfunktionen aufzuheben. Auch er soll für die Sicherheit und Ordnung des Strafvollzugs tätig sein, indem er der Anstaltsleitung von der Kenntnis einer Straftat bis zu außerordentlichen Vorkommnissen oder Wahrnehmungen hin Mitteilung zu machen hat.

Selbstverständlich, weil unumgänglich ist es eigentlich, daß der Helfer mit den Bediensteten der Anstalt zusammenarbeitet. Dies schon aus organisatorischen Gründen - z.B. bei der Bestimmung von Ort und Zeit der Treffen, der Zusammenstellung der Gefangenengruppe. Aber auch von der eigentlichen Tätigkeit her, denn z.B. der Anstaltsalltag (Konflikte zwischen Gefangenen oder Gefangenen und Bediensteten) und Probleme einer gerade erfolgten Einweisung oder kurz bevorstehenden Entlassung führen zwangsläufig zu Kontakten zwischen Bediensteten und freien Helfern. Um so suspekter, daß diese Selbstverständlichkeit besonders hervorgehoben wird. Es erweckt den Eindruck, als ob auch hier kontrolliert, denn kooperiert werden soll.

Demgegenüber sind die "Rechte" der freien Helfer relativ unbedeutend, ist doch das Einvernehmen bzw. die Erlaubnis der Anstaltsleitung bei der Wahrnehmung von Rechten überwiegend einzuholen.

Die vorgefundenen Verwaltungsvorschriften stellen - insgesamt gesehen - ein engmaschiges Netz von Gebots-Regelungen dar, das im wesentlichen auf die Bedürfnisse eines störungsfreien und reibungslosen Vollzugs¹ zugeschnitten ist.

1 Müller-Dietz, "Probleme des modernen Strafvollzuges Möglichkeiten und Schranken eines behandlungsorientierten Vollzuges", a.a.O.

Von der AV Baden-Württembergs (1979) abgesehen, ist hierbei ein prinzipieller Unterschied zwischen vor und nach dem Strafvollzugsgesetz erlassenen AV'en nicht erkennbar, was angesichts des Anspruchs des Gesetzgebers in den Motiven und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zutiefst enttäuscht. Durchweg findet der Grundsatz der "Sicherheit und Ordnung" der Anstalt höchste Beachtung in den AV'en, was die 1972 von Dästner¹ für die "damalige" AV Niedersachsens getroffenen Feststellung bestätigt, wonach "das Behandlungsziel dem Popanz 'Sicherheit und Ordnung' im Konfliktfall geopfert (wird) und ... dem Anstaltsleiter ein vielzuweiter Ermessensspielraum für den Entzug von Maßnahmen eingeräumt (ist), deren Fehlen unmittelbar zu dem sinnlosen und unmenschlichen Verwahrvollzug zurückführt".

Eine Vertiefung der anhand der Beurteilungskriterien aufgezeigten Problematik in den AV'en soll das nächste Kapitel bringen, welches die AV des Landes Nordrhein-Westfalen in der parlamentarischen und außerparlamentarischen Diskussion zum Gegenstand hat.

1 Dästner in: Dästner u.a., "Kriminalität in der Bundesrepublik", Göttingen 1972, S. 64

C DIE ALLGEMEINVERFÜGUNG DES JUSTIZMINISTERIUMS
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN IN DER
PARLAMENTARISCHEN UND AUSSERPARLAMENTARISCHEN
DISKUSSION

Am Beispiel der öffentlichen und der parlamentarischen Diskussion (hearing) über die Allgemeinverfügung Nordrhein-Westfalens sollen die - zum Teil bereits im vorangegangenen Kapitel angesprochenen - Konfliktpunkte zwischen den Vollzugsbehörden einerseits und den ehrenamtlichen Betreuern, Resozialisierungsgruppen, andererseits herausgearbeitet werden.

Soweit unterschiedliche Auffassungen bzw. Kontroversen gezeigt werden, darf dies wegen der im Prinzip gleichen Problematik als repräsentativ für alle Bundesländer gelten.

Zum Verständnis sei vorab folgendes angemerkt:

Am 9.7.1976 wurde vom nordrhein-westfälischen Justizminister eine AV betreffend "Ehrenamtliche Betreuer in den Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen"¹ erlassen, welche auf erhebliche Kritik, vorwiegend seitens der Resozialisierungsgruppen, stieß.

Auf Entstehung und Ansatz dieser Kritik wird zunächst einzugehen sein.

Durch AV vom 2.12.1977², welche am 1.1.1978 in Kraft getreten ist, verlor die Verfügung vom 9.7.1976 ihre Gültigkeit.

1 AV des Justizministeriums NW vom 9.7.1976
(4450-IV B56) JMB1 NW

2 AV des Justizministeriums NW vom 2.12.1977
(4450-IV B56) JMB1 NW 197, Seite

Im weiteren wird daher darzustellen sein, welche Änderungen gegenüber der alten Regelung vorliegen und inwieweit der Justizminister als oberste Vollzugsbehörde den Forderungen der ehrenamtlichen Betreuer nachgekommen ist.

Ausgangspunkt der Diskussion war eine Fortbildungsveranstaltung im Oktober 1976, die eine Interessenvertretung von Kontaktgruppen der JVA Siegburg und der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK) durchführte. Gesprächsgegenstand war u.a. die AV vom 9.7.1976, wobei die grundsätzliche Frage im Raume stand, ob die AV auch auf Resozialisierungsgruppen anzuwenden sei. Es hieß nämlich darin:

"Personen, die bereit und in der Lage sind, Gefangenen zu helfen, nach der Haftentlassung in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen (Vollzugsziel) können in den Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen als ehrenamtliche Betreuer zugelassen werden"¹

Man einigte sich dahin, dies durch eine Anfrage beim Justizministerium klären zu lassen und, sollte diese positiv beschieden werden, sich sodann mit den einzelnen Bestimmungen der AV auseinanderzusetzen. Diese Auseinandersetzung folgte, nachdem den Resozialisierungsgruppen mit Schreiben des Ministeriums vom 8.1.1976 mitgeteilt worden war, die Regelung gelte "für alle in Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen ehrenamtlich tätig werdende Betreuer, wobei es gleich ist, ob es sich um Einzelbetreuer oder Mitglieder von Kontaktgruppen handelt." Die AV spreche "von Personen, weil der persönliche Bezug zwischen dem Straffälligen und dem Betreuer entscheidend ist".²

1 Ziff. 1 der AV vom 9.7.1976. Hervorhebung vom Verfasser.

2 Soweit Briefe, außerparlamentarische Stellungnahmen u.ä. ohne Quellenangaben zitiert werden, liegen diese dem Verfasser aus eigenem Erleben der Diskussion vor, ergeben sich aus Materialien der AG SPAK oder der Interessenvertretung Siegburger Kontaktgruppen

Nach Ansicht der Interessenvertretung und der Arbeitsgemeinschaft sollte in der AV die Resozialisierungsarbeit von Gruppen hervorgehoben werden, da diese Art der Betreuung als besonders erfolgversprechend (kontinuierliche, in der "Außen"-Gruppe vorbereitete, "kontrollierte" Tätigkeit) angesehen wurde.

Auf den Widerstand der Gruppen stießen neben der Tatsache, daß nicht zwischen Einzelpersonen und Resozialisierungsgruppen unterschieden wurde, namentlich folgende Bestimmungen der AV vom 9.7.1976:

- (1) "Als Betreuer werden nur Personen zugelassen, die für eine ehrenamtliche Mitarbeit in Justizvollzugsanstalten geeignet sind und nach dem Ergebnis der durchzuführenden Sicherheitsüberprüfung (vgl. das "Merkblatt für ehrenamtliche Betreuer im Strafvollzug") dafür in Betracht kommen.

Bevorzugt werden Personen zugelassen, die in der Sozialarbeit erfahren und bereit sind, Gefangenen auch über den Zeitpunkt der Entlassung hinaus noch persönlichen Beistand zu leisten".¹

- (2) "Als Betreuer dürfen nicht zugelassen werden Personen, die
 - a) das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
 - b) innerhalb der letzten 5 Jahre eine Freiheitsstrafe oder eine Jugendstrafe verbüßt haben oder zum Vollzuge einer mit Freiheitsentziehung verbundenen Maßregel der Besserung und Sicherung untergebracht gewesen sind,
 - c) unter Bewährungs- oder Führungsaufsicht stehen oder

¹ Ziff. 3 der AV vom 9.7.1976

d) gegen die ein Ermittlungsverfahren eingeleitet oder ein Strafverfahren anhängig ist.

Über Ausnahmen entscheidet die Aufsichtsbehörde".¹

- (3) "Die Zulassung als ehrenamtlicher Betreuer erfolgt schriftlich und unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs durch den Anstaltsleiter."²
- (4) "Die Auswahl der zu betreuenden Gefangenen trifft der Anstaltsleiter im Einvernehmen mit dem Betreuer".³
- (5) "Der Anstaltsleiter kann dem Betreuer gestatten, die von ihm betreuten Gefangenen ohne Überwachung zu sprechen".⁴
- (6) "Der Betreuer ist verpflichtet, über besondere Vorkommnisse und Tatsachen, die ihm in Ausübung seiner Betreuertätigkeit bekannt werden und die einen Straftatbestand erfüllen oder die Sicherheit und Ordnung der Vollzugsanstalt gefährden, unverzüglich den Verbindungsmann zu benachrichtigen".⁵

Die Gründe der Kritik sollen nunmehr im einzelnen erörtert werden. Sie wurden in einer "Dokumentation zur allgemeinen Verordnung für ehrenamtliche Mitarbeiter im Strafvollzug (NRW)"⁶ der Arbeitsgemeinschaft

1 Ziff. 4 der AV vom 9.7.1976

2 Ziff. 6 der AV vom 9.7.1976

3 Ziff. 7 Satz 1 der AV vom 9.7.1976

4 Ziff. 7 Satz 2 der AV vom 9.7.1976

5 Ziff. 10 Satz 4 der AV vom 9.7.1976

6 AG SPAK Regionalbüro Köln, 1977

sozialpolitischer Arbeitskreise in Stellungnahmen der "Interessenvertretung Siegburger Kontaktgruppen" und dem Protokoll eines öffentlichen Hearings des Justizausschusses beim Landtag Nordrhein-Westfalen¹ niedergelegt.

Zur "Eignung" (1):²

Nicht einverstanden sind die Gruppen mit dem Begriff der "Eignung", weil dieser zu unbestimmt und es demzufolge allein in das Ermessen der Behörde gestellt ist, im Einzelfall zu entscheiden, welche Person "geeignet" ist mit der Möglichkeit, unerwünschte Personen nicht zuzulassen bzw. auszuschließen.

Schwerwiegende Bedenken ergeben sich weiterhin daraus, daß demgegenüber solchen Personen eine bevorzugte Stellung eingeräumt wird, "die in der Sozialarbeit erfahren" sind. Dieses Privileg steht in Widerspruch zu den gesetzgeberischen Motiven des - zur damaligen Zeit bereits verkündeten (16.3.1976), jedoch noch nicht in Kraft getretenen - StVollzG, wonach nicht etwa die ohnehin an der Gefangenenarbeit beteiligten, in der Sozialarbeit erfahrenen Personen (Sozialarbeiter, Bewährungshelfer, Anstaltsgeistliche usw.) angesprochen werden sollen, es vielmehr darum geht, die Bevölkerung (den "normalen Bürger") zur Unterstützung bei der Wiedereingliederung des Gefangenen zu gewinnen. Wesentlich ist also, die Gesellschaft, in die der Gefangene integriert werden soll, an diesem Prozeß unmittelbar zu beteiligen.³

1 Landtag Nordrhein-Westfalen, 8. Wahlperiode, Ausschußprotokoll 8/645 vom 22.6.1977

2 Die Nummerierung entspricht den Ziffern der namentlich kritisierten Bestimmungen der AV (vgl. oben, Seiten 39, 40)

3 Ein Teil dieser Argumente findet sich in einem Schreiben der "Interessenvertretung Siegburger Kontaktgruppen" an das Justizministerium vom 23.11.1976.

In einem sog. Zusatzentwurf schlägt der "Arbeitskreis Strafanstalt Attendorn e.V." (ASTRA) vor, die Vorschrift nicht auf "Personen" sondern auf "Gruppen und Vereine" auszurichten und die Zulassung nur davon abhängig zu machen, daß diese "bereit und in der Lage sind, Gefangenen zu helfen, nach der Haftentlassung in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen".¹

Bei der am 22.6.1977 durchgeführten öffentlichen Anhörung von Sachverständigen² zur AV vom 9.7.1976 sagt ein Mitglied der "Straffälligenhilfe Bielefeld e.V." zur Frage der Eignung:

"Wir sind der Meinung, daß eine gute ehrenamtliche Tätigkeit in Justizvollzugsanstalten eigentlich nur möglich ist, wenn man sich in einer Gruppe engagiert, wenn man sich einer Gruppe anschließt, wenn verschiedene Gruppen, verschiedene einzelne Betreuer sich organisieren, Sprecher wählen und auch in dieser Form mit Anstalten zusammenarbeiten. Wenn man davon ausgeht, meinen wir, daß eine Vorbereitung auf die Arbeit auch hier sehr sinnvoll wäre. D.h., jemand der kommt und sagt: Ich möchte als ehrenamtlicher Betreuer arbeiten -, wird nicht sofort auf die Leute losgelassen, sondern es gibt die Möglichkeit zu Gesprächen mit anderen, die schon als ehrenamtliche Betreuer in der Anstalt arbeiten, aber auch mit Bediensteten in der Anstalt. Dort kann man abklären: Was ist wichtig für die Arbeit, und was ist speziell für diesen einen Betreuer an Vorbereitung nötig. Wir meinen, daß eine solche Vorbereitungszeit durchaus über einen Zeitraum von 1/4 oder 1/2 Jahr laufen kann. Wer dann bei der Stange bleibt, wer gewährleisten kann, daß die Arbeit kontinuierlich von ihm geleistet wird - denn das ist besonders wichtig: Daß nicht sehr viele kommen und sehr schnell wieder gehen, sondern daß lieber ein paar weniger kommen, aber dabei bleiben -, wer zeigt, daß das so laufen kann, eine Gruppe im Hintergrund hat und vielleicht sogar Supervision erfährt, der ist unserer Meinung nach geeignet. Aber diese Sache sollte mitherein: Was meint geeignet?"

-
- 1 vgl. "Dokumentation zur allgemeinen Verordnung für ehrenamtliche Mitarbeiter im Strafvollzug (NRW)", Seite 15
 - 2 Der Justizausschuß hörte Anstaltsleiter, Mitglieder von Kontaktgruppen und Verbände der freien Wohlfahrtspflege als Sachverständige
 - 3 Ausschußprotokoll a.a.O. Seite 6

Auch danach wird also der "Gruppe" der Vorzug gegeben, weil Erfahrungen ausgetauscht werden können und eine kontinuierliche Arbeit möglich ist. Hinzu kommt, daß eine "Gruppe" stärker und mithin in der Lage ist, sich gegen die Anstaltsleitung (z.B. bei einer Oberbetonung der "Sicherheit und Ordnung" in der Anstalt) durchzusetzen.

Derselbe Sachverständige zur Bevorzugung von in der Sozialarbeit erfahrenen Helfern:

"Dann steht im zweiten Absatz: 'Bevorzugt werden Personen zugelassen, die in der Sozialarbeit erfahren ... sind'. Ich möchte sagen: Es ist grundsätzlich kein Nachteil, wenn jemand in der Sozialarbeit gearbeitet hat; in Jugendzentren oder was weiß ich -; man sollte es aber nicht zur Bedingung machen oder sagen: Die Leute nehmen wir viel lieber. Der Witz an der ganzen ehrenamtlichen Tätigkeit ist ja, daß sie sich von der professionellen Arbeit abhebt. Ich sehe dort keine Konkurrenz, sondern eine sehr wichtige Ergänzung. Ehrenamtliche können nicht das tun, was professionelle Sozialarbeiter, Geistliche und alle, die beteiligt sind, in der Anstalt tun - und andersherum genauso. D.h. also, man sollte wirklich die Sache für diejenigen offen lassen, die - aus welcher Motivation auch immer; darüber müßte man reden - in die Anstalt kommen und sagen: Ich will als ehrenamtlicher Betreuer arbeiten."

Hier wird deutlich, worum es geht: die Bevölkerung, der "normale Bürger" sollen an der Resozialisierungsarbeit teilhaben. Dies entspricht dem gesetzgeberischen Willen, denn die "dem Entwurf zugrunde liegende Konzeption wird sich nur dann verwirklichen lassen, wenn es noch mehr als bisher gelingt, die Bevölkerung an den Aufgaben des Strafvollzuges und der Straffälligenhilfe zu beteiligen."²

Dem ist das Justizministerium indessen nicht gefolgt: es wurden weder der "Gruppen"status aufgenommen, noch die Privilegierung in der Sozialarbeit erfahrener Personen gestrichen.

1 Ausschußprotokoll, a.a.O. Seite 6

2 Begründung des Regierungsentwurfs
Bundestags-Drucksache 7/918, Seite 44

Die von den Kontaktgruppen kritisierte Bestimmung ist vollinhaltlich in die AV vom 2.12.1977 übernommen worden. Man folgte damit der Ansicht, die ein Anstaltsleiter so formulierte:

"Unsere Jungen kommen ja aus dem Arbeitermilieu. Die Kontaktgruppen und -mitglieder sind leider eben nicht aus diesem Bereich. Wenn der Junge entlassen wird, ist es sehr häufig so, daß seine Lebensart - sagen wir einmal - nicht mit der Lebensart des Kontaktgruppenmitglieds kongruent ist, so daß er sich immer mehr als Objekt denn als gleichgestellter Partner vorfindet. Das führt sehr häufig dazu, daß der Junge sich nach der Entlassung nicht lange bei dem Kontaktgruppenmitglied hält und sehr bald scheitert, weil er in seinem Bereich und in seiner Subkultur leider nicht so stabil sein kann, wie das notwendig wäre.

Das zweite, was kritisch anzumerken wäre, ist die Tatsache, daß manche Kontaktgruppenmitglieder, vor allem die jüngeren, selbst noch nicht so stabil sind, daß sie wirklich eine Bezugsperson für den einzelnen Gefangenen sein könnten. Die kameradschaftliche Form, das nur äußere Wohlwollen gegenüber dem Gefangenen reichen eben nicht aus...

Eine Erscheinung, die wir früher einmal gehabt haben - ein Phänomen, das aber heute kaum noch vorhanden ist -, war die Einstellung einiger Kontaktgruppenmitglieder zur Zeit der früheren APO. Auf einen Nenner gebracht: Was wir dagegen tun können. Das war so die Intention. Man hatte also von Anfang an eine Art Frontstellung bezogen und wollte gemeinsam mit dem Gefangenen gegen das böse Volk der Widersacher - Staatsanwalt, Richter, Sozialarbeiter, Anstalt - vorgehen. Sie können sich vorstellen, daß dabei der Gefangene auf der Strecke blieb - nicht der Kontaktmann ..."

Während das Kriterium der "Stabilität" sinnvoll ist, kann dies von dem der Zugehörigkeit einer Schicht nicht gelten: abgesehen davon, daß auch aus dem "Arbeitermilieu" Gruppenmitglieder stammen (unten Teil D), setzt der Anspruch der Integration in die Gemeinschaft voraus, daß möglichst viele Schichten an der Resozialisierungsarbeit beteiligt sind.

Was die Erwähnung "früherer Zeiten" angeht, scheint dies mehr der Furcht bzw. Abneigung von Behörden zu entspringen, sich mit gegenläufigen Ansichten und Interessen auseinanderzusetzen, als der - verständlichen - Ablehnung rein destruktiver Kritik.

Zur "Zulassung von Personen" (2):

Die Zulassung der freiwilligen Helfer wird objektiv von deren Alter (a) und davon abhängig gemacht, wie lange eine eventuell verbüßte freiheitsentziehende Vorstrafe zurückliegt (b), ob Bewährungs- bzw. Führungsaufsicht gegeben ist (c) oder gegen den Bewerber ein Ermittlungsverfahren eingeleitet bzw. ein Strafverfahren anhängig ist (d).

(a) Alter

Die Kontaktgruppen weisen darauf hin, daß Resozialisierungsarbeit in Nordrhein-Westfalen im wesentlichen in Jugendstrafanstalten stattfindet. Zum Verständnis zwischen Helfer und Gefangenem ist oft von Bedeutung, ob sie der gleichen Altersgruppe angehören. Einem 21-Jährigen können Probleme eines 16-Jährigen bereits fremd sein. In einer Stellungnahme der AG SPAK heißt es dazu:

"Die Kontaktgruppen sollen ihre noch nicht 21-jährigen Betreuer von der Arbeit in den JVA-s ausschließen. Das in einem Land mit der Volljährigkeitsgrenze von 18 Jahren! Zum Barras müssen sie mit 18 antreten; wähler dürfen sie mit 18, jedoch alle Rechte eines volljährigen Bürgers dürfen sie nicht wahrnehmen! Bisher haben die noch nicht 21-jährigen auch gute ehrenamtliche Arbeit im Knast geleistet, gerade für jüngere Gefangene! Wie soll so schnell zwischen einem jungen Knacki und einem alten Knacker Vertrauen entstehen?"

Dementsprechend geht der Vorschlag der AG SPAK dahin, das Mindestalter generell auf 18 Jahre, im Jugendstrafvollzug auf 16 Jahre festzusetzen.

Obwohl die als Sachverständige geladenen Vertreter der Kontaktgruppen und Organisationen der Straffälligenhilfe sich bei der öffentlichen Anhörung meist¹ für eine Herabsetzung der Alters-

1 anders der Bundessekretär des CVJM, wonach das "Zulassungsalter von 21 Jahren beibehalten werden soll, allerdings mit Einschränkungen im Blick auf Jugendstrafanstalten" (Ausschußprotokoll, Seite 15)

grenze auf zumindest 18 Jahre aussprachen, ist es in der AV vom 2.12.1977 bei der ursprünglichen Regelung geblieben, wonach grundsätzlich das 21. Lebensjahr vollendet sein muß. Für den Bereich des Jugendstrafvollzugs kann der Anstaltsleiter Ausnahmen zulassen, im übrigen entscheidet über Ausnahmen die Aufsichtsbehörde (Präsident des Justizvollzugsamtes).

Hierzu der Leiter einer Erwachsenenanstalt:

"Für die Betreuung erwachsener Gefangener - vor allem in den von mir genannten schweren Fällen - kommen lediglich Personen in Betracht, die mit beiden Beinen im Dasein stehen, Lebenserfahrungen besitzen und möglichst frei von eigenen Problemen sind. Deshalb vermag ich mich für die Herabsetzung der Altersgrenze auf 18 Jahre nicht erwärmen. In dem einen oder anderen Fall sollte allerdings durchaus eine Person unter 21 Jahren zugelassen werden; diese Ausnahmeregelung ist in der AV bereits vorhanden".

Der Leiter einer Jugendstrafanstalt:

"Was die Altersgrenze betrifft, werden Sie sicher gleich hoch gehen, wenn ich Ihnen sage, daß ich der Meinung bin, daß die Altersgrenze von 21 Jahren bleiben sollte, daß man aber Ausnahmen machen müßte. Wir haben - daraus ersehen Sie schon meine Einstellung - in Siegburg etwa 40 - 50 Leute, die nicht 21 Jahre alt sind und gleichwohl ausgezeichnet in Gruppen mitarbeiten. Man sollte aber nicht generell alle Leute, die noch nicht 18 oder noch nicht 21 Jahre alt sind, zulassen, sondern es ein bißchen auf den Einzelfall abstellen und vielleicht sagen: Wer sich in der Gruppe schon draußen integriert und auch qualifiziert hat, der sollte vielleicht nach einer gewissen Zeit auch in die Anstalt kommen dürfen, um wirklich eine fundierte Arbeit leisten zu können."

Wenn schon eine - in gewisser Hinsicht immer "willkürliche" - Altersgrenze gesetzt werden muß, hätte diese dem Volljährigkeitsalter entsprechen und damit zum Ausdruck gebracht werden sollen, daß der sog. mündige Bürger auch das Recht hat, die Wiedereingliederung des Gefangenen bzw. Entlassenen zu unterstützen.

Nicht einzusehen ist, wieso man erst mit Vollendung des 21. Lebensjahres "mit beiden Beinen im Dasein steht, Lebenserfahrung besitzt und möglichst frei von eigenen Problemen ist".

Der jetzigen Regelung widerspricht auch die Erfahrung des Leiters der Jugendstrafanstalt, wonach jüngere Helfer "ausgezeichnet in Gruppen mitarbeiten."

Für das Zulassungskriterium des Alters bleibt festzuhalten: Die Forderung der meisten Re-sozialisierungsgruppen und Straffälligenorganisationen wurden nicht erfüllt. Lediglich für den Jugendstrafvollzug wurde die Entscheidungsbefugnis für Ausnahmen von der Aufsichtsbehörde auf die Anstalt verlagert.

(b) Keine freiheitsentziehende Vorstrafe während der letzten 5 Jahre

Ein weiterer Konfliktpunkt bei den Zulassungsvoraussetzungen ist die Bestimmung, wonach ein Betreuer nicht zugelassen werden darf, wenn er innerhalb der letzten 5 Jahre mit Freiheitsentziehung bestraft und diese Strafe verbüßt worden ist. Ein ehemaliger Strafgefangener hierzu:

"Ich habe 18 Monate eingesperrt wegen Diebstahl und ich bin 1975 im Januar entlassen worden... Und mittlerweile, jetzt nach 1 1/2 Jahren, habe ich mir gedacht, jetzt stehst du wieder auf beiden Beinen, die haben dir geholfen, warum sollst du nicht auch helfen. Und ich weiß, was für Mißstände im Knast herrschen und ich weiß auch, daß ich vielen helfen kann, wenn ich da rein gehe, weil ich eher das Vertrauen gewinne von denen..."

In ihrem Brief an das Justizministerium weist die "Interessenvertretung Siegburger Kontaktgruppen" darauf hin, daß gerade ein "Ehemaliger" die Lage in der Anstalt richtig einzuschätzen weiß und

daher "eine Vermittlerposition zwischen Insassen und Gruppen einzunehmen" in der Lage ist. Nach dem Ablauf von 5 Jahren werde kaum jemand den Entschluß fassen, in einer Resozialisierungsgruppe mitzuarbeiten.

Zusätzliches Argument ist, daß eine vorbestrafte Person gegenüber nicht Vorbestraften benachteiligt wird.

In der parlamentarischen Diskussion ist von den Kontaktgruppen der JVA Siegburg vorgeschlagen worden, die Frist auf 6 Monate zu beschränken.¹

In Ergänzung der oben dargelegten Argumente ist dargelegt worden "daß es sehr sinnvoll sein kann, entlassene Strafgefangene schon kurze Zeit nach ihrer Entlassung in die Kontaktgruppenarbeit einzubeziehen", weil diese "den noch Inhaftierten einen unmittelbaren Eindruck von dem vermitteln" können "was sie nach ihrer Entlassung erlebt und getan haben". Auch könnten die "gerade" Entlassenen "eine gewisse Vorbildfunktion für die noch Inhaftierten wahrnehmen".²

Nach überwiegender Ansicht der Sachverständigen des Hearings ist die 5-Jahres-Frist zu lang bemessen, im übrigen jedoch reichen die Vorschläge von einer völligen Streichung der Frist³ über eine 6-Monats-Frist⁴, eine 1-Jahres-Frist⁵,

1 a.a.O. Seite 6

2 a.a.O. Seite 6

3 so Sprecher der Straffälligenhilfe Bielefeld e.V., a.a.O. Seite 8, des Arbeitskreises Strafanstalt Attendorn, a.a.O. Seite 13 und der CVJM-Kontaktgruppe Essen, Seite 19

4 Siegburger Kontaktgruppen, siehe oben

5 so der Leiter der JVA Siegburg, a.a.O. Seite 2

eine 2-Jahres-Frist¹ und eine 3-Jahres-Frist².

Ein Sachverständiger vom Sozialdienst katholischer Männer zur angegriffenen 5-Jahres-Regelung:

"Was die Mitarbeit ehemaliger Gefangener betrifft, muß ich sagen, daß eine Sperre von 5 Jahren nach der Entlassung für mich persönlich unverständlich ist. Ich arbeite seit 1970 in der JVA Willich und wurde 1969 aus dieser Anstalt entlassen, nachdem ich 5 Jahre Strafe verbüßt hatte. Theoretisch hätte ich also erst vor 4 Jahren mit meiner Betreuungsarbeit beginnen können. Wie ich meine, bedeutet die Vorschrift weniger einen Schutz für die Arbeit der Gruppe als für den ehemaligen Gefangenen selbst: Er braucht eine gewisse Zeit, um Distanz zu gewinnen. Er muß seine Existenz sichern und sollte nach einer Zeit von etwa einem Jahr als Mitglied einer Gruppe in der Anstalt tätig werden dürfen. Besonders er kann Erfahrungen in die Gruppe einbringen und vermag zu erklären, wie die Leute in den Anstalten die Dinge verstehen. Insoweit könnte der Betreffende eine Art Dolmetscherfunktion ausüben."

Diese Argumentation trifft meines Erachtens den Kern der Sache:

Zum einen wäre es nicht gut, wenn die Betreuungsarbeit unmittelbar nach der Entlassung aufgenommen werden dürfte, weil es an der Distanz zu dem gerade Erlebten fehlt und eine, von der Problematik der Inhaftierten geleitete, Arbeit erschwert wäre: so könnten z.B. zusätzliche Konflikte dadurch entstehen, daß mit dem einen oder anderen Beamten besonders schlechte Erfahrungen gemacht worden sind, von der eigenen Gesetzmäßigkeit der Anstalt bestimmte "Freundschaften" zu ehemaligen Mitgefangenen zu falsch verstandener Solidarität führen.

1 enthalten in der Frage des Justizministers an die Sachverständigen entsprechend der in Berlin getroffenen Regelung

2 so der Vorsitzende des Gesamtausschusses "Gefährdetenhilfe" der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen, a.a.O. Seite 14 und ein Sachverständiger vom Sozialdienst Katholischer Männer, a.a.O. Seite 16

3 a.a.O. Seite 20

Zum anderen ist die Zeit unmittelbar nach der Entlassung die labilste Phase: Der aus der Strafanstalt Entlassene muß lernen, "draußen" wieder zurechtzukommen. Hierbei ist von der bekannten Tatsache auszugehen, daß das Leben in der Anstalt nicht etwa - wie dies ein sog. behandelnder Vollzug beinhaltet - so weit wie möglich dem Leben in Freiheit angeglichen ist.¹

Das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen hat sich in der Allgemeinverfügung vom 2.12.1977 dahin entschieden, solche Personen als Betreuer nicht zuzulassen, welche

"innerhalb der letzten 2 Jahre eine Freiheitsstrafe oder eine Jugendstrafe verbüßt haben".

Wie erwähnt, sollte die "Sperrzeit" ausschließlich an dem Kriterium der Distanz bemessen werden und darf nicht dazu führen, daß, für die Gefangenenarbeit nützliche, Erfahrungen verschüttet, d.h. vergessen oder verdrängt werden. Vertretbar wäre danach eine Frist von 6 Monaten bis zu einem Jahr. Die 2-Jahres-Frist ist wesentlich zu lang bemessen.

¹ es leuchtet ohne weiteres ein, daß angesichts des grundsätzlichen und durch nichts zu beseitigenden Unterschieds zwischen einem Leben in Freiheit und einem Dasein in der Anstalt eine "Annäherung" nur durch erhebliche personelle und sachliche Mittel durchführbar wäre, woran es aber bekanntlich fehlt.

(c) Nicht-Vorliegen von Bewährungs- oder
Führungsaufsicht

Wenn Personen von der Resozialisierungsarbeit ausgeschlossen werden, welche unter Bewährungs- oder Führungsaufsicht stehen, heißt dies, daß durch den Besuch in der Vollzugsanstalt, dem Kontakt mit Inhaftierten, eine weitere Gefährdung eintritt. Angesichts der beklagenswerten Verhältnisse in den Strafanstalten (dazu weiter unten Teil D) dürfte eher das Gegenteil, nämlich eine abschreckende Wirkung zu verzeichnen sein.

Für den Entlassenen, bei dem - wie im Jugendstrafvollzug die Regel - der Strafreis zur Bewährung ausgesetzt ist, nahm die Interessenvertretung Siegburger Kontaktgruppen Stellung:

"Auch diese Regelung halten wir für Änderungsbedürftig. So sollte auch dem Entlassenen - gerade dem Entlassenen, der unter Bewährungsaufsicht steht -, die Möglichkeit gegeben werden, nach einem halben Jahr sich an der Arbeit einer Kontaktgruppe zu beteiligen. Dies könnte evtl. auch an die Zustimmung des Bewährungshelfers gebunden werden. Gerade derjenige, der auf Grund seines positiven Verhaltens in der Anstalt während des Strafvollzugs vorzeitig entlassen worden ist und unter der Aufsicht eines Bewährungshelfers steht, kann die von mir genannte Vorbildfunktion wohl eher einnehmen als derjenige, der seine Strafe bis zum Ende abgesessen hat."

Hier sollte m.E. nichts anderes gelten, als das unter b) Gesagte: Eine zeitliche Distanz von 6 Monaten bis zu einem Jahr ist angebracht, aber auch ausreichend, um die aufgezeigten möglichen Konflikte zu vermeiden.

Anders dagegen die Allgemeinverfügung vom 2.12.1977, wonach Personen ausgeschlossen sind, welche

"unter Bewährungs- oder Führungsaufsicht stehen..."

(d) Nicht-Vorliegen eines Ermittlungs- oder
Strafverfahrens

In der alten und neuen Fassung der Allgemein-
verfügung werden solche Personen,

"gegen die ein Ermittlungsverfahren einge-
leitet oder ein Strafverfahren anhängig ist"

von der Betreuungsarbeit ausgeschlossen. Dies
steht in krassem Widerspruch zu dem Grundsatz,
wonach jemand bis zu einem Strafausspruch als
unschuldig gilt und ihm aus der Einleitung eines
Strafverfahrens allein keine Nachteile erwachsen
dürfen.

Es ist also nicht einzusehen,

"warum eine Person, gegen die beispielsweise
wegen eines Straßenverkehrsvergehens er-
mittelt wird, für die Kontaktgruppenarbeit
ungeeignet ist"¹

Wird aber wegen eines schweren Delikts ermittelt
oder demnächst verhandelt, stellt sich das Pro-
blem in der Regel deshalb nicht, weil Unter-
suchungshaft angeordnet ist.

Auch sollte - wie dies die geänderte AV hinsicht-
lich Vorstrafen und Bewährungs- bzw. Führungsauf-
sicht vorsieht - nicht der Präsident des Justiz-
vollzugsamtes als Aufsichtsbehörde, sondern der
Anstaltsleiter über Ausnahmen entscheiden, weil
dieser

"die Gruppen kennt und einzuschätzen weiß".²

1 a.a.O. Seite 6

2 a.a.O. Seite 6

Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs der Zulassung
als ehrenamtlicher Betreuer durch den Anstalts-
leiter (3)

Während in der AV alter Fassung lediglich bestimmt war:

"Die Zulassung als ehrenamtlicher Betreuer erfolgt schriftlich und unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs durch den Anstaltsleiter"

findet sich in der AV vom 2.12.1977 der Zusatz:

"Der Widerruf der Zulassung bedarf der Schriftform und ist mit einer Begründung zu versehen".

Die Verwaltung ist demnach nur dem Mindestanfordernis der Begründungspflicht gefolgt, ohne jedoch die Möglichkeit eines Rechtsbehelfs gegen den Widerruf zu schaffen. Hierzu der Anstaltsleiter der JVA Siegburg:¹

"Der weitere Punkt: Ob ein Widerruf der Zulassung möglich sein müßte. - Das meine ich schon. Denn auch der Angehörige kann vom Besuch ausgeschlossen werden, also die Eltern oder die Geschwister. Das kommt so gut wie nie vor, aber es müßte in bestimmten Fällen sicher möglich sein. Das müßte auch bei dem Kontaktmann möglich sein. Es wäre m.E. aber sicher auch notwendig, daß man diesen Widerruf als Anstaltsleiter schriftlich begründen müßte und daß es nach rechtsstaatlichen Grundsätzen dagegen auch ein Beschwerderecht geben muß."

Dem ist nur eines hinzuzufügen: Die Begründungspflicht bleibt eine Farce, wenn die Gründe, welche dem Widerruf zugrunde liegen, eine Überprüfung durch die Aufsichtsbehörde oder eine andere Stelle zugeführt werden können. Es ist ein unerträglicher Zustand, wenn noch so sachfremde und abwegige Erwägungen dem - formellen - Kriterium "Begründung" genügen, ohne in "höherer Instanz" beseitigt werden zu können.²

1 a.a.O. Seite 3

2 Bei Zulassung und Widerruf handelt es sich nicht um Verwaltungsakte, welche der Kontrollmöglichkeit durch die Verwaltungsgerichte unterliegen.

Auswahl der zu betreuenden Gefangenen durch den
Anstaltsleiter im Einvernehmen mit dem Betreuer (4)

Die Bestimmung:

"Die Auswahl der zu betreuenden Gefangenen
trifft der Anstaltsleiter im Einvernehmen
mit dem Betreuer"

ist unverändert in die neue AV übernommen worden.

Zwar wird weder von den Sachverständigen des Hearings, noch - soweit ersichtlich - von den dabei nicht vertretenen Gruppen in Frage gestellt, daß die Teilnahme von Gefangenen an Resozialisierungsgruppen eine Absprache zwischen Anstalt einerseits und Betreuern andererseits erfordert. Die zitierte Bestimmung geht aber über diese Selbstverständlichkeit hinaus und steht damit in Widerspruch zu gesetzlichen Vorschriften und praktischen Erwägungen:

- (1) Die Formulierung "Auswahl" zeigt, daß der Initiative des Gefangenen, in eine Resozialisierungsgruppe zu gelangen, wenig Raum gegeben wird, obwohl er gemäß § 4 StVollzG "an der Gestaltung seiner Behandlung und der Erreichung des Vollzugszieles" mitwirkt.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß Resozialisierungsgruppen nicht selten die Erfahrung machen, wonach die Teilnahme an Besuchen freiwilliger Helfer in der Anstalt davon abhängt, ob sich der Gefangene nach Ansicht der Anstaltsleitung "wohl verhält", die Teilnahme bzw. Nichtteilnahme als Belohnung oder Bestrafung ist.

- (2) Nach § 159 StVollzG sollen u.a. "zur Vorbereitung wichtiger Entscheidungen im Vollzuge" vom Anstaltsleiter "Konferenzen mit an der Behandlung maßgeblichen Beteiligten" durchgeführt werden.

"Maßgeblich Beteiligte" sind dabei - neben dem Anstaltsleiter - die Vollzugsbediensteten bestimmter Wohneinheiten (Abteilungen, Flure), aber auch die in § 154 StVollzG genannten Behörden, Stellen und diejenigen Personen und Vereine, "deren Einfluß die Eingliederung des Gefangenen fördern kann" (§ 154 Abs. 2 Satz 2 StVollzG), mithin die Resozialisierungsgruppen.¹

Bei der öffentlichen Anhörung vom 22.6.1977 ist hierzu von der Straffälligenhilfe Bielefeld e.V.² ausgeführt worden:

"... die Frage nach der Auswahl... Wir sind der Meinung, daß die Auswahl für Gruppenarbeit, aber auch für Einzelbetreuung auch einer solchen Konferenz überlassen werden sollte, an der die Ehrenamtlichen beteiligt werden und natürlich auch ein Vorschlagsrecht haben."

- (3) Was die vorgenannten praktischen Erwägungen betrifft, sei die Stellungnahme der Siegburger Kontaktgruppen in deren Brief vom 23.11.1976 an das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen³ zitiert:

1 vgl. Callies/Müller-Dietz, Strafvollzugsgesetz, § 159 Rdnr. 1 und 2

2 a.a.O. Seite 8

3 vgl. oben Seite 41

"In der JVA Siegburg wird die Auswahl der zu betreuenden Gefangenen von einer der Kontaktgruppe vermittelten Kontaktperson der Anstalt (z.B. Gefängnisgeistliche oder Aufsichtsbeamte, Sozialarbeiter) im Einvernehmen mit der Gruppe getroffen. Diese Regelung ist für alle Teile zufriedenstellend. Wir glauben, daß eine Kontaktperson der Anstalt für die Auswahl prädestinierter ist als ein Anstaltsleiter, weil diese zu den zur Diskussion stehenden Insassen einen intensiveren Kontakt haben dürfte als ein Letzterer".

Eine gesetzeskonforme und praxisnahe Bestimmung bezüglich der Teilnahme von Gefangenen an der Gruppenarbeit müßte demnach ein gleichberechtigtes Mitwirken der Beteiligten, und zwar einschließlich des Gefangenen, berücksichtigen. Dies hat, wie erwähnt, das Justizministerium Nordrhein-Westfalen nicht getan.

Überwachung von Gesprächen (5)

Nach alter und neuer Regelung der AV kann der Anstaltsleiter

"dem Betreuer gestatten, die von ihm betreuten Gefangenen ohne Überwachung zu sprechen".

Diese Bestimmung ist namentlich deshalb auf Kritik gestoßen, weil danach das freie Gespräch, die nichtüberwachte Gruppen- oder Einzelarbeit, die Ausnahme, die Überwachung hingegen die Regel darstellt. Es wird sich bei der Gruppenbefragung zeigen, ob sich dieses Regel-Ausnahmeprinzip in der Praxis wiederfindet. Desungeachtet wird hierdurch - jedenfalls im Konfliktfall - für die Anstaltsleitung die Möglichkeit geschaffen, sich auf den Regelfall zurückzuziehen und die Ausnahme strengeren Anforderungen zu unterziehen.

Dementsprechend ist denn auch von der Straffälligenhilfe Bielefeld e.V.¹ gefordert worden:

"Wir hätten gern die Formulierung: "Der Anstaltsleiter kann in begründeten Fällen die Überwachung anordnen".

Verpflichtung des Betreuers, Straftatbestände oder die Sicherheit und Ordnung gefährdende Tatsachen zu melden (6)

Dieser Punkt war zwischen Verwaltung und den Vertretern der Resozialisierungsgruppen bzw. Straffälligen-Vereine am heftigsten umstritten.

Nach der ursprünglichen Formulierung waren Vorkommnisse und Tatsachen, welche irgendeinen Straftatbestand erfüllen oder die Sicherheit und Ordnung der Vollzugsanstalt gefährden, zu melden.

Die Diskussion hierüber spitzte sich von Anfang an auf die Frage zu, ob die Meldepflicht gemäß § 138 StGB (Nichtanzeige geplanter Straftaten) zu beschränken sei.

§ 138 Abs. 1 lautet:

"Wer von dem Vorhaben oder der Ausführung

1. einer Vorbereitung eines Angriffskrieges (§ 80),
2. eines Hochverrats in den Fällen der §§ 81 bis 83 Abs. 1,

3. eines Landesverrats oder einer Gefährdung der äußeren Sicherheit in den Fällen der §§ 94 bis 96, 97a oder 100,
4. einer Geld- oder Wertpapierfälschung in den Fällen der §§ 146, 151 oder 152,
5. eines Menschenhandels in den Fällen des § 181 Nr. 2,
6. eines Mordes, Totschlags oder Völkermordes (§§ 211, 212, 220a),
7. einer Straftat gegen die persönliche Freiheit in den Fällen der §§ 234, 234a, 239a oder 239b,
8. eines Raubes oder einer räuberischen Erpressung (§§ 249 bis 251, 255) oder
9. einer gemeingefährlichen Straftat in den Fällen der §§ 306 bis 308, 310b Abs. 1 bis 3, des § 311 Abs. 1 bis 3, des § 311a Abs. 1 bis 3, der §§ 311b, 312, 313, 315 Abs. 3, der §§ 316a, 316c oder 324

zu einer Zeit, zu der die Ausführung oder der Erfolg noch abgewendet werden kann, glaubhaft erfährt und es unterläßt, der Behörde oder dem Bedrohten rechtzeitig Anzeige zu machen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."

In einer Stellungnahme des Arbeitskreises Strafanstalt Attendorn e.V. an den Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen heißt es:

"Wir sind der Auffassung, daß die in dieser Hinsicht bisher bestehende Unabhängigkeit der Kontaktgruppen von den Justizbehörden unbedingt aufrechtzuerhalten ist, da sonst dem bestehenden Vertrauensverhältnis zwischen Betreuten und Kontaktgruppe die Basis entzogen ist. Dies wird durch unsere Erfahrungen sowie die anderer Gruppen gestützt, nach denen beispielsweise Bewährungshelfern von entlassenen Strafgefangenen oft gerade wegen dieser Meldepflicht von vornherein mit Mißtrauen begegnet wird. Eine Meldepflicht wird daher von uns nur im Rahmen des § 138 StGB bejaht, welcher in jedem Bürger der B.R.D. bei Nichtanzeige geplanter Straftaten mit Freiheits- oder Geldstrafe droht.

Die Verschwiegenheitspflicht ist - der gruppenadäquaten Ausrichtung des Zusatzentwurfes entsprechend - auf gruppen-/vereinsexterne Personen beschränkt worden, damit die notwendige Besprechung von Problemen, mit denen der einzelne Betreuer nicht fertig wird, im Rahmen der Gruppe möglich bleibt".

In dem vorerwähnten Brief der Interessenvertretung Siegburger Kontaktgruppen wird auf folgendes hingewiesen:

"Wir gehen aber als Gruppe von "normalen Bürgern" in Haftanstalten, wie oben erwähnt, verschafft uns gerade dieser Status ein ganz besonderes Vertrauensverhältnis, das als Grundlage unserer Wiedereingliederungsarbeit von so unerhörter Wichtigkeit ist, es ist somit nicht einzusehen, warum wir ausgerechnet in diesem Punkt den Status eines hauptamtlichen Bewährungshelfers erhalten sollen. Sicherheitserwägungen seitens der Anstalten ist einerseits durch die vorgeschriebenen Sicherheitsüberprüfungen Rechnung getragen, andererseits ist wieder auf den Regulierungseffekt der Gruppe zu verweisen. Wenn einem Mitglied oder einer ganzen Kontaktgruppe vertrauliche Dinge zur Kenntnis kommen, die zu Bedenken irgendwelcher Art Anlaß geben, so kann die Gruppe entscheiden, in welcher Weise vorgegangen werden soll und ggf. mit der Kontaktgruppe der Anstalt Rücksprache nehmen."

Demgegenüber stellt sich der als Sachverständige im Landtag gehörte Leiter einer Jugendstrafanstalt auf folgenden Standpunkt:

"... ob es ausreicht, daß die Betreuer nach § 138 StGB behandelt werden, wenn sie von geplanten Verbrechen hören und die anzeigen müssen oder ob man im Vollzug auch in anderer Weise etwas preisgeben muß, das man vertraulich oder in sonstiger Weise von dem Gefangenen gehört hat. Da bin ich wahrscheinlich auch wieder anderer Meinung als Sie. Denken Sie einmal an den Fall, wo es um Schäden geht, die von Gefangenen abgewendet werden müssen, etwa Drogenmißbrauch - Leute spritzen sich Heroin; als Fall -, oder wenn es darum geht, daß die Gesundheit Bediensteter bedroht ist, also ein Überfall auf einen Beamten geplant ist, oder wenn es darum geht, daß die Anstaltssicherheit oder -ordnung tangiert werden soll, etwa durch eine Meuterei. Dann werden Sie verstehen, daß man solche Kenntnisse eben doch preisgeben muß.

Sie wollen nach ihrem Selbstverständnis nicht Ersatzangehörige sein. Ich habe immer wieder von ihnen gehört, daß sie nicht den Status eines Ersatzangehörigen haben möchten, nicht wie der Vater, die Mutter oder der Ehemann und die Ehefrau behandelt werden möchten als Besucher, sondern sie wollen einen besonderen Status haben. Der besondere Status, den sie haben, ist zwar nicht darin zu interpretieren, daß man sagt: Sie sind Organ der Rechtspflege -, aber so etwas ähnliches sind sie schon. Sie sind ja immerhin Betreuer, die den Status eines Menschen haben, der die Kriminalität bekämpfen will - wenn ich es so dumm sagen darf. Sie wollen sich dafür einsetzen, daß der Mann nach der Entlassung zurechtkommt. Aber dieser Intention, etwas zu bekämpfen, was kriminell ist, was die Gesellschaft stört, würde es widersprechen, wenn sie auf der anderen Seite solche gravierenden Tatsachen - und die meine ich hier nur; nicht Bagatelldinge -, von denen sie hören, nicht angeben und nicht dafür sorgen würden, daß solche Dinge nicht passieren. Im übrigen kommen solche Fälle sehr selten vor. Ich habe das in meiner 15-jährigen Praxis eigentlich kaum erlebt. Ich bin der Meinung, wenn man diese Nummer 10 etwas modifiziert, könnte das helfen, von diesem fiesem Geruch des "Spitzelparagraphen" herunterzukommen"

Die Zitate machen deutlich, worum es geht:

Einerseits ist die Arbeit von Resozialisierungsgruppen nur auf der Basis des Vertrauens zwischen freiwilligem Helfer und Gefangenen möglich - der Vorgriff auf die schriftliche Befragung sei erlaubt: Vertrauen wird sehr häufig als Grundvoraussetzung genannt.

Auf der anderen Seite ist Intention der Vollzugsbehörden, das Anstaltsleben sicher und geordnet zu gestalten, d.h. von vornherein alles auszuschließen, was "Sicherheit und Ordnung" in der Anstalt gefährden kann. Nach Ansicht des Justizministeriums Nordrhein-Westfalens sollen diesbezüglich freiwillige Helfer und Vollzugsbedienstete gleichgestellt werden. So ein Ministerialrat in der Rundfunksendung "Kritisches Tagebuch" vom 3.2.1977:¹

"Für Anstaltsbedienstete besteht die Pflicht, Kenntnis zu geben von strafbaren Handlungen, aber auch von einer Gefährdung der Sicherheit und Ordnung der Anstalt. Und man kann ehrenamtliche Betreuer - die in einer Justizvollzugsanstalt zugelassen werden zur Wahrnehmung von Aufgaben, die ja auch Anstaltsbedienstete wahrnehmen - in diesem Punkte nicht anders behandeln als die Anstaltsbediensteten jetzt".

Hierzu in der gleichen Sendung zwei Stellungnahmen der Kontaktgruppen:

"Für die Kontaktgruppen ist der wie sie es polemisch formulieren "Spitzelparagraph" ein weiterer Beweis für ihre vollständige Integration in den Verwaltungsapparat, die sie gerade vermeiden möchten. Sie wollen den Häftlingen ein freies Angebot zum vertraulichen Gespräch machen, wollen eine Vertrauensbasis schaffen, auf der sie eine Gruppenarbeit mit den Betreuten auch nach der Haftentlassung noch aufbauen können; dies, so meinen sie, kann effektiv nur geschehen, wenn die ehrenamtlichen Helfer einen Status erhalten, der sich von dem der Beamten unterscheidet."

"Durch diese neue AV wird leider - weil der ehrenamtliche Betreuer jetzt verpflichtet wird, alles das, was gegen die Sicherheit und Ordnung der Anstalt verstößt, zu melden - dieses Vertrauensverhältnis zerstört. Insofern wird sich also heute jeder Gefangene überlegen, was er uns erzählen kann und was nicht. Und dadurch ist dann die Resozialisierungsarbeit, oder: Sozialisierungsarbeit, für die ehrenamtlichen Helfer in Frage gestellt."

Zwar ist in der neuen AV des Landes Nordrhein-Westfalen vom 2.12.1977 der Passus betreffend Vorkommnisse und Tatsachen, "die einen Straftatbestand erfüllen" gestrichen und auf die in § 138 StGB aufgeführten Straftaten beschränkt worden.

Geblichen ist aber das Kriterium "Gefährdung der Sicherheit und Ordnung der Vollzugsanstalt". Hinzugekommen ist die Mitteilungspflicht bezüglich solcher Tatsachen, welche für "die Behandlung eines Gefangenen besonders bedeutsam sind". Die geänderte Vorschrift lautet nunmehr:

"Der Betreuer ist verpflichtet, über besondere Vorkommnisse und Tatsachen, die er bei Ausübung seiner Betreuertätigkeit glaubhaft erfahren hat und die den Verdacht einer der in § 138 StGB aufgeführten Straftaten begründen oder die Sicherheit und Ordnung der Vollzugsanstalt erheblich gefährden oder für die Behandlung eines Gefangenen besonders bedeutsam sind, unverzüglich den Verbindungsmann zu benachrichtigen."

Abgesehen davon, daß Straftatbestände in den Augen der Vollzugsbehörden immer auch die Sicherheit und Ordnung der Anstalt gefährden, von daher also die enumerative Begrenzung auf § 138 StGB wieder aufgehoben wird, bietet dieser Wortlaut eine weitestgehende Eingriffsmöglichkeit gegenüber freiwilligen Helfern, stellt also eine latente Störung des Vertrauensverhältnisses zwischen Gefangenen und Betreuer dar.

Der Vertreter Siegburger Kontaktgruppen dazu im Hearing:

"Für die Vollzugsteilnehmer werden die ehrenamtlichen Betreuer damit sozusagen zum verlängerten Arm der Vollzugsbeamten. Der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zwischen ehrenamtlichen Betreuern und Vollzugsteilnehmern, der für die Arbeit der ehrenamtlichen Betreuer unabdingbar ist, dürfte unter diesen Bedingungen äußerst schwierig sein.

Ich darf vielleicht ein Beispiel bringen. Wir erfahren in der kleinen Gruppe, daß ein Angehöriger einem Inhaftierten in einer Shampoo-Flasche kein Shampoo mitgebracht hat, sondern Jägermeister mit Cola gemischt. Das ist ein typischer Vorfall, den wir nach der Regelung in Ziff. 10 Abs. 2 melden müßten. Das Vertrauensverhältnis wäre zweifelsohne gestört. Wir könnten unsere Sache zusammenpacken und vielleicht nach einem halben Jahr wieder in die Anstalt gehen - in der Hoffnung, daß sich andere Leute zu unserer Gruppe melden.

Wir können aber etwas anderes tun, wenn wir diese Vorschrift, die ja jetzt existiert, mißachten. Wir können die Erzählung des Vollzugsteilnehmers zum Anlaß nehmen, über Drogenprobleme, Alkoholprobleme zu sprechen. Ich halte die zweite Regelung auch im Sinne eines Strafvollzugs für sehr viel sinnvoller. Im übrigen dürften die ehrenamtlichen Betreuer in der Regel bei der Entscheidung der Frage, ob ein Vorkommnis gerade die Ordnung der Vollzugsanstalt oder die Sicherheit der Anstalt gefährdet, überfordert sein. Es sind kaum ausgebildete Juristen bei den Kontaktgruppen, auch nicht geschulte Beamte, die die Dienst- und Vollzugsordnung kennen. Es wäre daher nach unserer Auffassung äußerst wünschenswert, wenn allein auf die Vorschrift des § 138 StGB verwiesen würde. Gerade für die Arbeit der ehrenamtlichen Betreuer in den Vollzugsanstalten ist das Vertrauen, das ihnen die Vollzugsteilnehmer entgegenbringen, ein so hohes Kapital, das es nicht unbedingt aufs Spiel gesetzt werden sollte.

Wir würden es aufs Spiel gesetzt sehen, wenn wir verpflichtet wären, die AV zu beachten und die Unterschrift unter das Merkblatt der AV zu setzen. Die AV, die nach unserer Auffassung den Kontaktgruppen und auch den ehrenamtlichen Betreuern als Einzelbetreuern keine Rechte einräumt, sondern nur Pflichten aufbürdet, die zumindest geeignet sind, die mühsam aufgebaute vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kontaktgruppen, Vollzugsteilnehmern und Anstaltsbediensteten zu beeinträchtigen."

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Vorstellungen und Wünsche der freiwilligen Helfer nur in geringem Maße gegenüber dem Justizministerium durchgesetzt werden konnten:

- (1) Hinsichtlich der Zulassung von Personen findet sich weiterhin der unbestimmte Rechtsbegriff "Eignung", in der Sozialarbeit "erfahrene" Personen bleiben bevorzugt.
- (2) Die Altersgrenze ist - abgesehen von der Ausnahmeöglichkeit durch den Anstaltsleiter des Jugendstrafvollzugs - beim 21. Lebensjahr ge-

blieben (über weitere Ausnahmen entscheidet nach wie vor der Präsident des Justizvollzugsamtes als Aufsichtsbehörde).

Die Sperrzeit nach der Verbüßung von Freiheitsstrafe, Jugendstrafe oder einer mit Freiheitsentziehung verbundenen Maßregel der Besserung und Sicherung ist von 5 auf 2 Jahre reduziert worden.

Personen, die unter Bewährungs- oder Führungsaufsicht stehen oder gegen die ein Ermittlungsverfahren eingeleitet oder ein Strafverfahren anhängig ist, bleiben ausgeschlossen, wobei auch hier theoretisch die Möglichkeit besteht, eine Ausnahmegenehmigung von der Aufsichtsbehörde zu erhalten.

- (3) Hinsichtlich des Widerrufs der Zulassung ist die Begründungspflicht der Behörde eingeführt worden, eine Beschwerdemöglichkeit besteht nach wie vor nicht.
- (4) Die Auswahl der zu betreuenden Gefangenen trifft wie bisher der Anstaltsleiter im Einvernehmen mit dem Betreuer.
- (5) Die Überwachung der Gespräche (Besuche) bleibt wie vorher Regel, der Anstaltsleiter kann den Kontakt ohne Überwachung gestatten.
- (6) Hinsichtlich von Straftatbeständen ist die Meldepflicht auf § 138 StGB beschränkt worden. Die Sicherheit und Ordnung der Anstalt gefährdende Vorkommnisse und Tatsachen bleiben nach wie vor meldepflichtig, soweit sie erheblich sind.

Meldepflichtig werden darüber hinaus die für die Behandlung eines Gefangenen besonders bedeutsamen Vorkommnisse und Tatsachen.

Demnach gilt auch hinsichtlich der neuen AV, was die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK) in einer Stellungnahme zur AV vom 9.7.1976 ausgeführt hat:

"Die AV in der jetzt vorliegenden Form ist geprägt von einem außerordentlichen Mißtrauen der Justizbehörden gegenüber den ehrenamtlichen Betreuern.

Bezeichnend dafür ist einmal die Tatsache, daß diese AV lediglich Pflichten der ehrenamtlichen Betreuer beinhaltet, und man sich fragen muß, ob den Betreuern angesichts ihrer wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben nicht auch gewisse Rechte zustehen. Es widerspricht auch jeglichen Prinzipien einer erfolgsversprechenden gemeinsamen Arbeit, wenn von der Anstalt her eine einseitig interpretierte Zusammenarbeit verlangt wird, den Betreuern ein Konglomerat von auslegungsbedürftigen Verpflichtungen, Muß- und Soll-Bestimmungen auferlegt wird, ihm aber keine eigenen Rechte eingeräumt werden..."

In der Diskussion um die AV ist trotz des gemeinsamen Vollzugsziels der (Re-)Sozialisierung die unterschiedliche Ausgangsposition und Interessenlage der Anstalt einerseits und der freien Helfer andererseits deutlich erkennbar:

Während letztere vorbehaltlos als "normale Bürger" aller Biographien, Berufe, Altersklassen das Spektrum der Gesellschaft "draußen" repräsentieren und in das Anstaltsleben einbringen wollen, vermuten oder befürchten hierbei die Vollzugsbehörden eine Störung des Vollzugs, eine Gefährdung der Sicherheit und Ordnung oder einfach Unruhe, wobei allerdings diese Einstellung untrennbar mit den äußeren Bedingungen einer Strafanstalt und deren Wesen einer totalen Institution verbunden ist. Solange hier keine grundsätzliche Änderung des repressiven Charakters der Strafanstalt eintritt,

wird es das Bemühen der Vollzugsbehörden sein, das "Funktionieren" des "Subsystems" Strafanstalt zu gewährleisten und peinlich darauf zu achten, daß nicht einmal ansatzweise, objektiv für eine Störung oder Gefährdung "geeignete" Entwicklungen einsetzen.

Begrüßenswert im Sinne innovatorischer Prozesse im Strafvollzug ist, daß in Form des beschriebenen hearings offen die gerade am Beispiel der Tätigkeit freier Helfer zutage tretenden strukturellen Defizite der Vollzugspraxis und ihrer Widersprüche diskutiert worden sind.

D EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG ÜBER DIE TÄTIGKEIT VON RESOZIALISIERUNGSGRUPPEN

Vorbemerkung

Grundlage ist eine schriftliche Befragung, welche von September 1978 - Februar 1979 durchgeführt wurde und die an Resozialisierungsgruppen aus Justizvollzugsanstalten Nordrhein-Westfalens gerichtet war.

Auslösendes Moment für eine solche Fragebogenaktion war die Überlegung, hierdurch mehr über die Praxis der Resozialisierungsarbeit zu erfahren, denn über sie ist nur wenig bekannt. Neben der oben (A IV 2 a) erwähnten schriftlichen Befragung von Künkel findet sich z.B. eine Untersuchung von Isermann und Wilke über "Gruppenarbeit freier Helfer im Strafvollzug"¹, in der über "Erfahrungen und Überlegungen einer Gruppe von Pädagogikstudenten, Lehrern, Sozialarbeitern, Rechtsreferendaren und Dozenten, die auf 3-jährige Arbeit als freiwillige Helfer in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel ... beruhen", berichtet wird.

Neben der Darstellung der grundsätzlichen Problematik jeder Resozialisierung - Wiedereingliederung in eine Gesellschaft, die selbst die Ursachen der Straffälligkeit setzt -, der besonderen Möglichkeiten freiwilliger Helfer - z.B. mangels Kontroll- und Sanktionsfunktionen weniger Mißtrauen der Gefangenen - und deren spezifische Einschränkungen - z.B. fehlende Kooperation seitens der Anstaltsleitung - werden die Arbeitsmöglichkeiten der Gruppen angesprochen:

1 Kriminologisches Journal 1974, Seite 292 ff.

Diese könnten insbesondere eine gewisse Kontrolle des Vollzugs von außen, "Kontaktbildung zwischen Inhaftierten und Außenwelt, schulische und berufliche Weiterbildung sowie ein soziales Training mit den Inhaftierten"¹ betreffen.

Die Aussagen, welche über Gruppenarbeit freier Helfer getroffen werden, sind jedoch in zweierlei Hinsicht begrenzt: Einmal bezieht sich die Untersuchung auf e i n e Justizvollzugsanstalt (Wolfenbüttel), zum anderen auf die Arbeit e i n e r Resozialisierungsgruppe.

Die "Thesen zum Zusammenwirken von Strafvollzug und ehrenamtlicher Hilfe" von Krebs² sind keine Erfahrungswerte, die auf einer empirischen Untersuchung basieren.

Das gleiche gilt für den Beitrag von Müller-Dietz "Zur Problematik ehrenamtlicher Hilfe im Strafvollzug"³, denn dieser Beitrag geht nicht über die Darstellung der allgemeinen Problematik (Entwicklung, Stellung neben den anderen Beteiligten am Strafvollzug und Bedeutung der Resozialisierungsgruppen) hinaus.

Wie in der Einleitung⁴ dargestellt, soll den rechtlichen - d.h. gesetzliche, richterlichen und behördlichen Grundlagen der Resozialisierungsarbeit deren Praxis gegenübergestellt werden.

1 a.a.O. Seite 295

2 "Soziale Hilfe im Strafvollzug" in: Zeitschrift für Sozialhilfe 1972, Seite 229 ff.

3 in: "Prozesse der Befreiung", Konstanz 1976, Seite 143 ff.

4 oben Seite 1 + 2

Dies allerdings nicht durch eine repräsentative Befragung, sondern durch die Befragung in Nordrhein-Westfalen tätiger Gruppen, deren Adressen in Erfahrung gebracht werden konnten.

Im einzelnen:

I Untersuchungsinhalt

Untersucht werden soll, wie Resozialisierungsgruppen strukturiert sind, was sie mit welchem Ziel und unter welchen Schwierigkeiten tun: Größe, Anzahl und Zusammensetzung der Gruppen, Ziele, Motivation und Tätigkeiten, Einschätzung der eigenen Tätigkeit, Schwierigkeiten und Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit usw.

Der Fragebogen¹ entspricht dem Untersuchungsinhalt:

1. Die Größe und die Zusammensetzung der Gruppe nach weiblichen und männlichen Mitgliedern dürfte über den statistischen Wert hinaus kaum eine Aussage ermöglichen. Insbesondere gilt dies für das - erwartete - Ergebnis, daß die Anzahl der männlichen Gruppenmitglieder überwiegt. Da in den meisten Justizvollzugsanstalten Nordrhein-Westfalens - wie in den übrigen Ländern auch - ausschließlich männliche Gefangene untergebracht sind, könnte dieses erwartete Ergebnis allenfalls aufzeigen, daß weibliche Helfer in einem "Männer-Gefängnis" besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt sind. Dieses Problem ist jedoch so vielschichtig, daß hierüber nur aufgrund einer besonderen Untersuchung hinreichend berichtet werden könnte.

1 Anhang I

2. Das Alter der Mitglieder kann Aufschluß darüber geben, ob die Resozialisierungsarbeit im wesentlichen jungen, "noch engagierten" Leuten vorbehalten ist. In die gleiche Richtung zielt die Frage nach der Berufstätigkeit der Gruppenmitglieder, denn es ist zu erwarten, daß sich in den Gruppen - aus Zeit- und/oder Altersgründen - mehr Schüler und Studenten als Berufstätige finden.
3. Durch die Frage nach dem Ursprung und der Entwicklung der Gruppe soll ermittelt werden, in welchem Umfeld der Entschluß zur Resozialisierungsarbeit entsteht und ob eine gewisse Kontinuität der Gruppenarbeit gegeben ist. Möglicherweise kann hieraus auch auf die Ziele der Gruppen geschlossen werden.
4. Die Organisationsform kann ebenfalls ein Hinweis auf Kontinuität, aber auch Effektivität sein.
5. Von der Häufigkeit und der Dauer der Besuche hängt die Effektivität der Resozialisierungsgruppe ab. Das gleiche gilt für die Größe der Gefangenengruppe, denn eine sinnvolle Gruppenarbeit ist nur bei einer beschränkten Anzahl möglich.
6. Das Alter der Gefangenen ist in zweierlei Hinsicht bedeutsam: zum einen dafür, welche Altersgruppe sich für die Mitarbeit in Resozialisierungsgruppen interessiert, zum anderen, ob - im Zusammenhang mit der Frage nach dem Alter der freien Helfer - die Gruppe im wesentlichen aus Gleichaltrigen besteht und von daher ein besseres Verständnis füreinander erwartet werden kann.

7. Die äußeren Bedingungen "Besuchsort" und "Anwesenheit von Personal" zielen auf die Einschätzung der Gruppen seitens der Anstalt hin: Sind geeignete Räumlichkeiten vorhanden, werden die Besucher kontrolliert oder unterstützt? Wie stehen die Gruppen dazu?

Damit wäre der Fragenkomplex, den man als "äußere Bedingungen" beschreiben kann, abgeschlossen.

8. Sodann sollen die Motive, die Tätigkeit im einzelnen und das Selbstverständnis der Gruppen untersucht werden. Hierzu kann im wesentlichen auf die unter 15 - 17 entworfenen Fragen verwiesen werden. Sie sind ein Ergebnis der eigenen Erfahrung und sollen das Spektrum der Arbeit von Resozialisierungsgruppen in tatsächlicher Hinsicht umfassend beantworten.

9. Betreuung außerhalb der Anstalt - während der Strafzeit und danach - ist Thema des nächsten Fragenbündels. Während eines Urlaubs vom Gefängnis ist eine Unterstützung durch freiwillige Helfer dringend geboten: der Urlaub ist oft verbunden mit Kontaktaufnahme zur Außenwelt als Entlassungsvorbereitung, Arbeitssuche (Vorstellen beim künftigen Arbeitgeber), Wohnungssuche usw.

Oft hat der Gefangene niemanden, den er besuchen kann oder will, er muß daher untergebracht und bei der Kontaktaufnahme sowie insbesondere bei der Erledigung der beispielhaft genannten Angelegenheiten unterstützt werden.

10. Die sog. Nachbetreuung umfaßt einen besonderen Bereich der Gruppenarbeit, der gleichbedeutend mit der Arbeit in der Anstalt ist, denn "die Eingliederung bzw. Wiedereingliederung eines straffällig gewordenen Mitbürgers kann nicht durch Maßnahmen des Vollzugs allein erreicht werden. Der wichtigste Abschnitt im Leben eines ehemaligen Gefangenen ist die erste Zeit in Freiheit nach der Entlassung. Hier wird er oft mit Problemen konfrontiert, die er ohne fremde Hilfe nicht oder nur schwer bewältigen kann".¹

Hierbei ist sowohl an die äußeren Bedingungen - Wohnung, Arbeit, Behördengänge -, als auch an die Unterstützung bei der Bewältigung solcher Probleme wie Nachholbedürfnis nach langer Entbehrung und falsche Vorstellungen über berufliche und, damit zusammenhängend, finanzielle Möglichkeiten gedacht.²

11. Unter Ziff. 19 soll die bereits oben dargestellte Kritik der Resozialisierungsgruppen an der Allgemeinverfügung des Landes Nordrhein-Westfalen betreffend ehrenamtliche Betreuung im Strafvollzug überprüft werden. Dabei ist

1 Dargel "Hilfe von 'draußen' im Strafvollzug - gemieden - geduldet - erwünscht?" in: Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe 1976, Seite 164 ff. (164)

2 Nach einer gewissen Entlassungseuphorie folgt meist eine Phase tiefer Enttäuschung darüber, daß "doch alles nicht so einfach ist". Hierbei spielt oft eine große Rolle, daß in der realitätsfremden Anstaltswelt Wunschträume entstehen, nicht jedoch Ursachen der Straffälligkeit aufgespürt und ausgearbeitet werden: "Wenn ich erst bei meiner Frau bin, klappt das alles"; "Das wichtigste ist eine Arbeitsstelle, dann habe ich es geschafft".

die Wiedergabe der Regelung gemäß Ziff. 19.2 bewußt unbestimmt und auf die ursprüngliche AV vom 9.7.76 bezogen, um festzustellen, welche Gruppen von der danach (2.12.1977) geänderten Fassung Kenntnis haben.

12. Die unter Ziff. 20 aufgeworfenen Fragen betreffen die subjektiven Schwierigkeiten der Resozialisierungsarbeit und das Rollenverständnis der Gruppen.

II Untersuchungsmethode

Befragt wurden in Nordrhein-Westfalen tätige Resozialisierungsgruppen.

Anschriften fanden sich in einem Verzeichnis des Landtags Nordrhein-Westfalen¹, einer Adressenliste von Resozialisierungsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland² sowie einem Verzeichnis Siegburger Kontaktgruppen.³

Das Instrument der schriftlichen Befragung bot sich an, weil der Fragebogen in Gemeinschaftsarbeit der Gruppe beantwortet werden sollte, eine persönliche Befragung wegen des hierzu erforderlichen Meinungsbildungsprozesses also auf Zeitprobleme gestoßen wäre. Darüber hinaus waren die Gruppen über ganz Nordrhein-Westfalen verstreut und naturgemäß schwer gemeinsam erreichbar.

1 herausgegeben vom Vorsitzenden des Justizausschusses am 25.3.1977

2 herausgegeben von "Zentrale Informations- und Koordinierungsstelle der Aktion Junge Menschen in Not e.V., 6300 Gießen" von November 1976 und Oktober 1978

3 herausgegeben von deren Interessenvertretung am 20.3.1978

Angeschrieben wurden 87 Gruppen, wobei davon ausgegangen wurde, daß die in Nordrhein-Westfalen ansässigen Gruppen in Justizvollzugsanstalten Nordrhein-Westfalens tätig sind. Dies traf bis auf eine Gruppe (wohnhaft in Nordrhein-Westfalen, tätig in der Justizvollzugsanstalt Vechta, also Niedersachsen) zu.

Dem Fragebogen vorangestellt war ein Schreiben¹.

Der offizielle Charakter des Briefkopfes "Entlassungshilfe jugendlicher Strafgefangener" bot sich an, weil der Verfasser seit mehreren Jahren Mitglied dieses Vereins ist und durch die Verwendung des Briefkopfes die Seriösität und Diskretion der Befragung unterstrichen und deren Rücklauf gefördert werden sollte. Dem Fragebogen war ein Freiumschlag beigelegt.

Wie aus dem Fragebogen ersichtlich, sind, soweit möglich, geschlossene Fragen gebildet worden, denn offene Fragen führen "immer dann zu einem weitaus höheren Meinungslosenanteil als geschlossene Frage, wenn sie Sachverhalte berühren, die für die Zielpersonen außerhalb der alltäglichen Kommunikation liegen".²

Die formale Gestaltung des Fragebogens wurde durch einen Vortest in der Gruppe, welcher der Verfasser angehört, überprüft. Hierbei stellte sich heraus, daß die Fragen verstanden und nach jeweiliger Diskussion, ggf. nach dem Mehrheitsprinzip, beantwortet wurden.

1 Anlage II

2 Hafermalz, "Schriftliche Befragung - Möglichkeiten und Grenzen", Wiesbaden 1976, Seite 205

Wie erwähnt, waren die Adressaten über ganz Nordrhein-Westfalen verstreut, wobei wegen der umfangreichen Adressenliste der Interessenvertretung Siegburger Kontaktgruppen (ca. 40 Gruppen sind hier tätig) ein Schwerpunkt im Kölner Raum gegeben war.

Der Brief wurde abgeschickt am 19.9.1978. Ende September waren 7 Briefe als "Adressat unbekannt" zurückgekommen, wegen des geringen Rücklaufs bis zum 14.11.1978 (ca. 1/4 der Fragebögen) wurde ein "Mahnschreiben"¹ versandt. Ende Dezember 1978 stellte sich die Situation so dar:

Anzahl der abgesandten Briefe	87
Adressat unbekannt	7
Tätigkeit auf anderem Gebiet oder eingestellt	10
Fragebogen beantwortet	34
Fragebogen nicht beantwortet	36

Am 25.1.1979 erfolgte eine zweite "Mahnung".²
Das Ergebnis des Rücklaufs konnte geringfügig verbessert werden:

Anzahl der abgesandten Briefe	87
Adressat unbekannt	7
Tätigkeit auf anderem Gebiet oder eingestellt	12
In Justizvollzugsanstalten außerhalb Nordrhein-Westfalens (Vechta) tätig	1
Fragebogen beantwortet bzw. verwertbar	35
Fragebogen nicht beantwortet bzw. verwertbar	32

1 Anlage III

2 Anlage IV

Läßt man die unbekannten Anschriften (7) und die Fehlanzeigen, welche durch Rückbrief bzw. Fragebogen mitgeteilt wurden (13), einmal unberücksichtigt, wurden von 67 "möglichen", 35, d.h. 52,2 % beantwortet.

Unter Zugrundelegung der insgesamt abgesandten 87 Fragebögen beträgt der Rücklauf 40,2 %. Für eine schriftliche Befragung liegen beide Werte über dem Durchschnitt.

Verteilung der beantworteten Fragebögen auf Justizvollzugsanstalten:

JVA Aachen	1
JVA Bielefeld	1
JVA Bielefeld/Brackwede I	1
JVA Bielefeld/Brackwede II	1
JVA Bochum	1
JVA Castrop-Rauxel	1
JVA Heinsberg	1
JVA Herford	2
JVA Hövelhof	1
JVA Iserlohn	1
JVA Münster	2
JVA Remscheid	1
JVA Siegburg	25
JVA Werl	1
JVA Willich	1
	41

Die Differenz zwischen diesem Wert (41) und der Anzahl der beantworteten und verwertbaren Fragebögen (35) ist darin begründet, daß einige Gruppen in verschiedenen Haftanstalten tätig sind.¹

¹ dazu weiter unten

III Kurzbeschreibung der vorerwähnten Justizvollzugsanstalten:

JVA Aachen

Errichtung des Hauptgebäudes in den Jahren 1864-1872.

Bau des Hafthauses II im Jahre 1939.

Die Anstalt dient dem geschlossenen Männervollzug und hat 355 Haftplätze.

JVA Bielefeld

Erbaut im Jahre 1875. Errichtung der Arbeitsbetriebe im Jahre 1947. Die Anstalt verfügt über 1.074 Plätze im offenen und 103 im geschlossenen Männervollzug.

JVA Bielefeld-Brackwede I

Die im Jahre 1977 fertiggestellte Anstalt dient dem geschlossenen Vollzug. Sie hat 464 Haftplätze für männliche und 69 Haftplätze für weibliche Gefangene.

JVA Bielefeld-Brackwede II

Errichtung 1969. Verfügt über 464 Plätze im offenen Männervollzug.

JVA Bochum

Erbaut im Jahre 1895. Platz für 828 männliche Gefangene des geschlossenen Vollzugs. Krankenhaus mit 189 Betten für Männer (151) und Frauen (38).

JVA Castrop-Rauxel

1952 erbaut. Für 421 männliche Gefangene im offenen Vollzug.

JVA Heinsberg

Besteht seit 1978. Dient dem Männer-Jugendstrafvollzug und hat 250 Plätze.

JVA Herford

Im Jahre 1882 errichtet. Geschlossener Jugendstrafvollzug für 374 männliche Gefangene.

JVA Hövelhof

Jugendstrafanstalt. Gebäude aus dem Jahre 1936. Für 277 männliche Gefangene im offenen Vollzug. Angegliedertes Krankenhaus mit 92 Betten.

JVA Iserlohn

Jugendstrafanstalt mit 302 Plätzen im geschlossenen Vollzug für männliche Gefangene. Offener Vollzug und Übergangshaus mit je 22 Plätzen.

JVA Münster

Anstalt wurde 1853 erstellt. Hat im geschlossenen Vollzug 491 und im offenen Vollzug 75 Plätze. Ein pädagogisches Zentrum mit 100 Plätzen und eine Pflegeabteilung mit 56 Plätzen. Männer-Vollzug.

JVA Remscheid

Gebäude aus dem Jahre 1906. Geschlossener Männer-vollzug mit 514 Haftplätzen.

JVA Siegburg

Geschlossener Jugendstrafvollzug für männliche Jugendliche. Gebäude fertiggestellt im Jahre 1896. Größte Jugendstrafanstalt der Bundesrepublik (842 Plätze).

JVA Werl

Größte Männer-Vollzugsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen mit 1.405 Haftplätzen im geschlossenen Vollzug. Wurde im Jahre 1906 errichtet.

JVA Willich

Erbaut 1905. Geschlossener Strafvollzug für 478 Männer und 146 Frauen sowie offener Vollzug für 23 Frauen.

IV Auswertungsmethode

Um Ergebnisse zu erzielen, welche über eine bloße Randauszählung bzw. Wiedergabe der jeweils beantworteten Fragen¹ hinausgehen, wurde wie folgt verfahren:

Ausgangspunkt der Überlegungen war zunächst, daß die 35 (beantworteten) Fragebogen kein repräsentatives Bild der Tätigkeit von Resozialisierungsgruppen vermitteln können, denn dafür ist diese Anzahl im Verhältnis zu allen Gruppen (Anhaltspunkte über die Gesamtzahl geben das Adressenverzeichnis "Aktion - junge Menschen in Not": 168 und die Fragebogenaktion der AG SPAK: ca. 500)² zu gering. Vielmehr sollte der Versuch unternommen werden, durch eine qualitative Analyse nach Möglichkeit sinnvoll unterscheidbare Gruppentypen, also eine Art Typologie von Resozialisierungsgruppen, herauszuarbeiten. Gelänge es, mehrere Arten zu finden, könnte sodann jeder Gruppentyp am Beispiel einer ihm zuzuordnenden, markanten Gruppe praktisch beschrieben werden.

Aus statistischen, auswertungstechnischen Gründen eignen sich für eine solche Analyse nur geschlossene Fragen und hiervon nur diejenigen, welche für die Einstellung einer Gruppe, ihr "Innenleben", stehen.

Ohne auf die statistisch-mathematischen Grundlagen näher einzugehen (was sicherlich zu weit führen würde) sei vorab (Näheres soweit erforderlich weiter unten) erläutert:

1 s. Anhang V

2 s. oben A II a.E.

Die einen Schluß auf die Einstellung der Gruppen zulassenden Fragen wurden zusammengestellt und auf einem (WANG-)Computer beim Rechenzentrum der Universität Köln "gegeneinander laufen gelassen" (jede Frage/Antwort gegen jede Frage/Antwort).

In einem nächsten Schritt wurden aus dem so gewonnenen Beziehungsbild Faktoren ermittelt, sozusagen als Maßstäbe unterscheidbarer Einstellungen.

Diese Maßstäbe wurden schließlich den 35 Gruppen "angelegt" und aus dem für jede Gruppe gewonnenen Profil sinnvoll unterscheidbare, d.h. möglichst weit voneinander liegende, Typen herauskristallisiert. Letzteres anhand des sog. Cluster-Verfahrens.¹

Im einzelnen:

In die Datenanalyse wurden 35 Gruppen einbezogen. Auch in qualitativer Hinsicht können die Ergebnisse nur mit erheblichen Einschränkungen ein Bild von der Gesamtheit der tatsächlich tätigen Gruppen geben. Möglich und methodisch vertretbar ist aber eine Analyse, die darauf abzielt

- (1) typische Einstellungs- und Verhaltensmuster (Faktoren) zu ermitteln
(Beispiel: die mehr oder weniger ausgeprägte Auseinandersetzung mit dem Status des Gefangenen)

Ziel ist hier die Eingrenzung möglicher Schwerpunkte von Einstellungen und Aktivitäten.

¹ vgl. zur Faktorenanalyse (Fragestellung und Methode):
Überla K. "Faktorenanalyse" Berlin 1968, insbes.
Kap. 1.1 und 2.2.3

² vgl. zum Cluster-Verfahren: Baumann, Urs
"Psychologische Taxometrie" Bern, Stuttgart 1971

- (2) Auf der Grundlage solcher möglicher Schwerpunkte können die Gruppen dann so zusammengefaßt werden, daß sie sich in typischer Weise voneinander unterscheiden und gegeneinander abgegrenzt werden können (Cluster-Bildung).

V Auswertungsergebnis

1. Typische Einstellungs- und Verhaltensmuster (-dimensionen)

Der Fragebogen enthält eine Reihe von Fragen zu den Einstellungen und Motiven der Gruppen ("wie wichtig?") und zur Gestaltung der Arbeit ("wie häufig sind Gruppengespräche, Einzelgespräche etc.?).

Anhand der bekannten Verteilung der Antworten auf die möglichen Antwortkategorien¹ wurden 24 Fragen² ausgewählt und einer Faktorenanalyse unterzogen. Bei der Faktorenanalyse werden die Beziehungen der einzelnen Einstellungen bzw. Verhaltensweisen untereinander untersucht. Beispiel: wenn die Aktivität "Arbeit beschaffen" häufig ausgeübt wird, sind dann auch Bemühungen häufiger, die sich auf die "Bereitstellung einer Wohnung" richten?

Aus der Vielzahl der Beziehungen der Einstellungs- und Verhaltensfragen wird anhand der Faktorenanalyse eine begrenzte Anzahl von Faktoren extrahiert, die relativ unabhängig voneinander typische Komplexe von Einstellungen und Verhaltensweisen beschreiben. Die einzelnen Fragen sind mehr oder weniger charakteristisch für diese Faktoren. Je höher ihre "Ladung" auf einem Faktor ist, um so mehr beschreiben sie seinen Inhalt und ermöglichen eine Interpretations seiner Bedeutung.

Die Faktorenanalyse ergab 5 Komplexe von Einstellungen/Motiven bzw. Verhaltensweisen, die relativ unabhängig voneinander die Gruppen beschreiben

1 vgl. Kommentar zur Randauszählung

2 vgl. Liste Anhang VI

und wie folgt interpretiert werden können¹:

- Faktor 1 betrifft das Ausmaß individueller
Betreuung und Beratung der Gefangenen
in konkreten Angelegenheiten wie
Beschaffung von Arbeit oder Bereitstellung
einer Wohnung und ist primär gerichtet
auf die Vorbereitung der Entlassung.
- Faktor 2 betrifft die Auseinandersetzung mit
Themen und Problemen, die aus dem
Status des Gefangenen resultieren, d.h.
die Situation in der JVA und die Folgen,
die sich für den einzelnen ergeben.
- Faktor 3 erfaßt das Ausmaß der Gruppenorientie-
rung und die Aktivitäten, die daraus
resultieren; gleichzeitig auch eine
gewisse "Professionalisierung" der
Tätigkeit der Gruppe, wie z.B. die
Durchführung von Rollenspielen.
- Faktor 4 betrifft das Ausmaß sozialer, karitativer
Motivation, wodurch Akzente materieller
Hilfe im engeren Sinne eher ausge-
schlossen werden.
- Faktor 5 erfaßt - relativ unabhängig von
Faktor 4 - eine sozialpolitisch - ge-
sellschaftskritische Motivation, die
den Aufbau von persönlichen Beziehungen
zu den Gefangenen und den Abbau von
anstaltsinternen Konflikten eher
ausklammert.

1 vgl. Übersicht Anhang VII

Von den beschriebenen Faktoren ist Faktor 1 mit 29% (vgl. Anhang VII) von größter Bedeutung für die Erklärung der Einstellungs- und Verhaltensweisen insgesamt. Alle 5 Faktoren zusammen erklären ca. 64% der Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen.

Für jede der 35 Gruppen wurde auf allen 5 Faktoren ein spezifischer Wert berechnet, der um so höher ist, je stärker die zentralen Merkmale (vgl. Anh. VII) ausgeprägt sind - sog. Faktorwerte.

2. Zusammenfassung der einzelnen (35) Gruppen zu Typen

Die 35 ausgewählten Gruppen zeigen vielfältige Unterschiede, sowohl was den Ursprung und organisatorischen Hintergrund betrifft, als auch hinsichtlich ihrer Zusammensetzung, Einstellungen und Verhaltensweisen.

Um ein übersichtliches Bild von den typischen Strukturen, Einstellungen und Verhaltensweisen zu gewinnen, wurde eine sog. Clusteranalyse durchgeführt. Grundlage sind die einzelnen 35 Gruppen mit ihren Faktor-Werten auf den 5 beschriebenen Dimensionen. Das Faktorenprofil jeder Gruppe wird mit dem Faktorenprofil jeder anderen Gruppe verglichen. Die jeweils ähnlichsten Gruppen werden zusammengefaßt.

Auf diese Weise ergaben sich schließlich 5 sinnvolle Zusammenfassungen (Cluster), die dadurch gekennzeichnet sind, daß die Unterschiede der Profile innerhalb der Zusammenfassungen möglichst

gering, zwischen ihnen aber möglichst groß sind. Für die 5 Gruppen wurden die durchschnittlichen Faktorenwerte berechnet (vgl. Anhang VIII). Erwartungsgemäß weisen die Gruppen deutliche Charakteristika auf.

Für eine graphische Veranschaulichung der Position der 5 Gruppen wurden die ersten drei Faktoren ausgewählt (vgl. Grafik in Anhang IX).

Cluster 4, das sind 5 der 35 Gruppen, zeigt eine auffallend positive Lage auf allen drei Faktoren:

- intensive individuelle Betreuung in konkreten Angelegenheiten (Vorbereitung auf die Entlassung),
- zugleich Beschäftigung mit dem Status des Gefangenen und
- starke Gruppenorientierung (Zusammenhalt der Gruppe).

Cluster 1 mit 11 der 35 Gruppen zeigt eine deutlich schwächere Gruppenorientierung bei sonst wenig ausgeprägten Charakteristika.

Cluster 3 mit 8 der 35 Gruppen hat als thematischen Schwerpunkt die Auseinandersetzung mit Problemen, die aus dem Status des Gefangenen resultieren; Themen, die sich mit der Vorbereitung auf die Entlassung befassen, sind sehr schwach vertreten.

(Die Position kann als typisch für Beschäftigung mit Gefangenen mit längeren Strafen gelten.)

Die Cluster 2 und 5 sind dagegen einander ähnlich, insbesondere hinsichtlich der geringen Bedeutung der Thematik des Gefangenenstatus.

3. Beschreibung der 5 "Typen" von Resozialisierungsgruppen

Die 5 Typen von Resozialisierungsgruppen wurden anhand ihrer Unterschiede auf zentralen Einstellungen und Verhaltensweisen ermittelt. Um sie noch näher zu charakterisieren, wurden weitere Merkmale ausgezählt (vgl. Anhang X). Danach ergeben sich die folgenden charakteristischen Merkmale:

a) Typ 4

Dieser Typ ist - wie beschrieben - gekennzeichnet durch das stärkste Engagement in allen fünf Dimensionen. Die zugehörigen Gruppen haben häufig ihren Ursprung (und ihren Rückhalt) aus konfessionellen Vereinigungen. Das Durchschnittsalter der Gruppenmitglieder ist deutlich höher als das der übrigen Gruppen; der Anteil an Studenten ist entsprechend niedrig.

Als typischer Fall kann die folgende Gruppe gelten (Fragebogen Nr. 85):

Die Gruppe besteht aus 4 männlichen und 10 weiblichen Gruppenmitgliedern, wovon 5 aktiv sind. Das Alter der Mitglieder liegt zwischen 20 und 55 Jahre. Gegründet wurde sie im Rahmen einer konfessionellen Vereinigung im Jahre 1973. Ausgeschieden und eingetreten sind in den letzten 12 Monaten je 2 Personen. Zur Berufstätigkeit wurden folgende Angaben gemacht:

Angestellte	4
Beamte	3
Hausfrauen	4
Studenten	2
ohne Arbeit	1

Die Gruppe ist ein eingetragener Verein, nicht Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Die Tätigkeit wird ausgeübt als Einzelbetreuung in den Justizvollzugsanstalten Willich und Remscheid, und zwar werden alle 4 Wochen 10 männliche und 2 weibliche Gefangene betreut. Die Gefangenen sind zwischen 25 und 45 Jahre alt. Die Fragen 12 (Dauer der Besuche), 13 (Besuchsort) und 14 (Anwesenheit von Personal) wurden nicht beantwortet. Auf dem Fragebogen wurde allerdings angemerkt, "daß wir nicht als Gruppe in den Knast gehen, sondern als Gruppe Nachbetreuung machen und nur Einzelbetreuung im Knast", sich die Angaben also auf die Gruppenarbeit draußen beziehen.

Von den Motiven der Tätigkeit werden als "sehr wichtig" angegeben "sozial, karitativ tätig sein", als "weniger wichtig" wird genannt "überhaupt etwas sinnvolles tun".

Zur Gestaltung der Gruppenarbeit werden jeweils als "häufig" angekreuzt:

- Gruppengespräche
- Einzelgespräche
- Arbeit beschaffen
- Wohnung bereitstellen
- Papiere besorgen
- Öffentlichkeitsarbeit leisten
- Gruppenausgang organisieren
- Einzelausgang organisieren
- materielle Hilfe leisten
- sonstige Aktivitäten:
- Feiern gestalten, Ausflüge, Kegeln etc.

Themen der Gruppengespräche sind:

Beschaffung von Hausrat
Alkohol
Kontakte
Vertrauen
Partnerschaft
Wie komme ich aus meiner Einsamkeit
bzw. Isolierung heraus
Schuldenregulierung etc.

Themen von Einzelgesprächen sind:

Persönliche Sorgen
Finanzielle Schwierigkeiten

Rollenspiele werden nicht gemacht.

Die Finanzierung materieller Hilfe geschieht
aus Beiträgen der Mitglieder und Spenden,
Bußgeldern.

Einfluß auf die Auswahl der Gefangenen wird
genommen. Eine Mitsprache hierbei wird für
sinnvoll und notwendig gehalten mit der
Begründung

"Es gibt Fälle, da sind uns in der Betreuung
Grenzen gesetzt. Unserer Meinung nach sollte
man das klar erkennen und sagen".

Während eines Urlaubs vom Gefängnis oder nach
der Entlassung werden Gefangene aufgenommen.
Dies geschieht in einer Pension bzw. in einem
Hotel und während der letzten 12 Monate 5 Mal
mit einer Durchschnittsdauer von 3 Tagen.

Auch werden Entlassene durch gelegentliche Gespräche oder anstehende Probleme betreut, dies 4 bis 5 Mal im Monat. Gemeinsame Freizeitgestaltung wird ausgeübt durch vier- bis fünfmalige Gruppenabende pro Monat. Zur Dauer dieser Betreuung wird angegeben "kann man nicht sagen". Betreut wurden in den letzten 12 Monaten 12 Gefangene.

Die Allgemeinverfügung des Justizministers Nordrhein-Westfalens über die "ehrenamtliche Betreuung im Strafvollzug" ist bekannt und wird für "teilweise gut" gehalten. Während der danach gegebenen Voraussetzung, daß die Helfer ein bestimmtes Alter haben müssen, zugestimmt wird, enthält sich die Gruppe dazu, daß ehemalige Gefangene erst nach mehreren Jahren in der JVA als Gruppenmitglied tätig sein dürfen und lehnt die Bestimmungen

Helfer können von der Anstaltsleitung jederzeit ohne Angabe von Gründen von einer weiteren Tätigkeit ausgeschlossen werden

Die Helfer müssen ihnen bekanntgewordene Tatbestände der Anstalt melden

Die Helfer dürfen in ihrer Tätigkeit vom Anstaltspersonal überwacht werden

ab.

Zu den Schwierigkeiten, welche bei der Tätigkeit, ggf. wie oft, auftreten, wird angegeben:

Behinderung durch das Anstaltspersonal	nie
Unerfahrenheit der eigenen Gruppenmitglieder	manchmal
Mangelndes Vertrauen der Gefangenen	selten
Mangelnde finanzielle Mittel	nie
Häufigkeit und Dauer der Besuche sind unzureichend	ohne Angabe
Die Gefangenen arbeiten zu wenig mit	häufig
Aussichtslosigkeit der Bemühungen (eigene Frustration)	manchmal
Die räumlichen Bedingungen sind nicht ausreichend	selten
Gesetzliche Bestimmungen und Verwaltungsvorschriften behindern die Arbeit	selten
Sonstige Schwierigkeiten	ohne Angaben

b) Typ 1

Dieser Typ macht mit rund einem Drittel (11) den größten Teil der 35 Gruppen aus. Ursprung und organisatorischer Hintergrund ist auch hier fast ausschließlich eine konfessionelle Vereinigung. Das Durchschnittsalter liegt jedoch mit 25 Jahren erheblich niedriger. Der Anteil an Studenten ist zugleich höher. Der vergleichsweise zu Typ 4 insgesamt geringeren Intensität des Engagements und insbesondere auch der weniger stark ausgeprägten Gruppenorientierung entsprechen die weniger häufigen Kontakte/Besuche in der JVA.

Zur Veranschaulichung kann folgende Gruppe
(Fragebogen Nr. 09) gelten:

Von 14 aktiven Mitgliedern sind 7 männlich und
7 weiblich, das Durchschnittsalter beträgt rund
18 Jahre. Gegründet wurde die Gruppe im Jahre 1960
im Ursprung "G.O.T.¹/CVJM-Kirche".

Während der letzten 12 Monate ist kein Mitglied
ausgeschieden bzw. eingetreten.

Die Berufstätigkeit der Gruppenmitglieder wird
wie folgt angegeben:

Arbeiter	3
Angestellte	1
Hausfrauen	2
Auszubildende	2
Studenten	2
Schüler	4

Die Gruppe ist kein eingetragener Verein, dies
wird auch nicht angestrebt. Sie ist auch nicht
Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrts-
verband.

Aktiv ist die Gruppe in der Justizvollzugsanstalt
Siegburg. Zusätzlich werden öfters Einzelbesuche
in den Vollzugsanstalten Staumühle, Münster, Essen,
Wuppertal und Düsseldorf gemacht.

Die Gefangenen-Gruppe besteht aus 20-25 männlichen
Mitgliedern. Das Alter wird mit 16 bis 21 Jahren
angegeben. Die Dauer der Besuche mit durchschnitt-
lich 4-5 Stunden.

1 G.O.T. bedeutet "Ganz Offene Tür", es handelt
sich um ein Kommunikationszentrum, das für
jeden, d.h. ohne Rücksicht auf seine Konfession u.ä.,
offen ist. Im Gegensatz zu T.O.T.: Teiloffene Tür.

Einzelbesuche finden im Besucherraum, Gruppenbesuche im Gemeinschaftsraum statt. Hierbei ist Personal der JVA nicht anwesend.

Zu den Motiven der Tätigkeit wurden folgende Angaben gemacht:

christliche Nächstenliebe praktizieren	sehr wichtig
sozial, karitativ tätig sein	wichtig
überhaupt etwas Sinnvolles tun	wichtig
sozialpolitische Motive (Veränderung gesellschaft- licher Strukturen und Ver- hältnisse)	unwichtig
Sonstiges: diakonische Seelsorge	sehr wichtig

Zur Gestaltung der Gruppenarbeit:

Gruppengespräche	häufig
Einzelgespräche	häufig
Rollenspiele	selten
Briefkontakte herstellen	häufig
Arbeit beschaffen	manchmal
Wohnung bereitstellen	selten
Kontakt zu Angehörigen und Freunden herstellen	häufig
persönliche Beziehungen zwischen Gruppenmitgliedern und Gefangenen aufbauen	manchmal
Rechtsberatung geben	manchmal
Papiere besorgen	manchmal
Öffentlichkeitsarbeit leisten	selten
Konflikte Anstaltspersonal/ Gefangene abbauen	durchgestrichen
Gruppenausgang organisieren	nie
Einzelausgang organisieren	nie
materielle Hilfe leisten	manchmal
sonstige Aktivitäten:	häufig
Beratung in G.O.T.	

Themen von Gruppengesprächen sind:

"Was machst Du nach Deiner Entlassung?"

"Wie schulst Du Dich in der Anstalt?"

Einzelgespräche haben z.B. persönliche Nöte, Elternkontakt und Berufsfragen zum Gegenstand.

Rollenspiele werden nicht durchgeführt.

Materielle Hilfe wird geleistet und aus Beiträgen der Mitglieder und von der Kirchengemeinde finanziert.

Die Besuche werden immer vorbereitet, auch eine Nachbesprechung findet immer statt.

Einfluß auf die Auswahl der Gefangenen wird ausgeübt, sie kommen alle aus dem Landkreis Mettmann. Die Frage, ob eine Mitsprache bei der Auswahl für sinnvoll und notwendig gehalten wird, ist (offensichtlich, weil dies als selbstverständlich gilt) durchgestrichen.

Gefangene werden auch außerhalb der Anstalt von der Gruppe betreut, allerdings während eines Urlaubs vom Gefängnis oder nach der Entlassung nicht aufgenommen.

Entlassene werden "in der G.O.T. fast täglich" betreut. Dies geschieht nicht durch gemeinsame Freizeitgestaltung. Die Betreuung geschieht "fortlaufend", in den letzten 12 Monaten geschah dies bei ca. 20 Entlassenen.

Frage 19 nach der Allgemeinverfügung wurde
lediglich unter 19.2 beantwortet:

Helfer müssen ein bestimmtes Alter haben	lehne ab
Ehemalige Gefangene dürfen erst nach mehreren Jahren in der JVA als Mitglied tätig sein	lehne ab
Helfer können von der Anstalts- leitung jederzeit ohne Angabe von Gründen von einer weiteren Tätigkeit ausgeschlossen werden	lehne ab
Die Helfer müssen ihnen bekannt- gewordene Tatbestände der Anstalt melden	lehne ab
Die Helfer dürfen in ihrer Tätigkeit vom Anstaltspersonal überwacht werden	stimme zu

Die größten Schwierigkeiten bei der Tätigkeit
und deren Häufigkeit sind

Behinderung durch das Anstaltspersonal	nie
Unerfahrenheit der eigenen Gruppenmitglieder	nie
Mangelndes Vertrauen der Gefangenen	selten
Mangelnde finanzielle Mittel	nie
Häufigkeit und Dauer der Besuche sind unzureichend	manchmal
Die Gefangenen arbeiten zu wenig mit	selten
Aussichtslosigkeit der Be- mühungen (eigene Frustration)	selten

Die räumlichen Bedingungen sind nicht ausreichend	nie reichen aus
Gesetzliche Bestimmungen und Verwaltungsvorschriften behindern die Arbeit	nie
Sonstige Schwierigkeiten	ohne Angabe

c) Typ 3

Diesem Typ sind 8 der 35 Gruppen zuzuordnen. Auffallend ist hier das relativ geringe Engagement zu Themen, die auf die Entlassung vorbereiten (individuelle Betreuung in konkreten Angelegenheiten). Demgegenüber steht die Beschäftigung mit dem Status des Gefangenen (Rechtsprobleme etc.) im Vordergrund (Langzeitgefangene). Die Gruppenorientierung (Gruppenzusammenhalt) ist relativ hoch, während christlich-soziale und sozial-politisch-gesellschaftliche Motive im Hintergrund stehen.

Beispielhaft kann folgende Gruppe (Fragebogen Nr. 48) herangezogen werden:

Sie besteht aus 2 männlichen und 2 weiblichen aktiven Gruppenmitgliedern, welche im Durchschnitt 22 Jahre alt sind. Als Gründungsjahr wird "ca. 1970" und zwar "spontan, aus Freundeskreis" angegeben.

Ausgeschieden bzw. eingetreten sind während der letzten 12 Monate je 1 Mitglied.

Die Berufstätigkeit der Gruppenmitglieder wird mit

Auszubildende	2
ohne Arbeit	2

angegeben.

Die Gruppe ist kein eingetragener Verein, dies wird auch nicht angestrebt und ist nicht im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband organisiert.

Sie ist tätig in der JVA Siegburg und betreut dort alle 2 Wochen eine Gefangenengruppe von 8 Mitgliedern. Deren Alter wird mit 19 bis 23 Jahre angegeben. Die Besuchsdauer beträgt im Durchschnitt 2 Stunden. Besuchsort ist ein Besucherraum, Personal ist nicht anwesend.

Bei den Motiven der Tätigkeit werden sozialpolitische Motive als wichtig bezeichnet, eine Beantwortung der übrigen wird mit der Begründung abgelehnt, es "müßten die Begriffe konkretisiert definiert werden".

Zur Gestaltung der Gruppenarbeit:

Gruppengespräche	häufig
Einzelgespräche	selten
Rollenspiele	nie
Briefkontakte herstellen	selten
Arbeit beschaffen	nie (auf Wunsch)
Wohnung bereitstellen	nie
Kontakt zu Angehörigen und Freunden herstellen	nie
persönliche Beziehungen zwischen Gruppenmitgliedern und Gefangenen aufbauen	?
Rechtsberatung geben	manchmal

Papiere besorgen	nie
Öffentlichkeitsarbeit leisten	manchmal
Konflikte Anstaltspersonal/ Gefangene abbauen (auf- fangen)	manchmal
Gruppenausgang organisieren	nie ?
Einzelausgang organisieren	nie ?
materielle Hilfe leisten	nie
sonstige Aktivitäten	keine Kontaktgruppe, sondern Diskussions- gruppe

Gruppengespräche werden zu den Themen

Probleme durch den Knast bedingt
Sexualität
Partnerschaft
eigene Persönlichkeit
Konflikte durch Gruppensituation bedingt

und Einzelgespräche zu den Themen

Probleme mit der Gruppe
Probleme mit der eigenen Persönlichkeit

geführt. Rollenspiele werden nicht durchgeführt,
die Frage nach materieller Hilfeleistung ist
nicht beantwortet.

Eine Vorbereitung und Nachbesprechung der
Besuche wird meistens gemacht.

Zur Auswahl der Gefangenen äußert sich die Gruppe
wie folgt:

Die Gruppenmitglieder (Inhaftierten) suchen
neue Gruppenmitglieder selbst aus. Die Aus-
wahl wird in der Gruppe gemeinsam besprochen.
Es werden so nur Inhaftierte aufgenommen, die
bereit sind, sich in die Gruppe einzubringen.
Außerdem kennen sich die Gruppenmitglieder

untereinander. Indem die Inhaftierten die neuen Mitglieder selbst aussuchen, wird garantiert, daß überwiegend Langzeitstraffer in die Gruppe kommen.

Betreuung außerhalb der Anstalt findet "auf Wunsch" statt. Eine Aufnahme von Gefangenen während eines Urlaubs vom Gefängnis oder nach der Entlassung wird verneint.

Entlassene werden durch gelegentliche Gespräche über anstehende Probleme betreut, die Frage nach der Häufigkeit wird mit einem Fragezeichen versehen.

Die Allgemeinverfügung des Justizministers wird für "ziemlich schlecht" gehalten, sämtliche Bestimmungen derselben werden abgelehnt.

Die größten Schwierigkeiten und deren Häufigkeit sind

Behinderung durch das Anstaltspersonal	selten
Unerfahrenheit der eigenen Gruppenmitglieder	selten
Mangelndes Vertrauen der Gefangenen	manchmal
Mangelnde finanzielle Mittel	selten
Häufigkeit und ¹ Dauer der Besuche sind unzureichend	häufig
Die Gefangenen arbeiten zu wenig mit	selten
Aussichtslosigkeit der Bemühungen (eigene Frustration)	selten
Die räumlichen Bedingungen sind nicht ausreichend	nie

¹ wurde von der Gruppe durchgestrichen

Gesetzliche Bestimmungen und Verwaltungsvorschriften behindern die Arbeit	selten
---	--------

Sonstige Schwierigkeiten: Fluktuation der Gruppen- mitglieder	häufig
---	--------

d) Typ 2 und 5

Zuzuordnen sind hier 5 und 6 Gruppen (vgl. Anhang VIII). Sie sind auf den ersten drei Einstellungs- bzw. Verhaltensdimensionen einander sehr ähnlich, was auch die grafische Darstellung in Anhang IX deutlich macht. Es handelt sich überwiegend um Studenten, Bindungen an konfessionelle oder ähnliche Vereinigungen liegen kaum vor. Damit sind die Typen 2 und 5 von den Typen 1 und 4 abzugrenzen.

Unterschiede zwischen dem Typ 2 und 5 ergeben sich hinsichtlich der Thematik "Status der Gefangenen" (Rechtsberatung etc.). Typ 5 ist hier deutlich weniger engagiert; die Akzente liegen stärker auf sozialpolitisch-gesellschaftskritischen Motiven. Im Gegensatz zu Typ 2 sind die 6 Gruppen des Typs 5 auch nicht daran interessiert, einen formalen Status als Verein o.ä. zu erhalten.

Charakteristisch sind hier die Gruppen des Fragebogens 72 (Typ 2) und 04 (Typ 5):

Typ 2

Die Gruppe besteht aus 17 aktiven Mitgliedern, wovon 9 männlich und 8 weiblich sind. Das Durchschnittsalter wird mit 25 bis 30 Jahre angegeben, die Gründung der Gruppe war im Jahre 1975. Ursprung war der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband.

In den letzten 12 Monaten sind 5 neue Mitglieder eingetreten.

Die Mitglieder kommen aus folgenden Berufen:

Arbeiter	1
Angestellte	3
Studenten	9
Schüler	1
Sonstiges	3

Die Eintragung als Verein wird angestrebt, man ist Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Die Gruppe ist in der JVA Aachen tätig, die Häufigkeit der Besuche blieb unbeantwortet, es werden 15-20 männliche Gefangene betreut. Diese sind zwischen 20 und 60 Jahre alt. Die Dauer der Besuche ist im Durchschnitt 1 1/2 Stunden.

Als Besuchsort wird ein Besucherraum sowie "Büro/JVA" angegeben. Hierbei sind Wachpersonal, Sozialarbeiter und Psychologe zeitweilig anwesend. Dies wird weder als störend noch als eher angenehm empfunden.

Während bei den Motiven der Tätigkeit zu "überhaupt etwas Sinnvolles tun" keine Angabe gemacht wird, ist "christliche Nächstenliebe praktizieren" und "sozial, karitativ tätig sein" weniger wichtig, demgegenüber "sozialpolitische Motive" sehr wichtig.

Die Gruppenarbeit wird wie folgt gestaltet:

Gruppengespräche	manchmal
Einzelgespräche	häufig
Rollenspiele	nie
Briefkontakte herstellen	manchmal
Arbeit beschaffen	häufig
Wohnung bereitstellen	manchmal
Kontakt zu Angehörigen und Freunden herstellen	manchmal
persönliche Beziehungen zwischen Gruppenmitgliedern und Gefangenen aufbauen	selten
Rechtsberatung geben	nie
Papiere besorgen	manchmal
Öffentlichkeitsarbeit leisten	manchmal
Konflikte Anstaltspersonal/ Gefangene abbauen	selten (da kaum Einfluß)
Gruppenausgang organisieren	nie
Einzelausgang organisieren	manchmal
materielle Hilfe leisten	manchmal
sonstige Aktivitäten: Gruppenarbeit in JVA, Treffpunkt in der Stadt	

Zu den "manchmal" bezeichneten Gruppengesprächen werden keine Themen genannt, Einzelgespräche finden statt über

Situation in JVA,
nach der Entlassung
Wohnung
Job
Familie
Ausgang
Behörden

Materielle Hilfe wird geleistet und "minimal" aus Spenden, Bußgeldern und vom DPWV finanziert.

Die Besuche werden meistens vorbereitet und nachbesprochen.

Der Einfluß darauf, welche Gefangene in die Gruppe kommen oder nicht ist gegeben, "aber zu gering".

Eine Mitsprache wird hierbei für sinnvoll und notwendig gehalten, und zwar aus folgenden Gründen:

"die Institution JVA ist nicht umzudrehen; um aber minimale Verbesserungen der Häftlinge in bzw. nach der Haft zu erreichen ist es notwendig, gezielt auf diese kleinen Ziele hinzuwirken, eine Arbeit, die mit der Auswahl der Gefangenen beginnt; zur U-Haft Einsitzende z.B. erscheinen uns aufgrund ihrer nur kurzen Haftzeit in AC (Aachen d.Verf.) (ein paar Wochen) als ungeeignet"

Betreuung findet auch außerhalb der Anstalt statt, eine Aufnahme während eines Urlaubs vom Gefängnis oder nach der Entlassung allerdings nicht.

Entlassene Gefangene werden durch gelegentliche Gespräche über anstehende Probleme betreut, dies geschieht 2-3 Mal im Monat, und zwar durch gemeinsame Freizeitgestaltung in der JVA oder im "Treff". Die Dauer dieser Betreuung ist "verschieden", während der letzten 12 Monate war dies bei 10 bis 12 Entlassenen der Fall.

Die Allgemeinverfügung wird als ziemlich schlecht bezeichnet, "da der Wiedereingliederung zuwiderlaufend". Dem Erfordernis, daß Helfer ein bestimmtes Alter haben müssen, wird zugestimmt, die übrigen Bestimmungen werden abgelehnt.

Schwierigkeiten bei der Tätigkeit sind

Behinderung durch das Anstaltspersonal	manchmal
--	----------

Unerfahrenheit der eigenen Gruppenmitglieder	manchmal
--	----------

Mangelndes Vertrauen der Gefangenen	selten
Mangelnde finanzielle Mittel	häufig
Häufigkeit und Dauer der Besuche sind unzureichend	manchmal
Die Gefangenen arbeiten zu wenig mit	manchmal
Aussichtslosigkeit der Bemühungen (eigene Frustration)	manchmal
Die räumlichen Bedingungen sind nicht ausreichend	häufig
Gesetzliche Bestimmungen und Verwaltungsvorschriften behindern die Arbeit	häufig
Sonstige Schwierigkeiten: Vorbehalte der Zusammenarbeit der Bediensteten in der JVA/ der Verwaltung gegenüber sog. "ehrenamtlichen Helfern" und deren Vorgehen, aber auch deren Vorbehalte gegenüber den Bediensteten der JVA	

Typ 5

Von 6 aktiven Mitgliedern sind 2 männlich und 4 weiblich und im Durchschnitt 24 Jahre alt. Gründungsjahr ist 1973 spontan, aus Freundeskreis.

In den letzten 12 Monaten sind 4 Mitglieder ausgeschieden und 5 Mitglieder eingetreten.

Sämtliche Gruppenmitglieder sind Studenten. Die Rechtsform des eingetragenen Vereins wird nicht angestrebt, die Gruppe ist auch nicht Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Tätig ist die Gruppe in der JVA Siegburg,
alle 1 1/2 Wochen und bei 6 männlichen Gefangenen.
Diese sind zwischen 19 und 23 Jahre alt.

Die durchschnittlich 3 Stunden dauernden
Besuche finden im Besucherraum und ohne Anwesen-
heit von Personal statt.

Motive der Tätigkeit sind

christliche Nächstenliebe praktizieren	unwichtig
sozial, karitativ tätig sein	unwichtig
überhaupt etwas Sinnvolles tun	weniger wichtig
sozialpolitische Motive	sehr wichtig

Zur Gestaltung der Gruppenarbeit werden folgende
Angaben gemacht:

Gruppengespräche	häufig
Einzelgespräche	häufig
Rollenspiele	manchmal
Briefkontakte herstellen	manchmal
Arbeit beschaffen	manchmal
Wohnung bereitstellen	manchmal
Kontakt zu Angehörigen und Freunden herstellen	nie
persönliche Beziehungen zwischen Gruppenmitgliedern und Gefangenen aufbauen	manchmal
Rechtsberatung geben	selten
Papiere besorgen	selten
Öffentlichkeitsarbeit leisten	nie
Konflikte Anstaltspersonal/ Gefangene abbauen	nie
Gruppenausgang organisieren	selten
Einzelausgang organisieren	selten
materielle Hilfe leisten	nie
sonstige Aktivitäten	ohne Angaben

Themen der Gruppengespräche sind

Vertrauen in der Gruppe
(zwischen den Knackis und
zwischen den Knackis und uns)
Wie stellst Du Dir Deine Zukunft vor?
Was sollen wir das nächste Mal machen?

Einzelgespräche haben zum Thema

Aktuelle persönliche Probleme des
Gefangenen
Werdegang des Gefangenen

Rollenspiele werden unter der Überschrift

Der erste Tag im Knast
Knackis übernehmen die Rolle von uns,
wir die Rolle der Knackis

durchgeführt.

Die Frage nach der materiellen Hilfe wurde nicht
beantwortet, die Besuche wurden immer vorbereitet
und immer nachbesprochen.

"Wir könnten ihn haben" wird zur Auswahl der
Gefangenen vermerkt, eine Mitsprache wird hierbei
nicht für sinnvoll und notwendig gehalten.

Auch außerhalb der Anstalt findet Betreuung
statt, auch durch Aufnahme von Gefangenen während
eines Urlaubs vom Gefängnis oder nach der Ent-
lassung. Untergebracht werden die Gefangenen
in der Wohnung eines Gruppenmitglieds, dies
geschah in den vergangenen 12 Monaten 2 Mal und
dauerte ca. 3 Tage.

Entlassene werden durch gelegentliche Gespräche über anstehende Probleme betreut, dies 4 Mal im Monat. Gemeinsame Freizeitgestaltung wie Kegeln und "gemeinsame Spiele machen" ist seltener als einmal im Monat.

Diese Betreuung dauert im Durchschnitt ca. 5 Monate und geschah während der letzten 12 Monate bei 2 Entlassenen.

Die Allgemeinverfügung wird für ziemlich schlecht gehalten, sämtliche Bestimmungen werden abgelehnt.

Schwierigkeiten bei der Tätigkeit der Resozialisierungsgruppe und deren Häufigkeit wird so beantwortet

Behinderung durch das Anstaltspersonal	selten
Unerfahrenheit der eigenen Gruppenmitglieder	häufig
Mangelndes Vertrauen der Gefangenen	häufig
Mangelnde finanzielle Mittel	nie
Häufigkeit und Dauer der Besuche sind unzutreffend	nie
Die Gefangenen arbeiten zu wenig mit	manchmal
Aussichtslosigkeit der Bemühungen (eigene Frustration)	häufig
Die räumlichen Bedingungen sind nicht ausreichend	selten
Gesetzliche Bestimmungen und Verwaltungsvorschriften behindern die Arbeit	manchmal
Sonstige Schwierigkeiten:	ohne Angaben

Ergebnis

Die sozusagen als Vorarbeit geleistete Ermittlung der Beschreibungsdimensionen (Faktoren) ergibt je den Titeln

- (1) Individuelle, konkrete Betreuung
- (2) Auseinandersetzung mit dem Status des Gefangenen
- (3) Gruppenorientierung
- (4) Christlich-soziale Motive
- (5) Sozialpolitisch-gesellschaftskritische Motive

zuzuordnende, deutlich voneinander abgrenzbare, unterschiedliche Einstellungs- und Verhaltensweisen bei der Resozialisierungstätigkeit. Die Cluster-Bildung zeigt nun, daß diese Faktoren nicht auch für den entsprechenden Gruppentyp stehen (ein möglicherweise erwartetes Ergebnis), sondern daß die verschiedenen Gruppentypen nach der Intensität des Vorhandenseins dieser Faktoren zu unterscheiden sind. Die Differenzierung vollzieht sich also nach dem Grad des Engagements, wobei der Gruppentyp 4 auf jedem Faktorwert gegenüber den anderen Gruppentypen herausragt, Typ 1 sowohl auf den ersten 3 Faktoren (vgl. Grafik in Anhang IX), als auch auf den Faktoren 4 und 5 vergleichsweise gering "lädt. Bei Typ 3 ist bemerkenswert, daß die individuelle Betreuung von relativ geringer Bedeutung ist mit gewissen Schwerpunkten bei der Gruppenorientierung und christlich-soziale Motiven. Die Typen 2 und 5 sind (vgl. Grafik Anhang IX) bei den Faktoren

Individuelle Betreuung, Auseinandersetzung mit dem Status und Gruppenorientierung einander ähnlich, allerdings mit der Einschränkung, daß zum Faktor 2 (Auseinandersetzung mit dem Status des Gefangenen) der Typ 5 gegenüber Typ 2 deutlich weniger engagiert ist. Gewisse Schwerpunkte liegen bei beiden Gruppentypen auf dem Faktor 1 (Individuelle Betreuung) und dem Faktor 3 (Gruppenorientierung). Bei beiden sind Bindungen an konfessionelle oder ähnliche Vereinigungen nicht gegeben. Dies im Gegensatz zu den Gruppentypen 1 und 4.

Mit der am Anfang der statistischen Analyse gemachten Einschränkungen kann also festgestellt werden, daß eine Gruppentypologie dem Mehr oder Weniger an Engagement folgt.

E GESAMTERGEBNIS

Trotz der Fülle und Vielschichtigkeit des Problemkreises der theoretischen, rechtlichen und tatsächlichen Grundlagen ehrenamtlicher Betreuung im Strafvollzug und der im gleichen Maße zusammengetragenen und erhaltenen Fakten und Informationen soll der Versuch unternommen werden, ein Fazit der Betrachtung zu ziehen.

- (1) Immer wieder in den Vordergrund rückt (zunächst) das Spannungsverhältnis zwischen dem theoretischen, gesetzgeberischen, verfassungsgemäßen Anspruch der Wiedereingliederung des Strafgefangenen in die "Gesellschaft" und der Vollzugs- und Gesellschaftswirklichkeit. Während der Resozialisierungsanspruch in Literatur, Gesetz und Rechtsprechung oberstes Ziel gegenüber dem (nachrangigen) Schutz der Allgemeinheit und (ausgeschlossen) Vergeltungs- und Abschreckungsgedanken¹ ist, wird die praktische Umsetzung mannigfaltigen Schwierigkeiten/Widerständen ausgesetzt und nicht vollzogen.

Dies hat seinen Grund einmal im unauflösbaren Widerspruch zwischen der nach wie vor als "totale Institution" geführten Strafanstalt, der überragenden Bedeutung von Sicherheit und Ordnung für die Vollzugsbehörden und dem Wesen der Resozialisierung/Sozialisation,

1 Feest u.a. (Hrsg.), Kommentar, a.a.O., Seite 17, 18

welche unter den "normalen" Bedingungen einer Justizvollzugsanstalt nicht erreicht, d.h. geübt und erlebt werden kann. Zum anderen - und auch aus dem Vorhergesagten folgend - fehlt einer so handelnden Gesellschaft das Bewußtsein (und damit auch die Fähigkeit, hieraus praktische Konsequenzen zu ziehen), daß "abweichendes Verhalten" in ihr selbst begründet ist und nur von ihr selbst der straffällig Gewordene durch einen Behandlungs"vollzug" (re-)sozialisiert werden kann. Nach wie vor - hierzu darf auf die Darstellung der Allgemeinen Verfügungen (B III und C) und die jeweiligen Zusammenfassungen verwiesen werden - steht das dem Begriff "Resozialisierung" innewohnende "soziale Lernen" im Hintergrund:

Im theoretischen Teil (A) ist u.a. erörtert worden, daß namentlich freie Helfer keine kustodial-punitive, erzieherische Funktion ausüben, sondern als von den Vollzugsbehörden unabhängige, neutrale, nicht amtliche, extritoriale Partner angesehen werden.¹ Hierin liegt ihre und des Gefangenen unbestrittene Chance, gesellschaftliche, "normale" Wirklichkeit in die JVA zu tragen, Probleme der Gefangenen mit diesen zu "erleben", erkennbar zu machen und eventuell zu lösen. Wenn nun aber den Resozialisierungsgruppen ein engmaschiges Netz von Geboten entgegengehalten wird, das auf die Bedürfnisse eines störungsfreien und reibungslosen Vollzugs zugeschnitten ist (wie anhand der AV'en nachgewiesen), so muß dies zwangsläufig den

1 A IV 1 a)

Verwahrsvollzug fördern und den Behandlungsvollzug hindern. Es würde den Rahmen der Arbeit überschreiten, die Gründe hierfür nachzuweisen, gibt man sich einmal nicht mit den theoretischen Erörterungen in Teil A und damit zufrieden, daß es am Bewußtsein der Gesellschaft mangelt. Zu vermuten ist aber, daß der von gesellschaftlichen Normen Abweichende stigmatisiert und bestraft werden soll, was sich dann auch in seiner Verstoßung, mangelndem Interesse an seiner Lage und wiederum hieraus folgend am Mangel von Personal, von räumlichen und anderen Sachmitteln zeigt.¹

- (2) Inkonsequent erscheint die unzureichende Berücksichtigung der Tätigkeit von freien Helfern im Strafvollzugsgesetz: soll das Ziel des Vollzugs eine künftige straffreie Lebensführung in sozialer Verantwortung sein (§ 2 S.1 StVollzG), ist - wie dargelegt - dieses Ziel nur durch soziales Lernen erreichbar und kommt den freien Helfern/Resozialisierungsgruppen hierbei eine hervorragende Bedeutung zu, so hätte das in Form deutlicher und wegweisender Bestimmungen seinen Ausdruck im Gesetz finden müssen. Statt grundsätzlich und klarstellend die Rechte und Pflichten freier Straffälligenhilfe mit der Möglichkeit gerichtlicher Überprüfung zu kodifizieren, wird ausschließlich und als Soll-Vorschrift § 154 Abs. 2 S.2 StVollzG aufgenommen.

¹ vgl. etwa das Alter der in Teil D III beschriebenen Justizvollzugsanstalten

Dies steht sowohl zu den gesetzgeberischen Motiven (Zusammenstellung B I 2 b), als auch zu der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (B I 2 c) in Widerspruch, wonach dem Gefangenen "Fähigkeit und Willen zu verantwortlicher Lebensführung vermittelt werden" und er lernen soll, "sich unter den Bedingungen einer freien Gesellschaft ohne Rechtsbruch zu behaupten, ihre Chancen wahrzunehmen und ihre Risiken zu bestehen..."¹

Dem Bekenntnis zum Behandlungsvollzug und der Abkehr vom Verwahrsvollzug ist also, was die Beteiligung freier gesellschaftlicher Kräfte (mit deren Chancen und Risiken) angeht, die gesetzgeberische Tat nicht gefolgt, was nicht nur enttäuschend, sondern angesichts des langen Zeitraums bis zum Inkrafttreten des Strafvollzugsgesetzes und der "großen Worte" in der verfassungsgerichtlichen und parlamentarischen Vorbereitung beschämend ist.

- (3) Aus dem Vorgenannten ergibt sich für die Tätigkeit von Resozialisierungsgruppen: in eine totale Institution gestellt, konfrontiert mit einer auf Sicherheit und Ordnung basierenden Allgemeinverfügung, ohne namhaften gesetzlichen Rückhalt einerseits und den vielfältigen Problemen von Gefangenearbeit per se andererseits, bedarf es eines besonderen hohen Maßes an Engagement, Durchsetzungsvermögen, Zielbewußtheit und Kontinuität, um "erfolgreich" zu sein.

1 so B VerfG E 35, 212 (235)

Das Vorhandensein von Engagement ist nicht nur durch die schriftliche Befragung und die hieraus entwickelte Gruppentypologie nachgewiesen, sondern ergibt sich auch aus der hohen Zahl von Resozialisierungsgruppen und nicht zuletzt aus der leidenschaftlich geführten Auseinandersetzung der in Nordrhein-Westfalen tätigen Gruppen mit dessen Allgemeinverfügung.

Neben die oben genannten Schwierigkeiten des Umfelds treten weitere, (resozialisierungs-) gruppenspezifische Probleme: Offenlegung und Bewußtheit, Reflektion des Ziels der Tätigkeit, ihrer Möglichkeiten und Grenzen, hierbei insbesondere mangelnde Vertrautheit mit der "Szene", Selbstüberschätzung, Frustration (immerhin von 6 der Gruppen mit "häufig" und von 18 als "manchmal" bezeichnet¹) und deren Folgen/Auswirkungen für die Resozialisierungsarbeit. Die Bedeutung der Kontinuität nicht nur im Sinne zeitlicher Dauer, sondern auch für die Vertrauensbildung Proband-Helfer.² Schließlich die unterschiedliche "Schicht"zugehörigkeit³ und die daraus resultierenden Verständigungsschwierigkeiten, Interessenunterschiede, Probleme für die Entwicklung von Freundschaften/Partnerschaften.

1 vgl. Randauszählung Anhang V Frage 20 g

2 "Mangelndes Vertrauen" geben immerhin 6 der Gruppen als "häufig" und 13 als "manchmal" gegeben an (vgl. Randauszählung Frage 20 c)

3 vgl. Berufe der Gruppenmitglieder: 40,7 % Studenten, 21,3 % Angestellte, 13,6 % Beamte (Randauszählung Frage 6)

Demgegenüber stehen die objektivierbaren Vorteile freier Helfer zu Vollzugsbediensteten und Sozialarbeitern, als nicht in die Institution "eingebundene", unabhängige Personen zwischen der Gesellschaft "draußen" und dem Leben in der Anstalt zu vermitteln, der Realität "draußen" angenäherte Übungsfelder für soziales Verhalten zu schaffen (Einzelgespräche, Gruppengespräche, Rollenspiele) und nicht zuletzt durch Entlassungshilfe die "Rückkehr" in die Gesellschaft zu erleichtern (vorbereitende Gespräche, Rollenspiele in der Anstalt, persönliche Kontakte halten, Wohnung und Arbeit verschaffen, Behördengänge unterstützen und vieles andere mehr).

Wenn die vorgefundenen Initiativen - siehe insbesondere die Themen der Gruppengespräche, Einzelgespräche und Rollenspiele¹ - nicht im Keim ersticken, sondern entwickelt und genutzt werden sollen, muß von Gesetzgebung, (Vollzugs-)Verwaltung und Rechtsprechung den Resozialisierungsgruppen mehr Beachtung geschenkt und mehr Unterstützung zuteil werden. Hierzu wurde bereits vorgetragen. Weiter - und das ist wesentlich - muß die Anstaltswirklichkeit, die "totale Institution", radikal verändert bzw. aufgehoben werden: größere "Freiheiten" innerhalb der Anstalt, d.h. größere Zimmer statt "Zellen", offene Türen, mehr Mitspracherechte der Gefangenen, sinnvolle Tätigkeiten (an Stelle von Tütenkleben, Druckknöpfe in Pappe drücken,

¹ vgl. Randauszählung Frage 16, 16.1, 16.2, 16.3 und 18, 18.1, 18.2, 18.3
Randauszählung a.a.O.

Fahrradspeichen aufziehen, Autorückspiegel polieren, Schalter zusammensetzen¹⁾ und Ausbildungsmöglichkeiten (neben Schweißer- und Dreherlehrgang, Hauptschulabschluß²⁾). Adäquate Entlohnung mit Sozialversicherung, Möglichkeit sexueller Beziehungen, mehr Selbstbestimmung, größerer Schutz vor Übergriffen Mitgefangener und Vollzugsbediensteter, Abschaffung der Beruhigungszellen und Arreste als Hausstrafe.

Dies wird natürlich nur gehen, wenn kleinere, d.h. für weniger Gefangene vorgesehene, Anstalten geschaffen³⁾, mehr hauptamtliche Betreuer sowie Ärzte, Psychologen beschäftigt, also wesentlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Innerhalb dieses neu zu schaffenden Rahmens müßte dann den Resozialisierungsgruppen ein Aktionsfeld gegeben werden: auf dem Grund einer klaren Definition ihrer Rechte und Pflichten und der (wohl nur bei "kleinen" Vollzugsanstalten zu verwirklichenden) Vernachlässigung des Aspekts von Sicherheit und Ordnung, müßte ihren Initiativen seitens der Vollzugsbehörden nachgegangen und deren Realisierung durch ideelle, personelle und materielle Hilfe ermöglicht werden. Also z.B.: offene Diskussion über die gesellschaftlichen Gründe devianten Verhaltens, Einbeziehung der Familie in die Gruppenarbeit, Unterstützung und Supervision der Tätigkeit durch Psychologen

1 Wesentliche Arbeiten in der JVA Siegburg z.B.

2 so in der JVA Siegburg

3 vgl. die Anzahl der Haftplätze in der Kurzbeschreibung der von der Befragung betroffenen Justizvollzugsanstalten D III

und Sozialarbeiter, Entlassungshilfe in ihren (wie dargestellt) vielfältigen Möglichkeiten.

- (4) Die Befragung hat nicht nur die Vielschichtigkeit und Bandbreite der Arbeit von Resozialisierungsgruppen im Strafvollzug, sondern auch eine Typologie ergeben, die bemerkenswert ist: sie wird nicht gebildet entsprechend den 5 Beschreibungsdimensionen (Faktoren), sondern nach dem Grad des Engagements oder der negativen Einstellung (Ladung) auf diesen Faktoren. Wenn man davon ausgeht, daß sämtliche 5 Faktoren als Einstellungs- und Verhaltensmuster alternativ oder kumulativ zu "erfolgreicher" Resozialisierungsarbeit geeignet sind, ist diesbezüglich das Postulat an alle Beteiligten des Strafvollzugs, das Engagement der Resozialisierungsgruppen zu unterstützen und zu verstärken.

A N H A N G I

FRAGEBOGEN

--	--

1. **Größe der Gruppe** (ohne Gefangene) **Anzahl**
 - 1.1 männliche Gruppenmitglieder (bitte Anzahl nennen)
 - 1.2 weibliche Gruppenmitglieder (bitte Anzahl nennen)
 - 1.3 Wieviele sind aktiv ? (bitte Anzahl nennen)

2. **Alter der Mitglieder** (nicht der Gefangenen) durchschnittlich ca. Jahre

3. **Gründungsjahr der Gruppe** (bitte nennen) im Jahr:

4. **Ursprung und Entwicklung der Gruppe** (bitte nur einen Punkt nennen)
 - a) im Rahmen einer konfessionellen Vereinigung ☐
 - b) im Rahmen einer politischen Partei ☐
 - c) im Rahmen einer gewerkschaftlichen Gruppierung ☐
 - d) spontan, aus Freundeskreis ☒
 - e) Sonstiges: ☐
(bitte nennen)

5. **Wieviele Mitglieder** (nicht Gefangene) **sind in den letzten 12 Monaten**
 - a) ausgeschieden (bitte Anzahl nennen) Personen
 - b) eingetreten (bitte Anzahl nennen) Personen

6. **Berufstätigkeit der Gruppenmitglieder** (ohne Gefangene)
(Zutreffendes bitte ankreuzen und Anzahl nennen)
 - a) Arbeiter ☐ (Anzahl)
 - b) Angestellte ☐ (Anzahl)
 - c) Beamte ☐ (Anzahl)
 - d) Selbständige ☐ (Anzahl)
 - e) Hausfrauen ☐ (Anzahl)
 - f) Auszubildende ☐ (Anzahl)
 - g) Studenten ☐ (Anzahl)
 - h) Schüler ☐ (Anzahl)
 - i) ohne Arbeit ☐ (Anzahl)
 - k) Sonstiges ☐ (Anzahl)

7. **Organisationsform der Gruppe :** (Zutreffendes bitte ankreuzen)
 - 7.1 Ist die Gruppe ein eingetragener Verein oder wird so etwas angestrebt ?
 - Ja, eingetragener Verein ☐
 - wird angestrebt ☐
 - nein ☐
 - 7.2 Ist die Gruppe Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband ?
 - ja ☐
 - nein ☐

8. **In welcher Justizvollzugsanstalt ist die Gruppe aktiv ?**
Anstalt bitte nennen :

9. **Häufigkeit der Besuche in der JVA :**
alle Wochen (bitte nennen)

10. **Größe der Gefangenen-Gruppe :**
 - 10.1 männliche Gefangene (bitte Anzahl nennen)
 - 10.2 weibliche Gefangene (bitte Anzahl nennen)

11. Ungefährtes Alter der Gefangenen : von Jahre
bis Jahre

12. Dauer der Besuche : durchschnittlich Stunden (bitte nennen)

13. Besuchsort : (Zutreffendes bitte ankreuzen)

Wo finden die Besuche normalerweise statt ?

- a) Besucherraum ☐
b) Gemeinschaftsraum ☐
c) Zelle ☐
d) Sonstiges: ☐
(bitte nennen)

14. Anwesenheit von Personal : (Zutreffendes bitte ankreuzen)

Ist während des Besuchs normalerweise Personal der JVA im Raum anwesend ?

- F** Ja, immer ☐
Zeitweilig ☐
Nein ☐

weiter bei Frage 15.

Falls ja oder zeitweilig :

- 14.1 Wer ist anwesend ?

- a) Wachpersonal ☐
b) Sozialarbeiter ☐
c) Pfarrer ☐
d) Psychologe ☐

- 14.2 Empfindet Ihr diese Anwesenheit eher störend oder eher angenehm ?

- a) störend ☐
b) angenehm ☐
c) weder - noch ☐

15. Motive der Tätigkeit : (Zutreffendes bei allen Punkten jeweils ankreuzen)

Für wie wichtig haltet Ihr die nachfolgenden Gründe für Eure Tätigkeit ?

- | | sehr wichtig | wichtig | weniger wichtig | unwichtig |
|---|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| a) christliche Nächstenliebe praktizieren | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| b) sozial, karitativ tätig sein | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| c) überhaupt etwas Sinnvolles tun | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| d) sozialpolitische Motive (Veränderung gesellschaftlicher Strukturen und Verhältnisse) | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| e) Sonstiges:
(bitte nennen) | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |

16. Gestaltung der Gruppenarbeit : (Zutreffendes bitte jeweils ankreuzen)

Was macht Ihr im einzelnen und wie häufig ?

- | | häufig | manchmal | selten | nie |
|---|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| a) Gruppengespräche | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| b) Einzelgespräche | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| c) Rollenspiele | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| d) Briefkontakte herstellen | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| e) Arbeit beschaffen | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| f) Wohnung bereitstellen | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| g) Kontakt zu Angehörigen und Freunden herstellen | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| h) Persönl. Beziehungen zwischen Gruppenmitgl.u.Gefangenen aufbauen | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| i) Rechtsberatung geben | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| j) Papiere besorgen | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| k) Öffentlichkeitsarbeit leisten | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| l) Konflikte Anstaltspersonal / Gefangene abbauen | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| m) Gruppenausgang organisieren | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| n) Einzelausgang organisieren | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| o) materielle Hilfe leisten | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| p) Sonstige Aktivitäten:
(Bitte nennen) | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100	101	102	103	104	105	106	107	108	109	110	111	112	113	114	115	116	117	118	119	120	121	122	123	124	125	126	127	128	129	130	131	132	133	134	135	136	137	138	139	140	141	142	143	144	145	146	147	148	149	150	151	152	153	154	155	156	157	158	159	160	161	162	163	164	165	166	167	168	169	170	171	172	173	174	175	176	177	178	179	180	181	182	183	184	185	186	187	188	189	190	191	192	193	194	195	196	197	198	199	200	201	202	203	204	205	206	207	208	209	210	211	212	213	214	215	216	217	218	219	220	221	222	223	224	225	226	227	228	229	230	231	232	233	234	235	236	237	238	239	240	241	242	243	244	245	246	247	248	249	250	251	252	253	254	255	256	257	258	259	260	261	262	263	264	265	266	267	268	269	270	271	272	273	274	275	276	277	278	279	280	281	282	283	284	285	286	287	288	289	290	291	292	293	294	295	296	297	298	299	300	301	302	303	304	305	306	307	308	309	310	311	312	313	314	315	316	317	318	319	320	321	322	323	324	325	326	327	328	329	330	331	332	333	334	335	336	337	338	339	340	341	342	343	344	345	346	347	348	349	350	351	352	353	354	355	356	357	358	359	360	361	362	363	364	365	366	367	368	369	370	371	372	373	374	375	376	377	378	379	380	381	382	383	384	385	386	387	388	389	390	391	392	393	394	395	396	397	398	399	400	401	402	403	404	405	406	407	408	409	410	411	412	413	414	415	416	417	418	419	420	421	422	423	424	425	426	427	428	429	430	431	432	433	434	435	436	437	438	439	440	441	442	443	444	445	446	447	448	449	450	451	452	453	454	455	456	457	458	459	460	461	462	463	464	465	466	467	468	469	470	471	472	473	474	475	476	477	478	479	480	481	482	483	484	485	486	487	488	489	490	491	492	493	494	495	496	497	498	499	500	501	502	503	504	505	506	507	508	509	510	511	512	513	514	515	516	517	518	519	520	521	522	523	524	5
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	---

[illegible][illegible]

immer meistens selten nie

Bereitet Ihr Eure Besuche vor ? (Zutreffendes bitte ankreuzen) ☐ ☐ ☐ ☐

Macht Ihr eine Nachbesprechung? (Zutreffendes bitte ankreuzen) ☐ ☐ ☐ ☐

17. Auswahl der Gefangenen : (Zutreffendes bitte ankreuzen)

Ja ☐
Nein ☐

[illegible]

18. Betreuung außerhalb der Anstalt : (Zutreffendes bitte jeweils ankreuzen)

Werden Gruppenmitglieder auch außerhalb der Anstalt von Euch betreut ?

Ja ☐
Nein ☐

☐ → Weiter Frage 19.

Falls ja:

18.1 Nehmt Ihr Gefangene während eines Urlaubs vom Gefängnis oder nach der Entlassung auf ?

Ja ☐
Nein ☐

☐ → Weiter Frage 18.3

Falls ja:

18.2 Wo bringt Ihr die Gefangenen unter ? (Nur häufigste Art der Aufnahme nennen)

- a) in der Wohnung eines Gruppenmitglieds ☐
- b) in einer Wohnung, die eigens dafür gemietet ist ☐
- c) in einer Pension, in einem Hotel ☐
- d) sonstiges: ☐
(bitte nennen)

— Wie oft geschah das in den letzten 12 Monaten ? mal (bitte nennen)

— Wie lange dauerte die Aufnahme im Durchschnitt ? ca. Tage (bitte nennen)

18.3 Betreut Ihr **Entlassene** (Zutreffendes bitte jeweils ankreuzen)

a) durch gelegentliche Gespräche über anstehende Probleme ?

Ja ☐
Nein ☐

Falls ja: Wie oft ? mal im Monat (bitte nennen)

b) durch gemeinsame Freizeitgestaltung ?

Ja ☐
Nein ☐

Falls ja: Wie oft ? mal im Monat (bitte nennen)

Welcher Art ?

.....

c) durch mal im Monat (bitte nennen)

Wie oft ? mal im Monat (bitte nennen)

18.4 Wie lange dauert im Durchschnitt diese Betreuung ? ca. Monate (bitte nennen)

18.5 Wieviele Entlassene wurden in den letzten 12 Monaten von Euch betreut ? (Bitte Anzahl nennen) Entlassene

19. Ist Euch die Allgemeinverfügung des Justizministers (AV) über die „Ehrenamtliche Betreuung im Strafvollzug“ bekannt ?

Ja ☐
Nein ☐

☐ → Weiter Frage 20.

Falls ja:

19.1 Haltet Ihr diese Regelung für (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- a) grundsätzlich gut ☐
- b) teilweise gut ☐
- c) ziemlich schlecht ☐
- d) total überflüssig ☐

19.2 Was haltet Ihr von den einzelnen Bestimmungen der AV ?
(Zutreffendes bitte jeweils ankreuzen)

	stimme zu	lehne ab
a) Helfer müssen ein bestimmtes Alter haben	☐	☐
b) Ehemalige Gefangene dürfen erst nach mehreren Jahren in der JVA als Gruppenmitglied tätig sein	☐	☐
c) Helfer können von der Anstaltsleitung jederzeit ohne Angabe von Gründen von einer weiteren Tätigkeit ausgeschlossen werden	☐	☐
d) Die Helfer müssen ihnen bekannt gewordene Tatbestände der Anstalt melden	☐	☐
e) Die Helfer dürfen in ihrer Tätigkeit vom Anstaltspersonal über- wacht werden	☐	☐

20. Worin seht Ihr die größten Schwierigkeiten bei Eurer Tätigkeit und wie
oft treten diese auf ? (Zutreffendes bitte jeweils ankreuzen)

	häufig	manch- mal	selten	nie
a) Behinderung durch das Anstaltspersonal	☐	☐	☐	☐
b) Unerfahrenheit der eigenen Gruppenmitglieder	☐	☐	☐	☐
c) Mangelndes Vertrauen der Gefangenen	☐	☐	☐	☐
d) Mangelnde finanzielle Mittel	☐	☐	☐	☐
e) Häufigkeit und Dauer der Besuche sind unzureichend	☐	☐	☐	☐
f) Die Gefangenen arbeiten zu wenig mit	☐	☐	☐	☐
g) Aussichtslosigkeit der Bemühungen (eigene Frustration)	☐	☐	☐	☐
h) Die räumlichen Bedingungen sind nicht ausreichend	☐	☐	☐	☐
i) Gesetzliche Bestimmungen und Verwaltungsvorschriften behindern die Arbeit	☐	☐	☐	☐
j) Sonstige Schwierigkeiten: (Bitte nennen)				
.....	☐	☐	☐	☐
.....	☐	☐	☐	☐

Datum :

VIELEN DANK FÜR EURE MITARBEIT !!!

A N H A N G I I

EJS e.V.

ENTLASSUNGSHILFE JUGENDLICHER STRAFGEFANGENER

EJS e.V. - 5 Köln 41 - Postfach 420 314 .

5000 Köln 41
Postfach 420 314
Tel.: (0221) 44 42 22
(0221) 41 94 91

Bankverbindung:

Bank für Sozialwirtschaft
GmbH
Konto-Nr.: 26 79 000

Unser Zeichen:

Köln, den

Betr.: Arbeit von Resozialisierungsgruppen im Gefängnis

Liebe Freunde,

seit mehreren Jahren bin ich als Mitglied einer Resozialisierungsgruppe und des Vereins "Entlassungshilfe jugendlicher Strafgefangener e.V. Köln" in der Justizvollzugsanstalt Siegburg tätig. Hierdurch bin ich auf die Idee gekommen, die Arbeit von Resozialisierungsgruppen im Gefängnis etwas umfassender zu erkunden und zu beschreiben.

Als Ziel schwebt mir vor unter anderem darzustellen,

- was Reso-Gruppen im Gefängnis mit welchem Ziel und mit welchen Methoden machen,
- inwieweit die Arbeit der Reso-Gruppen von den Anstalten/Vollzugsämtern/Justizministerien behindert oder unterstützt wird (Allgemeinverfügungen usw.),
- welch große Bedeutung den Reso-Gruppen zukommt,
- wie stark die Verpflichtung des Staates ist, die Arbeit von Reso-Gruppen zu unterstützen (schließlich bekennt sich der Gesetzgeber im neuen "Strafvollzugsgesetz" ausdrücklich zur Resozialisierung

und zur Arbeit von Reso-Gruppen).

Mit der geplanten Arbeit soll nicht nur eine Art Bestandsaufnahme freiwilliger Tätigkeit im Strafvollzug, sondern auch eine Anleitung für an dieser Tätigkeit Interessierte gegeben werden. Letzteres erscheint mir besonders wichtig, denn nach meiner Erfahrung werden immer wieder die gleichen Fehler gemacht: anfangen von zu hoch geschraubten Erwartungen bis hin zur Resignation, von Fragen der Gruppenarbeit in der Anstalt bis zur Hilfe nach der Entlassung usw. .

Diese "Vorrede" schien mir zur Erklärung meiner nachfolgenden Bitte wichtig:

Um die Tätigkeit von Reso-Gruppen darstellen zu können, benötige ich jede Menge Informationen, und ich bitte Euch herzlich um Beantwortung und Rücksendung des anliegenden Fragebogens. Je ausführlicher und vollständiger die Antworten ausfallen, desto besser. Ein frankierter Rückumschlag für die - möglichst baldige - Rücksendung ist beigelegt.

Sobald die geplante Schrift (Arbeitstitel: "Die Arbeit von Resozialisierungsgruppen im Strafvollzug in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht") fertig ist, werde ich Euch benachrichtigen und auf Wunsch ein Exemplar zusenden.

Einige kurze Bemerkungen zum Ausfüllen des Fragebogens:

Am besten wäre es, wenn Ihr den Fragebogen gemeinsam ausfüllen würdet, es genügt aber auch, wenn dies derjenige von Euch macht, der am besten über die Gruppe informiert ist. Bitte beantwortet die Fragen 1 bis 20 nacheinander durch Ankreuzen oder Eintragen der erbetenen Angaben; wo es mir erforderlich erschien, habe ich kleine "Regieanweisungen" angebracht und ich bitte Euch, diese besonders zu beachten. Soweit nähere Informationen gefragt werden (z.B. Frage 16 und 17), sollten diese so umfangreich wie möglich

sein. Wenn der Platz zwischen den Fragen nicht reicht, könnt Ihr die Rückseite von Seite Nr. 5 benutzen (bitte deutlich schreiben!).

Für Eure Mühen bereits jetzt vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

(Gerd Atzenhofer)

Anlagen: Fragebogen
Freiumschatz

P.S.: Noch etwas: Natürlich werden Eure Daten vertraulich behandelt, d.h. "Unbefugte" bekommen sie nicht in die Hände und im Falle einer Veröffentlichung wird Eure Anonymität gewahrt werden.

BITTE GEGEBENENFALLS UNTERLAGEN AN (ANDERE) KONTAKTGRUPPE
WEITERLEITEN!

ANHANG III

EJS e.V.

ENTLASSUNGSHILFE JUGENDLICHER STRAFGEFANGENER

EJS e.V. - 5 Köln 41 - Postfach 420 314

5000 Köln 41
Postfach 420 314
Tel.: (0221) 44 42 22
(0221) 41 94 91

Bankverbindung:
Bank für Sozialwirtschaft
GmbH
Konto-Nr.- 826 79 000

Unser Zeichen:

Köln, den 25.1.1979

Liebe Freunde,

vor einiger Zeit übersandte ich Euch einen Fragebogen mit der Bitte um Beantwortung und Rücksendung; leider erhielt ich bis heute keine Antwort.

Um die Befragung abschließen zu können, wäre ich Euch für eine Beantwortung oder kurze Mitteilung (Auflösung der Gruppe, Veränderung der Tätigkeit z.B.) dankbar.

Für meine Hartnäckigkeit bitte ich um Verständnis.

Mit freundlichem Gruß

Gerd Atzenhofer

ANHANG IV

EJS e.V.

ENTLASSUNGSHILFE JUGENDLICHER STRAFGEFANGENER

EJS e.V. - 5 Köln 41 - Postfach 420 314

5000 Köln 41
Postfach 420 314
Tel.: (0221) 44 42 22
(0221) 41 94 91

Bankverbindung:
Bank für Sozialwirtschaft
GmbH
Konto-Nr.: 826 79 000

Unser Zeichen:

Köln, den 14.11.1978

Liebe Freunde,

vor einigen Wochen sandte ich Euch einen Fragebogen mit der Bitte um Beantwortung und Rücksendung; leider habe ich bis heute keine Antwort erhalten.

Ich bin mir darüber im klaren, daß sich die Gruppen oft nur im Abstand von mehreren Wochen treffen und von da her die Beantwortung einige Zeit in Anspruch nimmt ; außerdem ist der Fragebogen ja auch recht umfangreich. Trotzdem bitte ich Euch noch einmal sehr herzlich, den Fragebogen auszufüllen und in dem Freiumschlag an die oben genannte Anschrift zurückzusenden. Für die geplante Darstellung der Arbeit von Reso-Gruppen ist ein zahlreicher "Rücklauf" der Fragebögen sehr wichtig: nur so kann ein zutreffendes Bild gegeben werden. Sinnvoll scheint mir eine Darstellung der Reso-Arbeit deshalb zu sein, da sich Interessierte hierdurch informieren und Gruppen mehr voneinander erfahren können. Insgesamt könnte dies für die Resozialisierung förderlich sein.

Indem ich mich für Eure Unterstützung bedanke,
bin ich mit freundlichen Grüßen

Gernot Stenbofer

P.S. Falls Ihr nicht mehr tätig seid, bitte ich um Weitergabe des Fragebogens oder/und eine kurze Mitteilung.

A N H A N G V

RANDAU SZÄHLUNG

Größe der Gruppe (1.1 - 1.2)

Die ausgewerteten Fragebögen ergaben insgesamt
223 männliche und
225 weibliche
freiwillige Helfer als Mitglieder der Resoziali-
sierungsgruppen.

Von den Gruppenmitgliedern arbeiten

bis 4	männliche	in	17	Gruppen
bis 4	weibliche	in	17	Gruppen
5 - 8	männliche	in	9	Gruppen
5 - 8	weibliche	in	10	Gruppen
9 - 15	männliche	in	6	Gruppen
9 - 15	weibliche	in	5	Gruppen
mehr als 16	männliche	in	2	Gruppen
mehr als 16	weibliche	in	2	Gruppen

-
- 1 Die nachfolgenden Ziffern entsprechen der Einteilung des Fragebogens
 - 2 gemäß der Kurzbeschreibung: 12
 - 3 gemäß der Kurzbeschreibung: 3

Aktivität der Gruppenmitglieder (1.3)

Bei einer Gesamtzahl von 448 (225 männliche und 225 weibliche) Gruppenmitgliedern sind 298, d.h. rund 2/3, aktiv, und zwar

1 - 6	Personen sind aktiv in	8	Gruppen
7 - 12	Personen sind aktiv in	15	Gruppen
mehr als 12	Personen sind aktiv in	8	Gruppen

Alter der Mitglieder (2.)

Das Durchschnittsalter beträgt 29 Jahre.

18-25jährige	Mitglieder sind tätig in	15	Gruppen
26-30jährige	Mitglieder sind tätig in	12	Gruppen
31-35jährige	Mitglieder sind tätig in	2	Gruppen
über 35jährige	Mitglieder sind tätig in	5	Gruppen

Gründungsjahr der Gruppe (3.)

<u>Jahr</u>	<u>Anzahl</u>
1960	1
1961	1
1969	2
1970	1
1972	2
1973	8
1974	7
1975	4
1976	3
1977	4
1978	2

Ursprung und Entwicklung der Gruppe (4.)

Die Frage, in welchem Rahmen die Gruppe entstanden und sich entwickelt hat, wurde wie folgt beantwortet:

<u>Rahmen</u>	<u>Gruppenzahl</u>
a) konfessionelle Vereinigung	12
b) politische Partei	0
c) gewerkschaftliche Gruppierung	1
d) spontan, aus Freundeskreis	10
e) sonstiges	12 ¹

Unter e) wurden folgende Antworten gegeben:

CVJM-Kirche
Zusammenschluß Interessierter
Katholische Hochschulgemeinde
Fachhochschule Köln, Fachbereich Sozialpädagogik
Alkoholprobleme
Getrennt von einer anderen Gruppe
Studenten (erst nur Theologie-Studenten)
Zufall
Politisch-kirchlich
Weiterarbeit nach Praktika
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

1 Eine Gruppe gab keine Antwort

Fluktuation der Mitglieder (5.)

Zur Anzahl der in den letzten 12 Monaten ausgeschiedenen und eingetretenen Mitglieder wurde mitgeteilt:

0	ausgeschieden	in	12	Gruppen
0	eingetreten	in	8	Gruppen
1	ausgeschieden	in	6	Gruppen
1	eingetreten	in	8	Gruppen
2	ausgeschieden	in	8	Gruppen
2	eingetreten	in	6	Gruppen
3	ausgeschieden	in	2	Gruppen
3	eingetreten	in	1	Gruppe
4	ausgeschieden	in	2	Gruppen
4	eingetreten	in	1	Gruppe
5	ausgeschieden	in	1	Gruppe
5	eingetreten	in	4	Gruppen
6 - 10	ausgeschieden	in	3	Gruppen
6 - 10	eingetreten	in	4	Gruppen
mehr als 10	ausgeschieden	in	keiner	Gruppe
mehr als 10	eingetreten	in	2	Gruppen

Die Differenz zwischen der Anzahl der befragten Gruppen (35) und der sich hier ergebenden Gruppenzahl (34) rührt daher, daß in einem Fragebogen dieser Punkt ausdrücklich offengelassen worden ist. Soweit die Fragebögen hierzu keinerlei Angaben enthielten (4) sind diese der Kategorie "niemand ausgeschieden" bzw. "niemand eingetreten" zugeordnet worden.

Im Durchschnitt sind damit in den letzten 12 Monaten vor der Befragung 2,2 % Mitglieder ausgeschieden und 3,4 % Mitglieder eingetreten.

Berufstätigkeit der Gruppenmitglieder (6.)

<u>Berufstätigkeit</u>	<u>Anzahl</u>
a) Arbeiter	13 = 3,6 %
b) Angestellte	76 = 21,3 %
c) Beamte	49 = 13,6 %
d) Selbständige	11 = 3,0 %
e) Hausfrauen	24 = 6,7 %
f) Auszubildende	4 = 1,1 %
g) Studenten	146 = 40,7 %
h) Schüler	15 = 4,1 %
i) ohne Arbeit	9 = 2,5 %
k) sonstiges	11 = 3,0 %

Insgesamt ergaben sich also 358 Berufsangaben (Addition der ausgeworfenen Zahlen). Die Differenz zur Gesamtzahl (448) ist in mangelnden Angaben begründet.

Organisationsform der Gruppe (7. - 7.1)

als Verein eingetragen sind	8 Gruppen = 22,8 %,
die Eintragung streben an	3 Gruppen = 8,7 %,
die Eintragung ist weder erfolgt noch angestrebt bei	24 Gruppen = 68,5 %.

Die Frage nach einer Mitgliedschaft im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (7.2)

wurde von 3 Gruppen bejaht und den übrigen 32 verneint. Diese Organisation (Dachverband von Trägern der Freien Jugendhilfe) hat also bei nur 8,5 % zu einer Mitgliedschaft geführt.

In welcher Justizvollzugsanstalt ist die Gruppe aktiv? (8.)

Entsprechend der oben¹ erfolgten Verteilung der beantworteten Fragebögen auf Justizvollzugsanstalten ergibt sich über das Tätigkeitsfeld der Gruppen nach Häufigkeit folgendes Bild:

JVA Siegburg	25
JVA Herford	2
JVA Münster	2
JVA Aachen	1
JVA Bielefeld	1
JVA Bielefeld-Brackwede I	1
JVA Bielefeld-Brackwede II	1
JVA Bochum	1
JVA Castrop-Rauxel	1
JVA Heinsberg	1
JVA Hövelhof	1
JVA Iserlohn	1
JVA Remscheid	1
JVA Werl	1
JVA Willich	1
	41

1 Untersuchungsmethode, Seite 83

Die unterschiedlichen Zahlen

- hier: 41, Anzahl der verwertbaren Fragebögen:
35 ^{sind} - darin begründet, daß einige Gruppen verschiedene Haftanstalten besuchen: So führt eine Gruppe in die JVA Bielefeld, JVA Bielefeld-Brackwede I, JVA Bielefeld-Brackwede II und JVA Herford. Eine andere Gruppe besucht die Justizvollzugsanstalten Castrop-Rauxel, Münster und Werl, eine dritte die Vollzugsanstalten in Remscheid und Willich.

In Siegburg sind mit 25 oder 71,4 % der weitaus größere Teil der befragten Gruppen tätig, bis auf Herford und Iserlohn (je 2) ist von den in den anderen Justizvollzugsanstalten tätigen Gruppen jeweils nur 1 Fragebogen beantwortet worden.¹

1 Aus diesem Grunde ist in Erwägung gezogen worden, die Auswertung auf die JVA Siegburg zu beschränken. Folgende Überlegungen haben dies jedoch nicht sinnvoll erscheinen lassen: Ziel der Untersuchung war, möglichst viele Informationen über die Tätigkeit von Resozialisierungsgruppen zu erhalten, dies jedoch nicht im Sinne einer quantitativen, sondern qualitativen Erforschung. Dies hängt damit zusammen, daß hierüber wenig bekannt und eine quantitative Befragung den Rahmen der Arbeit sprengen würde. Trotz - von der JVA Siegburg einmal abgesehen - fehlender Quantität ist hierbei jede Information von Interesse. Anhand der Untersuchung sind Rückschlüsse auf die Tätigkeit von Resozialisierungsgruppen allgemein zulässig - jedenfalls hinsichtlich der Punkte, welche über den Teil der objektiven Kriterien (Ziff. 1-14) hinausgehen -, denn das Tätigkeitsfeld einer totalen Institution wie der Strafanstalt bringt institutionsspezifische, d.h. immer wiederkehrende, subjektive Daten mit sich.

Zur Häufigkeit der Besuche in der JVA (9.)

wurden folgende Angaben gemacht:

jede Woche	besuchen	9	Gruppen
alle 2 Wochen	besuchen	5	Gruppen
alle 3 Wochen	besuchen	5	Gruppen
alle 4 Wochen	besuchen	9	Gruppen und

alle 12 Wochen besuchen 2 Gruppen

da Vollzugsanstalt.

Je eine Gruppe gaben an: 0,25, 0,5 und 1,5, d.h.
also 4 mal pro Woche, 2 mal pro Woche und 3 mal
im Monat. Zwei Gruppen gaben keine Antwort.

Größe der Gefangenengruppe (10. - 10.2)

bis zu 10	männliche Gefangene betreuen	22	Gruppen
11 - 20	männliche Gefangene betreuen	9	Gruppen
21 - 30	männliche Gefangene betreuen	0	Gruppen
31 - 40	männliche Gefangene betreuen	1	Gruppe
41 - 50	männliche Gefangene betreuen	1	Gruppe
2	weibliche Gefangene betreuen	1	Gruppe
10	weibliche Gefangene betreuen	1	Gruppe

Eine Gegenüberstellung von aktiven Mitgliedern der Resozialisierungsgruppe und Größe der jeweils betreuten Gefangenengruppe sowie der jeweiligen Differenz ergibt folgendes Bild:

Größe der Betreuer- gruppe	Größe der Gefangenengruppe	Differenz
20	35	15
6	6	0
8	7	1
14	20-25	6-11
12	ca. 20	8
5	5	0
7	5-6	1-2
4	- 5	1
7	7	0
14	5-6	8-9
10	12	2
8	10	2
3	8	5
7	6	1
7	6	1
7	7	0
8	6-8	0-2
8	7-10	1-2
3	4	1
4	8	4
5	7	2
21	15	6
9	7	2
14	8	6
12	12-15	0-3
7	15	8
18	10	8
18	10	8
15	14	1
5	12-18	7-13
13	50	37
17	15-20	2-3
9	10	1
5	10	5
5	2	3

Die Übersicht zeigt, daß von den insgesamt 35 Gruppen-Paaren bei 15 oder 42,8 % die unterschiedliche Anzahl zwischen Betreuern und Betreuten mehr als 2 und bei den übrigen 20 oder 57,1 % der Unterschied bis 2 Personen beträgt (bei mehreren Werten wurde der geringere genommen).

Das ungefähre Alter der Gefangenen (11.)

beträgt

14 - 25 Jahre	in	28	Gruppen
20 - 60 Jahre	in	2	Gruppen
24 - 48 Jahre	in	1	Gruppe
25 - 45 Jahre	in	1	Gruppe
30 - 60 Jahre	in	1	Gruppe
"unterschiedlich"	in	1	Gruppe ¹

Dauer der Besuche (12.)

Die Frage, wie lange durchschnittlich der Besuch dauert, wurde beantwortet mit

1-2 Stunden	von	3	Gruppen
2	"	"	16
2-3	"	"	5
3	"	"	8
4-5	"	"	1

(keine Angaben hierzu machten 2 Gruppen)

Damit stehen 19 oder 57,8 % der Gruppen 1-2 Stunden, 13 oder 39,4 % 2-3 Stunden und einer Gruppe mehr als 3 Stunden Besuchszeit zur Verfügung.

1 eine Gruppe machte keine Angaben

Besuchsort (13.)

Die Besuche finden normalerweise statt in

- | | | | |
|-------------------------|--------|----|---------|
| a) Besucherraum | bei | 18 | Gruppen |
| b) Gemeinschaftsraum | bei | 10 | Gruppen |
| c) Zelle | bei | 1 | Gruppe |
| d) sonstiges: | | | |
| Büro, in Eigenarbeit | | | |
| hergerichteter Gruppen- | | | |
| raum, Volleyballfeld | bei je | 1 | Gruppe |

Einige Gruppen gaben mehrere Besuchsorte an, nämlich 2 Gruppen Besucherraum/Gemeinschaftsraum, eine Gruppe Gemeinschaftsraum/Zelle und Volleyballfeld, eine Gruppe Besucherraum und Büro. Eine Gruppe antwortete mit "wechselnd", eine Gruppe kreuzte Ziff. e) an, ohne jedoch den Besuchsort zu benennen. Eine Gruppe machte keine Angaben.

Der überwiegende Teil, nämlich 28 oder 82,4 % trifft sich somit im Besucher- oder Gemeinschaftsraum.

Anwesenheit von Personal (14. - 14.2)

kein Personal ist während
des Besuchs anwesend bei 26 Gruppen

zeitweilig ist Personal
während der Besuche zugegen bei 6 Gruppen

immer ist Personal während
der Besuche anwesend bei 2 Gruppen¹

In den Fällen dauernder oder zeitweiliger Anwesen-
heit von Person sind dies

- | | |
|-------------------|---------------|
| a) Wachpersonal | bei 3 Gruppen |
| b) Sozialarbeiter | bei 0 Gruppen |
| c) Pfarrer | bei 2 Gruppen |
| d) Psychologe | bei 0 Gruppen |

Eine Gruppe machte hierzu die Angabe Wachpersonal
und Sozialarbeiter, eine weitere Wachpersonal,
Sozialarbeiter und Psychologe, in einer weiteren
Gruppe wurde angegeben: "Pfarrer und Diplom-
Pädagoge, keine Überwachung sondern Mitarbeiter."

Als

störend empfinden die Anwesen-
heit von Personal 2 Gruppen

angenehm empfinden dies 3 Gruppen

weder störend noch angenehm
empfinden dies 3 Gruppen

¹ eine Gruppe machte keine Angaben

Motive der Tätigkeit (15.)

Befragt nach den Motiven der Tätigkeit und deren
Einschätzung gaben an¹

	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
a) christliche Nächstenliebe praktizieren	5	8	6	7
b) sozial, karitativ tätig sein	5	14	6	1
c) überhaupt etwas Sinnvolles tun	4	6	9	4
d) sozialpolitische Motive	7	10	7	3
e) sonstiges				
diakonische Seelsorge	1			
Gruppen- und Selbsterfahrung, Kontakt zur Außenwelt	1			
Lernen, in Gruppe zu arbeiten	(ohne Einschätzung)			
Bewältigung von Suchtproblemen	1			
Hilfestellung nach Entlassung	(ohne Einschätzung)			
Ergänzung des Berufsziels		1		
Notwendigkeit des Informations- flusses zur Kontaktgruppe (gemeinsame Basis)	1			
Berufsvorbe- reitung		1		
Gefangene integrieren	(ohne Einschätzung)			
Kontakte zu Gefangenen vor Aufnahme ins KIM-Jugendcenter ²	1			

1 Zahlen = Gruppenanzahl

2 KIM Jugendcenter e.V. Paderborn

"Sozial, karitativ tätig sein",
"sozialpolitische Motive" und "christliche Nächsten-
liebe praktizieren" wurden am häufigsten benannt
(mindestens 26 mal), dabei sind diese Motive über-
wiegend sehr wichtig und wichtig. Erstaunlich ist
aber andererseits die Tatsache, daß zwischen 7 und
13 Gruppen diese als weniger wichtig oder unwichtig
bezeichnen.

"Überhaupt etwas Sinnvolles tun" halten 10 Gruppen
für sehr wichtig/wichtig und 13 für weniger wichtig/
unwichtig.

Gestaltung der Gruppenarbeit (16.)

Die Frage nach der Gestaltung der Gruppenarbeit
und deren Häufigkeit wurde wie folgt beantwortet:¹

	häufig	manchmal	selten	nie
a) Gruppengespräche	23	7	3	1
b) Einzelgespräche	20	12	2	1
c) Rollenspiele	0	7	9	13
d) Briefkontakt herstellen	7	12	10	2
e) Arbeit beschaffen	8	13	6	6
f) Wohnung bereitstellen	10	12	5	7
g) Kontakt zu Angehörigen und Freunden herstellen	3	15	9	5
h) Persönliche Beziehungen zwischen Gruppenmitglie- dern und Gefangenen aufbauen	15	11	3	0
i) Rechtsberatung geben	2	10	11	8
j) Papiere besorgen	7	7	10	7
k) Öffentlichkeitsarbeit leisten	8	14	8	4
l) Konflikte Anstalts- personal/Gefangene abbauen	2	9	10	10
m) Gruppenausgang organisieren	2	6	11	15
n) Einzelausgang organisieren	5	8	9	11
o) materielle Hilfe leisten	3	16	7	6
p) sonstiges				
Sport (Fußball)	1			
Beratung in G.O.T. ²	1			
Zusammenarbeit mit anderen Gruppen		1		

¹ Zahlen = Gruppenanzahl

² Gemeinschaft der Offenen Tür

	häufig	manchmal	selten	nie
Selbstwertgefühl der Gefangenen stärken	(ohne Häufigkeitsangabe)			
Wohnprojekt	1			
Sportveranstaltung, Filme, Karten, Basteln		1		
Kontaktgruppenvertreter- treffen, Tagungen, Rundbriefe	(ohne Häufigkeitsangabe)			
Weihnachtsaktion, Gruppenspiele	1			
Freizeit		1		
Wochenende mit Gefangenen, Mal- Dicht-Wettbewerb, Bücher lesen und diskutieren			1	
Singen, Fußball		1		
Sport, kreative Arbeit	(ohne Häufigkeitsangabe)			
Gruppenarbeit in JVA, Treffen in der Stadt	(ohne Häufigkeitsangabe)			
Gruppenwochenende in Bildungsstätte		1		
Urlaubsgestaltung	(ohne Häufigkeitsangabe)			
Ausflüge, Kegeln	(ohne Häufigkeitsangabe)			

Im folgenden (16.1 - 16.6) sollen einige Gestaltungsmöglichkeiten widergegeben werden.

Gruppengespräche (16.1)

Wie oben festgestellt, werden Gruppengespräche von 30 Gruppen häufig bzw. manchmal geführt. Dem entspricht eine hohe Anzahl Angaben dazu, welche Themen bzw. Probleme hierbei angesprochen werden.

Bis auf die Themen "Alkohol" und "Drogen", welche am häufigsten genannt worden sind, sollen die übrigen Themen bzw. Probleme, auch wenn sie sich teilweise inhaltlich überschneiden, vollständig aufgezählt werden:

Alkohol (6 x genannt)

Drogen (5 x genannt)

Arbeit unserer Gruppe

Zeit danach

Vertrauen in der Gruppe (zwischen Knackies und Mitarbeitern)

Wie stellst Du Dir Deine Zukunft vor ?

Was sollen wir das nächste Mal machen ?

Entlassungsvorbereitungen

Inhalt der Gruppenstunden vorbereiten

Was machst Du nach Deiner Entlassung ?

Wie schulst Du Dich in der Anstalt ?

Ursachen der Kriminalität

Sexualität im Knast

Bundeswehr, ja oder nein ?

Tätowierung

"Persönliche Beziehungen zwischen Gruppenmitgliedern und Gefangenen aufbauen" ist häufig oder manchmal bei 15 bzw. 11 Gruppen.

Für 18 - 22 Gruppen ist häufig bzw. manchmal

- "Kontakt zu Angehörigen und Freunden herstellen" (18),
- "Briefkontakte herstellen" (19),
- "materielle Hilfe leisten" (19),
- "Arbeit beschaffen" (21),
- "Wohnung bereitstellen" (22) und
- "Öffentlichkeitsarbeit leisten" (22).

Andererseits ergibt sich bei einer Zusammenfassung der Kategorien "selten" und "nie" (Werte ab insgesamt 18 werden berücksichtigt):

"Gruppen- oder Einzelausgang organisieren" kommt selten oder nie vor bei 26 bzw. 20 Gruppen.

"Rollenspiele" werden selten oder nie durchgeführt von 9 bzw. 13 Gruppen.

"Konflikte abbauen" geschieht selten oder nie bei 10 bzw. 10 Gruppen,

"Rechtsberatung" wird erteilt in 11 Gruppen selten und in 8 Gruppen nie.

Bis auf die Gestaltungsangabe "Papiere besorgen" (für 14 Gruppen häufig oder manchmal, für 17 Gruppen selten oder nie) und "sonstiges" (für 9 Gruppen häufig oder manchmal, für 1 Gruppe selten) sind damit alle aufgeführten Aktivitäten positiv oder negativ zusammengefaßt.

Es zeigt sich, daß Sport und Spiel bei "sonstiges" am häufigsten genannt wird.

Verhältnis Gefangene / Betreuer

Entlassung

Aktuelles Zeitgeschehen

Beziehungsklärung

Knastalltag

Miteinander leben

Schwellenangst überwinden

Schulden nach der Entlassung: Einteilen des Geldes, persönliche Ansprüche auf das vorhandene Geld abstimmen

Konflikte in der JVA, die alle betreffen

Entlassungs-/Haftprobleme

Freundschaft

Gemeinsame Vorbereitung der Öffentlichkeitsarbeit

Strafvollzug

Kommunikation

Solidarität

Allgemeines Verhalten

Sinn der Strafe

Israel

Arbeitslosigkeit

Konflikte im Knast (mit Beamten)

Besprechung von Fernsehfilmen

Politik und Sport

Erwartungen, die an die Kontaktgruppe gestellt werden

Reden über Probleme draußen

Erfahrungen mit der Justiz

Problematische Beziehungen zu weiblichen Gruppenmitgliedern

Sinn der Resozialisierung

Kriminelle Karriere
Umgang mit Behörden
Knastmilieu
Unstimmigkeiten bezüglich der Musikwünsche
der Knackies
Lehrstelle
Essen im Knast
Arbeit im Knast
Arbeits- und Berufsprobleme durch Knast bedingt
Partnerschaft
Eigene Persönlichkeit
Konflikte durch Gruppensituation bedingt
Gesellschaftspolitik
Entlassungsvorbereitung
Vergangenheit
Persönliche Knastsituation
Verhältnis zu Bewährungshilfe
Freizeitgestaltung
Anstaltsleben
Vorurteile in der Gesellschaft: wie abbauen ?
Gespräche zur Vorbereitung von Gottesdiensten
in der Gemeinde
Allgemeine Unterhaltung über interessierende Fragen
Besondere Veranstaltungen, z.B. Weihnachtsfeier,
Karneval oder Fußballspiele
Partnerprobleme
Sensibilisierung der sozialen Wahrnehmung
Macht- und Autoritätskonflikte
Aggression

Kontaktfähigkeit

Eheprobleme während der Haft

Warum Rückfälle ?

Ursachen der Straffälligkeit

Strategien entwickeln gegen den
oft vorprogrammierten Rückfall

Frauen

Freizeit

Rechtliche Fragen

Beschaffung von Hausrat

Wie komme ich aus meiner Einsamkeit
bzw. Isolierung heraus ?

Schuldenregulierung

Einzelgespräche (16.2)

Einzelgespräche werden von 20 Gruppen häufig
und von 12 Gruppen manchmal durchgeführt.
Auch hier sollen im wesentlichen die Probleme
bzw. Themen wie beantwortet aneinander gereiht
werden.

Besonders häufig, nämlich 7 mal, wurden "persön-
liche Probleme", das "Problem nach der Entlassung"
wurde 6 mal als Gesprächsinhalt genannt. "Probleme
mit Angehörigen" wurde 2 mal angegeben. Weitere
Themen/Probleme waren:

Familie

Elternhaus

Freundin

Verlobte

Frau

Aktuelle persönliche Probleme des Gefangenen

Werdegang des Gefangenen

Individuelle Probleme aufarbeiten

Elternkontakt

Berufsfragen

Beziehungsklärung

Bloße Unterhaltung

Homosexualität

Motivation zur Weiterbildung im Knast

Probleme im Knast

Große Anfangsphase, wo Kontakt und
Vertrauen aufgebaut wird

Alkohol

Drogen

Anfangszeit der Inhaftierung

Tat und deren Umstände

Konkrete Entlassungsvorbereitungen

Vergangenheitsbewältigung

Kontaktschwierigkeiten im Knast

Zukunftsperspektive nach der Entlassung

Straftaten - wie es dazu kam

Jugenderlebnisse

Erzählen, was wir draußen machen

Arbeit

Behörden

Urlaub

Rechtshilfe

Wiedergutmachung

Weiterbildung

Wie der einzelne in den Knast gekommen ist

Probleme mit der Gruppe

Schwierigkeiten im Vollzug

Was ist Freundschaft ?

Vertrauen zu Bezugspersonen

Probleme am Arbeitsplatz

Häusliche Verhältnisse

Straftaten

Gestaltung der Besuche im Gefängnis

Beruf

Politische Sachen

Hilfestellung nach der Entlassung

Fußball

Schallplatten

Ursachen des Versagens

Eingewöhnung in die Freiheit

Schwierigkeiten, Kontakt zu finden

Ausgang

Behörden

Freundschaften, welche in die Brüche gehen
oder gegangen sind

Gefühl des Alleinseins, kein Zuhause zu haben

Angst, es alleine nicht zu schaffen

Finanzielle Schwierigkeiten

Rollenspiele (16.3)

16 Gruppen gaben an, manchmal oder selten Rollenspiele zu veranstalten. Hier die Themen:

Ein Tag im Knast

Rollentausch mit Knackies

Gerichtsverhandlung

Verteilen der Geschlechtsrollen

Umgang mit Behörden

Situation nach der Entlassung

Einstellungsgespräch beim Arbeitgeber

Entlassung

Alkohol

Drogen

Persönliche Beziehungen untereinander

Zeit nach der Entlassung

Sündenbockprinzip

Konfliktbereinigung / Lösungsmöglichkeiten

Vertrauensentwicklung

Informationsvermittlung / Gerüchte

Kontakte zu Freunden knüpfen

Knackie gleich Richter, wir gleich Gefangene

Vorführung beim Aufsichtsdienstleiter

Gruppenabend mit vertauschten Rollen

Arbeitgeber / Arbeitnehmer

Arbeitssuche

Konflikte mit Mitgefangenen bzw. Bediensteten

Probleme mit Elternhaus und Bekanntenkreis

Auseinandersetzung mit der Gruppe

Wohnungssuche

Gespräche mit Bewährungshelfer

Materielle Hilfe (16.4)

Für den Fall, daß materielle Hilfe geleistet wird, sollte angegeben werden, woraus diese finanziert wird. Dies geschieht

- a) aus Beiträgen der Mitglieder bei 13 Gruppen
- b) aus Spenden, Bußgeldern bei 17 Gruppen
- c) mit Geldern staatlicher oder
 kommunaler Stellen bei 7 Gruppen

Zu

- d) sonstiges lauten die Antworten:

Kirchengemeinde

persönlich

falls erforderlich, von der Bezugsperson
selbst aufgebracht

Studentenwerkstipendien

Eigenmittel

Privat und Bewährungshilfe

evangelische Landeskirche

Deutscher paritätischer Wohlfahrtsverband.

Die höhere Anzahl Antworten als Anzahl der Gruppen resultiert daraus, daß des öfteren zwei Einnahmequellen genannt wurden.

Danach wird materielle Hilfe häufig gewährt, in den wenigsten Fällen allerdings vom Staat bzw. der Kommune.

Die beiden nächsten Fragen haben das Verhalten der Gruppen vor und nach den Besuchen zum Gegenstand:

Die Besuche werden vorbereitet (16.5)

immer	von	12	Gruppen
meistens	von	13	Gruppen
selten	von	7	Gruppen
nie	von	2	Gruppen ¹

Damit bereiten ca. 74 % der Gruppen den Besuch immer oder meistens vor.

Eine Nachbesprechung führen durch (16.6)

immer	12	Gruppen
meistens	16	Gruppen
selten	4	Gruppen
nie	1	Gruppe ²

Immer oder meistens findet eine Nachbesprechung damit bei 84 % der Gruppen statt.

1 eine Gruppe gab keine Antwort

2 zwei Fragebogen wurden insoweit nicht beantwortet

Auswahl der Gefangenen (17. - 17.2)

Einfluß auf die Auswahl haben	20 Gruppen
Keinen Einfluß haben	11 Gruppen
Einfluß "könnte haben"	1 Gruppe
"Sowohl als auch" hat	1 Gruppe ¹

Nimmt man die Gruppe, welche Einfluß haben könnte und diejenige, welche beide Alternativen angekreuzt hat, zur ersten Kategorie hinzu, haben Einfluß 22 oder 66,7 %.

Für sinnvoll halten eine Mitsprache ebenfalls 22, für nicht sinnvoll 8 Gruppen.

Wegen der Mannigfaltigkeit der angegebenen Begründungen für eine Mitsprache sollen diese im Wortlaut wiedergegeben werden:

1 2 Gruppen machten keine Angaben

Um Mitglieder aus unserem Raum (JVA Siegburg) zu bekommen, der auch Kontakt nach der Entlassung zuläßt

Um die Arbeit effektiver gestalten zu können

Verweildauer

Gruppenzusammensetzung

Wegen der Betreuung nach der Entlassung
(Wir nehmen prinzipiell nur Inhaftierte aus dem Stadtbereich Mönchengladbach)

Die Gruppe muß bis zu einem gewissen Grade harmonisieren - ähnlich liegende Probleme, z.B. verheiratete Gefangene haben oft ganz anders gelagerte Probleme als z.B. BTM-Leute¹

Um zu große Breiten (z.B. Kurz-/Langstrafig) zu vermeiden

Bei Unterrichtsgruppen: Zu große Spannen vermeiden, speziellere Problemlage ansprechen

Wir konzentrieren unsere Arbeit auf Gefangene, die wenig Kontakt nach draußen haben

Unsere Bedingungen müssen erfüllt werden:
Bis zu 2/3 Strafe nach einem halben Jahr Aufenthalt in der JVA, keine Drogenabhängigen, die Absprache über die Aufnahme neuer Gruppenmitglieder erfolgt mit dem Gefängnispfarrer, Aufnahme erfolgt nach unseren gemeinsamen Kriterien über Wichtigkeit, z.B. keine Kontakte nach Hause u.ä.

Noch verbleibende Haftdauer: Wichtig, sie darf nicht zu kurz sein, sonst Kennenlernen nicht möglich

Entlassungsort sollte Köln sein, sonst bricht nach der Entlassung erfahrungsgemäß der Kontakt ab, Hilfestellung dann nicht möglich

In erster Linie nehmen wir Gefangene mit wenig Außenkontakt auf, das sind die wesentlichen Punkte, welche wir berücksichtigt haben wollen und geschieht auch in den meisten Fällen

Wir möchten Leute, welche noch mindestens 6 Monate in Siegburg sind

1 Drogenabhängige, welche nach dem Betäubungsmittelgesetz verurteilt worden sind

Wir möchten keine Drogenabhängigen in der Gruppe haben, da wir uns damit überfordert fühlen

Falls persönliche Kontakte zu einzelnen bestehen, können diese durch unsere Mitsprache in die Gruppe kommen

Strafdauer zur Kontaktaufnahme erforderlich

Möglichst Gefangene aus einem Block (Abteilung) zur Kontaktaufnahme außerhalb der Gruppe

Grundsätzlich muß die Gruppe zumindest Einfluß auf die Kriterien haben, nach denen ausgesucht wird. Das ist bei uns gegeben

Die Aussuche selbst kann oft besser von einer Person in der Anstalt gemacht werden, weil diese Person die Situation in der Anstalt und der Gefangenen besser kennt

Die Gruppenmitglieder (Inhaftierte) suchen neue Gruppenmitglieder selbst aus, die Auswahl wird in der Gruppe gemeinsam besprochen, es werden so nur Inhaftierte aufgenommen, welche bereit sind, sich in die Gruppe einzubringen, außerdem lernen sich die Gruppenmitglieder untereinander kennen, indem die Inhaftierten die neuen Mitglieder selbst aussuchen, wird garantiert, daß überwiegend Langzeithaftler in die Gruppe kommen

Überschaubarkeit der Gruppe

Wohnort der Gefangenen

Wohnort - sinnvolle Nachbetreuung, Kontakte zu Behörden und zu Bewährungshilfe, nach Möglichkeit Leute aus Aachen

Terminabsprache

Möglichst langfristige Betreuung

Leute für Betreuung gewinnen

Da die Gruppe aus zwei Vororten Kölns kommt, möchten wir vornehmlich Gefangene aus diesen Vororten, damit auch nachher Kontakt hergestellt werden kann

Die Institution JVA ist nicht umzudrehen, um aber minimale Verbesserung der Häftlinge nach der Haft zu erreichen, ist es notwendig, gezielt auf diese kleinen Ziele hinzuarbeiten, eine Arbeit, die mit der Auswahl der Gefangenen beginnt

Zur U-Haft Einsitzende z.B. erscheinen uns aufgrund ihrer nur kurzen Haftzeit (ein paar Wochen) als ungeeignet

Effektive Programmgespräche nur möglich, wenn sich die Gruppenmitglieder gegenseitig akzeptieren, versuchen aufeinander einzugehen, es schaffen, einen Raum zu schaffen (Atmosphäre) indem jeder einzelne über persönliche Dinge innerhalb der Gruppe sprechen kann, dieses sind sehr hohe Forderungen, die selbstverständlich klingen, aber schwer zu erreichen sind, sollte jemand bewußt oder aus "Spaß an der Freude" die Atmosphäre stören, muß man Konsequenzen ziehen können

Wir hatten oft den Eindruck, daß auf die Gefangenen indirekter Einfluß in bezug auf Teilnahme ausgeübt wurde (Versprechen von Vergünstigungen etc.), wir halten von daher die Freiwilligkeit der Teilnahme (die wir für wichtig finden) nicht in jedem Falle für gewährleistet

Es gibt Fälle, da sind uns in der Betreuung Grenzen gesetzt, meiner Meinung nach sollte man das klar erkennen und sagen

Herauszustellen sind danach als Gründe für eine Mitsprache bei der Auswahl der Gefangenen:

1. Die Haftdauer des Gefangenen soll so sein, daß eine kontinuierliche Arbeit möglich ist.
2. Der nach der Entlassung geplante Wohnort soll in der Nähe des Ortes sein, woher die Resozialisierungsgruppe kommt.
3. Die in der Gruppe betreuten Gefangenen sollen möglichst ähnlich gelagerte Probleme haben.
4. Eine Zusammenarbeit mit Suchtkranken nach dem Betäubungsmittelgesetz wird als zu schwierig angesehen und daher abgelehnt.

5. Es soll sich um solche Gefangenen handeln, welche wenig Außenkontakt haben.
6. Die Gefangenen sollen innerhalb der Anstalt aus einem Block kommen mit der Möglichkeit, untereinander Kontakt zu bekommen und aufrecht zu erhalten.
7. Mitsprache als Einflußmöglichkeit und Kontrolle hinsichtlich des Geschehens in der Vollzugsanstalt.

Obwohl dies nicht gefragt war, teilt eine Gruppe mit, aus welchen Gründen sie eine Mitsprache für weniger sinnvoll hält: Die Auswahl könne besser vom Anstaltspersonal getroffen werden, weil dieses die Situation in der Anstalt und die Gefangenen besser kenne.

Betreuung außerhalb der Anstalt (18. - 18.5)

Außerhalb der Anstalt werden Gefangene/Entlassene betreut von	29	Gruppen
---	----	---------

keine Betreuung außerhalb der Anstalt findet statt bei	6	Gruppen
--	---	---------

Während eines Urlaubs oder nach der Entlassung nehmen Gefangene/Entlassene auf	20	Gruppen
--	----	---------

keine Aufnahme erfolgt bei	8	Gruppen
----------------------------	---	---------

"Je nach Erfordernis" nimmt auf	1	Gruppe
---------------------------------	---	--------

Die Betreuung außerhalb der Anstalt ist demnach sehr häufig (82,8 %), Aufnahme während eines Urlaubs oder nach der Entlassung ist gegeben bei 21 Gruppen oder 72,4 %.

Wenn Gefangene/Entlassene aufgenommen werden (18.2),
so geschieht dies

a) in der Wohnung eines Gruppenmitgliedes bei 14 Gruppen

b) in der Wohnung, die eigens dafür gemietet ist bei 4 Gruppen

c) in einer Pension, in einem Hotel bei 2 Gruppen

d) Antworten zu "sonstiges"

in Wohnheimen oder Wohnungen,
die nicht speziell hierfür
angemietet sind

a), b) oder d) = CVJM-Kolping

a) oder d) = Vor Entlassung gemeinsame Wohnungssuche
CVJM-Wohnheim

b) oder d) = eigene Wohngemeinschaft
für 10 Probanden ab
1.11.78
KIM-Jugendcenter e.V.
(Resozialisierungszentrum mit 3 hauptamtlichen Kräften)

Der Anteil der Gruppen, welche Gefangene/Entlassene in der Wohnung eines Gruppenmitgliedes aufnehmen, ist mit 14 bzw. 48,3 % hoch und deutet darauf hin, daß ein sehr persönlicher Kontakt zu dem Gefangenen/Entlassenen besteht.

Die Aufnahme geschah in den letzten 12 Monaten

1	x	bei 2	Gruppe(n)
2	x	" 2	"
3	x	" 3	"
4	x	" 1	"
5	x	" 3	"
6	x	" 2	"
15	x	" 2	"
12 - 15	x	" 1	"
40 - 50	x	" 1	"

und dauerte

ca. 2	Tage	bei 1	Gruppe(n)
ca. 3	Tage	" 5	"
ca. 7	Tage	" 2	"
ca. 10	Tage	" 1	"
ca. 90	Tage	" 1	"
ca. 30 - 50	Tage	" 1	"
zwischen 1 Tag und 3 Monaten		" 1	"
zwischen 3 Monaten und 1 Jahr		" 1	"
zwischen 1 Tag bis einem Jahr		" 1	"
zwischen 3 und 6 Monaten		" 1	"
ein halbes Jahr		" 1	"

Der Schwerpunkt liegt damit bei den Kurzaufenthalten (3 bis 7 Tage).

a) Durch gelegentliche Gespräche
über anstehende Probleme
werden Entlassene betreut (18.3)
von 27 Gruppe(n)

dies geschieht nicht bei 1 "

Die Entlassenen werden für
ein halbes Jahr in zwei
Wohngemeinschaften aufge-
nommen bei 1 "

Diese Art Betreuung fand statt

1	x	im Monat	durch	1	"
1 - 2	x		"	1	"
1 - 3	x		"	6	"
2	x		"	1	"
2 - 3	x		"	3	"
4	x		"	2	"
4 - 6	x		"	2	"
4 - 10	x		"	7	"
5 - 10	x		"	1	"
6 - 7	x		"	1	"
10	x		"	1	"

"unbestimmt", "unregelmäßig"
oder "gelegentlich" bei 5 "

"je nach Bedarf" " 6 "

"seltener als 1 x im Monat" " 1 "

"fast täglich" " 1 "

Mindestens 3 mal im Monat wurde danach durch
gelegentliche Gespräche betreut, 24 (ein-
schließlich: "täglich") mal.

b) Durch gemeinsame Freizeitgestaltung betreuen	16	Gruppe(n)
---	----	-----------

keine Betreuung durch Freizeitgestaltung gaben an	18	"
---	----	---

Falls durch gemeinsame Freizeitgestaltung betreut wird, geschieht dies

1	x	im Monat	bei	3	"
2	x		"	1	"
2 - 3	x		"	1	"
3	x		"	1	"
3 - 4	x		"	1	"
4 - 5	x		"	1	"

"Nach Bedarf", "unterschiedlich", "unbestimmt", "gelegentlich", "unregelmäßig" gaben an	5	"
---	---	---

"seltener als 1 x im Monat" gab an	1	"1
------------------------------------	---	----

Zur Art der Freizeitgestaltung wurde angegeben:

Sport (Kegeln, Fußball, Schwimmen);

Reden; Kino; Zusammensetzen; Fête;

gemeinsamer Besuch von Kneipen und Tanzveranstaltungen;

Ausflüge, Stammtisch der Kontaktgruppen;

private Besuche; handwerkliche Arbeiten;

Wanderungen; gemeinsame Wochenendtagungen;

Diskotheiken; Stadtbummel; Schach, Kochen; Karten.

1 2 Gruppen machten keine Angaben

- c) Zur Entlassenenbetreuung wurde weiterhin angegeben:

Entlassenen-Mitarbeit in der externen Gruppe;

häufige Treffen Privat / Gruppe / Freizeitbereich;

Klärung von Problemen am Arbeitsplatz;

Kontakt zu Angehörigen; Hilfe bei Schwierigkeiten mit Ämtern (Behördengespräche);

Freundschaftsanbahnung; Spaziergänge;

Gruppentreffen außerhalb der Anstalt;

Arbeits- und Wohnungssuche; Gruppenabende.

Auf diese Weise betreuen

4	x	im Monat	3	Gruppe(n)
3	x	"	1	"
4 - 5	x	"	1	"
10	x	"	1	"

Die Betreuung (ohne Rücksicht auf die Art) dauert

1 - 5	Monate	bei	4	"
6 - 12		"	8	"
6 - 48		"	1	"

Durchschnittlich betreut während der letzten 12 Monate wurden

1 - 5	Gefangene von 10	"
5 - 10	" "	4
über 10		
(20, 20, 30, 40, 40)	" "	5

Die Betreuung von Entlassenen geschieht überwiegend durch Gespräche über Probleme (oben a) = 27 Gruppen) und durch Bewältigung von Problemen (oben c)). Weniger häufig ist die Betreuung durch gemeinsame Freizeitgestaltung (oben b) = 16).

Die Allgemeinverfügung des Justizministers
über die "Ehrenamtliche Betreuung im Straf-
vollzug" (19. - 19.2)

ist

bekannt	bei	32 Gruppen
unbekannt	bei	2 " 1

Diese Regelung halten

a) grundsätzlich gut	4	"
b) teilweise gut	7	"
c) ziemlich schlecht	15	"
d) total überflüssig (keine Angaben)		

Darüber hinaus wurden folgende
Antworten gegeben:

teilweise gut bis ziemlich schlecht ist die Regelung für	1	Gruppe
---	---	--------

"wir haben sie erst erträglich gemacht" meint	1	"
--	---	---

ziemlich schlecht, weil "der Wiedereingliederung zuwider- laufend" meint	1	"
--	---	---

Es vertreten die Ansicht zu	<u>stimme zu</u>	<u>lehne ab</u>
a) Helfer müssen ein bestimmtes Alter haben	19	12
b) ehemalige Gefangene dürfen erst nach mehreren Jahren in der JVA als Gruppenmitgl. tätig sein	4	25
c) Helfer können von der Anstaltsleitung jederzeit ohne Angaben von Gründen von einer weiteren Tätigkeit ausgeschlossen werden	1	30
d) Die Helfer müssen ihnen bekanntgewordene Tatbestände der Anstalt melden	4	26
e) Die Helfer dürfen in ihrer Tätigkeit vom Anstaltspersonal überwacht werden	4	25

20. Schwierigkeiten und deren Häufigkeit

Die Frage danach, worin die größten Schwierigkeiten für die Tätigkeit gesehen werden und wie oft diese auftreten, wurde beantwortet:¹

	häufig	manchmal	selten	nie
a) Behinderung durch das Anstaltspersonal	0	6	13	12
b) Unerfahrenheit der eigenen Gruppenmitglieder	3	17	10	2
c) Mangelndes Vertrauen der Gefangenen	6	13	8	1
d) Mangelnde finanzielle Mittel	8	6	5	12
e) Häufigkeit und Dauer der Besuche sind unzureichend	7	10	8	4
f) Die Gefangenen arbeiten zu wenig mit	9	15	6	1
g) Aussichtslosigkeit der Bemühungen (eigene Frustration)	6	18	6	0
h) Die räumlichen Bedingungen sind nicht ausreichend	7	8	10	6
i) Gesetzliche Bestimmungen und Verwaltungsvorschriften behindern die Arbeit	6	11	9	6
j) Sonstige Schwierigkeiten				
zu wenig externe Mitglieder	1			
Trägheit des Apparats, unterschiedliche Sozialisation, Bildungsstand	1			
kurzfristige Verlegung in andere Anstalten		1		
Lebenskreise sind manchmal sehr verschieden, nach der Entlassung Kontaktabbruch	1			
unterschiedliche Auffassung der Außengruppe über Reso-Arbeit		1		
Große Fluktuation in der Gruppe	2			
finanzielle Schwierigkeiten	1			
langer Anfahrtsweg	2			

¹ Zahlen = Gruppenanzahl

	häufig	manchmal	selten	nie
Zusammenarbeit mit Betreuern	1			
häufiger Wechsel der Gefangenen	1			
Vorbehalte der Zusammen- arbeit der Bediensteten in der JVA und der Ver- waltung gegenüber sog. ehrenamtlichen Helfern und deren Vorgehen, aber auch deren Vorbe- halte gegenüber den Be- diensteten der JVA	1			
Mitglieder sind beruf- lich überlastet	1			

In der Reihenfolge der Häufigkeit werden danach
genannt:

- mangelnde Mitarbeit der Gefangenen (f),
- Aussichtslosigkeit der Bemühungen (g),
- Unerfahrenheit der eigenen Gruppenmitglieder (b),
- mangelndes Vertrauen der Gefangenen (c),
- Häufigkeit und Dauer der Besuche sind
unzureichend (e) und
- gesetzliche Bestimmungen und Verwaltungsvorschriften behindern die Arbeit (i).

Faßt man die Schwierigkeiten, welche in der Außengruppe liegen, die in der Gefangenengruppe begründet sind und die für beide eine Bedeutung haben, zusammen, so ergibt sich:

Schwierigkeiten der Außengruppe sind

- Unerfahrenheit (b),
- Aussichtslosigkeit der Bemühungen (g),
- zu wenig externe Mitglieder (j: häufig),
unterschiedliche Auffassung der Außengruppe
über Reso-Arbeit (j: häufig),
berufliche Überlastung der Mitglieder
(j: häufig).

Schwierigkeiten, welche in der Gefangenengruppe liegen, sind

- mangelndes Vertrauen der Gefangenen (c) und
- mangelnde Mitarbeit der Gefangenen (f).

Beide betrifft die "große Fluktuation in der Gruppe" (j: häufig) und "Lebenskreise sind manchmal sehr verschieden, nach der Entlassung Kontaktabbruch" (j: manchmal).

A N H A N G V I

ANHANG VI

Liste der ausgewählten Fragen zu Einstellungen und Verhalten

<u>Nr.</u>	<u>Inhalt</u>	<u>Antwortmöglichkeiten</u>
1	Nummer des Fragebogens	--
2	Häufigkeit der Besuche in der JVA	alle ... Wochen
MOTIVE DER TÄTIGKEIT		
		sehr weniger un- wichtig wichtig wichtig wichtig
3	christliche Nächsten- liebe praktizieren	
4	sozial, karitativ tätig sein	
5	überhaupt etwas Sinnvolles tun	
6	sozialpolitische Motive (Veränderung gesell- schaftlicher Strukturen und Verhältnisse)	
7	Sonstige Motive	
GESTALTUNG DER GRUPPENARBEIT		
		häufig manch- mal selten nie
8	Gruppengespräche	
9	Einzelgespräche	
10	Rollenspiele	
11	Briefkontakte herstellen	
12	Arbeit beschaffen	
13	Wohnung bereitstellen	
14	Kontakt zu Angehörigen und Freunden herstellen	
15	Persönliche Beziehungen zwischen Gruppenmit- gliedern und Gefangenen aufbauen	

Forts. ANHANG VI

		häufig	manch- mal	selten	nie
16	Rechtsberatung geben				
17	Papiere besorgen				
18	Öffentlichkeitsarbeit leisten				
19	Konflikte Anstalts- personal/Gefangene abbauen				
20	Gruppenausgang organisieren				
21	Einzelausgang organisieren				
22	materielle Hilfe leisten				

23	Betreuung auch außerhalb der Anstalt ?	ja / nein
----	---	-----------

GRÖSSTE SCHWIERIGKEITEN
BEI DER TÄTIGKEIT ?

		häufig	manch- mal	selten	nie
24	Unerfahrenheit der eigenen Gruppenmitglieder				
25	Aussichtslosigkeit der Bemühungen (Frustration)				

A N H A N G V I I

ANHANG VII

Beschreibungsdimensionen (Faktoren)

In der Reihenfolge ihrer Bedeutung für
die Unterschiede zwischen den 35 Gruppen:

<u>Nr.</u>	<u>Inhalt</u>	<u>Wichtigste Einzelmerkmale</u>	<u>% Bedeutung</u>
1	Individuelle Betreuung in konkreten Angelegen- heiten (Vorbereitung auf die Entlassung)	Arbeit beschaffen Wohnung bereitstellen Einzelgespräche Einzelausgang organisieren	29
2	Auseinandersetzung mit dem Status des Gefangenen	Rechtsberatung geben Öffentlichkeitsarbeit Konflikte Anstalts- personal/Gefangene abbauen "überhaupt etwas Sinn- volles tun" (Motiv)	11
3	Gruppenorientierung (Betreuung "aus der Gruppe heraus")	häufige Besuche in der JVA Gruppengespräche führen Rollenspiele durchführen persönl. Beziehungen zwischen Gruppenmitgliedern und Gefangenen herstellen	9
4	christlich-soziale Motive	sozial, karitativ tätig sein (Motiv) christliche Nächstenliebe praktizieren (Motiv) materielle Hilfen leisten(-) ¹	8

1 Merkmale laden negativ (-)

Forts. ANHANG VII

<u>Nr.</u>	<u>Inhalt</u>	<u>Wichtigste Einzelmerkmale</u>	<u>% Bedeutung</u>
5	sozialpolitisch- gesellschaftskritische Motive	sozial-polit. Motive (Veränderung der Gesellschaft) Schwierigkeit: Aussichtslosigkeit der eigenen Bemühungen persönl. Beziehungen zu Gefangenen auf- bauen (-) Konflikte Anstalts- personal/Gefangene abbauen (-)	7

A N H A N G V I I I

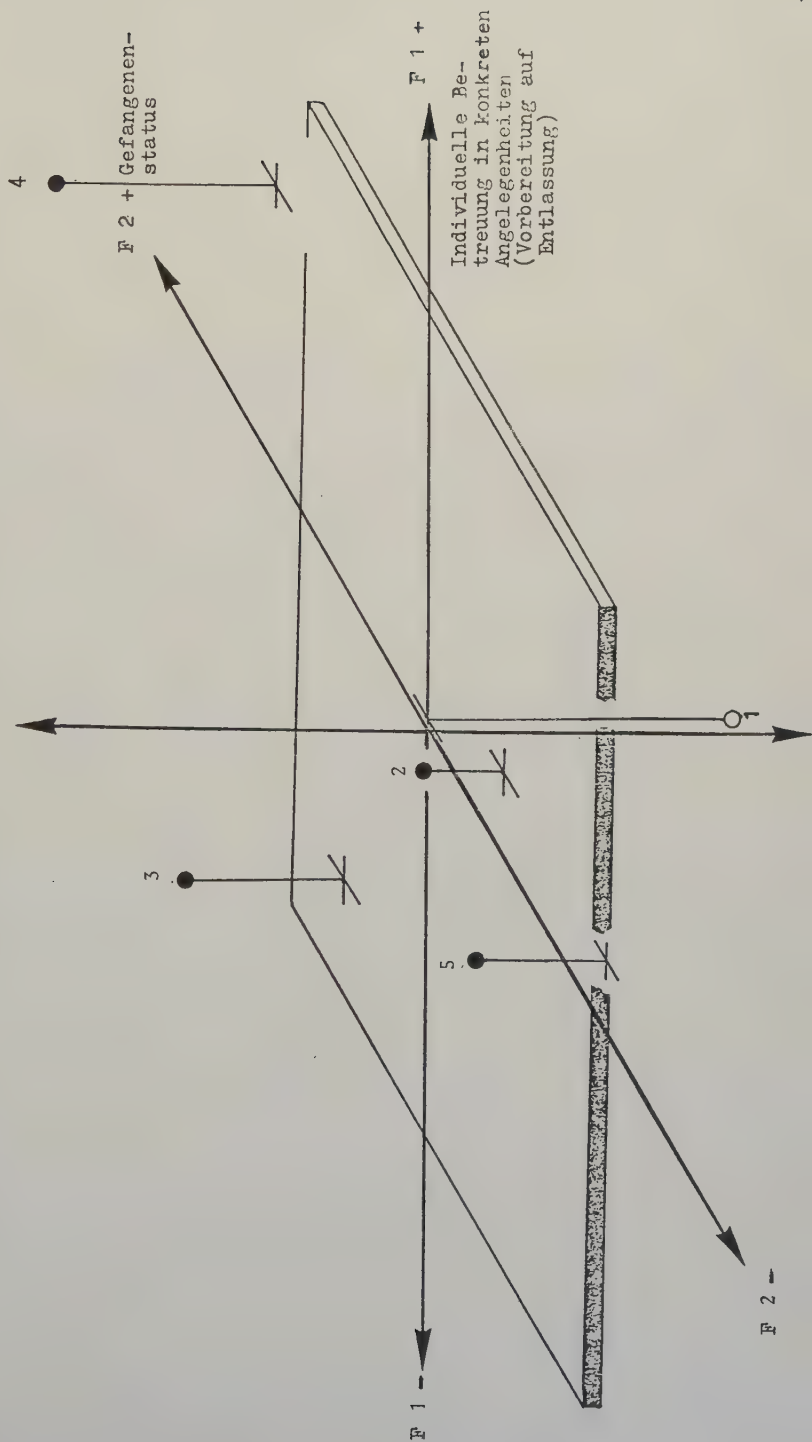
ANHANG VIII

Faktorwerte der einzelnen Gruppen

Faktor	Gruppen (Muster) (Typ)				
	1	2	3	4	5
1 Individuelle Betreuung in konkreten Angelegen- heiten	.03	.33	-1.16	1.07	.31
2 Auseinandersetzung mit dem Status des Gefangenen	.01	-.55	.64	1.20	-1.42
3 Gruppenorientierung	-1.18	.30	.57	.81	.48
4 christlich-soziale Motive	.16	-.61	-.39	.76	.11
5 sozialpolitisch-gesell- schaftskritische Motive	.19	-.47	-.59	.71	.23
Anzahl Gruppen im Muster	11	5	8	5	6
Anteil	32%	14%	23%	14%	17%

A N H A N G I X

Gruppenorientierung
F 3 +



A N H A N G X

Gruppe	Einstellungs-/ 1) Verhaltensfaktoren					Alter der Gruppen- mitglie- der	Organis. Ursprung	Anteil Studen- ten	Einfluß auf Aus- wahl der Gefange- nen?	Als Ver- ein ein- getragen, ange- strebt?
	1	2	3	4	5					
1	0	0	--	0	0	überwie- gend jünger	konfess. Verein- igung			
2	+	-	0	-	-			hoch	überwie- gend vor- handen	überwie- gend ja
3	--	+	+	-	-					
4	++	++	+	+	+	überwie- gend älter (>35Jahre)	konfess. o.ä. Verein- igung	niedrig	überwie- gend vor- handen	
5	+	--	+	0	0		spontan (Freund- deskreis)	hoch	wenig/ kein Einfluß	nein

1) Die Vorzeichen beschreiben die
(relativ) mehr oder minder starke
negative o. positive Ausprägung

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

- AG SPAK, Sozialpolitische Basisgruppen - Eine Untersuchung ihrer politischen und ökonomischen Situation, o.O. 1977
- Aktion Gemeinsinn, (Hrsg.), Bürgerinitiativen, Kampagne zur Resozialisierung Straffälliger, Bonn 1972
- Albrecht, G., Stichwort: Stigmatisierung, in: Kaiser, G., u.a. (Hrsg.), Kleines kriminologisches Wörterbuch, Freiburg 1974, S. 318 ff.
- Aves, G.M., Freie Mitarbeiter in sozialen Diensten, Freiburg 1973
- Baumann, H., Die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Straffälligenhilfe, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit 4/1981, S. 141 ff.
- Die Entlassenenhilfe in der Bundesrepublik Deutschland, Bochum 1980
- Baumann, J., Die ehrenamtlichen Mitarbeiter, in: Staiber, J., Kriminalpolitik und Strafvollzug, Berlin 1978, S. 90 ff.
- Brusten, M., Resozialisierung als Problem der Gesellschaft, in: Schmidtbreick, B. (Hrsg.), Kriminalität und Sozialarbeit, Freiburg 1972, S. 9 ff.
- Bundeszusammenschluß für Straffälligenhilfe (Hrsg.), Der Bundeszusammenschluß für Straffälligenhilfe, Eine Selbstdarstellung, Bonn 1973
- Gemeinsam den Rückfall verhindern, Bonn 1975
- Straffälligenhilfe - gestern - heute - morgen, Bonn 1978
- Busch, M., Straffälligenhilfe durch die freien Verbände, in: Caritas, 5/1970
- Sozialarbeit im Strafvollzug? in: Schmidtbreick, B. (Hrsg.), Kriminalität und Sozialarbeit, Freiburg 1972
- Ehren- und nebenamtliche Mitarbeiter im Strafvollzug, in: Schwind/Blau, Strafvollzug in der Praxis, Berlin/New York 1976
- Ansätze zu einer Sozial- und Straffälligenpädagogik im 19. Jh., in: Deimling/Häußling, Aktuelle und historische Aspekte der Strafvollzugsreform, Wuppertal 1977

- Callies, "Ausbildung und Therapie - zur Konkretisierung eines Anspruchs auf Resozialisierung", in: Die Reform des Strafvollzuges, herausgegeben von Baumann, München 1974
- Callies/
Müller/Dietz, Kommentar zum Strafvollzugsgesetz, 3. Auflage 1983
- Dargel, H., Hilfe von "draußen" im Strafvollzug - gemieden - geduldet - erwünscht? in: ZfStrVo, 25/1976, S. 161 ff.
- Däftner, in: Kriminalität in der Bundesrepublik, Göttingen 1972
- Deimling, G., Die Rheinisch-Westfälische Gefängnisgesellschaft, in: Deimling/Häußling, M., Aktuelle und historische Aspekte der Strafvollzugsreform, Wuppertal 1977
- Eidt, H.H., System und Organisation des Strafvollzugs, in: Kaiser, G. u.a. (Hrsg.), Strafvollzug, Heidelberg/Karlsruhe 1978
- Eisenhardt, Strafvollzug, Stuttgart 1978
- Feest, J. u.a. (Hrsg.), Kommentar zum StVollzG, Neuwied/Darmstadt, 2. Auflage 1982
- Feest/Lautmann, R., Die Polizei, Opladen 1971
- Goffman, E., Asyle. Über die soziale Situation von Insassen... Ffm 1972
- Grunau, Kommentar zum Strafvollzugsgesetz, Köln 1977
- Hafermalz, Schriftliche Befragung - Möglichkeiten und Grenzen, Wiesbaden 1976
- Harbordt, St., Die Subkultur des Gefängnisses. Eine soziologische Studie zur Resozialisierung, Stuttgart ²1972
- Häußling, J., Der Bürger als Straffälligenhelfer, in: Bundeszusammenschluß für Straffälligenhilfe (Hrsg.), Gemeinsam den Rückfall verhindern, Bonn 1975, S. 35 ff.
- Hoffmann, M., Die Rollenproblematik des Strafvollzugsbediensteten, in: ZfStrVo, 1979, S. 9 ff.

- Hohmeier, J., Aufsicht und Resozialisierung, Stuttgart 1973
- Die soziale Situation des Strafgefangenen: Deprivationen der Haft und ihre Folgen, in: MSchrKrim 1969, S. 292 ff.
 - Soziale Verhaltenstypen bei Insassen von Strafanstalten, in: MSchrKrim, 1971, S. 3 ff.
 - Probleme der Sozialarbeit im Strafvollzug, in: Informationsdienst Sozialarbeit 10/1975
- Hollstein, W./
Meinhold, M., Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, Ffm 1979
- Initiative Strafvollzug Bremen, Perspektiven einer politischen Gefangenenarbeit, in: Kritische Justiz, 3/1972, S. 254 ff.
- Isermann, E./
Wilke, H.H., Gruppenarbeit freier Helfer im Strafvollzug, in: KrimJ, 1974, S. 292 ff.
- Jordan, J. u. E., Gefängnis - Subkultur und Verfestigung abweichenden Verhaltens, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 4/1975, S. 134 ff.
- Jung, "Der Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes", in: Juristische Schulung 1972, 482
- Kaiser, G., u.a., Kleines kriminologisches Wörterbuch, Freiburg i.B. 1974
- u.a., Strafvollzug, Heidelberg/Karlsruhe 1978
- Kästner, O., Gedanken zum Ausbau ehrenamtlicher Bewährungshilfe, in: Bewhi 1978, S. 36 ff.
- Kaufmann, Kriminologie III, Strafvollzug und Sozialtherapie, Berlin 1977
- Keck, K., Gegenwartsfragen des Strafvollzugs in Deutschland, Jur. Diss., Freiburg 1957
- Kerner, H.-J., Strafvollzug als Prozeß, in: Kaiser u.a. (Hrsg.), Strafvollzug, Heidelberg/Karlsruhe 1978, S. 252 ff.

- Kirschner, J./
Rogers, T., Wechselwirkung zwischen Öffent-
lichkeit und Sozialarbeit, in:
Kury, H. (Hrsg.), Strafvollzug und
Öffentlichkeit, Freiburg 1980,
S. 259 ff.
- Klee, E., Resozialisierung, München 1973
- Kleinöder, A., Sozialarbeit im Spannungsfeld
zwischen Vollzug und Öffentlichkeit,
in: Kury, H. (Hrsg.), Strafvollzug
und Öffentlichkeit, Freiburg 1980,
S. 229 ff.
- Kosubek, S., Praxis der Straffälligenhilfe,
Stuttgart 1978
- Das Bottroper Modell - Straf-
fälligenhilfe in drei Phasen. in:
ZfStrVo 1978, S. 95 ff.
- Krebs, A., Zum Zusammenwirken von Strafvollzug
und ehrenamtlicher Hilfe, in:
ZfStrVo 1976, S. 45 ff.
- "Soziale Hilfe im Freiheitsentzug",
in: Zeitschrift für soziale Hilfe
1972, 229
- Krohne, K., Lehrbuch der Gefängniskunde,
Stuttgart 1889
- Künkel, J., Private Straffälligenhilfe, Bonn 1979
- Motive und Zielvorstellungen
freier Helfer bei der Mitarbeit in
der Straffälligenhilfe, in: ZfStrVo
1978, S. 133 ff.
- Küpper, J./
Still, G., Kriminelle Reproduktion und
Sozialarbeit, Ffm 1979
- Lüderssen, K. u.a., Gewerkschaften und Strafvollzug,
Ffm 1978
- Maelicke, B., Entlassung und Resozialisierung -
Untersuchungen zur Sozialarbeit
mit Straffälligen, Heidelberg/
Karlsruhe 1977
- Mathiesen, Th., Überwindet die Mauern, Neuwied/
Darmstadt 1979

- Mirus, W., Münchner Zentralstelle für
Strafentlassenenhilfe, in:
Schmidtobreick, B. (Hrsg.),
Kriminalpolitik und Sozialarbeit,
Freiburg i.B. 1972, S. 92 ff.
- Müller-Dietz, H., Straffälligenhilfe als gesellschaft-
liche Aufgabe, in: Archiv für
Wissenschaft und Praxis der
sozialen Arbeit 1976, S. 23 ff.
- Zur Problematik ehrenamtlicher
Hilfe im Strafvollzug, in:
Burisch, W./Weil, P., Prozesse der
Befreiung, Konstanz 1976, S. 143 ff.
- "Probleme des modernen Strafvoll-
zuges Möglichkeiten und Schranken
eines behandlungsorientierten Voll-
zuges", in: Schriftenreihe der
juristischen Gesellschaft e.V.
Berlin, Heft 45
- Strafvollzugsrecht 2. Auflage,
Berlin 1978
- Münchbach, H.-J., Strafvollzug und Öffentlichkeit
unter besonderer Berücksichtigung
der Anstaltsbeiräte, Stuttgart 1973
- Muntau, J., Strafvollzug und Gefangenenfürsorge
im Wandel der Zeit, Celle 1961
- Niedrig, H., Ehrenamtliche Mitarbeit in der
freien Wohlfahrtspflege, in:
Theorie und Praxis der sozialen
Arbeit 1977, S. 328 ff.
- Niggemann, W., Vorwort, in: Kosubek, S., Praxis
der Straffälligenhilfe, Stuttgart
1978, S. 5 ff.
- Orlowsky, W., Aufgaben und Stellung der freiwilligen
Betreuer im Jugendstrafvollzug,
in: ZfStrVo 1979, S. 26 ff.
- Ortner, H., Normalvollzug. Die geplante Zerstörung
der Mitmenschlichkeit. Berichte und
Dokumente aus westdeutschen Gefäng-
nissen, Tübingen 1978
- /Wetter, R., Gefängnis und Familie, Berlin 1975
- Strafvollzug und Familie, in:
Theorie und Praxis der sozialen
Arbeit 1976, S. 454 ff.

- Linke Caritas oder neue Praxis?
in: Päd.extra Sozialarbeit 4/1977,
S. 28 ff.
- Sozialarbeit ohne Mauern,
Stuttgart 1980
- Plädoyer für eine "Befreiende"
Sozialarbeit, in: Ortner, H., (Hrsg.),
Freiheit statt Strafe, Ffm 1981,
S. 106 ff.
- Normalvollzug - die geplante
Zerstörung der Mitmenschlichkeit -
Berichte und Dokumente aus west-
deutschen Gefängnissen, 1. Auflage,
Tübingen 1978 (Herausgeber)
- Ossowski, L., Zur Bewährung ausgesetzt,
München 1972
- Paulsen, P., Gefangenen- und Entlassenenfürsorge
in Schleswig-Holstein, Diss. Jur.,
Kiel 1963
- Peters, D., Die soziale Herkunft der von der
Polizei aufgegriffenen Täter, in:
Feest, J./Lautmann, R., Die Polizei,
Opladen 1971, S. 93 ff.
- Prenzler, W., RESO-HELP in Hannover, in:
Schmidtobreick, B., (Hrsg.),
Kriminalität und Sozialarbeit,
Freiburg 1972, S. 101 ff.
- Pundmann, F., Begriffsbestimmung der Entlassenen-
hilfe, in: Schwind/Blau, Strafvollzug
in der Praxis, Berlin/New York 1976,
S. 368 ff.
- Quedenfeld, "Der Strafvollzug in der Gesetz-
gebung des Reiches, des Bundes
und der Länder", Tübingen 1971
- Quensel, St., Einige subjektive Aspekte konser-
vativer Gesetzgebung. Das Beispiel
Strafvollzug, in: Recht und Politik
(hrsg. vom Institut für Gesellschafts-
politik), Wien 1975
- Rhoden von, 100 Jahre Geschichte der Rheinisch-
Westfälischen Gefängnisgesellschaft
- 1826-1926, Düsseldorf 1926

- Rotthaus, K.P., Partner im sozialen Umfeld des Vollzuges - Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit, in: Kury (Hrsg.), Strafvollzug und Öffentlichkeit, Freiburg 1980, S. 155 ff.
- Schäfer, H.-C., Stigmatisierung von Vorbestraften und Rückfallkriminalität, in: Brusten/Hohmeier, Stigmatisierung. Zur Produktion gesellschaftlicher Randgruppen, Darmstadt 1975, Bd. 2, S. 129 ff.
- Schalt, Th., Mitarbeit von studentischen Gruppen im Strafvollzug und in der Entlassenenhilfe, in: Caritas 5/1970, S. 34 ff.
- Schmidt, E., Einführung in die Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, Göttingen 1947
- Schüler-Springorum, H., Strafvollzug im Übergang. Studien zum Stand der Vollzugsrechtslehre, Göttingen 1969
- Schumann, K.-F., Einführung, in: Mathiesen, Th., Überwindet die Mauern, Neuwied/Darmstadt 1979
- Das Interesse der Gewerkschaften am Strafvollzug, in: Lüderssen u.a., Gewerkschaften und Strafvollzug, Ffm 1978, S. 7 ff.
- Schwind, H.-D. (Hrsg.), Referate zur Entlassenenhilfe, Bochum 1977
- /Blau, G. (Hrsg.), Strafvollzug in der Praxis, Berlin/New York 1976
- /Best, Alte und neue Wege in der Entlassenenhilfe, in: ZfStrVo 1/1981, S. 4 ff.
- Spittler, E., Sozialarbeit im Strafvollzug - Ein Erfahrungsbericht, in: MSchrKrim 1977, S. 32 ff.
- Staiber, J., Kriminalpolitik und Strafvollzug, Berlin 1978
Strafvollzug in NRW, hrsg. vom Justizminister des Landes, Düsseldorf 41980

- Trapp, H.-J., Dimensionen der ehrenamtlichen
Straffälligenhilfe, in: Bewhi 1977,
S. 191 ff.
- Walter, M., Rollenkonflikt des Sozialarbeiters,
in: MSchrKrim 1975, S. 99 ff.
- Weil, "Zur Kritik am traditionellen
Betreuungswesen von Straffälligen"
in: Prozesse der Befreiung,
1. Auflage, Konstanz 1976
(herausgegeben von Wolfram Burisch
und Peter Weil)
- Weis, K., Zur Subkultur der Strafanstalt, in:
Schwind/Blau (Hrsg.), Strafvollzug
in der Praxis, Berlin/New York 1976,
S. 243 ff.
- Wiesendanger, W.; Die durchgehende Sozialhilfe bei
Straffälligen, in: Bewhi 1973,
S. 126 ff.
- Wheeler, S., Socialisation in correctional
communities, ASR 1961, S. 697 ff.

Ausschußprotokoll des Landtags
Nordrhein-Westfalen 8/645

Bundestags-Drucksache 7/918

Bundestags-Drucksache 7/3998

Materialien zur Strafrechtsreform
6. Band: "Amtlicher Entwurf eines
Strafvollzugsgesetzes nebst
Begründung vom 13. Januar 1972"
Nachdruck, Bonn 1954

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AV	-	Allgemeinverfügung
BT	-	Bundestagsdrucksache
B Verf G E	-	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts
BZS	-	Bundeszusammenschluß für Straffälligenhilfe
OWiG	-	Ordnungswidrigkeitengesetz
StGB	-	Strafgesetzbuch
StPO	-	Strafprozeßordnung
StVollzG	-	Strafvollzugsgesetz

